

**Zeitschrift:** Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen  
**Herausgeber:** Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen  
**Band:** 102 (1924)

**Artikel:** Der Bruch der schweizerischen Neutralität im Jahre 1813  
**Autor:** Steiner, Gustav  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1006954>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Bruch der schweizerischen Neutralität im Jahre 1813.

---

Von Dr. Gustav Steiner.

---

## 102. Neujaarsblatt

herausgegeben von der

Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen  
1924.

---

Basel.

In Kommission bei Helbing und Lichtenhahn.



# Inhalts-Anzeige der früheren Neujaarsblätter.

## 1. Erzählungen aus der Basler Geschichte in zwangloser Reihenfolge.

\* bedeutet vergriffen.

- \*I. 1821. (Bernoulli, Dan.) Isaac Iselin.
- II. 1822. (Burchardt Jac., Obersthelfer, später Antistes.) Der Auszug der Rauracher.
- \*III. 1823. (Sanhart, Rudolf.) Basel wird eidgenössisch. 1501.
- \*IV. 1824. (Hagenbach, R. R.) Die Schlacht bei St. Jakob. 1444.
- \*V. 1825. (Hagenbach, R. R.) Die Kirchenversammlung zu Basel. 1431—1448.
- \*VI. 1826. (Hagenbach, R. R.) Die Stiftung der Basler Hochschule. 1460.
- \*VII. 1827. (Hagenbach, R. R.) Erasmus von Rotterdam in Basel. 1516—1536.
- \*VIII. 1828. (Hagenbach, R. R.) Scheit Ibrahim, Johann Ludwig Burchardt aus Basel.
- \*IX. 1829. (Hagenbach, R. R.) Rudolf von Habsburg vor Basel. 1273.
- \*X. 1830. (Hagenbach, R. R.) Bürgermeister Wettstein auf dem westphälischen Frieden.
- \*XI. 1831. (Hagenbach, R. R.) Das Jahr 1830, ein wichtiges Jahr zur Chronik Basels.
- \*XII. 1832. (Burchardt, A.) Die Schlacht bei Dornach am 22. Juli des Jahres 1499.
- \*XIII. 1835. (Burchardt, A.) Landvogt Peter von Hagenbach.
- \*XIV. 1836. (Burchardt, A.) Das Leben Thomas Platers.
- XV. 1837. (Burchardt, A.) Das große Sterben in den Jahren 1348 und 1349.
- \*XVI. 1838. (Burchardt, A.) Das Rathhäuser-Kloster in Basel.
- XVII. 1839. (Burchardt, A.) Der Rappenkrieg im Jahr 1594.
- \*XVIII. 1840. (Burchardt, A.) Die ersten Buchdrucker in Basel.
- \*XIX. 1841. (Heusler, Abr.) Die Zeiten des großen Erdbebens.
- XX. 1842. (Burchardt, A.) Hans Holbein der Jüngere von Basel.
- \*XXI. 1843. (Wackernagel, W.) Das Siechenhaus zu St. Jakob.
- XXII. 1844. (Reber, B.) Die Schlacht von St. Jakob an der Aare.

## 2. Die Geschichte Basels von den ältesten Zeiten bis zur Einführung der Reformation, in zusammenhängenden Erzählungen dargestellt.

- \*XXIII. 1845. (Fechter, D. A.) Die Rauraker und die Römer, Augusta Rauracorum und Basilia.
- \*XXIV. 1846. (Burchardt, Jacob, Professor.) Die Alemannen und ihre Bekehrung zum Christentum.
- \*XXV. 1847. (Streuber, W. Th.) Bischof Hatto, oder Basel unter der fränkischen Herrschaft.
- \*XXVI. 1848. (Burchardt, Theophil.) Das Königreich Burgund. 888—1032.
- \*XXVII. 1849. (Burchardt, Th.) Bürgermeister Wettstein auf dem westphälischen Frieden.
- \*XXVIII. 1850. (Fechter, D. A.) Das Münster zu Basel.
- \*XXIX. 1851. (Fechter, D. A.) Bischof Burchard von Hasenburg und das Kloster St. Alban.
- \*XXX. 1852. (Fechter, D. A.) Das alte Basel in seiner allmählichen Erweiterung bis 1356.
- XXXI. 1853. (Burchardt, Th.) Die Bischöfe Abelbero und Ortlieb von Froborg.
- \*XXXII. 1854. (Burchardt, L. A.) Bischof Heinrich von Thun.
- XXXIII. 1855. (Hagenbach, R. R.) Die Bettelorden in Basel.
- \*XXXIV. 1856. (Burchardt, L. A.) Die Zünfte und der rheinische Städtebund.
- \*XXXV. 1857. (Arnold, W., Professor.) Rudolf von Habsburg und die Basler.
- \*XXXVI. 1858. (Wackernagel, W.). Ritter- und Dichterleben Basels im Mittelalter.
- \*XXXVII. 1859. (Bischof, W.) Basel vom Tode König Rudolfs bis zum Regierungsantritte Karls IV.
- \*XXXVIII. 1860. (Heusler, Andr.) Basel vom großen Sterben bis zur Erwerbung der Landschaft 1349—1400.
- \*XXXIX. 1861. (Burchardt, Th.) Basel im Kampfe mit Österreich und dem Adel.
- \*XL. 1862. (Hagenbach, R. R.) Das Basler Konzil. 1431—1448.
- \*XLI. 1863. (Fechter, D. A.) Basels Schulwesen im Mittelalter. Gründung der Universität. Anfänge der Buchdruckerkunst.
- \*XLII. 1864. (Burtorf, R.) Basel im Burgunderkriege.
- \*XLIII. 1865. (Bischof, W.) Der Schwabenkrieg und die Stadt Basel. 1499.
- \*XLIV. 1866. (Frey, Hans.) Basels Eintritt in den Schweizerbund.
- \*XLV. 1867. (Burtorf, R.) Die Teilnahme der Basler an den italienischen Feldzügen.
- \*XLVI. 1868. (Hagenbach, R. R.) Johann Decolampad und die Reformation in Basel.

Frühere Jahrgänge der Neujaarsblätter sind, soweit dieselben noch vorhanden, zu beziehen bei Helbing & Lichtenhahn, Buchhandlung, Freiestraße Nr. 40.



# Der Bruch der schweizerischen Neutralität im Jahre 1813.

---

Von Dr. Gustav Steiner.

---

## 102. Neujaarsblatt

herausgegeben von der

Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen  
1924.

---

Basel.

In Kommission bei Helbing und Lichtenhahn.







## Vorbemerkung.

**A**ls mit der Drucklegung des diesjährigen Neujahrsblattes begonnen werden sollte, blieb die Darstellung, die vor zwei Jahren in Auftrag gegeben worden war, aus. Bemühungen um Ersatz waren erfolglos, weil einem neuen Verfasser nur vier Wochen zur Ausarbeitung konnten eingeräumt werden, wenn das Heft, alter Übung gemäß, auf Weihnachten erscheinen sollte. Die Kommission mußte in ihrem eigenen Kreis den Verfasser bestimmen.

Ich habe die Aufgabe übernommen, weil ich über Urkundenmaterial aus schweizerischen und französischen Archiven verfüge, das ich vor vielen Jahren gesammelt und noch nicht verarbeitet habe, und weil ich mich wiederholt und eingehend mit der Mediationszeit, die ich zum Gegenstand wählte, befaßt habe. Für die Vorgänge im Hauptquartier konnte ich, wenigstens zum Teil, einen Vortrag verwenden, den ich seinerzeit in der hiesigen Historischen Gesellschaft gehalten hatte. Das letzte Kapitel konnte nicht so ausgeführt werden, wie ich es gewünscht hätte. Die Zeit dazu fehlte.

Da mich eine andere historische Aufgabe beschäftigt, hätte ich ohne den äußern Zwang die Neutralitätspolitik der Schweiz im Jahre 1813 nicht behandelt, obschon gerade die Kenntnis dieser Vorgänge unsere Einsicht in die Schwierigkeiten und Gefahren unseres Staatswesens und in die diplomatischen Methoden außerordentlich schärft. Ein kleiner, durch seine geographische Lage beengter, in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen eingeschränkter Staat, wird immer Mühe haben, den Großmächten gegenüber wirkliche Unabhängigkeit zu besitzen. Darum ruht aber auch auf jedem einzelnen Bürger eine größere Verantwortung als im Großstaat, der über ausgedehntere Kräfte verfügt. Daraus ergibt sich auch die Aufgabe für den Staatsmann wie für den einzelnen Bürger. Die Kenntnis geschichtlicher Tatsachen allein, so wertvoll sie an sich ist, genügt nicht. Erst der Blick in die innern Zusammenhänge und in die geheimen Vorgänge der Politik schärft unser Denken. Dann lernen wir erkennen, was uns als Schweizer schwach und was uns stark macht.

Die knappe Frist, — 14 Tage nach Übernahme der Arbeit, noch vor ihrem Abschluß, mußte bereits mit der Ablieferung von Manuskript begonnen werden, — erschwerte eine ausgeglichene Darstellung. Der Leser möge dies dem Verfasser und den eigenartigen Umständen zugute halten.

Bottmingen-Basel, den 26. November 1923.

Dr. Gustav Steiner.





## 1. Verlust der Unabhängigkeit und Bloßstellung der Neutralität durch Frankreich.

**A**m 21. Dezember 1813 marschierte die Avantgarde der großen alliierten Armee über die Basler Rheinbrücke und eröffnete damit den Durchmarsch der Hauptarmee, die von der Schweiz aus den Krieg nach Frankreich hineintrug. Damit wurde von den verbündeten Monarchen Rußlands, Österreichs und Preußens und ihren Bundesgenossen die schweizerische Neutralität, die von der Tagsatzung ausgesprochen und durch eine schwache Grenzverteidigung unterstützt war, verletzt. Im Zusammenhang mit dieser militärischen Aktion steht die Beseitigung der Mediationsverfassung, die Umgestaltung der politischen Verhältnisse im Gesamtstaat und in den Kantonen, die Schaffung eines neuen Bundesvertrages und die Begründung der österreichischen Vorherrschaft in der Eidgenossenschaft an Stelle des französischen Protektorates.

Noch lebt in unserer Erinnerung der Aufmarsch der schweizerischen Armee in den Augusttagen des Jahres 1914. Wie hundert Jahre vorher war die Schweiz in Gefahr, in den Krieg hineingezogen zu werden ohne eigene freie Willensentschließung. Aber mit der tiefsten Begeisterung, die zum größten Opfer bereit ist, wenn es gilt, Haus und Herd zu schützen, hielt der Soldat treue Grenzwehr. In den Tagen der Gefahr schloß sich das Volk zusammen, und es war einig in dem bestimmten Willen, die Existenz und Fortdauer des Staates um jeden Preis, nicht mit Worten und bloßen Erklärungen, sondern mit Taten zu verteidigen. Dem großen Augenblick erster Bereitwilligkeit und freudiger Anstrengung folgten allerdings auch Stimmungen, die von Entschlossenheit oft nicht viel spüren ließen. Der langandauernde Krieg stellte an die Einigkeit und an den moralischen Geist des Volkes noch größere Anforderungen als das erste Aufgebot. Es galt auszuhalten und nicht müde zu werden. Die Gefahr bestand jetzt nicht mehr in einer plötzlichen Überraschung von außen her und einer unerwarteten Neutralitätsverletzung, sondern sie kam von innen. Man durfte nicht gleichgültig werden und sich nicht von den Gedanken einschläfern lassen, daß unsere



Sicherheit nicht bedroht, unsere Unabhängigkeit nicht gefährdet sei. Und auch innere Gegensätze, die im ersten großen Anlauf verschwunden waren und sich nach und nach mit Lebensnotwendigkeit einstellten, mußten überwunden werden. Die Schweiz bestand diese schwere Probe, weil sie, als der Krieg ausbrach, im Besitz ihrer Unabhängigkeit war und deshalb ihr Schicksal nach eigenem Entschluß leiten konnte. Sie wahrte ihre Neutralität, weil diese nach allen Seiten hin unparteiisch war, und weil die militärische Bereitschaft dem Wort auch den Nachdruck verlieh. Die Neutralität vom Jahre 1914 war ein Bekenntnis der Stärke und nicht der Schwäche. In ihr lebte nicht nur der Wille zum Frieden, sondern auch der Wille zur Freiheit und Selbständigkeit. Das Kraftbewußtsein und der Zug zum Heldentum drängen nach sichtbaren Taten. Die Grenzbesetzung zum Schutz des Landes gibt dazu wenig Spielraum. Sie verlangt nicht den Einsatz in erster Begeisterung, sondern Beherrschung und entsagungsvolle Treue. Der einzelne fühlt sich stark, weil er ein Schützer des Rechtes und der Freiheit ist und weil das Heldentum in ihm nicht tot ist. Es bricht hervor, wenn die Willkür sich erhebt. Und dann mit der unmittelbaren Gewalt des Rächers.

Auch im Jahre 1813 erklärte die Eidgenossenschaft ihre Neutralität. Aber sie bestand die Probe nicht. Denn sie konnte nicht wirklich neutral sein, weil sie die politische Unabhängigkeit verloren hatte. Sie bekannte sich zu dem System einer Politik, die nie auf den guten Willen des Nachbarn abstellen kann, sondern nur wirksam ist, wenn sie durch die Entschlossenheit, sie zu verteidigen, unterstützt wird. Die kriegführenden Mächte respektieren — das ist der gebräuchliche Ausdruck — die Neutralität nur, wenn diese selber Respekt einflößt. Darum ist die neutrale Politik schon so oft einem Land verderblich geworden, weil sie zur Bequemlichkeit verleitet. Sie ist eine Politik des Rechtes und des Friedens, aber nicht eine Politik der Schwäche. Sie darf nicht zum Ruhekissen werden. Sie schafft eine neue Lebensform: an die Stelle der Gewalt setzt sie das Recht, das Schiedsgericht. Aber sie kann des militärischen Schutzes nicht entbehren, solange diese Lebensform im Staatensystem die Ausnahme bildet. Die Neutralität widerspricht dem Militarismus. Aber sie fordert nichtsdestoweniger die Bereitschaft zur Landesverteidigung.

Der Neutralitätsbruch von 1813 war nicht nur möglich, sondern beinahe selbstverständlich, weil die Schweiz weder das eine noch das andere besaß: weder die politische Handlungsfreiheit und Unabhängigkeit, noch die militärische Organisation und Kraft zur wehrhaften Verteidigung. Die Parteigegensätze im Innern lähmten zudem die Widerstandskraft nach außen. Durch Sendlinge und fremde Agenten wurde wie im Jahre 1798 Mißtrauen unter den Volksgenossen gesät, und von Schweizern selber wurde der Fremde ins Land gerufen.

Die geschichtlichen Tatsachen sind auch in den Neujahrsblättern bereits dargestellt worden. Sie sollen hier nicht wiederholt werden. Aber die Kenntnis dieser Tatsachen



allein befriedigt nicht. Wir müssen in ihre Voraussetzungen und in ihr eigentliches Wesen hineinschauen. Nur dann bildet sich unser Urtheil, so daß wir die Gegenwart und die Vergangenheit verstehen. Die Vorgänge wiederholen sich nicht in der gleichen Form. Die Ereignisse ändern ihr Gesicht. Aber Absichten und die Methoden der Politik wiederholen sich. Der Wille zur Macht stirbt nicht, und darum bleibt einem kleinen Staate auch immer die Sorge um die Erhaltung des Friedens und um den Schutz seines Daseins. Die Menschen wechseln. Aber die Leidenschaften bleiben dieselben. Staatsgrenzen verändern sich, aber der bald offene, bald geheime Kampf um Großmacht- und Vormachtstellung dauert fort. Die Lebensformen nehmen andere Gestalt an, und neue Probleme tauchen auf, aber politische oder wirtschaftliche Gegensätze bestimmen immer den Lauf der Welt. Die Aufgaben wiederholen sich in neuem Gewand. Und aus der Vergangenheit gewinnen wir Einblicke in die Gegenwart.

Darum wollen wir aus der Vertiefung in die Akten eine Vorstellung gewinnen, auf welche Weise die Schweiz im Jahre 1813 ihre Neutralität verloren hat. Wir verfolgen die Vorgänge, die sich weniger nach außen als in der Stille und hinter den Kulissen der Geheimdiplomatie abgespielt haben. Dabei wollen wir uns selber nicht schonen. Es ist ja freilich wahr: im Leben des Einzelnen wie im Leben der Nationen wird denjenigen Tagen in der Erinnerung der Vorzug gegeben, die dem Selbstbewußtsein wohlgefällig sind. Man rühmt sich mit Stolz und Freude der glorreichen Vergangenheit. Und dazu haben wir auch das Recht. Aber wir haben auch die Pflicht, uns derjenigen Vorgänge zu erinnern, die wenig rühmlich für uns gewesen sind. Wie wir den erfolgreichen Begründern unseres Staatswesens dankbar sind, so können wir doch auch wieder aus den trüben Tagen unserer Geschichte lernen, daß der Besitz staatlicher Unabhängigkeit nicht selbstverständlich ist. Wir müssen nicht nur erkennen, wie ein Volk seine Freiheit gewinnt, sondern wie es immer wieder in Gefahr kommt, aus der Reihe der Nationen gestrichen zu werden. In Katastrophen erweist es sich, ob auch in Zeiten der Erniedrigung der Wille fort dauert, die erschütterte und zertretene Nationalsoveränität wieder zu gewinnen, oder ob die Geschichte eines Volkes abgeschlossen ist, weil es sich selber überlebt hat.

Im Jahre 1813 konnte es scheinen, als ob es mit der Eidgenossenschaft zu Ende gehe. Nicht erst im Dezember, als von den Verbündeten der Rhein überschritten wurde. Sondern schon früher: indem Napoleon sich ein Verfügungsrecht über die Nation anmaßte, das er nur kraft der Überlegenheit an Machtmitteln und nicht kraft des Rechtes besaß. Nicht nur die Alliierten, sondern auch Frankreich brach die schweizerische Neutralität. Die Alliierten taten es zögernd, Napoleon tat es mit der Selbstverständlichkeit des Mächtigen, der sich um das Urtheil der Welt nicht kümmert. Frankreich hat im Laufe von 15 Jahren (1798—1813) die Neutralität der Schweiz unmöglich gemacht, und die andern Großmächte haben sie zerbrochen.



Sobald die Verbündeten in der Schweiz einbrachen, fiel auch die Mediationsverfassung dahin. Eine ereignisschwere Periode unserer Geschichte fand ihren Abschluß: die Zeit der französischen Fremdherrschaft nahm ihr Ende. Mit der Revolution vom Jahre 1798 und mit dem Einmarsch der Franzosen in unser Land hatte sie ihren Anfang genommen. Die wichtigsten Ereignisse, so wie sie für das Verständnis unserer Darstellung notwendig sind, sollen in aller Kürze in Erinnerung gerufen werden.

Der Gedanke der Rechtsgleichheit, der von der französischen Revolution ausging, fand in den Untertanengebieten der alten Eidgenossenschaft besonders günstige Aufnahme. Zwar fehlte es auch in der Schweiz nicht an Männern, die eine Umgestaltung der Ordnung im Sinne der Demokratie verlangten und den Kampf gegen die Herrschaft der Aristokratie und des Patriziates aufnahmen. Aber dem Widerstande der herrschenden Klasse und der Regierungen waren sie nicht gewachsen. Da gingen der Waadtländer Friedrich Cäsar Laharpe und der Basler Peter Ochs auf die Absichten der französischen Regierung ein, die widerstrebenden Machthaber in der Schweiz durch militärische Drohung zu zwingen, ihren Untertanen politische Freiheit und eine „vernünftige“ Gleichheit zu erteilen. Frankreich nützte die Gelegenheit geschickt aus, seine Grenzen zu erweitern und sich durch einen Feldzug in die Schweiz zu bereichern. Es besetzte zuerst die zum deutschen Reiche gehörenden Gebiete des Fürstbistums Basel und machte (November 1792) daraus eine „Raurakische Republik“, die (März 1793) mit Frankreich vereinigt wurde. Graubünden verlor 1797 seine italienischen Vogteien Veltlin, Bormio und Chiavenna, weil es ihnen die Erteilung politischer Gleichstellung versagte. Bonaparte entschied zugunsten der Aufständischen, daß ein Volk ohne Verletzung des öffentlichen und des natürlichen Rechtes nicht Untertan eines andern sein könne.

Um das von den Bernern beherrschte Waadtland zu befreien, wendete sich Laharpe an das französische Direktorium. Gemeinsam mit andern Flüchtlingen forderte er in aller Form die französische Intervention. Gleichzeitig hoffte Peter Ochs, daß unter dem Druck Frankreichs die regierenden Kreise sich den Forderungen der revolutionären Partei fügen werden. Noch 1797 besetzten die Franzosen das Münstertal, sie besetzten die Jurapässe und standen an den Grenzen des Freistaates Bern. Durch ihre Agenten schützten sie die „Patrioten“ und schürten die Erbitterung der Untertanen gegen ihre Herren. Schließlich holten sie zum entscheidenden Schlage aus. Sie unterstützten die Bewegung in der Waadt und eröffneten damit den Krieg gegen das alte Bern. Das Mißtrauen der Regierungen in die Untertanen, die in den Franzosen ihre Befreier sahen, lähmte den Widerstand. Von den Miteidgenossen nur lässig und zu spät unterstützt, unterlag der einst mächtigste Freistaat der Eidgenossenschaft der an Zahl weit überlegenen Armee des Gegners. In der ganzen Schweiz brach die Revolution aus. Die Untertanen-



verhältnisse und die Privilegien der herrschenden Klasse wurden aufgehoben. Helvetien wurde eine Einheitsrepublik. Vergeblich widersetzten sich die Schwyzer unter Alloys v. Reding der Fremdherrschaft, vergeblich erhoben sich im September 1798 die Nidwaldner: die Eidgenossenschaft hatte ihre Handlungsfreiheit verwirkt, weil der Zusammenhang unter den Orten längst schon gelöst und gemeineidgenössische Gesinnung verloren gegangen war.

Mit der Invasion der Franzosen im Frühjahr 1798 begann die französische Militärherrschaft in der Schweiz. 1799 wurde „Helvetien“ auch durch ein Offensiv- und Defensivbündnis an Frankreich gekettet und dadurch in den zweiten Koalitionskrieg hineingerissen. Franzosen, Österreicher und Russen kämpften auf ihrem Boden. Die Franzosen blieben Sieger. Die Österreicher mußten die helvetische Republik räumen. Die französische Militärherrschaft war unerträglich. Sie weckte den Haß gegen die angeblichen Befreier. Das Land war durch Parteigung zerrissen. Die Unitarier waren Anhänger des Einheitsstaates, die Föderalisten Anhänger des alten Staatenbundes. Nach dem Abzug der französischen Truppen im Juli 1802 erhoben die Föderalisten die Waffen gegen die helvetische Regierung. Da griff Napoleon Bonaparte ein. Er besetzte aufs neue die Schweiz, ließ Abgeordnete aus allen Parteien und Kantonen nach Paris kommen zur Beratung einer neuen Verfassung. Das war die Consulta (November 1802 bis Februar 1803). Die Mediationsakte, das neue Grundgesetz, war das Verfassungswerk, das der erste Konsul der Schweiz diktierte. Er machte sich damit nicht nur zum Vermittler und Friedensstifter, sondern zum Vormund der Schweiz, die auch für die Folgezeit sich die Einmischung Frankreichs in ihre Angelegenheiten mußte gefallen lassen. Sie gewann durch die Vermittlungsakte und den gebieterischen Spruch Bonapartes wohl die Ruhe, aber ihre Selbständigkeit blieb verloren.

Im Jahre 1804 wurde Napoleon Kaiser. In unersättlicher Machtgier dehnte er sein Gebiet aus; im Jahre 1805 warf er die Österreicher und Russen; Holland verwandelte er in ein abhängiges Königreich unter dem Szepter seines Bruders Ludwig; die deutschen Fürsten zwang er zu Bündnissen, und 1806 machte er sich zum Protektor des Rheinbundes, der schließlich aus allen deutschen Fürsten mit Ausnahme von Österreich, Preußen, Braunschweig und Kurhessen gebildet war. Franz von Österreich legte die deutsche Kaiserkrone nieder, nachdem er sich den Titel eines Kaisers von Österreich beigelegt hatte. In den Jahren 1806 und 1807 vernichtete Napoleon die Macht Preußens. Er besiegte Rußland und zwang die beiden Staaten zum Frieden. Neue Königreiche entstanden unter seiner Hand, alte Staaten löste er auf. Die Donaumacht zerstückelte er nach dem Feldzug von 1809. Dagegen gelang es ihm nicht, den Aufstand der Spanier gegen seinen Bruder, den er ihnen zum König gegeben hatte, endgültig niederzuwerfen. Um den englischen Handel zu vernichten,



diktirte er die Kontinentalsperre. Das wirtschaftliche Elend und die Militärlasten, die er seinen Bundesgenossen auferlegte, steigerten den Haß gegen den Bedrücker, und da Napoleons große Armee, die 1812 nach Rußland marschierte, den Strapazen und der russischen Kriegsführung unterlag, erhoben sich die geknechteten Völker. Im Jahre 1813 schlossen sich die Monarchen von Rußland, Preußen, Schweden, England und Österreich zur gemeinsamen Abwehr zusammen. Ein Bundesgenosse nach dem andern zerbrach die Fessel, die ihn an Frankreich schmiedete, und die „Verbündeten“ zwangen den Kaiser zum Rückzug nach Frankreich. Sie überschritten den Rhein, um seiner Herrschaft ein Ende zu machen. Am 31. März 1814 hielten sie ihren Einzug in Paris.

In all diesen Jahren war auch die Fortdauer des schweizerischen Staatswesens in Frage gestellt. Nach den Parteikämpfen der Helvetik und nach dem Rückzug der französischen Truppen aus unserm Lande schien eine ruhigere Zeit anzubrechen. Der Versuch einer einheitlichen Staatsordnung nach französischem Vorbild war gescheitert. Die altgefinnten Kreise in großen und kleinen Kantonen waren unversöhnlich geblieben. Der Übergang von der frühern Selbstherrlichkeit der alten Orte zu einer einheitlichen Zentralregierung war zu unvermittelt geschehen. Die Mediationsakte nun berücksichtigte den Föderalismus, ohne aber die Herrschaftsrechte der Städte oder bevorzugter Klassen in ihrem frühern Umfang wieder herzustellen. Es gab keine Untertanenländer mehr. Die Rückkehr zu alten Verhältnissen aber war nicht zu verkennen. Die Schweiz bildete wieder einen lockern Staatenbund. Als gemeinsame Behörde wurde wieder die alte Tagsatzung aufgestellt. Die eigentliche Staatsgewalt war in die Hände des Landammanns gelegt. Diese Würde wechselte von Jahr zu Jahr unter den sechs Direktorialkantonen. Eine eigentliche Landesregierung gab es nicht. Die Tagsatzung setzte sich aus den Vertretern der Kantonsregierungen zusammen. Das Volk besaß keine Vertretung. In verstärktem Maße wurde die Schweiz an die Interessen Frankreichs gefesselt. Sie mußte sich dem gegen England gerichteten Zollsystem der Kontinentalsperre unterwerfen, durch das Handel und Industrie vernichtet wurden. Sie mußte dem Mediator einen Menschentribut liefern, der von Jahr zu Jahr drückender wurde. Ihre staatliche Existenz war beständig bedroht, und die Freiheit, deren sich die Tagsatzungsherren rühmten, bestand in Wirklichkeit nicht. Auch die Eidgenossenschaft stand unter dem Zwang der napoleonischen Herrschaft, gegen die sich im Jahre 1813 die Völker erhoben.

Warum aber schloß sich die Schweiz der allgemeinen freiheitlichen Bewegung nicht an? War der Sinn für nationale Selbständigkeit erloschen? Versagte die Kraft? Welche Genugtuung würden wir heute empfinden, wenn auch nur ein Schimmer des Selbstums, das die Berner, die Schwyzer, die Unterwaldner im Jahre 1798 bewiesen auf die Landesverteidigung vom Jahre 1813 fallen würde. Statt dessen hören wir



nur Worte, Anspielungen auf die treuen und tapfern Kämpfer von St. Jakob. Aber die Worte verhallen. Der Aufmarsch an die Grenze ist nichts Besseres als — nach dem Ausdruck des Obersten von Herrenschwand, — eine „Paradeverteidigung“. Eine klägliche Kapitulation bildet den Abschluß. Denn die Abhängigkeit von Frankreich lag wie ein Alpdruck auf den Gemütern und verhinderte sogar eine kraftvolle Willensentschließung. Der Vergleich mit dem Unglück, das über die Nachbarstaaten ergangen war, ließ das eigene Elend klein erscheinen. Die Entscheidung lag in den Händen der Regierungen. Von ihnen mußte der Anstoß zum Handeln ausgehen. Aber ihr Blick war getrübt. Und das gegenseitige Vertrauen mangelte.

Um die Kapitulation vor den Verbündeten zu verstehen, muß man sich der von Napoleon planmäßig verfolgten Unterdrückung selbständigen Handelns bewußt werden.

Mit dem Einmarsch der Franzosen im Jahre 1798 hatte die Schweiz ihre Unabhängigkeit eingebüßt. Sie gewann sie nur dem Scheine nach, als die fremden Truppen das Land verließen. Die Verfassung vom Jahre 1803, die sogenannte Vermittlungsakte oder Mediationsverfassung, ging nicht aus eigener Kraft und Souveränität hervor, sondern sie war das Werk Bonapartes. Der erste Konsul entwarf vor allem die Bundesakte, das heißt denjenigen Teil der neuen Verfassung, der sich mit der Organisation des Gesamtstaates beschäftigte. Er beschränkte sich auch keineswegs auf Wünsche und gute Ratschläge, sondern er befahl kurzweg ihre Einführung. Der Schlußsatz des neuen Grundgesetzes enthielt die förmliche Erklärung, die Schweiz werde als unabhängige Macht anerkannt. In der Theorie war zwar diese Zusicherung völkerrechtlich wertvoll; tatsächlich aber war sie bedeutungslos. Schon in der Garantie der Verfassung durch Frankreich lag auch der Gedanke, daß sie nicht ohne den Willen des Vermittlers dürfe abgeändert werden. Die Schweiz erhielt also ein Grundgesetz, das den jahrelangen Parteikämpfen, zugleich aber auch dem Selbstbestimmungsrecht ein Ende machte. Die Abhängigkeit von Frankreich kam zu besonderer Geltung dadurch, daß Napoleon im Jahre 1809 den Titel „Mediator der Schweiz“ annahm, womit er, wie er sich ausdrückte, einen neuen Beweis geben wolle, wie er die Nation schätze. Niemand hatte ihm diesen Titel angeboten. Er maßte sich damit ein Vorrecht an, welches schon der Form nach die Unabhängigkeit der Schweiz beeinträchtigte, das Vorrecht nämlich, gerufen oder ungerufen, zu jeder Zeit und nach seinem Gutfinden als Vermittler sich einzumischen, das Uhrwerk in seinem Gange aufzuhalten und zu zerstören. Den übrigen Mächten wurde damit jede Einmischung in die eidgenössischen Angelegenheiten verboten, die Schweiz wurde die Domäne Frankreichs, und um ihr in der Öffentlichkeit ja nichts zu ersparen, fügte er dem Gesetz, das ihm den neuen Titel zusprach, die Drohung bei, daß es mit dem Glück der Schweizer aus sei an dem Tage, da sie an dieses Palladium, das heißt an die Mediationsverfassung rührten. Wer wollte, konnte im „Moniteur universel“ diese Bloßstellung der Eid-



genossenschaft nachlesen. Sie erhielt von da an unter den Titulaturen des Kaisers ihren Platz satt neben dem Rheinbund: wie dieser, so unterstand sie selber dem Protektorat Frankreichs.

Als im Laufe des Jahres 1813 die Bündnisse mit Frankreich sich lösten, als der Rheinbund zerfiel und ein Staat nach dem andern sich vom Kaiser los sagte und sich der großen Allianz anschloß, da erschien es fast unglaublich, daß die Schweiz sich nicht vom Protektorat frei machte. Man begreift es durchaus, daß die Verbündeten an eine Neutralität nicht glauben konnten, solange die Mediationsverfassung in Kraft war, und daß sie in erster Linie von der Eidgenossenschaft ihre Aufhebung verlangten. Denn das Vermittlungsverhältnis stand im Widerspruch zur staatlichen Unabhängigkeit und zur echten Neutralität. Die Neutralität habe von den verbündeten Souveränen nicht anerkannt werden können, so äußerte sich Metternich in den kritischen Tagen in der Note an den Landammann, weil die Schweiz ihre für sie selber so glückliche, für ihre Nachbarn so nützliche, für das europäische Gleichgewicht so notwendige Unabhängigkeit durch die Revolution und durch Napoleon verloren habe, so daß sie nur noch dem Namen nach bestehe.

Daß die französische Schutzherrschaft einer Gewaltherrschaft gleichkam und im Ernst von Unabhängigkeit nicht gesprochen werden konnte, das wußten die schweizerischen Staatsmänner. Und damit sie die Abhängigkeit nicht vergaßen, dafür sorgte Napoleon, der mit der Launenhaftigkeit des Despoten und mit der brutalen Rücksichtslosigkeit, die sich der Starke dem Schwachen gegenüber herausnimmt, bald mahnend, bald lobend, bald mit der Miene des Freundes, bald mit dem Zorn eines empörten Feindes, einmal hinterhältig, das andere Mal mit zynischer Offenheit die Schweiz in Atem hielt und von dem angemessenen Hausrecht Gebrauch machte. Seine Entrüstung, die er so manches Mal mit theaterhafter Geschicklichkeit spielte, war durchaus echt, wenn die Tagsatzungsabgeordneten sich gegen die plumpe Einmischung plötzlich auflehnten und ihm zu trogen wagten.

Seine Rede war dann von schneidender Eindeutigkeit. Den Abgeordneten zur Consulta erklärte er 1803, daß das Heil der Schweiz einzig und allein in der Anlehnung an Frankreich beruhe. Der Wiener Hof liege am Boden. Und wenn das englische Kabinett zugunsten der Schweiz auch nur ein Wort hätte fallen lassen: „so wäre es um Euch geschehen gewesen; ich hätte Euch Frankreich einverleibt. Wenn dieser Hof im geringsten seine Besorgnisse hätte verlauten lassen, ich wolle erster Landammann werden, dann wäre ich es geworden.“ Es war das Unglück der Eidgenossenschaft, daß das europäische Gleichgewicht aufgehoben war.

Nicht nur durch die Mediationsverfassung sondern durch besondere Verträge wurde das Schicksal der Schweiz an dasjenige Frankreichs gebunden. Durch die auf 25 Jahre geschlossene Militärkapitulation sicherte sich der Vermittler einen Menschen-



tribut, der ihm für seine kriegerischen Unternehmungen unentbehrlich war. Die Kapitulation gab Frankreich das Recht, 16,000 weaffenfähige Schweizer oder 4 Regimente von je 4000 Mann auf dem Wege freier Werbung auszuheben. Der ganze Vertrag war auf die Ausbeutung der schweizerischen Wehrkraft berechnet. Das Land hatte seine beste Mannschaft von 18 bis 40 Jahren an Frankreich abzuliefern, während das eidgenössische Bundesheer nach den eifersüchtig überwachten Vorschriften der Bundesakte auf einem so bescheidenen Bestande bleiben mußte, daß eine kräftige Auflehnung des nationalen Willens gegenüber drückenden Zumutungen der „befreundeten“ Macht nicht möglich war. Aber dieser Zoll genügte nicht. Die mörderischen Kriege forderten stets neue Menschenopfer. Die freiwillige Werbung füllte die Regimente nicht; sie hatte also von Staatswegen zu erfolgen. Sollte die Schweiz allein unter den Vasallenstaaten von der Zwangslieferung und der Zwangsaushebung, der Konstriktion verschont bleiben? Die neue Kapitulation vom Jahre 1812 reduzierte scheinbar das Kontingent, das gestellt werden mußte; aber die Truppenlieferung war von da an eine feste Pflicht. Das Schreckgespenst der Konstriktion erhob sich in dem Lande, das dem Allgewaltigen ausgeliefert war.

Im russischen Feldzug hatten 6000 Schweizer ihr Leben gelassen und kein Wort der Anerkennung wäre von Napoleon ausgesprochen worden, wenn ihn nicht der französische Gesandte in der Schweiz dazu aufgefordert hätte. Dafür faßte er schon im Februar 1813 den Plan, die Schweizerregimente durch eine außerordentliche Rekrutierung wieder aufzufüllen. Er verlangte nicht weniger als 7000 Mann innerhalb Monatsfrist. Das war im Juni, als zwischen den kriegführenden Mächten Waffenruhe herrschte und Oesterreich den Frieden zu vermitteln suchte. Die unerhörte Forderung sollte vom französischen Gesandten als eine Vertragspflicht hingestellt werden. Aber diesmal weigerte sich sogar der Gesandte Auguste de Talleyrand, dem Ansinnen des Ministers blindlings zu gehorchen. Er wage nicht von einer Vertragspflicht zu reden, schrieb er zurück, „weil sonst die Schweizer kein Vertrauen mehr zu irgend einem Vertrag mit Frankreich hätten.“ Als er die Forderung dem Landammann mitteilte, berief er sich nicht auf einen Vertrag, sondern lediglich auf die alte bewährte Freundschaft. Die Schweiz dürfe jetzt nicht zurückstehen, in einem Augenblick, da Frankreich einen dauerhaften Frieden erkämpfe. Doch der sonst so ängstliche Landammann Reinhard lehnte rundweg ab. Der Tagesatzung, die gerade beisammen war, gab er nicht einmal Kenntnis von dem Schriftstück. Dem Gesandten gegenüber aber erklärte er, daß allein schon die Aushebung von 7000 Mann unmöglich sei ohne die Anwendung von Zwangsmitteln; daß aber der Versuch, die Konstriktion einzuführen oder die Milizen mit Gewalt in die kapitulierten Regimente zu stecken, einen Volksaufstand hervorrufen würde. Dem Gesandten blieb nichts anders übrig, als sich mit dem Versprechen abzufinden, die Schweiz werde mit der Rekrutierung ihr Möglichstes tun.



Der Landammann forderte denn auch in dringlichen Worten die Kantonsregierungen auf, die Werbung zu beschleunigen, um gegen die Vorwürfe Napoleons sich verantworten zu können. Man griff zu Mitteln der Verzweiflung: Kriminalstrafen wurden in französischen Kriegsdienst umgewandelt; im Aargau wurde bereits Zwangsaushebung durch das Los eingeführt, weil es an Freiwilligen mangelte, ob schon Kantone und Gemeinden 40—50 Louisdor über das von Frankreich bezahlte Handgeld hinaus für den Rekruten boten. Aber die Auslosung führte bereits zu Unruhen, die durch militärische Exekution niedergeschlagen wurden. Der Glaube des Landammanns Reinhard an die Fortdauer der napoleonischen Macht war so unerschütterlich, daß er auch nach dem Zusammenbruch der französischen Heere bei Leipzig seine Mahnungen zur Beschleunigung der Werbung erneuerte. Es mag uns heute unglaublich erscheinen, daß er sogar noch im Dezember seine Aufforderung wiederholte, als Napoleon bereits über den Rhein zurückgeschlagen war und der ganze Rheinbund sich auf die Seite der verbündeten Mächte geschlagen hatte, und daß in einem Zeitpunkt, da die außerordentliche Tagsatzung die Erklärung der bewaffneten Neutralität ausgesprochen hatte und Schweizertruppen an der Grenze standen, die Regierung von Bern das Kreisschreiben des Landammanns zur Förderung der Werbung nicht nur an die Oberamtsleute wies, sondern ihnen den Auftrag gab, die Gemeindevorgesetzten zusammenzuberufen und ihnen die Aushebung als dringende Pflicht ans Herz zu legen. Und dies in einem Zeitpunkt, da die Eidgenossenschaft selber der militärischen Kraft des Volkes zu Schutz und Schirm der eigenen Grenze dringend bedurfte. In einem Zeitpunkt zudem, da der Heerstrom der Alliierten sich gegen die Schweiz wälzte und diese nicht Mannschaft genug aufbringen konnte, um durch eine geschlossene Phalanx den Eingang ins Land zu sperren. Diese Sünde am eigenen Volke ist vielleicht der schwerste Vorwurf, der gegen den Landammann erhoben werden kann. Die Diplomatie der Regierung stand im Widerspruch zu den Empfindungen des Volkes.

Das Festhalten am französischen Militärdienst stand aber auch im Widerspruch zu den Anschauungen der verbündeten Monarchen. Mit der Ansicht, wie sie der bernische Staatsrat in seinem Kreisschreiben an die Oberamt männer vertrat, konnte sich das von Frankreich jahrelang geknechtete Europa, das nun in gewaltiger Anstrengung die Fesseln zerbrach, nicht abfinden. Die Auffassung war überlebt, wonach die Neutralität der Schweiz darauf beruhe, daß sie — trotz der Lieferung von Rekruten, — an den Kriegen fremder Staaten nicht beteiligt sei und daß sie ja Grund und Boden gegen den Landesfeind verteidige. Wenn man sich darauf berief, daß zu allen Zeiten die kriegslustige Jugend unter fremden Fahnen gedient habe, daß zu gleicher Zeit Schweizer in den Armeen Frankreichs und Spaniens, Hollands und Sardinien kämpften, daß sogar die Neuenburger gegen den König von Preußen gefochten hatten ohne die Neutralität zu verletzen, so fiel im Jahre 1813 diese Berufung auf alte Verträge



dahin. Denn die Truppenlieferung geschah ausschließlich zugunsten Frankreichs. Napoleon bezeichnete es 1807 als eine bedauerliche Lücke in der Mediationsverfassung, daß nicht die Bestimmung darin enthalten sei, wonach die Schweiz nur denjenigen Staaten Truppen liefern dürfe, „deren System“ mit dem seinigen verbunden sei. Das war kalte Berechnung. Aber sie verbarg sich hinter geheuchelten Empfindungen. Ein Kampf von Brüdern gegen Brüder, so äußerte der Kaiser, habe etwas Verlegendes an sich. Daraufhin erließ die Tagsatzung ein strenges Verbot gegen jede Werbung, die der Allianz mit Frankreich entgegengesetzt war. Der Beschluß richtete sich gegen England; denn drei Schweizerregimenter standen in englischen Diensten; ihre Mannschaft rekrutierte sich allerdings aus allen möglichen Nationalitäten. Die Offiziere hingegen waren Schweizer. Auch die spanischen Regimenter erregten seine Galle. Als General Dupont gezwungen wurde, bei Baylen am 22. Juli 1808 die Waffen zu strecken, da war Napoleon außer sich vor Schmerz und Zorn. Der Gedanke, daß ein Schweizer, — General Theodor Reding — seiner Macht diesen Stoß verfest hatte, steigerte seine Erregung. Wie er 1809 den Rheinbund zwang, ein Verbot fremden Kriegsdienstes, der gegen ihn gerichtet war, zu erlassen, — wodurch er die österreichische Armee treffen wollte, — so verlangte er auch von der Schweiz, daß sie ihre Landsleute aus den Reihen der Feinde zurückziehe. So rief denn der kleine Rat von Luzern noch im Jahre 1809 die bei den spanischen Insurgenten stehenden Kantonsbürger zurück; der Beschluß freilich kam ihnen gar nicht zur Kenntnis. Auch die Anstrengungen der Tagsatzung, den englischen Kriegsdienst vollständig zu unterdrücken, hatten keinen vollständigen Erfolg. Napoleon aber ließ nicht nach. Mit dem 11. Artikel der unheilvollen Militärkapitulation von 1812 füllte er die ihm peinliche Lücke des alten Vertrages aus: die Schweiz verpflichtete sich darin, kein Regiment in den Diensten irgend einer andern als der französischen Macht zu halten.

Der Fremdendienst war also zum französischen Dienst geworden und darum mit strikter Neutralität unverträglich. Er beruhte nicht wie früher auf freiwilliger Werbung, und darum konnte er nicht mit der alten schweizerischen Überlieferung begründet werden. Denn früher hatte die überschüssige schweizerische Militärkraft unter verschiedenen Fahnen gedient, und mit verschiedenen Mächten waren Kapitulationen vereinbart worden. Die französische Werbung aber war zu einem Menschentribut geworden, wie er durch die Konstriktion auch von den übrigen Vasallenstaaten erhoben wurde. Die Kapitulation von 1812 war das Kennzeichen der Knechtschaft. Hielt die Schweiz auch jetzt noch, im Jahre 1813 daran fest, dann war sie der militärische Bundesgenosse Napoleons und hatte auf Anerkennung ihrer Neutralität durch die Verbündeten keinen Anspruch. Denn durch ihre scheinbare Neutralität schützte sie die Westgrenze Frankreichs und entlastete dadurch Napoleon; und durch ihre französischen Regimenter vermehrte sie die Militärmacht des Kaisers. War es der Eidgenossenschaft mit der Er-



klärung der Unparteilichkeit ernst, dann mußte sie wenigstens den guten Willen zeigen und die Regimenter aus Frankreich zurückrufen. Oder sollte sie zu den Alliierten ein Hilfskorps stoßen lassen, um die Verbündeten auf gleichem Fuß zu behandeln wie den Mediator?

Bereits in dem mit Frankreich abgeschlossenen Allianzvertrag vom September 1803 sah sich die Schweiz neuerdings um ihre Neutralität betrogen. In den Verhandlungen wehrte sich der Zürcher Repräsentant Bürgermeister Reinhard, — der spätere Landammann, — für eine sichere Garantie der „absoluten“ schweizerischen Neutralität, an die auf französischer Seite niemand zu denken schien. Sie wurde aber keineswegs in eindeutiger Form, sondern mit der Erklärung in den Vertrag aufgenommen, das „ausschließlich defensive Bündnis“ dürfe „die Neutralität beider Teile weder gefährden noch beeinträchtigen“. Und nur in allgemeiner Form wurde das Versprechen darin ausgedrückt, daß sich Frankreich bei andern Mächten für die Neutralität der Schweiz verwenden werde. Sie war also in dieser Defensivallianz berücksichtigt, aber sie blieb Fiktion. Es bewährte sich durchaus, was der frühere helvetische Minister Stapfer im Jahre 1800 niederschrieb: die Schweiz könne nur eine Neutralität erlangen, die Frankreich günstig sei. Absolute Unabhängigkeit sei unerreichbar, solange Frankreich das Übergewicht besitze. Napoleon bezeichnete die Schweiz als den natürlichen Bundesgenossen Frankreichs, da sie einen Teil der französischen Grenzen decke. Sie war ihm wertvoll als Bollwerk; er betrachtete sie als das notwendige Bindeglied zwischen Deutschland und Italien. Er hatte ihre Gebirgsstraßen nötig, und es war ihm ärgerlich, daß er im Feldzug von 1809 auf sie Rücksicht nehmen sollte. Um freie Hand zu haben, vereinigte er 1810 die Republik Wallis, welcher der Anschluß an die Schweiz verweigert worden war, mit Frankreich. Aber der uneingeschränkte Besitz des Simplon genügte ihm nicht.

Für militärische Operationen allerdings hielt er das Land nicht geeignet. Die Gebirgsverhältnisse hinderten nach seiner Ansicht rasches Vorgehen und Kraftentfaltung. Er war überhaupt kein Freund des Gebirgskrieges, er betrachtete ihn als aussichtsloses Unternehmen. Aber als Rückzugsmöglichkeit war ihm die Schweiz wertvoll. Unverhohlen sprach er es gelegentlich schweizerischen Abgeordneten gegenüber aus, daß er ihr Land nicht geschont hätte, wenn er geschlagen worden wäre. Um vor nationalem Widerstand sicher zu sein, hemmte er jede selbständige Entwicklung des Militärwesens. Dadurch verschuldete er selber die Unfähigkeit der Schweiz. Sie konnte 1813, als ihm der Grenzschutz von größtem Vorteil gewesen wäre, den Einbruch der Alliierten nicht aufhalten. Weil die Bundesgenossenschaft durch die Drangsale, die sie für die Schweiz mit sich brachte, eine erzwungene war und nicht auf dem gegenseitigen Interesse beruhte, das die einzige Garantie für die Dauer von Allianzen bildet, darum suchte er dem Abfall zuvorzukommen, indem er das schweizerische Militärwesen überwachte.



Das Kriegselend und die französische Knechtschaft während der Helvetik weckten in der Schweiz den Willen, die ursprüngliche staatliche Selbständigkeit wieder zu gewinnen. Konnten aber Unabhängigkeit und Neutralität anders gesichert werden als durch militärische Bereitschaft? So beschäftigte sich denn die Tagsatzung von 1804 mit einer Militärorganisation, welche eine gewisse Einheitlichkeit in die kantonale Ausrüstung und Aufstellung bringen wollte. Der Berner von Wattenwyl war besonders tätig. Ein von der Tagsatzung bestellter Generalstab sollte die ständige Zentralbehörde bilden. Sogar an die Errichtung einer eidgenössischen Kriegsschule wurde gedacht. Aber Napoleon erhob scharfe Einsprache. Es gehört zu den traurigen aber nicht weniger denkwürdigen Ereignissen schweizerischer Geschichte, daß die Eidgenossenschaft, die sich in eigener Anstrengung aus Zerfall und Schwachheit erheben wollte, durch das Nachwort der „befreundeten“ Republik niedergehalten wurde. Die Aufstellung eines dauernden Generalstabes sei unnütz und der Mediationsakte zuwider, erklärte Napoleon. Er sei peinlich überrascht über diese militärischen Maßnahmen in Zeiten des Friedens. Die Schweiz sei ihrer Organisation nach ein neutraler Staat, und dieser Zustand müsse im Interesse der benachbarten Mächte erhalten bleiben. Es sei unnütz, daß sie ihren militärischen Einrichtungen eine große Ausdehnung und Entwicklung gebe, wodurch das Volk in kriegerische Unruhe gerate, die mit dem Zustand des Friedens nicht übereinstimme. — Der Landammann, damals Wattenwyl, richtete ein verzweifelteres Schreiben an den schweizerischen Gesandten in Paris: die Absicht liege klar am Tage, die Schweiz durch ihre Schwäche zu binden und sie zu hindern, sich diejenige militärische Organisation zu geben, die sie haben könne und haben müsse. Als Berner und Schweizer empfand er die schmählische Beleidigung, die darin lag, daß die Schweiz in der Ausübung ihrer kostbarsten Rechte gehindert wurde, und daß ihr die Mittel genommen wurden, ihrer Neutralität Achtung zu verschaffen.

Aber gegen den Willen Napoleons war Auflehnung aussichtslos, besonders in einem Zeitpunkt, da auch die von den Parteikämpfen erhigten Gemüter sich noch nicht beruhigt hatten. Es blieb dem Landammann nichts anderes übrig als im geheimen die Kantonsregierungen von der Genehmigung der Militärartikel abzuhalten, bis man Frankreich eines bessern belehrt habe. Das Projekt wurde begraben, und zwar in aller Stille, damit nicht die Knechtschaft des Vaterlandes öffentlich bloßgestellt werde.

Es war ein zäher Kampf, der von nun an sich abspielte. Die Beteuerungen freundnachbarlicher Gesinnung wogen daneben recht leicht. Von allen Seiten verlassen, nur auf sich selber gestellt und in der Entwicklung immer durch den Kaiser beaufsichtigt und zurückgehalten, wirtschaftlich durch die Kontinentalsperre ruiniert, politisch gedemütigt und vergewaltigt, schien auch die Schweiz ihre staatliche Existenz zu verlieren. Sie war eine Enklave mitten im Herrschaftsbezirk des französischen Kaiserreichs, und nicht der Verlust ihrer Unabhängigkeit ist überraschend, sondern ihre Fähigkeit, als



Staatswesen die Machtpolitik Napoleons zu überdauern. Scheute er vor dem Letzten, vor ihrer zwangsmäßigen Vereinigung mit Frankreich zurück, weil er nicht einen zweiten Volkskrieg auslösen wollte, da er schon des ersten — in Spanien — nicht Herr wurde? Die Widerstände der schweizerischen Staatsmänner verletzten und beleidigten ihn. Sie waren Zeichen dafür, daß der Wille zu eigenem staatlichem Dasein keineswegs gebrochen sei.

Im dritten Koalitionskrieg (1805) war die Auflehnung gegen den kaiserlichen Willen geradezu herausfordernd. Damals kam ihm die Neutralität der Schweiz sehr gelegen. Darum verlangte er, daß sie die Anerkennung derselben durch Österreich fordere. Kaiser Franz knüpfte aber seine Zusage an die Gegenseitigkeit. Napoleon bot der Schweiz Subsidien an, um ihre Kontingente auszurüsten. Sein Ansinnen war nicht ohne Beispiel in der eidgenössischen Geschichte. Aber der Landammann lehnte ab, weil sich sonst die Schweiz ihrer Neutralität begeben hätte. Der Kaiser war verstimmt. War er einverstanden damit, daß die Schweiz ihre Grenze besetzte, so wollte er wenigstens an ihrer Spitze einen franzosenfreundlichen General sehen. Durch seinen Gesandten ließ er die Tagsatzungsherren in aller Form bearbeiten. Es wurde ihnen eingeschärft, daß der Kaiser das Kommando nur in den Händen des Freiburgers d'Affry zu sehen wünsche. Statt dessen wurde der Emigrantengeneral Bachmann als Kandidat bezeichnet, dann allerdings fallen gelassen. Trotz eindringlichster Vorstellungen, und obschon der Landammann Gluz, ein Solothurner, in nächstlicher Stunde sich mit dem französischen Gesandten besprach und dieser den Freiburger d'Affry zur Annahme und den Berner Wattenwyl zur bestimmten Ablehnung einer Wahl überreden wollte, ernannte die Tagsatzung den Berner Wattenwyl zum General. Der Generalstab, von dem Napoleon noch das Jahr vorher nichts hatte wissen wollen, wurde nun doch gebildet.

Die Wahl Wattenwyls bezeichnete der Kaiser als persönlichen Schimpf, den man ihm angetan habe. Er drohte, in der Franche Comté eine Armee zu konzentrieren, wenn er sich auf die schweizerische nicht verlassen könne. Um die Neutralität kümmern er sich dann freilich nicht. Auf eine Herausforderung aber hatte es die Eidgenossenschaft nicht abgesehen. Nachdem sie allen Intrigen zum Trotz und in Auflehnung gegen die französische Bevormundung d'Affry abgelehnt und Wattenwyl zum General erhoben hatte, befolgte sie in den weiteren Offiziersernennungen die Wünsche des französischen Gesandten. Ausgesprochene Gegner Frankreichs blieben von den höhern Kommandostellen ausgeschlossen.

Es ist d'Affry hoch anzurechnen, daß er damals im Auftrage der Tagsatzung nach Strassburg reiste, um von Napoleon die Anerkennung der Neutralität zu erwirken. Der Empfang freilich, der ihm zuteil wurde, war niederschmetternd. Der Kaiser polterte und drohte, sprach von dem Gold des Auslandes und von übler Ge-



sinnung. In seinem Antwortschreiben an den Landammann war mit Ausnahme der Unrede und des Schlusssatzes alles von drohender Gehässigkeit. Österreich wolle von der Neutralität nichts wissen, behauptete er rundweg; er selber verweigerte ihre Bestätigung, da sie im Allianztraktat genügend zugesichert sei.

Landammann Gluz gab sich alle Mühe, den Zorn zu dämpfen. Damit man neutral bleiben könne, so schrieb er in einem persönlichen Brief, müsse man sich unparteiisch zeigen. Übrigens werde der schweizerische General energisch die Grenze gegen eine österreichische Invasion verteidigen. Es sei kein Grund, sich über die der Schweiz benachbarten französischen Provinzen zu beunruhigen. Den unparteiischen Neutralitätswillen bekundete in diesem Krieg von 1805, unbekümmert um den ängstlichen Landammann, der Generalquartiermeister Finsler, indem er durch ein Beobachtungskorps den Rheinübergang bei Basel sicherstellte. Das wurde nun wieder vom französischen Gesandten (damals noch Vial), als Provokation betrachtet. Er sparte nicht an Schimpfwörtern gegen Finsler, den er als Landesverräter bezeichnete.

Für die beiden kriegführenden Parteien bildete die Schweiz eine wichtige strategische Position, weil sie den rheinischen und den italienischen Kriegsschauplatz verband und weil die wichtigsten Stellungen an Reuß und Limmat einer Festung gleich geschätzt wurden. Glücklicherweise hatte die schweizerische Grenzarmee nicht die Probe abzulegen, ob sie dem Ansturm einer kriegführenden Macht gewachsen sei. Seit der Auflösung des Militärwesens in der Helvetik war keine eidgenössische Armee gebildet worden. Jetzt benützte Wattenwyl die Gelegenheit, aus den Kontingenten der Kantone eine wirkliche, wenn auch noch so bescheidene Kriegsmacht herzustellen, und so wurde tatsächlich der Krieg von 1805 die „Geburtsstunde unserer schweizerischen Armee.“ Absicht und Wille waren allerdings hervorragender als das Resultat.

Der Waffengang endete mit der völligen Verdrängung Österreichs. Als diese Macht im Jahre 1809 noch einmal zu den Waffen griff, da war die Schweiz nur von Frankreich und seinen Vasallenstaaten umgeben. Napoleon glaubte denn auch nicht, auf ihre Neutralität Rücksicht nehmen zu müssen. Ein französisches Regiment nach dem andern nahm von Hünningen aus den Weg über die Basler Brücke bis auf den Tag der offiziellen Kriegserklärung. Der damalige ganz französisch gesinnte Landammann d'Alfry beschönigte die Gebietsverletzung, da sie vor Ausbruch des Krieges stattgefunden habe. Damit fand sich die Tagsatzung ab. An den siegreichen Kaiser aber wurde Reinhard von Zürich abgeordnet, damit die Neutralität der Schweiz anerkannt werde. Er sollte auch seine Absichten erforschen, vor allem, ob der Kaiser wünsche, daß die Schweiz ein Neutralitätsbegehren an Österreich richte. Über den Schutz der Westgrenze dürfe er sich beruhigen.

Was Reinhard in zweimaliger Audienz von Napoleon zu hören bekam, das war den Grundzügen nach: völliger Anschluß der Eidgenossenschaft an Frankreich,



unzweideutige Abhängigkeit vom hohen Alliierten — die Abhängigkeit des Rheinbundes. Mit der Überhebung des Siegers spiegelte sich der Kaiser in seiner Macht und trat er das Recht mit Füßen. Er spielte in Gedanken und Worten mit der schweizerischen Neutralität, die seiner Willkür ausgeliefert war. Wohlwollend erklärte er, daß er sie beobachte; aber im gleichen Atemzug verriet er seine wahren Gedanken: „Mir gegenüber ist diese Neutralität ein Wort ohne Sinn, das Euch nur so lange dient, als ich es will.“ Das war zu Regensburg im Jahre 1809. Der schweizerische Abgesandte, dem der Kaiser schamlos und ohne jede Form die brutale Neutralitätspolitik des Starken offenbarte, war Hans von Reinhard, derselbe, der 1813 als Landammann der Schweiz keinen Schritt zu tun wagte ohne die Zustimmung des Kaisers, in dessen wahre Absichten er hineingeblickt hatte.

Napoleon selber wurde seit 1809 rücksichtsloser in Forderungen und Äußerungen. Als im Jahr darauf d'Alfry mit besonderen Komplimenten an den Kaiser abgeordnet wurde, da eröffnete ihm dieser Dinge, die er der Feder nicht anzuvertrauen wagte. Raum von Paris zurück, starb er, und er nahm das Geheimnis mit in sein Grab. Noch im selben Jahr gab Napoleon dem Vizekönig Eugen Beauharnais Befehl, mit italienischen Truppen in die „italienischen Vogteien“, das heißt in den Kanton Tessin einzurücken, unter dem Vorwand, den von dort aus betriebenen Schleichhandel zu unterdrücken. Damit war vor aller Welt die Integrität der Eidgenossenschaft verletzt. Alle Proteste der Landesregierung waren nutzlos. Die Zerstückelung der Schweiz stand bevor. Wenn aber der Mediator auf Nachgiebigkeit rechnete, täuschte er sich. Die Tagsatzung beharrte auf der Unverletzlichkeit ihres Bodens, wie sie an der Freiwilligkeit der Werbung festhielt. Entschlossene Worte fielen. Wiederum drohte der Kaiser. Einer Gesandtschaft, der Reinhard angehörte, erklärte er rundweg, er sei bereit, den Handschuh aufzunehmen, den man ihm hingeworfen habe. Auch wenn es zu einem Krieg mit Rußland und Österreich kommen sollte, vermöge er noch 50—60 000 Mann aufzubringen, um nach seinem Gutdünken über die Schweiz zu verfügen. Von der Räumung des Tessin könne keine Rede sein, da man ihm drohe. „Fordert man mich heraus, so kann ich für mich selber nicht gut stehen.“ Es könne ihm einfallen, einmal um Mitternacht das Dekret zur Einverleibung der Schweiz zu unterzeichnen. Damit erstickte er die Auflehnung und erzwang die verschärfte Militärkapitulation vom Jahre 1812.

Die Niederlage in Rußland, der Anschluß Preußens, dann derjenige Österreichs an den siegreichen Zaren, der Abfall der Rheinbundstaaten, die Siege der Verbündeten im Jahre 1813 vernichteten seine Pläne. Aber seine Forderungen an den schweizerischen Bundesgenossen wurden nicht geringer. Er verlangte die außerordentliche Rekrutierung, verhinderte das rechtzeitige Zusammentreten der Tagsatzung und hielt bis in den Anfang November hinein die Besetzung des Tessin aufrecht. Er



wollte von einem wirksamen Aufgebot der eidgenössischen Kontingente nichts wissen, weil er aus gerechtfertigtem Mißtrauen mit dem Anschluß des Grenzscheues an die Heeresmacht der Verbündeten rechnete. Er hatte die Neutralität der Schweiz zum Gespött gemacht, all die Jahre hindurch; konnte er im Ernst erwarten, daß die Verbündeten auch nur einen einzigen Tag zögerten, über die Basler Brücke zu marschieren?

Die alliierten Kabinette kannten die Abhängigkeit der Eidgenossenschaft von ihrem Mediator. Ihre ganze Demütigung freilich war ihnen verborgen. Denn was Napoleon in Straßburg und Paris und Regensburg den eidgenössischen Gesandten als Drohung ins Gesicht geschleudert hatte, das blieb das Geheimnis der schweizerischen Regierungen. Was auch durchsickern mochte: mit Dankbarkeitsbezeugungen gegenüber dem Vermittler wurde die Schmach verhüllt. Wäre sie in ihrem ganzen Umfang offenkundig gewesen, die verbündeten Monarchen hätten noch eindringlicher ihre Stimme erhoben, daß das Schweizervolk sich aus der Niedrigkeit aufrichte und das Wort wieder Tat werde.

Den Eingriffen Napoleons fügten sich die schweizerischen Regierungen. Aber hier mit weniger, dort mit mehr Widerstand. Daraus ergibt sich ein eigenartiges Bild. Die Schweiz hatte ihr Selbstbestimmungsrecht eingebüßt. Sie war der Vasall Frankreichs, der Gewalttätigkeit und Laune Napoleons preisgegeben. Die ganze Politik der schweizerischen Staatsmänner ging darauf aus, den Rest staatlicher Existenz in eine glücklichere Zeit hinüber zu retten. Man fügte sich dem übermächtigen Druck, aber man fügte sich nur mit Widerstreben. Jede Nachgiebigkeit war nur das Eingeständnis der Ohnmacht und nicht die Äußerung freien Willens. Mit Zähigkeit hielt man an der Unabhängigkeit fest, die allerdings nur noch in der äußern Form bestand, indem die Schweiz von dem napoleonischen Kaiserreich nicht verschlungen war, sondern, im Gegensatz zu so manchem frühern Staat, noch eigenen Daseins sich rühmen konnte. Man erniedrigte sich sogar in Schmeichelei dem Mediator gegenüber, aber dem Volke war die Schmach dumpf fühlbar. Man wurde weder durch das wirtschaftliche Elend noch durch die politischen Drangsale so abgestumpft, daß man — wie Napoleon hoffte, — die Inkorporation in Frankreich ersleht hätte. In offiziellen Sendungen und Ansprachen erging sich die Landesregierung wohl in schwülstigen Lobeserhebungen, und sie bekräftigte immer wieder das Zutrauen zu der Großmut, dem Wohlwollen und der Gerechtigkeitsliebe des Vermittlers, der doch jedes Recht mit Füßen trat. Aber gelegentlich durchbrach der Wille zur Freiheit die diplomatische Vorsicht und wirkte wie ein unverwüßliches Bekenntnis, über dessen Aufrichtigkeit sich der Herrscher Europas nicht täuschen konnte. Als Napoleon im Jahre 1810 die Hand auf den Tessin legte, indem er dort italienische Truppen einmarschieren ließ, da erhob der mutige Gesandte Sidler von Zug in der Tagsatzung von 1811 seine Stimme und



behaftete den Kaiser bei dem Worte, welches er gegeben: die Schweiz solle bei ihrer Independenz und Integrität unangetastet bleiben. Er pries das teure Gut der Freiheit, das die Vorfahren vor 500 Jahren errungen und das trotz Europas großen Staatsumwälzungen heute noch das Kleinod, der Adel, der Stolz, das Leben jedes echten Schweizers sei. Aber in diese Freudengefühle mische sich der Schmerz über die Besetzung des Kantons Tessin.

Obschon Sidler mit ehrenden Worten des Vermittlers gedachte, wurde dieser doch aufs äußerste empört. Denn er hörte aus der Offenherzigkeit dieses Mannes den Protest nicht nur eines Einzelnen, sondern der Besten, die auch in der Niedrigkeit nicht an ihrem Vaterland verzweifelten und die mit dem Bekenntnis zur Freiheit in dem tief gedemüthigten Volke die Erinnerung an das Erbe und an ihre Pflicht wach hielten. Auf derselben Tag-satzung sprach Alloys von Reding, nicht so temperamentvoll wie Sidler, aber nicht weniger eindrucklich, die Worte aus, daß die Schweizer nie für des Lebens Erhaltung das, was des Lebens wert sei, dahingeben würden, und daß auch große Mächte aus ihrem Benehmen den Schluß gezogen haben dürften, ein zufriedener Nachbar sei besser als ein unzufriedener Hausgenosse. In dieser Gesinnung hatte sich Jahre vorher, sogar unter französischen Bayonetten, Escher von der Linth gegen den Abschluß der Offensivallianz mit Frankreich gewehrt, als das französische Direktorium unerbittlich die Unterzeichnung des Vertrages verlangte und für den Fall der Weigerung die Einverleibung der Schweiz in Frankreich androhte. Damals fügten sich die helvetischen Räte. Aber Escher von der Linth stellte den Antrag auf Verwerfung, obschon die Leiden des Landes vermehrt würden. „Allein augenblickliche Leiden sollen uns durchaus nicht bestimmen,“ so fügte er bei, „dem Interesse künftiger Generationen und selbst dem wahren Interesse der jetzigen Generation zuwider einen solchen Bund zu schließen. Wir sollen die Nation als ein fortdauernd Ganzes ansehen, dessen wahres Interesse nie einer augenblicklichen Behaglichkeit aufgeopfert werden soll.“

Wenn die Eidgenossenschaft in ihrer isolierten Lage dem Drucke Frankreichs nachgab, dann konnten die übrigen Mächte ihr keinen Vorwurf daraus machen. Zu den schweizerischen Abgeordneten, die Ende 1813 zur Anerkennung der schweizerischen Neutralität nach Frankfurt reisten, sagte der österreichische Kaiser mit vollem Recht, daß keine einzige Nation Europas ihre Unabhängigkeit besessen habe. Nach der Niederwerfung Preußens und der Zerstückelung Österreichs ging nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Österreich die Hoffnung auf die Wiederherstellung eines europäischen Gleichgewichtes verloren. Im Jahre 1809 stand in den „Europäischen Annalen“ ein Aufsatz zu lesen, der die Errichtung des östidentalischen Kaisertums durch Napoleon als etwas Selbstverständliches betrachtete. Er sei sie seiner Selbsterhaltung wie der Ruhe Europas schuldig. „Ruit alto a culmine Troja; der Name, die Hoffnungen selbst,“ rief Johannes von Müller, der schweizerische Geschichts-



schreiber, aus nach den Schlachten von Jena und Auerstädt. Wann würde die alte Eidgenossenschaft zusammenbrechen? War es nicht Vermessenheit, ihre Widerstandskraft höher anzuschlagen als die der andern Mächte? Und doch hielt sie Stand. In der Epoche der Erniedrigung erlosch der Gedanke staatlicher Selbständigkeit nicht. Und der Glaube an die Gesinnung und Verzweiflungskraft der Nation hielt aufrecht. Der Erhaltungstrieb wirkte Wunder. Man hielt Einklehr in der Geschichte der glücklichen Tage, in denen sich mit dem Freiheitsgedanken auch die erfolgreiche That verbunden hatte; und wenn wir heute mit traurigem oder gar mit spöttischem Lächeln die Reden der Tagherren überlesen, dann versetzen wir uns kaum in jene Versammlung von Männern, die aus der Vergangenheit Mut und Kraft schöpften, sich selber und einer den andern damit aufrichten mußten, damit es ihnen leichter wurde, die bösen Tage und das gegenwärtige Übel in Erwartung künftiger Rettung zu ertragen. Diejenigen Staatsmänner aber, die ohne Not sich in untertäniger, verlogener Schmeichelei erniedrigten, die sich an den Despoten herandrängten, um ihm durch ihre Untertänigkeit gefällig zu werden, haben sich selber gerichtet. Napoleon selbst, dem Politik eine Sache persönlichen Ehrgeizes und unruhvollen Tätigkeitstriebes war, und der die niedrigen Instinkte wie die vornehmen Eigenschaften der Menschen gleicherweise ausnützte, konnte nur mit Verachtung auf die Dienstfertigkeit schwacher Naturen herabblicken. Mit Ingrimm dagegen beobachtete er, wie stark der innere Widerstand sei, der von selbstbewußten Patrioten geleistet wurde.

So weit die Kraft reichte, widersetzte sich die Eidgenossenschaft den Vernichtungsplänen des Kaisers. Der Koalition freilich, die von Rußland und Preußen zuerst gebildet und dann erweitert wurde, blieb sie fern. Denn in frischer Erinnerung lebten die Schrecknisse, die sich während der Helvetik auf ihrem Boden abgespielt hatten, als sie Kriegsschauplatz war. Und unvergessen waren die Wirren, die der Kampf der Parteien entfesselt hatte. Die Mediationsverfassung hatte die Kluft, welche die aristokratischen und freisinnigen Kantone trennte, nur überbrückt und nicht geschlossen. Die Altgesinnten gaben die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Aristokratie nicht auf und rechneten bestimmt mit dem Wiedergewinn der verlorenen Macht; die neuen Kantone aber fürchteten, bei einer Umwälzung ihre in der Helvetik erworbene Selbständigkeit zu verlieren.

Darin lag denn auch die Gefahr einer Auflösung der Eidgenossenschaft, wenn sie sich den Alliierten anschloß; die Gefahr nämlich, daß nicht nur die Unabhängigkeit von Frankreich erkämpft wurde, sondern daß mit der Beseitigung der Mediationsverfassung auch die Garantien für die selbständige Fortdauer der neuen Kantone dahinfielen.

Tatsächlich wollte der Berner Staatsrat von einer Neutralitätserklärung nichts wissen, durch welche die Aufrechterhaltung der Mediationsverfassung ebensogut wie die Behauptung und Verteidigung des Gebietes als Zweck ausgesprochen wurde.



Das Mißtrauen der übrigen Tagsatzungsgesandten hoffte Bern durch die Erklärung zu zerstreuen, daß man den eidgenössischen Boden, nur nicht die gegenwärtige Verfassung schützen wolle. Man war der Meinung, daß diese Verfassung als ein Wert Frankreichs an sich schon die Neutralität der Schweiz kompromittiere, und daß man nicht daran festhalten könne, wenn man doch den Einfluß Frankreichs auf die europäischen Staaten brechen wolle. Die bernische Auffassung deckte sich in diesem Punkte mit der von Genè verfaßten österreichischen Erklärung, daß der Schweiz seit fünfzehn Jahren beides abgehe: die wahre Unabhängigkeit und die wahre Neutralität. Die unechte Neutralität, so sprach sich jenes Schriftstück aus, sei aber für den Nachbar ein zweischneidiges Schwert. Sie werde so lange eingehalten, als es dem Protektor angenehm sei, das heißt so lange, als er aus dieser einseitigen Neutralität Vorteil ziehe.

Dieser Vorwurf traf wirklich das Wesen der schweizerischen Neutralität, wie sie während des französischen Protektorates gehandhabt wurde. In allen Kriegen Napoleons hatte die Schweiz die Aufgabe gehabt, unter dem schönen Namen unparteiischer Neutralität die französische Westgrenze zu sichern und damit den Kaiser zu unterstützen. Die außerordentliche Tagsatzung vom November 1813 machte sich einer bewußten Unwahrheit schuldig, wenn sie in ihrer Erklärung von der „Neutralität eines unabhängigen Volkes“ redete, und wenn sie in einem Aufruf an die XIX Kantone der schweizerischen Eidgenossenschaft den Gedanken ausführte: „Die Beobachtung einer strengen Neutralität hat unter Gottes allmächtigem Schutz Jahrhunderte lang die Freiheit und Ruhe des Vaterlandes gesichert; heute wie in jenen verflossenen Zeiten ist sie unserm Bedürfnis und unserer Lage angemessen . . . Wir wollen sie also mit allen in unsern Kräften stehenden Mitteln handhaben und behaupten.“

Es war verhängnisvoll, daß in der kritischen Stunde, da es um die politische Selbständigkeit ging, Fragen der innern Politik die nationale Geschlossenheit verhinderten. Siegten die Franzosen, dann wurde der von Napoleon ausgeübte Druck auf die Schweiz noch schlimmer. Wer wollte, wer konnte die Einverleibung des bereits besetzten Tessin in das von seinem Stieffohn Eugen Beauharnais verwaltete Königreich Italien hintertreiben? Wer die Einführung der Konstriktion hindern, die der Kaiser der Eidgenossenschaft ebenso wenig ersparen wollte, als er sie seinen Rheinbundstaaten erspart hatte? Ein Volksaufstand, die Tat der Verzweiflung allein, blieb übrig. — Wenn aber Napoleon von den Alliierten niedergeworfen wurde, dann fiel der schweizerische Staatsorganismus auseinander; die Mediationsverfassung wurde abgestreift, die Anhänger der alten Ordnung strebten nach der Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände, die Macht des Patriziates wurde wieder aufgerichtet, und wer gab den ursprünglichen Vogteien und Untertanenländern die Zusicherung, daß ihre kantonale Souveränität respektiert werde? Die Mediationsverfassung gewähr-



leistete den Kantonen Waadt und Aargau Sicherheit und Selbständigkeit. Sie waren bedroht, wenn Bern diese Fessel der Verfassung nicht mehr fürchten mußte.

So wurde die äußere Gefahr durch die innere verschärft. Wir verstehen den Seufzer, der sich in den Zeilen von Eduard Schö, dem Sohne des frühern helvetischen Direktors, findet: „Man weiß wahrlich nicht, was man wünschen soll. Sind die Franzosen geschlagen, so können leicht wieder Unruhen in der Schweiz ausbrechen und davor bewahre uns Gott.“ (18. Sept. 1813.)

Das war nur eine Stimme unter vielen. Schon 1812, als die Katastrophe des Kaisers in Rußland bekannt wurde und der Wahn, als sei er unbeflegbar, zerstört war, schrieb der Waadtländer Monod an den Zürcher Alerri, daß ein bernischer Handstreich zu befürchten sei. Und nun wälzten sich die Wogen der verbündeten Heere nach dem Rhein, — war da nicht zu erwarten, daß das alte Bern das Signal gebe, um die Gegenrevolution zu eröffnen. Was geschah dann mit dem Aargau und dem Waadtland? Was geschah mit der Rechtsgleichheit? Die Antwort gab die Regierung von Bern selbst, indem sie der Proklamation der Tagsatzung an das Volk über die Neutralität ihre Zustimmung versagte, weil dieser Aufruf die Schweizer aufforderte, die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes zu bewahren und seine gegenwärtige Verfassung zu erhalten. Mit der Verteidigung der Freiheit war der Staatsrat von Bern einverstanden, aber nicht mit der Aufrechterhaltung der Mediationsverfassung. Das Berner Patriziat hatte nur gezwungen auf Aargau und Waadtland verzichtet. Jetzt hielt es der Staatsrat für seine Pflicht, die Ansprüche auf alten Besitz und alte Rechte, die von den Vorfahren erworben wurden, aufrecht zu erhalten. Da der Augenblick die Wiederherstellung des bernischen Freistaates in seinem frühern Umfang möglich erscheinen ließ, wollte er nicht durch die Zustimmung zur Proklamation der Tagsatzung an das schweizerische Volk „den Gewalttaten das Siegel der Gesetzmäßigkeit“ aufdrücken. Als einzelne Berner in das Hauptquartier der Alliierten reisten, hielt es der Landammann für notwendig, die Regierung zu warnen, indem er sie an die traurigen Ereignisse von 1798 erinnerte und an die Leiden, die durch die französische Intervention damals der Schweiz bereitet wurden. Gegen das Verbot, mit dem die Berner Regierung die Verbreitung der Tagsatzungsproklamation belegt hatte, konnte er nichts ausrichten.

Die Aufgabe, die im November und Dezember des Jahres 1813 der Eidgenossenschaft zufiel, wenn sie ihre Neutralität bei den Feinden Frankreichs sowohl als bei Napoleon zur Anerkennung bringen wollte, war nicht leicht. Darum mußte sie besondern Abordnungen übertragen werden.

Die Neutralität der Schweiz lag 1813 im Interesse Frankreichs. Aber Napoleon hatte in den zehn Jahren der Mediationszeit alles getan, um diese Neutralität verächtlich zu machen. Eine besondere Abordnung an ihn war deshalb schon ein Gebot



der Klugheit, um den Schein der Unparteilichkeit nach außen hin zu wahren. Wenn diesmal der Kaiser, im Gegensatz zu seinem frühern Verhalten, schlankweg das Versprechen abgab, die Integrität des schweizerischen Gebietes zu respektieren, dann war auch der schwere Auftrag, den die Abordnung ins Hauptquartier der Verbündeten auszuführen hatte, bedeutend erleichtert. Den Vorwürfen, daß sich Frankreich in allen vorhergehenden Kriegen über die Neutralitätserklärung der Schweiz hinweggesetzt habe, und daß die Eidgenossenschaft in ihren Truppenaufstellungen nie an den Grenzschutz im Westen, sondern nur an denjenigen im Osten und am Rhein gedacht habe, konnte dann die Tatsache entgegengehalten werden, daß diesmal die Festsagung auf strenge Unparteilichkeit halten werde und daß der französische Kaiser sich ihrem Willen beuge. Ob er allerdings sein gegebenes Wort halten werde, wenn sich das Waffenglück ihm zuwende, das war dann immer noch die Frage. Die Äußerung des österreichischen Legationssekretärs von Wolf war durchaus berechtigt: die Schweiz müßte Garantie geben können, daß „sie während eines Rheinübergangs von Seite der Alliierten oder auch im Fall eines Unglücks, das diese beträfe, ihre Neutralität gegen Frankreich zu behaupten imstande sei. Von Verletzung der Neutralität, auch bei einem Durchmarsch der Alliierten zu sprechen, wäre wohl nicht ratsam, da die Neutralität der Schweiz durch das Benehmen von Frankreich, und hauptsächlich durch die militärische Besetzung des Tessin schon lange verletzt sei und von Seite der Alliierten ohne neue Garantie nicht anerkannt werden könne.“

Damit war der schwerste Vorwurf gegen die Eidgenossenschaft ausgesprochen, den sie auch mit dem Hinweis auf die Allianzen der deutschen Staaten mit Frankreich und auf den Zwang, dem eine schwache Republik ausgesetzt sei, nicht ohne weiteres entkräften konnte.

## 2. Landesverteidigung und Neutralitätserklärung.

Durch die Mediationsverfassung, die Bonaparte der Schweiz aufgezwungen hatte, waren die Gegensätze nur scheinbar überwunden. Es wären Jahrzehnte nötig gewesen, um die Patrizier und Aristokraten an den völligen Verzicht auf ihre Vorrechte, die einst mächtigen Orte wie Bern an den Verlust ihrer Untertanengebiete zu gewöhnen. Es gab Berner „Altgesinnte“, die Wunsch und Hoffnung auf den Wiedererwerb des Waadtlandes und des Aargau nie aufgegeben hatten, und die nur auf den Augenblick warteten, da die Mediationsverfassung beseitigt werden könne. Daß die militärische Erstarkung vorausgehen müsse, war in diesem Kreise selbstverständlich. Umgekehrt waren die neuen Kantone französisch gesinnt. Sie sahen in der Protektion



Frankreichs eine gewisse Garantie gegen den Versuch reaktionärer Orte, ihnen ihre noch so junge Selbständigkeit zu rauben und sie wieder in das alte Verhältnis von Untertanenländern herabzudrücken. Dieses Mißtrauen auf der einen, die Unversöhnlichkeit auf der andern Seite kamen sofort zum Durchbruch, als die napoleonische Herrlichkeit ins Wanken geriet. Die Berner „Unbedingten“ sahen den Augenblick der Wiederherstellung ihres alten Staates, die neuen Kantone den Angriff auf ihre kantonale Existenz kommen. Ohne diesen unheilvollen Gegensatz der Parteien wäre die Beseitigung der Mediationsakte und des französischen Protektorates eine Tat nationalen freiheitlichen Geistes gewesen. Weil aber das unversöhnliche Patriziat damit die Wiederherstellung seiner früheren Macht wollte, obschon dies nur auf Kosten der Mit Eidgenossen zu erreichen war, verlor die antifranzösische Bewegung ihren freiheitlichen Charakter.

Der innere Gegensatz lähmte im Laufe des Jahres 1813 die Entschlüsse des Landammanns und der Tagsatzung. Man darf sich keine übertriebene Vorstellung von nationaler Geschlossenheit machen. Sie war nicht vorhanden. Darum fehlte auch eine einheitliche Politik nach außen. Von der alten Eidgenossenschaft sagte ein Zeitgenosse der Revolution, daß niemand in diesem Staat ein gemeinsames Vaterland, sondern ein jeder es nur in seiner heimatlichen Wohnung erkannte. Mit andern Worten: man fühlte sich nicht als Schweizer. Der eigene Kanton war die Heimat.

Seit der Helvetik gab es ein Schweizerbürgerrecht. Aber das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit konnte sich nicht von einem Jahre aufs andere entwickeln. Durch die Mediationsverfassung wurde diese Gesinnung nicht gestärkt. Die Schweiz war wieder ein Staatenbund von selbstherrlichen Staaten. Eine eigentliche Landesregierung gab es nicht. An der Spitze stand der Landammann der Schweiz, d. h. der Schultheiß oder Bürgermeister desjenigen Kantons, der für ein Jahr die Geschäfte des Bundes leitete. Unter sechs Kantonen wechselte jährlich das Direktorium. Es wechselte damit jährlich der Landammann. Nur der Kanzler blieb derselbe. Er hielt den Zusammenhang der Geschäfte aufrecht. Trotzdem wuchs der Einfluß des Landammanns. Denn er stellte die Verbindung her zwischen den 19 Kantonen und Napoleon. Männer wie Wattenwyl oder Reinhard gewannen eine Wichtigkeit, die sie allein schon ihrem diplomatischen Verkehr mit der französischen Gesandtschaft und noch mehr den Missionen zum Kaiser, mit denen sie ausgezeichnet waren, verdankten.

Der Zürcher Hans von Reinhard, Landammann der Schweiz für das Jahr 1813, konnte sich das Ansehen geben, daß er den Willen und die Absichten und Pläne des Mediators besser kenne als, seit d'Alffrys Tod, irgend ein anderer schweizerischer Staatsmann; daß er darum auch am besten wisse, welchen Kurs die schweizerische Politik zu nehmen habe. Sein Urteil übte eine Macht aus. In schwierigen Lagen hatte er die Sache des Landes vertreten müssen. Manches Wort des Kaisers hatte sich ihm ein-



gegraben und wurde als ein Staatsgeheimnis andern gegenüber kaum angedeutet. Er umgab damit seine Person mit einer Wichtigkeit, die ihm auch unter seinesgleichen überragende Bedeutung verlieh. Sein Urtheil, als dasjenige eines erfahrenen und weit-sichtigen Staatsmannes, legte sich wie ein Gewicht auf anders gerichtete Meinungen und ließ sie nicht recht aufkommen. Aus dem Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die Schweiz befand, zog er seine politischen Richtlinien, sein „System“ erzwungenen Nachgebens und der Liebedienerei. Er war nicht blinder Bewunderer Napoleons, sondern er hielt zu seinem Lande. Der französische Gesandte schildert ihn als einen Mann, der gern freie Hand haben möchte und dem der Gedanke, unter dem Einfluß des Gesandten zu stehen, unerträglich sei. Er nennt ihn geradezu steckköpfig. Aber die schlimmen Erfahrungen aus den Begegnungen mit Napoleon hatten die Widerstandskraft Reinhardts erschüttert. Obschon er nach Möglichkeit ungefährliche Obstruktion gegen Frankreich trieb, suchte er doch allen Vorwürfen des Kaisers vorzubeugen. Darum war das Urtheil, das der scharfsinnige Politiker Stapfer in einem Briefe aus dem Jahre 1811 über ihn äußerte, treffend: Reinhard habe gelernt, daß man die Unabhängigkeit durch die Abhängigkeit retten müsse. — Sein Verhängnis war, daß er an die unbedingte Macht Napoleons glaubte. Er verlor an ihn die Freiheit des Denkens und darum auch diejenige des Entschlusses. Es fehlte ihm die Zuversicht des unternehmenden Staatsmannes. Er sah sich von Schwierigkeiten umgeben und sah nicht über sie hinaus. Er bewegte sich in fremden Geleisen, statt den eigenen Weg zu gehen. Er war kein großer Staatsmann. In ruhigen Zeiten hätte er es scheinen mögen. Aber in einer Zeit, die zum Prüfstein staatsmännischer Tüchtigkeit war, versagte er. Er besaß nichts Großes, nichts Überragendes, und er war nur Mahner, aber nicht Führer.

Das Jahr 1813 war von Anfang an eine Prüfung: Der Kaiser war in Rußland geschlagen, die größte Armee war vernichtet, Preußen von ihm abgefallen, der König von Sachsen mußte vor Wittgenstein und Blücher fliehen; aber das Kriegsglück Napoleons nahm noch einmal einen neuen Aufschwung: er siegte bei Lützen, siegte bei Bautzen, Davout besetzte wieder Hamburg. Dann kam der Waffenstillstand. Beide Teile bewarben sich um Österreichs Bundesgenossenschaft. Am 12. August fiel die Entscheidung: Österreich erklärte an Napoleon den Krieg. Die Verbündeten: Rußland, Preußen, Österreich, von englischem Geld unterstützt, stellten drei Hauptheere auf; den August und September hindurch wurde mit wechselndem Glück gekämpft. Im Oktober fiel Bayern vom Kaiser ab, und nach dem vernichtenden Sieg bei Leipzig floh der geschlagene Franzosenkaiser nach dem Rhein. Seine Staatengründungen in Deutschland stürzten zusammen, die erzwungenen Allianzen lösten sich auf. Holland befreite sich vom französischen Joch. Die Verbündeten aber beschloßen am 1. Dezember, den Krieg über den Rhein nach Frankreich zu tragen. Die Böhmishe Armee unter



Schwarzenberg zog sich nach dem Oberrhein. Die verbündeten Monarchen erwarteten den Anschluß der Schweiz.

Aber nicht nur in den neuen Kantonen, die in einer Veränderung der Dinge ihre Selbständigkeit gefährdet sahen, sondern auch in den andern Kantonen wollte das Volk nicht in den Krieg hineingezogen werden. Von den „Unbedingten“ abgesehen, die aus egoistischen Absichten sich den Verbündeten verschreiben wollten, war der Wille zur Neutralität auch wirklich Volkswille. Die Neutralität aber konnte nur mit der Waffe gesichert werden. Und die Waffe hatte Napoleon stumpf gemacht. Die Eidgenossenschaft verfügte verfassungsmäßig nur über ein Aufgebot von 15 000 Mann. Die Bildung eines Generalstabes, der auch in Friedenszeiten für die vaterländische Verteidigung gesorgt hätte, hatte Napoleon verhindert. Die Milizen waren ungeschult, die Bewaffnung war ungenügend und ungleichmäßig, so daß, wenn die Verteidigung eine ernsthafte sein wollte, mit dem Aufgebot nicht gezögert werden durfte. Von einer plötzlichen Mobilisation war nichts Gescheites zu erwarten.

Welches immer die geheimste Absicht war: man muß den Mut bewundern, mit dem Bern schon im Frühjahr 1813 die militärische Sicherung der Schweiz in Vorschlag brachte. Der Berner Altlandammann Rudolf von Wattenwyl hatte 1805 und 1809 das Kommando über die schweizerischen Truppen geführt, die damals an der Grenze standen. Er kannte die Gebrechen der Armee. Und nicht nur er allein. Aber der harte Griff Napoleons machte die Ausbildung des Heerwesens unmöglich. Der Kaiser mißtraute der Schweiz. Nicht mit Unrecht! Es war tatsächlich auf die Wiedererlangung der Selbständigkeit abgesehen, wenn im März 1813 Altschultheiß von Müllinen im Staatsrat von Bern seine Gedanken über Nationalbewaffnung der Schweiz entwickelte. Es war, als ob an Stelle der Redensarten, wie sie auf der Tagsatzung sich hören ließen, nun endlich die entscheidende Tat treten sollte. Müllinen, und mit ihm der Staatsrat, verlangte dreierlei: die Einberufung einer außerordentlichen Tagsatzung, die Erklärung der Neutralität und die allgemeine Nationalbewaffnung. Die Meinung war, daß Frankreich damit einverstanden sein könne, weil eine bewaffnete und zuverlässig neutrale Schweiz die Westgrenze decke, und daß die Verbündeten zustimmen könnten, wenn genügender Grenzschutz Frankreich an der Besetzung der Schweiz hindere. Um ihren Zweck zu erreichen, sollte die Tagsatzung die Bereitstellung von zwei Bundeskontingenten, also von 30 000 Mann, verlangen, — eine Truppenzahl, wie sie der Landammann Reinhard nicht einmal zu beantragen wagte, als das Vaterland in Gefahr war.

Müllinen selbst begab sich im Auftrag des Staatsrates nach Zürich, um Reinhard für diesen großen Gedanken der Nationalbewaffnung zu gewinnen. Wir kennen den Verlauf der Gespräche nicht. Aber wir wissen, was Müllinen in die Wagschale zu legen hatte; der Augenblick war gekommen, da die Schweiz durch eigene Anstrengung ihren Willen zur Selbständigkeit vor aller Welt bekunden konnte. Noch mehr: nur



in eigener Kraftanstrengung konnte sie den Beweis bringen, daß sie überhaupt noch das Recht auf staatliche Existenz besitze. Dem Landammann gegenüber wurde das Projekt sachlich, kühl vertreten: der Gemeingeist werde dadurch belebt, der Verfassung Kraft und Ansehen gesichert, Frankreichs schwierigste Grenze werde geschützt, und vor allem steige die Schweiz im Urtheil der fremden Mächte, und sie werde im künftigen Friedensschluß weit günstiger behandelt, als wenn sie das Los der Besiegten theile. Ausdrücklich betonte der Staatsrat durch Mülinen, daß diese Neutralität eine vollkommene sein müsse; keine bewaffnete Macht dürfe, unter welchem Vorwand es immer sei, schweizerischen Boden betreten, und die schweizerische Armee ihrerseits dürfe unter keinen Umständen die Grenze überschreiten. Indem man Frankreich von der Neutralitätserklärung Kenntniß gebe, müsse man beifügen können, daß eine solche militärische Macht entfaltet werde, wie sie nötig sei, um den Einbruch des Feindes in die Schweiz zu verhindern.

Doch der Landammann gab ausweichende Antwort. Er war voller Überlegungen und Bedenken. Wie oft trifft doch der natürliche Verstand das Richtige, während die Klugheit, die sich an diplomatische Gedankengänge gewöhnt hat, zu entschlossener That und zur Erfassung des wertvollen Augenblicks unfähig ist! Der Landammann erinnerte an die Besetzung des Tessin durch die italienischen Soldaten. Wie könne man da die Neutralität erklären. Konnte er sich nicht sagen, daß der Waffenlärm sich Gehör verschaffen werde, nachdem seit mehr als zwei Jahren keine Bittschrift den Kaiser bewogen hatte, auch nur einen Finger zu rühren! Jetzt war die Gelegenheit da, den Knoten zu zerhauen, ohne daß man sich auch nur den Anschein gab, als ob die Besetzung des Tessin die Mobilisation der eigenen Truppen hervorgerufen habe. Aber der Landammann fand Ausflüchte. Er sprach von der Kostspieligkeit des Aufgebotes. Und damit legte er den Finger auf die empfindlichste Stelle. Aber war es nicht gerade seine Aufgabe als Landammann, die Tagesagung vor die Frage zu stellen, ob sie noch an dem Gedanken einer selbständigen Schweiz festhalte, und darum auch etwas für diese Unabhängigkeit tun wolle? Dazu fehlte ihm der freie Mut. Darin unterscheidet sich Mülinen von Reinhard: der Berner war entschlossen, aus eigenem Antriebe zu handeln, um seine Unabhängigkeit zu verdienen. Der diplomatische Landammann erwartete sie von außen durch Veränderung der Verhältnisse, ohne sich selber in Gefahr zu begeben.

Er wagte auch nicht den leisesten Widerstand, als sich das französische Kabinett drohend in die Forderung des Berner Staatsrates mischte. Den Wünschen des französischen Gesandten Talleyrand war er zugänglicher als den Wünschen der Berner Regierung. Dieser erhielt Kenntniß von den Absichten des Staatsrates, wobei er annahm, es handle sich lediglich um einen Grenzkordon. Sofort verlangte er (am 8. März) vom Außenminister Instruktion und beruhigte unterdessen diejenigen,



die mit ihm von der Kriegslage sprachen, mit dem Hinweis, der Kaiser werde schon zur rechten Zeit die Aufstellung des Grenzschatzes begehren. Auf wie schwachen Füßen ruht doch die Gewalt! Sogar der wohlwollende Talleyrand mißtraute dem schweizerischen Truppenaufgebot, besonders deshalb, weil die Absicht von demjenigen Kanton ausging, der durch die Umgestaltung am meisten eingebüßt hatte und in dem ohne Zweifel die alte Tradition am lebendigsten erhalten blieb. „Haben wir Erfolg“, so schrieb der Gesandte an den Minister des Auswärtigen, „dann ist das schweizerische Aufgebot überflüssig. Haben wir Mißerfolg, woran überhaupt nicht zu denken ist, dann ist es gefährlich. Man müßte fürchten, daß die gesamte schweizerische Militärmacht in den Händen der Berner zum Umsturz der Verfassung gebraucht würde.“ — Wie wenig sicher er sich fühlte, beweist sein zweiter Bericht, in dem er die Vermutung ausspricht, der Landammann und der Kanzler seien die Väter des Gedankens, und bereits sei die Zustimmung der Berner Regierung gewonnen. Bereits sei Mülinen nach Zürich gereist, um mit der Zentralregierung die Aushebung zu verabreden. Soviel er unter der Hand habe erfahren können, sollen 20—25 000 Mann auf die Beine gestellt werden, sobald die Umstände es nötig machen. Damit wolle man die Neutralität verteidigen. Er sei überzeugt, daß Rußland so gut wie Frankreich damit sollten verhindert werden, in der Schweiz Fuß zu fassen. Man wolle Europa zeigen, daß die Schweiz noch über einige Kräfte verfüge. Damit schmeichle man der Eigenliebe. Darin sehe er eine Gefahr für die bestehende Verfassung. Denn er müsse wiederholen, daß gerade in denjenigen Kantonen, die einst Frankreich am treuesten ergeben waren, der wirtschaftliche Ruin die französische Partei vermindert, um nicht zu sagen: vernichtet habe. Von den kleinen Kantonen gar nicht zu reden. Es müsse nur ein Priester zur Befreiung der Volksgenossen im Tessin aufrufen, dann werde die Schweiz in eine Bewegung hineingerissen, welche die schwersten Folgen haben könne.

Mülinen selber hielt es für vorsichtig, den Gesandten vorzubereiten. Vielleicht auch, um ihn zu sondieren. Als er von Zürich nach Bern zurückkam, hatte er mit Talleyrand eine Unterredung. Er setzte auseinander, daß die Schweiz für die Neutralität bereit sein müsse. „Wir zweifeln nicht am Sieg des Kaisers; aber das Waffenglück ist immer unsicher; Österreich kann sich von Frankreich trennen, und dann würden in den Nachbarstaaten Unruhen ausbrechen.“ Aus diesem Grunde habe ihn die Regierung nach Zürich geschickt, damit er die Absichten des Landammanns erfahre. Talleyrand erwiderte, dieser Schritt sei ihm unbegreiflich. Der Krieg sei weit von den Grenzen entfernt. „Die Schweiz ist ruhig und glücklich. . . . Europa ist der Garant ihrer Neutralität und der Unverletzlichkeit ihres Territoriums.“ Österreich sei enger als je mit Frankreich verbunden. Darauf Mülinen: Frankreich habe Interesse daran, daß die Schweiz ihre Kräfte in Bereitschaft halte, besonders deshalb, weil es der Schweiz keine feindseligen Absichten unterschieben könne. Da erkundigte sich Talley-



rand nach der Höhe der beabsichtigten Aushebung. „Zwei Kontingente... 30 000 Mann.“ Das war mehr noch als Talleyrand gefürchtet hatte. Mülinens Bemerkung beruhigte ihn keineswegs, daß es sich nur um Vorbereitung handle. Ob der Landammann dem Kaiser davon Mitteilung gemacht habe, fragte er. Mülinen antwortete ausweichend: er wisse es nicht. Vielleicht habe er es noch nicht getan, weil er noch nicht die Absicht habe, definitive Maßnahmen zu treffen. Der französische Gesandte schloß die Unterhaltung. Er sei ohne Begleitung, finde aber das Ganze mindestens voreilig (*prématuré*); durch solche Maßnahmen werden die Schweiz und die Nachbarländer wie Tyrol und Vorarlberg in Unruhe versetzt.

Dem Minister teilte Talleyrand das Gespräch mit. Er sei überzeugt, daß die Schweizer keine feindseligen Absichten gegen Frankreich hegen, aber die Aushebung einer so großen Streitmacht geschehe auch nicht aus Anhänglichkeit an Frankreich. „Ich kann nicht daran zweifeln, daß man Europa beweisen will, die schweizerische Eidgenossenschaft sei noch eine Macht, und sie will (wenn sie es überhaupt kann) verhindern, daß die französische oder russische Armee ihr Gebiet betreten; vielleicht besteht auch der Hintergedanke, die Verfassung zu ändern, wenn nur die Umstände es möglich machen.“ Er nahm an, daß Zürich, Bern und die kleinen Kantone bereits einverstanden seien.

Nun aber griff der Minister des Äußern energisch ein. Die Gefahr, die Talleyrand gemalt hatte, war so drohend, daß er einen Beamten des Ministeriums mit der Antwortnote und mit mündlichen geheimen Eröffnungen nach Bern schickte. Dieser Kurier, Dénor, hatte zugleich den Auftrag, als „Vergnügungsreisender“ die Stimmung der Kantone zu erforschen. Seine Berichte offenbarten das ganze Elend, das durch die Kontinentalsperre und die gewalttätigen Eingriffe Napoleons über die Schweiz gekommen war: wirtschaftliche Misere, Stillstand der Arbeit, Ruin des Handels, Hungersnot und Verzweiflung. Wahrhaftig, eine nationale Erhebung und die Teilnahme am Befreiungskrieg könnte uns nicht überraschen.

Von einer Aushebung wollte der Kaiser natürlich nichts wissen. Die uns bereits bekannten Einwände vom entfernten Kriegsschauplatz und der Beunruhigung der Schweiz und der Nachbarstaaten durch militärische Bewegungen im eigenen Land werden geltend gemacht. Nächstens werden die Russen geworfen. Aushebung der Kontingente wäre sinnlos. Sie würde auf Europa den schlechtesten Eindruck machen und niemand würde sie begreifen. Sie sei auch dem Inhalt der Mediationsakte zuwider. Denn diese erwähne die Aushebung von Kontingenten nur für den Fall, daß die Neutralität, die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes gegen Feinde von innen oder von außen müssen garantiert werden.

Eine Auslegung der Mediationsverfassung, die nichts Erstaunliches an sich hat! Denn noch jedesmal haben Großmächte aus der Garantie unserer Neutralität, wenn es ihnen bequem war, auch ein Aufsichtsrecht abgeleitet und der Schweiz eine Ver-



pflichtung auferlegen oder ihre freie Entschliessung hindern wollen. Was Napoleon im Jahre 1813 tat, das versuchte Jahrzehnte später Bismarck, indem er im Wohlge-  
mut-Handel deutsche Polizei in der Schweiz einsetzen wollte, und sich dabei auf die Neutralität der Schweiz berief, die für die Eidgenossenschaft eine Verpflichtung enthalte. Im Gegensatz dazu hat der Bundesrat stets, wenn ein Krieg ausbrach, die Neutralität der Schweiz ausdrücklich erklärt, und nicht nur dann, wenn es sich um Nachbarn handelte, sondern auch dann, wenn, wie im Balkankrieg, der Kriegsschauplatz entfernt war. Damit wollte er noch jedesmal die volle und unverkürzte Handlungsfreiheit der Schweiz zum Ausdruck bringen; er wollte damit sagen, daß die Schweiz auch eine andere Stellung einnehmen könnte, mit andern Worten: daß sie zur Neutralität nicht verpflichtet sei. Denn eine obligatorische, von den Mächten auferlegte und garantierte Neutralität steht mit der Souveränität eines Staates im Widerspruch. Aus der Garantie könnten die Mächte auch das Recht der Einmischung in die innern Verhältnisse des Staates und das Recht der Kontrolle ableiten. Daß die Eidgenossenschaft ihre Neutralität als eine freiwillige betrachtet, geht aus den Erklärungen im Jahre 1914 unzweideutig hervor. Die Einhaltung der Neutralität ist politisches System aber kein Zwang. Wir können unsere Neutralität aufgeben, wenn wir wollen, wie die drei skandinavischen Reiche Schweden, Norwegen und Dänemark, die durch eine gemeinsame Zirkularnote an die Mächte erklärten, ewig neutral zu sein, ohne daß sie damit ihre Aktionsfreiheit aufgegeben hätten. Die Schweiz ist also kein neutralisierter Staat; auch sie behält sich, trotz des Pariser Vertrages von 1815, in der internationalen Politik ihre Handlungsfreiheit vor und wählt von Fall zu Fall diejenige Stellung, die ihrem Staatsinteresse entspricht.

Die Einmischung Napoleons im Jahre 1813 offenbart auch die ganze Gefährlichkeit, die in der Auslegung einer Verfassung durch einen Nachbarstaat liegt. Napoleon behauptete, daß die Truppenaushebung nur erlaubt sei, wenn das Staatsgebiet, wenn die Unabhängigkeit und Freiheit bedroht seien. War nun aber im Frühjahr 1813 nicht die Gefahr bereits so nahe gerückt, daß die Eidgenossenschaft wenigstens eine Grenzbefestigung vorbereiten mußte, wenn sie ernstlich ihre Unverletzlichkeit erhalten wollte? Napoleon stellte dies ohne weiteres in Abrede. Und doch trat schon einige Wochen später ein, was vorsichtige schweizerische Politiker vorausgesehen hatten: Österreich kämpfte nicht mehr auf der Seite des Kaisers, sondern es suchte den Frieden zu vermitteln und schloß sich dann an Rußland und Preußen an. Eine Erhebung im Tirol war von einem Tage auf den andern zu erwarten, weil dies tapfere Volk niemals den Gedanken, unter das Szepter Habsburgs zurückzukehren, aufgegeben hatte. Wenn aber die Schweiz mit der Möglichkeit eines Grenzscheiters rechnete, dann konnte sie nicht früh genug sich daraufhin rüsten. Denn das Wehrwesen war so buntscheckig in den 19 Kantonen, eine gemeinsame Aktion so schwer einzuleiten, daß eine Mobilisation,



wie sie unsere Tage gesehen haben, auch nicht im geringsten damit verglichen werden kann. Verbot Napoleon die Organisation des künftigen Aufgebotes, dann machte er einen wirksamen Grenzschutz unmöglich.

Seine Einnischung war tatsächlich ein Verbot in schärfster Form. Talleyrand erhielt den Auftrag, Vorstellungen zu machen, daß unter keinen Umständen das Projekt der Aushebung zulässig und daß es auch nicht erklärlich sei. Voraussichtlich handle es sich noch nicht um eine Tatsache. Er könne also noch gesprächsweise den Landammann davon abbringen. „Statt an die Aushebung von Kontingenten zu denken“, schreibt der Minister wörtlich, „die nur die Geister in Aufregung bringen, Beunruhigung veranlassen und die Arbeiten unterbrechen, soll die schweizerische Regierung viel lieber darnach trachten, die kapitulierten Regimenter in Frankreich wieder vollzählig zu machen. Das sind wahrhaft nützliche Truppen und Dienste. Auf dieses Ziel hin muß man alle Anstrengungen und alle Gedanken richten.“ Klar und deutlich soll der Gesandte verlangen, daß auf dies Projekt verzichtet werde.

Denoir, der diese Note mündlich ergänzte, befand sich in einer mißlichen Lage. Er sollte auskundschaften. Aber schon durch seine Ankunft war Bern in Aufregung gekommen. Man wußte, daß er dem Bureau des Auswärtigen angehörte. Man nahm sich vor ihm zusammen, so daß seine Berichte ebenfогut durch Talleyrand hätten geschrieben sein können; denn Neues konnte er nicht in Erfahrung bringen. Man glaubt die Feder Talleyrands zu erkennen, wenn man in Denoirs Geheimberichten die Forderung liest, man müsse die Schweiz in ihrer Eigenliebe gewinnen. Daß der Landammann nicht einmal eine Antwort auf das Schreiben seines Amtesantrittes erhalten habe, daß der Kaiser kein einziges rühmendes Wort über die tapfere Haltung der Schweizer in Rußland geschrieben, das war Denoirs und war ja auch längstens Talleyrands Klage. Wattenwyl habe durch den Feldzug seinen Sohn verloren und sei untröstlich. Damit sei ein Band zerrissen, das ihn mit Frankreich verknüpft habe. Ein lebenswürdiger Satz über Wattenwyl, wie beiläufig in einer Depesche an Talleyrand, und von diesem an Wattenwyl weitergegeben, würde diesen unglücklichen Vater trösten. Er würde diesen Satz wiederholen und sich in dem Gedanken glücklich finden, daß die Dienste seines Sohnes geehrt werden.

Die Berichte Denoirs wären wichtig genug, um aus ihnen ein Bild der Stimmung in der Schweiz zu gewinnen. Davon kann aber hier nicht die Rede sein. Das Schicksal von Mülinens Plan einer für jene Zeit großzügigen Landesverteidigung beherrscht unsere Aufmerksamkeit.

Nicht nur Denoir, auch Talleyrand begab sich auf Reisen. Er wagte sich in die Höhle des vermeintlichen Löwen. Er suchte den Landammann Reinhard in Zürich auf. Und er fand ihn nicht selbstbewußt und entschlossen, sondern niedergedrückt, entmutigt.



Denn Napoleon liebte deutliche Sprache. Er pflegte die Dinge so anzufassen, daß kein Zweifel und, wenn man nicht der Stärkere war, auch kein Widerspruch übrig blieb. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten bekam also den kaiserlichen Befehl, auch dem schweizerischen Gesandten in Paris, dem Herrn von Maillardo, die Meinung des Kaisers klar zu machen. Es war eine sehr bestimmte Auseinandersetzung. Der Minister teilte dem schweizerischen Gesandten mit, er habe bereits der französischen Ambassade in der Schweiz zur Kenntniß gegeben, daß der Kaiser die Aushebung der Kontingente unter keinen Umständen billige, daß er auch ihren Zweck nicht begreife. Talleyrand habe den Auftrag, in aller Form diese Auffassung des Kaisers zur Geltung zu bringen, wenn je die Absicht bestehe, das Projekt wieder in Erwägung zu ziehen. Und das letztere sei offenbar der Fall. Die Unterredung zwischen Mülinen und Talleyrand lasse darauf schließen. Maillardo mußte alle Gründe, die dem Projekt entgegengesetzt seien, über sich ergehen lassen. Das erste und letzte Wort blieb die Abneigung des Kaisers.

Der Minister hatte sich schärfer geäußert, als er es getan hätte, wenn er die Sachlage gekannt hätte. Aber Talleyrand war in der durchaus irrigen Ansicht gefangen, das Komplotz gehe von Zürich aus. Denn durch Zürcher hatte er zuerst davon erfahren. Und die Behauptung Mülinens, wonach der Landammann für die Bewaffnung gar nicht zu haben sei, sah er als Ausflucht an und als wohlüberlegte Taktik, das Bundeshaupt zu decken. Er witterte ein Einverständnis zwischen Zürich und Bern. Reinhard hatte folglich allen Grund, sich beleidigt zu fühlen, weil ihm Talleyrand Pläne zutraute, deren er gar nicht fähig war.

Unter dem Eindruck der Berichte aus Paris stand der Landammann, als Talleyrand ihn aufsuchte. Wieder wurden die Gründe, soweit sie ausgesprochen werden durften, von Talleyrand entwickelt. Es wäre nicht nötig gewesen. Die Unterhaltung Maillardo's in Paris mit dem Außenminister hatte schon gewirkt. Der Landammann verwahrte sich, es sei nie seine Absicht gewesen, die Kontingente zu besammeln oder die Milizen zu vermehren. Mülinen sei gekommen in einem Augenblick, da die raschen Fortschritte der Verbündeten die ängstlichen Gemüther beunruhigten. Aber er, der Landammann, habe die Gedanken Mülinens verworfen.

Dann kam er auf den Bericht aus Paris zu sprechen. Er beklagte sich über das Mißtrauen Frankreichs. Dagegen konnte sich Talleyrand nur mit hohlen Worten verteidigen. Zürcher hätten ihm lange vor Mülinen von der Existenz dieses Projektes gesprochen. Aber der Landammann beharrte darauf, daß er nie dafür Partei genommen habe. Die Unterredung des Außenministers mit Maillardo habe ihn sehr geschmerzt; denn darin seien die Kantone Bern und Zürich angegriffen worden, und schließlich habe der Minister gedroht, die Schweiz laufe große Gefahr, wenn sie die Kontingente aufstelle. — Er kenne diese Unterredung nicht, entgegnete Talleyrand,



aber der Landammann könne daraus den Willen des Kaisers herauslesen, der nicht dulde, daß andere Truppen aufgeboten werden als für die kapitulierten Regimenter, die, mit Frankreich und seinen Bundesgenossen, die Schweiz vor jedem Einbruch sicher stellen. Der Landammann beharrte darauf, daß er keinen Befehl zur Aufstellung der Kontingente gegeben habe, und er legte das Versprechen ab, keine Truppen auszuheben, ohne der französischen Regierung vorher Mitteilung zu machen.

Mehr konnte Talleyrand wahrhaftig nicht erwarten. Er hatte nicht einmal das Recht, sich darüber zu beklagen, daß der Landammann den ganzen Tag, da er in Zürich weilte, ihn seine Kälte spüren ließ. Denn der französische Gesandte hatte sich schwer getäuscht, wenn er die Auffassung der Zürcher Delegierten, die ihm von dem Projekt gesprochen hatten, sofort der Meinung des Landammanns gleichstellte. Der Irrtum Talleyrands war freilich sehr verzeihlich. Er selber erwartete von einem schweizerischen Staatsmann nichts anderes, als daß er die erste beste Gelegenheit benütze, um eine Fessel zu zerbrechen, die immer drückender wurde. Er mißbilligte im tiefsten Herzensgrund die gewalttätige Politik seines Herrn einem Lande gegenüber, das von Jahr zu Jahr mehr gewürgt wurde. Darum erwartete er mehr vom Landammann, als dieser zu unternehmen den Mut hatte. Einer, der aus den Ereignissen von 1798 und 1799 gelernt hatte, nämlich Laharpe, schrieb um jene Zeit an Stapfer: „Wenn unsere Staatsmänner, die die Barke führen, Gemeinfinn und Energie besitzen, dann werden sie erkannt haben, daß die gegenwärtige Epoche ihnen die kostbare Gelegenheit gibt, ihre Ehre wiederherzustellen, indem sie die Maßnahmen treffen, daß unser Gebiet und unsere Unabhängigkeit respektiert werden.“ Nur jetzt keine Parteiung! Aber wenn die leitenden Männer nicht fähig sind, die Gegensätze zu überbrücken und alle Kräfte auf den Schutz der Unverletzlichkeit zusammenzufassen, dann verdient das Vaterland nicht, weiter zu dauern. — Laharpe war von seiner Franzosenfreundschaft geheilt. Aber er erwartete auch nichts von Österreich, sondern alles von der Energie der schweizerischen Staatsmänner. Unbedingte Neutralität nach beiden Seiten war sein klares Postulat. Mit Ruhe und Entschiedenheit müssen die Regenten erklären, daß die Schweiz entschlossen sei, die Unverletzlichkeit ihres Bodens zu verteidigen, „envers et contre tous“.

Der Landammann besaß diese Entschlossenheit nicht. Die Berner dagegen ließen sich nicht einschüchtern. Zwar behauptete der Schultheiß Freudenreich, man habe überhaupt das Projekt Mülinens nie ernst genommen. Aber Talleyrand überzeugte sich mit eigenen Augen, daß in Berner Dörfern die jungen Leute ausgezogen wurden. Was tat er nun? Er suchte darüber zu lächeln. Man wolle nun einmal die Großmacht spielen. Er verließ sich ganz auf den Landammann.

Dafür waren die Berner Sunker tätig. Es ist ein Verhängnis, daß der Gedanke nationaler Bewaffnung vom Landammann von Anfang an abgelehnt wurde.



Die Berner waren jetzt auf sich gestellt, und was zu einer vaterländischen Angelegenheit hätte werden können, wurde nun eine rein bernische Sache. Mülinens Plan umfaßte die ganze Eidgenossenschaft. Wurde er befolgt, dann bedeutete dies eine Stärkung eidgenössischen Zusammenhangs und eine Garantie für den einzelnen Kanton. Von einer gemeineidgenössischen Bewegung hatten die „Unbedingten“ keinen Gewinn und die neuen Kantone keine Gefahr zu erwarten. Aber von einer getrennten Aktion. Gerade die wirklich bewaffnete Neutralität, — das hätte sich der Landammann sagen müssen, — verhinderte die partikularistischen Bestrebungen Berns und den Bürgerkrieg. Ohnmacht nach innen und nach außen förderte sie dagegen. Die „Unbedingten“ brauchten, um Erfolg zu haben, die Unterstützung der Verbündeten. Und diese wurde ihnen gerade dadurch zuteil, daß die Schweiz ihre Grenzen nicht wirksam zu schützen vermochte.

Durch das Veto Frankreichs gegen die nationale Verteidigung wurde die Gebundenheit der Schweiz nur um so deutlicher gemacht, so daß ihre Lösung erst recht erstrebenswert war. Die Altgesinnten konnten sich in der Hoffnung wiegen, daß durch ihre Aktion sowohl die schweizerische Selbständigkeit als auch die alte bernische Machtstellung wieder zu gewinnen sei. Aus den Ereignissen von 1798 und 1799 hatten sie nichts gelernt. Sonst hätten sie sich sagen müssen, daß ein Volk, das die Fremden zu Hilfe ruft, damit auch seine Selbständigkeit ausliefert, und daß der Bürgerkrieg unausbleiblich ist. Ohne diese Verschuldung dem gesamten Staatswesen gegenüber könnte man den Bernern die Anerkennung nicht versagen, daß sie den Gedanken der Staatsouveränität nicht preisgaben, daß sie vielmehr den ersten Augenblick zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit ergriffen, daß sie rechtzeitig sich vorbereiteten, selbständig und selbsthandelnd aufzutreten, und daß sie im Gegensatz zu der schwankenden Landesregierung ein klares Ziel verfolgten. Vom Einzelnen und besonders vom Staatsmann gilt das Wort, daß, wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, das Übel vermehrt und es weiter ausbreitet. Das Benehmen des Landammanns war voller Widersprüche. Es trug nichts zur Festigung der öffentlichen Meinung bei, sondern es erschütterte sie und endigte schließlich an demselben Punkt, der die Tragödie Berns im Jahre 1798 abgeschlossen hatte! die Widersprüche und die einander widerstreitenden Befehle erschütterten das Zutrauen des gemeinen Mannes. Er schrie Verrat. Das war auch das Wort, das durch die Reihen ging, als die Besatzungstruppen am Rhein in der Nacht vom 20. auf den 21. Dezember 1813 Basel verließen, ohne daß ein Schuß gefallen wäre. In Basel wird man diesen Rückzug und die Anklagen gegen die Berner kaum vergessen. Man sollte nun aber auch in Zukunft sich daran erinnern, daß der Berner Staatsrat im Frühling 1813 das Projekt einer imponierenden Landesverteidigung und einer wirklich bewaffneten Neutralität aufbrachte und daß die Kapitulation nicht erst in jener Dezembernacht im Hauptquartier zu



Lörrach unterzeichnet wurde, sondern daß sie ihren Anfang nahm, als der eingeschüchterte Landammann dem französischen Gesandten das Versprechen gab, keine Kontingente aufzustellen, ohne dem Kaiser vorher Mitteilung gemacht zu haben.

Hatte der Landammann schweren Verwicklungen mit Frankreich durch Verzicht auf militärische Vorbereitungen aus dem Wege gehen wollen und dabei gehofft, daß der Kaiser aus Wohlwollen die italienischen Truppen aus dem Tessin zurückziehe, so sah er sich in den folgenden Wochen in ebenso schwieriger Lage. Am 7. Juni trat die ordentliche Tagsatzung in Zürich zusammen. Man stand unter dem Eindruck der jüngsten Siege Napoleons und der Friedensverhandlungen. Der Landammann hegte die Hoffnung, daß die Schweiz sich an einem Friedenskongreß könne vertreten lassen, um die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit zu erhalten. Talleyrand fand den Gedanken lächerlich. Die Zwangslage der Eidgenossenschaft wurde noch einmal deutlich, indem der Kaiser die außerordentliche Truppenlieferung von 7000 Mann verlangte. Reinhard aber ließ die Tagsatzung auseinandergehen, ohne das Schreiben offiziell zur Kenntnis zu bringen. Sogar Talleyrand beschwor den Minister des Außern, die Schweiz nicht zur Verzweiflung zu treiben.

Der Kongreß zu Prag löste sich auf. Österreich erklärte am 12. August dem französischen Kaiser den Krieg. In einem Kreisschreiben an die Kantone teilte der Landammann das Ereignis den verschiedenen Regierungen mit. Er verband damit allgemeine Redensarten. Kluge Vorsicht, verbunden mit der äußersten Wachsamkeit, sei jetzt mehr als jemals erste Pflicht, und die Aufmerksamkeit müsse auf die Mittel gerichtet sein, „unserem Vaterlande die Vorteile seiner jetzigen glücklichen Lage zu erhalten“. Die Regierungen sollen die politischen Leidenschaften im Zaum halten und alle Intriguen vereiteln. Die Anhänglichkeit des Schweizervolkes an die bestehenden Einrichtungen soll deutlich werden. Darin sei er mit dem französischen Gesandten einig.

Aber von einer Tagsatzung und einer bevorstehenden Erklärung der Neutralität schrieb der Landammann nichts. Und doch war es höchste Zeit, eine solche Erklärung abzugeben. Sie konnte nur durch eine außerordentliche Tagsatzung ausgesprochen werden. Ende August teilte der Landammann dem Gesandten seine Absicht mit, die Tagsatzung einzuberufen. Aber er ließ sich hinhalten, hauptsächlich in der Hoffnung, es könnte unterdessen das Haupthindernis einer Neutralität, nämlich die Besetzung des Tessin durch die italienischen Truppen, beseitigt werden. Er besprach mit Talleyrand die Verhandlungsgegenstände, um seines Einverständnisses sicher zu sein.

Die Unruhen im Tirol benützte zwar Reinhard dazu, um nun doch mit der Truppenaufstellung zu beginnen. Einige Detachements wurden ins Graubünden geschickt. Talleyrand konnte nicht anders als der Polizeimaßregel zustimmen. Er glaubte nicht an die Widerstandsfähigkeit eines eidgenössischen Grenzscheues, aber er sah in der Anerkennung der Neutralität die einzige Möglichkeit, die Schweiz vom Anschluß



an den Gegner fernzuhalten. Deshalb drängte er auch darauf, daß die italienischen Truppen aus dem Tessin zurückgezogen würden. Er fürchtete eine Erhebung, und der Landammann wußte diese Furcht geschickt auszunützen. Aber Talleyrand mischte sich in alle Angelegenheiten, unterhielt eine vertrauliche Korrespondenz mit dem Landammann, suchte ihn in Zürich auf, um ihn auszuhorchen, fragte nach der voraussichtlichen Stärke und örtlichen Ausdehnung des Grenzschutzes; er besprach mit ihm die Übertragung der Kommandostellen, — Ziegler war ihm zu „englisch“, antifranzösisch. Vor allem hinderte er ihn an der Einberufung der Tagsatzung. Solange der Tessin besetzt war, mußte mit einer stürmischen Sitzung gerechnet werden. Fürchtete sich vielleicht auch Reinhard davor?

Man begriff sein Zögern nicht. Die Berner vor allem sahen voller Unruhe nach Zürich. Es geschahen große Dinge in der Welt, so daß noch vor der Schlacht um Leipzig Talleyrand seinem Minister schrieb, der Ausgang dieses Kampfes werde über die Stellung der Schweiz entscheiden, ob sie Frankreich treu bleiben oder im Anschluß an die Verbündeten ihr Glück versuchen werde. Und bei all dem keine Einladung an die Kantone zur Beschickung einer außerordentlichen Tagsatzung. Während ein Kurier nach dem andern von bevorstehender Volkserhebung berichtete, verhielt sich die Landesregierung nach außen hin still. Bald nach dem Abbruch des Prager Kongresses und nach der Kriegserklärung Österreichs an Frankreich schrieb Ratsherr Kirchberger von Bern an den Zürcher David Friedrich von Wyß, jetzt könne man noch die Neutralität erklären; jetzt könne sie noch ungezwungen erscheinen; später, wenn Frankreich im Feld Unglück erleide, nicht mehr. Man werde dann die Entschlüsse der Schweiz als Begünstigung Frankreichs auffassen. Mitte September sprach er bereits sein Bedenken aus, der Zeitpunkt der wirksamen Neutralitätserklärung sei nun eigentlich schon überholt. An der endgültigen Abrechnung und Neuordnung könne die Schweiz aber nur teilnehmen, wenn sie „auf die einer freien Nation geziemende Art in Waffen erschienen wäre“. Und einige Tage später fand er, die Neutralitätserklärung sei bei längerem Zusehen kaum mehr passend. Man werde dann der Schweiz vorwerfen, sie decke die bedrohte Westgrenze Frankreichs. Man werde auch an die Besetzung im Tessin, an die Teilnahme an der Kontinentalsperre und an die Militärkapitulation erinnern als Zeichen der Unfreiheit, wodurch das Unternehmen der Verbündeten, „insofern es die Befreiung von Europa zum Zweck hat“, gerechtfertigt werde. — Man wurde unruhig. Nicht nur in Bern. Statt daß das Vertrauen zur Landesregierung gestärkt wurde, wurde es durch die Zögerung des Landammanns erschüttert. „Das Nichtzusammenberufen einer Tagsatzung in einem so kritischen Moment erscheint jedermann sonderbar,“ meldet Eduard Ochs aus Basel einem Freund. Und kopfschüttelnd schreibt Stapfer aus der Nähe von Paris an den Zürcher Alsteri, er sehe nicht, wie man sich die französischen Zudringlichkeiten und diejenigen der Verbündeten werde vom Halbe



schaffen können. „Mich dünkt, es wäre, wenn je, der Fall gewesen, sich mit großer Anstrengung zu rüsten, um Violationslustigen jeder Art Respekt einzuslößen.“

Nur zögernd kam der Landammann zu einem Entschluß. Dem französischen Gesandten erklärte er zwar, es gebe nicht einen einzigen Schweizer, der nicht gern marschiere, um die Neutralität seines Vaterlandes zu verteidigen. Man könne das doppelte Contingent aufstellen, 40 000 Mann, und im Notfall noch den Landsturm. Aber diese mutige Erklärung machte er gleichzeitig unwirksam durch das Eingeständnis, man werde sich hüten, außer im nötigsten Fall, soviel Mannschaft aufzubieten, denn man könne sie auf die Dauer nicht bezahlen.

Kurz vor der Schlacht bei Leipzig sprach der eidgenössische Kanzler Mousson mit dem Gesandten. Er sah den Abfall Bayerns, den der Südstaaten voraus und damit die Notwendigkeit des schweizerischen Aufgebotes. Vergeblich schaute Talleyrand nach einem kaiserlichen Sieg aus, mit dem er das düstere Bild des Kanzlers hätte auslöschen können. Und da Mousson von der Notwendigkeit der Schweiz sprach, trotz der Anwesenheit der Italiener, mit eigenen Truppen den Tessin zu besetzen, da sah der Gesandte die Schilderhebung gegen Frankreich voraus; er schickte Warnung um Warnung, verlangte Begleitung, aber Kaiser und Minister waren in Deutschland, und die Depeschen des Gesandten hatten einen weiten Weg. Da erhielt er, nach der Schlacht von Leipzig, vom Kriegsminister die Weisung, unter allen Umständen die Einberufung der Tagsatzung zu verhindern. Am gleichen Tag aber, da diese Weisung von Paris aus ging, kündigte der Landammann dem französischen Gesandten an, daß er die außerordentliche Tagsatzung auf den 15. November einberufe. Unter dem Eindruck der Völkerschlacht raffte er sich zu dieser späten selbständigen Tat auf. Zum erstenmal richtete er auch an die österreichische Gesandtschaft eine Note, in der er sich über die Grenzpolizei in Graubünden und über die Neutralität aussprach. Auch der schweizerische Geschäftsträger in Wien hatte den Auftrag, die Absicht der Eidgenossenschaft, neutral zu bleiben, kundzugeben. Während der österreichische Gesandte den Landammann beruhigte, der Friede der Schweiz solle nicht gestört werden, berichtete der schweizerische Geschäftsträger aus Wien, er habe auf indirekte Weise die Gesinnung der Regierung erforscht; er habe gleichlautende Äußerungen erhalten, daß das österreichische Ministerium „die Eidgenossenschaft unter den bestehenden Umständen als wirklich neutral nicht ansehen zu können glaube“. Schon früher hatte er berichtet, man sei überzeugt, daß Napoleon die Neutralität doch brechen werde, wenn es in seinem Vorteil liege.

Es schien, als ob doch noch die Einberufung der Tagsatzung Schwierigkeiten erleide. Denn nicht nur an Talleyrand, sondern auch an den diplomatischen Agenten des Königreichs Italien in der Schweiz war die Zumutung Napoleons ergangen, die Tagsatzung zu verhindern. Da mußte sich nun wieder der französische Gesandte ins



Zeug legen. Der Landammann handle auf Grund der Verfassung; verschiedene Kantone hätten ihre Abgeordneten bereits gewählt. Man dürfe dem Landammann jetzt nicht in den Arm fallen. Um so weniger, als er, Talleyrand, sich mit dem Bundeshaupte bereits über die Verhandlungsgegenstände besprochen habe. Das Volk würde aufgebracht. „Solange der Kriegsschauplatz entfernt war, widerstand der Landammann dem Begehren nach Einberufung einer Tagsatzung, um mir Zeit zu lassen, Instruktionen zu erhalten.“ Um die Schweiz festzuhalten, verlangte Talleyrand zwei Dinge: die Räumung des Tessin, — die dann sofort eingeleitet wurde, — und Ausnützung der schweizerischen Eigenliebe; der Minister müsse das Benehmen des Landammanns loben und in seinen Zeilen eine Schmeichelei für die Schweiz einfließen lassen. „Das ist ein Mittel, das uns nicht viel kostet und das Frankreich in früheren Zeiten oft angewendet hat und das fast immer erfolgreich gewesen ist.“

Wer möchte diese Behauptung Talleyrands bestreiten?

Vor der Eröffnung der außerordentlichen Tagsatzung in Zürich entfaltete Talleyrand eine Regsamkeit ohnegleichen. Um die Mittel war er nicht verlegen. Er war der Sachwalter Frankreichs und brauchte sich als Diplomat keine Skrupeln zu machen. Er rechnete damit, daß er durch Wohlwollen und Schmeichelei die Deputierten gefügig machen könne. Gelang ihm dies nicht und bestand die Gefahr des Anschlusses an die Verbündeten, dann wollte er Unruhe säen, die neuen Kantone wie Thurgau, Aargau, Waadt, St. Gallen gegen die aristokratischen Kantone wie Bern und Zürich und die innern Orte aufheizen, ihnen klar machen, daß niemand als Napoleon ihre kantonale Existenz garantiere und daß sie, wenn ein Umschwung eintrete, in ihre frühere Untertänigkeit zurücksinken würden. Auch die Rückberufung der Schweizerregimenter aus Frankreich faßte er ins Auge. Er rüstete sich mit Einwänden für den Fall, daß wider Erwarten der eine oder andere Deputierte von seinem Kanton den Auftrag erhalten hätte, diese Forderung zu stellen. Einstweilen machte ihm dieser Gegenstand keine Sorge. Zweifellos war er hierin mit dem Landammann einig. Dann die Neutralität. Sie war von Interesse für Frankreich und mußte deshalb unterstützt werden. Er gab also im voraus den Deputierten die Erklärung ab, daß Frankreich sie anerkenne unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit. Blieb noch die Frage des Truppenaufgebotes. Es war vom doppelten Kontingent die Rede. Talleyrand war keineswegs darüber erbaut, aber er konnte seinen Einfluß nicht geltend machen, solange nicht eine bestimmte Willensäußerung des Kaisers vorlag. Diese traf ein, als die Deputierten zur Tagsatzung bereits ihre Instruktionen empfangen hatten, Instruktionen, die eine wirklich bewaffnete Neutralität, also auch ein starkes Aufgebot vorsahen.

Kurz vor Beginn der Verhandlungen in Zürich erhielt Talleyrand die bestimmte Begleitung, alles zu tun, was den Glauben an Frankreich stärke. Der Kaiser, so schrieb der Minister des Außern, hat zu Hanau einen glänzenden Sieg erröchten.



Er hat den Operationsplan geändert und wird nun am Rhein stehen bleiben. Die Truppen haben begreiflicherweise durch die anstrengenden Märsche und infolge der schlechten Straßen gelitten. Aber sie werden reichlich ersetzt. Man drängt sich in Frankreich voller Begeisterung zur Konstriktion. Der Kaiser erwartet, daß die Schweiz ihm für das Glück, das ihr durch die Mediationsverfassung geschenkt ist, dankbar sein wird. Ihrem bisherigen Neutralitätssystem verdankt sie ihre Ruhe. Zu dessen Sicherung soll sie Vorsichtsmaßregeln treffen an der Ostgrenze! (Also einseitig gegen Österreich.) Die Aushebung des doppelten Kontingentes, so äußert sich der Minister vertraulich, wäre ungewöhnlich und gefährlich und könnte zu unüberlegten Schritten verleiten.

Was der Minister befahl, entsprach den ureigenen Anschauungen Talleyrands. Das volle Aufgebot wurde hintertrieben, weil man ein schlechtes Gewissen hatte. Zudem konnte man sich sagen, daß, je größer die eidgenössische Truppenmacht, um so verlockender auch die Versuchung für die Alliierten sei, diese Truppenmacht zum Übertritt und zum Anschluß zu bewegen. Zwar spottete Talleyrand nicht mit Unrecht über die Großmachtspräntensionen der Schweiz; aber tatsächlich wurde diese jetzt auf einmal wieder in die Berechnungen hineingezogen. Die Verbündeten rückten mit großen Versprechungen heraus, wenn sie den Schritt in ihr Lager wage, und Talleyrand erschöpfte sich in Vorschlägen an seine Regierung, wie man die Schweiz günstig stimmen könne. Man war in Paris nachgiebig wie nie vorher. Denn man schätzte die Entschlossenheit und Energie der Regierung viel höher ein, als sie in Wirklichkeit verdiente. Der Landammann führte eine bestimmtere Sprache, aber ums Umschauen verwischte er den Eindruck durch ängstliche Zugeständnisse. Er versprach auch jetzt noch dem Gesandten, mit allen Mitteln für ruhige Verhandlungen auf der Tagsagung besorgt zu sein. Der eidgenössische Gruß solle nicht Gelegenheit zu aufreizenden Reden bieten.

Zwei Tage vor der Eröffnung teilte er in mündlicher Unterredung mit, daß eine Gesandtschaft ins Hauptquartier der verbündeten Monarchen nötig sein werde. Sofort betrachtete es Talleyrand als selbstverständlich, daß auch nach Paris eine Abordnung geschickt werde. Der Wunsch ging also von Frankreich selber aus. Es war eine Frage des Prestige. Man wollte auch trotz vorausgegangener Zusicherungen in gleicher Form begrüßt werden. — Mit einer Deutlichkeit, die sich Reinhard früher nie erlaubt hätte, fügte er seiner Zusage bei, er hoffe, daß der Kaiser ohne Schwierigkeit der Neutralität zustimmen werde; denn die Schweiz decke ihm einen Teil der Grenze. Ja, er wiederholte sogar seine Ansicht, der Kaiser solle sich nur auf ihn verlassen; es liege im Interesse Napoleons, daß auch von den Alliierten die Neutralität anerkannt werde. Jedes Mittel, das dazu führe, könne ihm deshalb erwünscht sein. — Aber in der gleichen Unterredung gab der Landammann auch dem französischen Gesandten das Wort, er werde alles tun, um ein umfangreiches Aufgebot zu verhindern.



und die Tagsatzung zu bestimmen, nur das einfache Kontingent auf die Beine zu stellen. Das zweite Kontingent könne man für den nötigen Fall bereit halten. Für den Beschluß der Tagsatzung könne er allerdings nicht garantieren. Aber er hoffe, die Kommittenten mit den Gründen, die Talleyrand anführte, zu überzeugen, da sie auch seiner eigenen Überzeugung entsprechen. Der Landammann hatte auch vorgearbeitet. In dem Kreisschreiben vom 25. Oktober, durch das er die Kantonsregierungen zur Tagsatzung einlud, fehlte jeder Ton selbstbewußter Entschlossenheit und Kraftanstrengung. Als ob er das Feuer von Anfang an dämpfen wolle, schrieb er: „Daß die Schweiz ruhig und neutral bleibe, ist nach mehreren mündlich und schriftlich erhaltenen Zusicherungen der Wunsch der französischen Regierung.“ Und dieser Wunsch war ihm richtunggebend.

Das Einverständnis ging noch weiter. Am 15. November fand die Eröffnung der Tagsatzung statt. Am 16. hielt der französische Gesandte den Tagherren, die ihm übungsgemäß ihre Aufwartung machten, einen kleinen Vortrag, den er mit dem Landammann verabredet hatte: der Kaiser billige und anerkenne die Neutralität; er könnte von ihnen die Aushebung des doppelten oder gar dreifachen Kontingentes verlangen, um diese Neutralität zu verteidigen. „Allein der Kaiser ist der Ansicht, daß solche Anstrengungen Ihre Mittel übersteigen und Ihr Land ruinieren könnten.“ Er begnüge sich daher mit dem einfachen Kontingent, in der festen Überzeugung, daß im Notfall sich die ganze Nation zur Verteidigung der Neutralität erheben werde.

Er erweckte also den Anschein, als ob der Kaiser das größte Interesse an einer starken Grenzbefestigung hätte, daß er aber aus Wohlwollen die Last vermindere. Er sagte sich, daß er durch sein Mißtrauen auch das Mißtrauen der Deputierten geweckt hätte. Darum machte er sich aus der niedrig gehaltenen Forderung ein Verdienst. Dabei hatte er den Vorteil, die Sparsamkeit der Regierungen für sich auszunützen, eine Sparsamkeit, die übrigens nicht nur in kurzfristiger Politik, sondern in wirklicher Armut begründet war. Daß aber der Landammann der Schweiz zu derartigen Machenschaften die Hand reichte, das bleibt das Betrübliche in diesen Vorgängen. Und nicht weniger traurig erscheint der Vorgang dadurch, daß diese Tagsatzung wie keine zweite aus den Notabilitäten der Kantone sich zusammensetzte.

Durch den Landammann hatten sich die einzelnen Regierungen hinhalten lassen, statt auf rechtzeitige Einberufung der Tagsatzung zu dringen, und die Tagherren ließen sich in ihren Instruktionen durch den Landammann nachträglich hemmen und beeinflussen. Obschon z. B. der Basler Gesandte den Auftrag hatte, die Okkupation des Tessin zur Sprache zu bringen, und obschon auch die andern Abgesandten in gleichem Falle sich befanden, wurde dieser kitzlige Punkt überhaupt nicht berührt. Man begnügte sich damit, daß die Italiener abgezogen waren. Sogar die Einigkeit in den Beschlüssen kann uns keine Freude machen, weil sie auf Kosten der Selbstständigkeit



und durch Intriguen erreicht wurde. Reinhard hatte genug zu tun, das Spiel so zu verdecken, daß es nicht plötzlich durch Regungen der Selbständigkeit über den Haufen geworfen wurde. Diese Gefahr war drohend, als der Generalstab sollte bestellt werden.

Zunächst beschloß die Tagsatzung am 18. November einmütig die bewaffnete Neutralität; sie stellte dem Bundeshaupt das einfache Kontingent, sowie ein Drittel des zweiten, also im ganzen nur 20 000 Mann zur Verfügung. Die Kantone sollten das zweite Kontingent in Bereitschaft halten und ein drittes unverzüglich organisieren. Sollten aber mehr als 20 000 Mann einberufen werden, dann hatte der Landammann die Tagsatzung wieder zu versammeln. An dieser Umständlichkeit scheiterte das französische Kabinett, als nach wenigen Wochen der Kaiser seinen Willen änderte und als er die Verstärkung des Aufgebotes verlangte. Talleyrand konnte gar nicht auf das Ansinnen eintreten, ohne sich und den Landammann bloßzustellen.

Zu handen der Mächte wurde eine besondere „Erklärung“ abgefaßt.

„Wir Landammann der Schweiz und die bevollmächtigten Gesandten der schweizerischen Eidgenossenschaft,“ so lautet die Urkunde vom 18. November, „in der diesjährigen Bundesstadt Zürich außerordentlich versammelt . . . , erklären hiemit im Namen der XIX verbündeten Kantone einhellig und feierlich: Daß die schweizerische Eidgenossenschaft, jenen althergebrachten Grundsätzen getreu, welche Jahrhunderte hindurch die Entfernung des Kriegsschauplatzes von dem schweizerischen Grund und Boden, die Unverletzbarkeit desselben von Seiten anrückender Armeen, die sorgfältige Erhaltung der freundschaftlichen Verhältnisse und die Beobachtung eines freundschaftlichen Benehmens gegen alle Staaten zur Grundlage, zum Zweck und zur Wirkung hatten, es als ihre heilige Pflicht ansehen, sich in dem gegenwärtigen Krieg vollkommen neutral zu verhalten und diese Neutralität gewissenhaft und unparteiisch gegen alle hohen kriegführenden Mächte zu beobachten.

„Zur Handhabung dieser Neutralität und zur Sicherung der Ordnung in dem Umfang des schweizerischen Gebiets hat sich daher die Tagsatzung entschlossen, die schweizerischen Grenzen mit eidgenössischen Truppen zu besetzen, um die Sicherheit und Unverletzbarkeit ihres Gebiets mit den Waffen zu beschützen.

„Nach der wohlwollenden Teilnahme, welche die gegen einander im Kriege begrieffnen kaiserlichen und königlichen Höfe an den Schicksalen der Schweiz stets bewiesen haben, steht die Tagsatzung in der zuversichtlichen Überzeugung, daß sie diese Neutralität eines unabhängigen Volkes, welchem äußere und innere Ruhe, gerechte Schonung von Seiten des Auslandes und ungestörte Sicherheit die wesentlichste Bedingung seiner Nationalexistenz sind, in keinem Verhältnis des Krieges verletzen, und zu diesem Ende an die Anführer ihrer Heere die gemessensten Befehle ergehen lassen werden, das neutrale Schweizergebiet nicht zu berühren, viel weniger auf demselben Posto zu fassen oder den Durchpaß zu nehmen.



„In Kraft dessen die gegenwärtige Erklärung mit dem eidgenössischen Siegel und der Unterschrift des Landammanns der Schweiz und des eidgenössischen Kanzlers versehen worden ist, in Zürich den 18. November 1813.“

In einer Proklamation vom 20. November verkündete die Tagsatzung ihren Beschluß auch dem Schweizervolke. In diesem „Aufruf“ an's eigene Volk wurde kund gemacht, die Behauptung der Freiheit und Unverletzlichkeit des Vaterlandes und seiner gegenwärtigen Verfassung sei der einzige aber große Zweck aller Anstrengungen. Doch was wollten diese Kundgebungen bedeuten, wenn ihnen die Kraftentfaltung nicht Unterstützung verlieh! Das Intriguenspiel zerbrach den Widerstand, zu dem man sich hatte aufraffen wollen. In den Instruktionen des Bürgermeisters Johann Heinrich Wieland lesen wir, daß Basel zum Beispiel entschlossen war, keine Mittel zum Schutz der Neutralität zu scheuen. Aber durch die Beschränkung der Aushebung wurde nicht nur die militärische, sondern auch die geistige Verteidigungsbereitschaft gelähmt. Man erkannte nicht mehr die Gefahr in ihrem ganzen Umfang.

Der Oberbefehl über die eidgenössische Armee wurde in die Hände Wattenwyls gelegt. Daß er sich verleiten ließ, General zu sein, ohne über die nötige Truppenzahl zu verfügen, das war sein Verhängnis.

Da man sich auf briefliche Auseinandersetzung nicht verlassen konnte, wurden zwei Gesandtschaften zur Überbringung der Neutralitätserklärung abgeordnet, die eine an Napoleon, die andere an die verbündeten Monarchen. Als erster Gesandter nach Paris wurde der Luzerner Altlandammann Vincenz Rüttimann gewählt, als zweiter der Basler Bürgermeister Wieland, nachdem sich der Berner Seckelmeister Jenner und der Schaffhauser Bürgermeister Pfister „für diese Mission entschuldigt“. Wieland begründete in einem Schreiben nach Basel die Annahme dieses Auftrages folgendermaßen: „Wenn es meinen Hochgeachteten Herren vielleicht auffallen sollte, daß von mir in der gegenwärtigen Lage diese Ernennung nicht abgelehnt worden, so bitte ich nur zu erwägen, daß ich mir vor der Sitzung deutlich genug jede Art von Absendung verboten, allein da mich Seine Excellenz der Landammann in der Sitzung vorschlugen, und bereits zwei Mitglieder der Tagsatzung diese Ernennung abgelehnt hatten, so konnte ich ohne Besorgnis, zu einer ungleichen Auslegung ab Seite des französischen Ministers Anlaß zu geben, diesem Beispiel nicht nachahmen und unterwarf mich der Abstimmung.“

Scheinbar ohne Schwierigkeiten erfolgte die Zusammensetzung der Deputation ins Hauptquartier der Verbündeten. Sie bestand aus Alloys von Reding von Schwyz und Hans Konrad von Escher von Zürich. Ihnen war der zürcherische Staatsrat Hans Jakob Hirzel als Legationsrat beigegeben.

So einfach freilich wie die Bildung dieser Deputation erscheint, war die Sache in Wirklichkeit nicht. Der Kampf wurde hinter den Kulissen ausgefochten. Das



französische Rabinett mischte sich ein. Aber der Landammann wußte geschickt zu parieren. Denn es lag ihm außerordentlich viel daran, daß ein Mann wie Reding, dessen antifranzösische Gesinnung klar am Tage lag, zu den Verbündeten geschickt werde. Wenn dieser, ein Vertreter der alten Kantone, auf die Oesterreich gerne rechnete, die bestimmte Erklärung vortrug, daß man in der Schweiz nichts von Umsturz wissen wolle und daß man in der Verteidigung der Neutralität einig sei, dann erhielten diese Erklärungen ein ganz anderes Gewicht, als wenn ein Mann sie aussprach, den man der Sympathien mit Frankreich verdächtigen konnte. Reinhard hoffte vielleicht auch durch diesen Auftrag den populärsten Staatsmann der innern Schweiz zu binden: sein Auftrag machte es ihm unmöglich, sich den Unzufriedenen in der Schweiz anzuschließen. Er war als Parteimann ausgeschaltet. Zudem durfte man auf die Rechtlichkeit des Mannes trauen, der sogar seine Privatmeinung zu unterdrücken fähig war, wenn er das Gesamtinteresse der Eidgenossenschaft in offizieller Sendung zu vertreten hatte. Der Landammann sah den Widerstand Talleyrands voraus. Darum nannte er ihm noch vor Beginn der Tagsatzung diese Kandidatur. Er schilderte Reding als einen aufrechten Mann, hob hervor, daß Kaiser Franz ihn persönlich kenne, und daß seine Stimme von Gewicht sei. Reding sei überhaupt der einzige Schweizer, der diese Mission erfolgreich gestalten könne. Er wünsche also lebhaft, daß Napoleon dieser Ernennung keine Schwierigkeit bereite.

Talleyrand geriet in große Verlegenheit. Er sagte sich, daß sein Rabinett aus Mißtrauen gegen Reding einen andern Gesandten vorziehen würde, daß dann aber auch Frankreich für den Mißerfolg verantwortlich gemacht werde. Der französische Außenminister aber, dem er von der Ernennung Redings schrieb, fand es denn doch zu bunt, daß man gerade auf einen Mann verfalle, der aus seiner Abneigung gegen das französische System seinerzeit kein Hehl gemacht habe. Seine Wahl sei eine Stärkung und Ermunterung seiner früheren Parteigänger. Der Landammann müsse einen andern Mann vorschlagen. — Der Versuch mißlang. Talleyrand erlitt eine Schlappe, und der Landammann rächte sich. Zuerst fragte er nämlich den Gesandten, ob er der Tagsatzung von den Einwendungen der französischen Regierung Kenntniss geben solle. Davon konnte natürlich keine Rede sein. Denn Talleyrands Niederlage wäre sicher eine öffentliche geworden, und das war jetzt wahrhaftig nicht zu brauchen. Unter der Hand mobilisierte der Landammann gerade die Vertreter der neuen Kantone, die Talleyrand gegen Reding hatte ausspielen wollen. Diese bestürmten den französischen Gesandten, er solle den Widerstand aufgeben. Denn Reding sei für sie keine Gefahr. Werde er aber abgelehnt, dann komme ein Berner in Vorschlag. Bereits sei die Rede von Mülinen.

Mülinen wirkte wie ein rotes Tuch. Was erreichte das französische Rabinett, wenn es beharrte? Daß gerade die neuen Kantone verärgert wurden und ein Berner



zu den Verbündeten geschickt wurde, derselbe Berner, der die nationale Bewaffnung vorgeschlagen hatte. Talleyrand schwächte also seine Bedenken ab, gab sie als Privatansicht aus und beteuerte, der Kaiser wolle sich gar nicht einmischen. Unter der Hand arbeitete er nun gegen die Kandidatur Mülins, der tatsächlich vom Landammann auf der Tagsatzung vorgeschlagen wurde, ohne aber das Stimmenmehr zu erreichen.

So mißlang diese Einmischung, die aber trotzdem nicht die letzte blieb.

### 3. Die Gesandtschaft nach Paris.

Der Abordnung nach Paris waren die Wege geebnet, und wenn der Kaiser nicht in unberechenbarer Laune auf die Stellung des Hilfskorps zurückkam, durften Rüttimann und Wieland eines freundlichen Empfanges sicher sein. Was der Gesandtschaft von 1811 das Herz schwer und den Empfang beim Kaiser bitter gemacht hatte: die neue Zwangswerbung, die Besetzung des Tessin, die Durchführung der Kontinentalsperre, das war alles nicht mehr vorhanden. Mit der Tagsatzung konnte der Kaiser zufrieden sein. Daß sie den Franzosenfeind Aloys von Reding in die außerordentliche Gesandtschaft nach Frankfurt gewählt hatte, war schließlich verständlich: die Landesbehörde wollte damit nach außen hin ihre unparteiische Neutralität dartun. Und das war augenblicklich für den Kaiser von Nutzen. Vor allem brauchte er die schweizerische Neutralität. Sie deckte ihm auf 40 Stunden die Grenze. Ihre Anerkennung war Formsache. Sie war mit den stärksten Zusicherungen bereits durch den französischen Gesandten Talleyrand vorausgegeben worden, als ihm durch Wieland und Zelger die Erklärung der Tagsatzung überreicht worden war. Talleyrand hob bei dieser Gelegenheit die Loyalität der Schweizer hervor, ihren Friedenswillen, ihr politisches System der Nichteinmischung in die europäischen Händel, ein „System“ von dem sie seit dem westphälischen Frieden nicht abgewichen seien. Er fand es ganz selbstverständlich, daß dieses System von der ganzen Welt respektiert und daß die Eidgenossenschaft aus dem politischen Spiel gelassen werde. Er beteuerte, daß der Kaiser immer nur das Wohl der Schweiz und ihre Ruhe im Auge gehabt habe. Er wollte ihre Unabhängigkeit sicherstellen. Das sei durch die Mediationsverfassung von 1803 geschehen. Dort sei im Prinzip auch die Neutralität bereits anerkannt; sie könne deshalb für Frankreich kein Problem bilden. Wenn aber der Landammann in den gegenwärtigen Zeitläuften es als eine Beruhigung für sein Land empfinde, daß sie der Kaiser aufs neue bestätige, dann sei er, der Gesandte, ermächtigt, ihm die Versicherung zu geben, daß der Kaiser sie ausdrücklich anerkenne, falls er darum ersucht würde —



unter der Voraussetzung, daß auch die andern Mächte die Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz respektieren.

Mit dieser Zusicherung ging Talleyrand allerdings über seine Instruktion hinaus. Ein Blick in die Depeschen, die in den bewegten November- und Dezembertagen des Jahres 1813 zwischen dem Gesandten und dem Ministerium des Äußern gewechselt wurden, offenbart, wie Talleyrand für die Schweiz Entgegenkommen, Erleichterungen und Günstbezeugungen wünschte, weil er mit eigenen Augen die Zerbröckelung der französischen Freundschaft verfolgen konnte. Das Mißtrauen gegen Frankreich äußerte sich bereits greifbar. Es nahm feindliche Formen an. Man hörte auf die Einwände und Versprechungen der fremden Agenten. Der Landammann wagte es, mit Forderungen an den Gesandten heranzutreten. Talleyrand aber blieb ihm gegenüber energisch und unerschrocken. Aber in seiner Korrespondenz mit dem französischen Kabinett lehnte er neue Zumutungen seiner Regierung an die Schweiz ab. Er beschwor den Minister zum Nachgeben, schilderte die wachsende Gefahr, während der Kaiser keine Schwäche zeigen wollte. Eine unbedingte Zusage gab der französische Minister in Paris allerdings nicht, sondern er erklärte, daß der Kaiser einer schweizerischen Deputation gegenüber seine Gefühle aussprechen werde, falls der Augenblick noch nicht da sei, da er ein Neutralitätsversprechen abgeben müsse. Hoffte man in Paris damit Zeit zu gewinnen? Jedenfalls kümmerte sich Talleyrand nicht darum. Es lag zu sehr auf der Hand, daß der Kaiser alles verspielen werde, wenn er sich einer Abordnung gegenüber unnachgiebig zeige in einem Zeitpunkt, da die Verbündeten Himmel und Erde in Bewegung setzten, um den Anschluß der Schweiz zu gewinnen. Man mußte auch im Ministerium einsehen, daß jetzt nicht Zeit sei, über ungenügende Werbung zu klagen, während bereits Stimmen über die traktatmäßige Rückberufung der Schweizerregimenter aus Frankreich zur Verteidigung der Heimat bis ans Ohr Talleyrands drangen, so daß er die Reklamationen Frankreichs gar nicht weiterbeförderte, wofür er vom Minister nachträglich belobt wurde. Denn mit jedem Tag wurden treue Bundesgenossen seltener. Darum blieb nichts übrig als Nachgiebigkeit. Als der Landammann dem französischen Gesandten Vorstellungen machte, wie die Aufrechterhaltung der harten Militärkapitulation von 1812 unmöglich und der wirklichen Neutralität der Schweiz entgegengesetzt sei, da wehrte dieser ab und berief sich auf die Heiligkeit der Verträge. Aber im stillen sprach er dem Minister gegenüber seine eigenen Bedenken aus, und dieser antwortete, der Kaiser sei zu Verständigungen bereit, wenn dadurch die gegenwärtige Lage der Schweiz könne verbessert werden, und im Zusammenhang mit diesem — allerdings sehr oberflächlichen — Zugeständnis ließ der Kaiser mitteilen, daß er mit großer Freude der schweizerischen Deputation entgegensehe.

Um dieselbe Zeit ließ der Herzog von Vicenza, der die auswärtigen Geschäfte Napoleons besorgte, den schweizerischen Gesandten in Paris, Maillardo, zu sich ins Ministerium



des Außern kommen. Er unterhielt ihn über die Depeschen, die er am Abend vorher von der französischen Gesandtschaft in der Schweiz erhalten hatte. Der Minister sprach im Auftrag des Kaisers. Dieser sei mit dem Vorgehen der Tagsatzung einverstanden. Die Stellung, die sie durch ihre Erklärungen und Maßnahmen einnehme, sei vornehm und zweckmäßig („que la Suisse se plaçait dans une position noble et convenable“), und daß ihr dies zum Glück ausschlagen werde. Maillardoz, — ein blinder Bewunderer und Parteigänger Napoleons, der sogar unbekümmert um seine diplomatische Stellung dem Kaiser den militärischen Treueid leistete, — war hocheifrig über das Lob und die Bewunderung, die bei dieser Gelegenheit dem Landammann gezollt wurden. Mit der Eröffnung des Herzogs, wonach der Kaiser als besondere Günstbezeugung gerne ein Schweizerbataillon in seine Garde aufgenommen hätte und nur durch den schwachen Bestand der Regimenter davon abgehalten werde, wußte er freilich nichts anzufangen. Auch der Landammann konnte ihn schwerlich darüber aufklären. Denn das Ansinnen war keineswegs von ihm, sondern ganz geheim von Talleyrand ausgegangen, der das Ministerium bestürmte, auf alle Weise den Schweizern Freundlichkeiten und Auszeichnungen zu beweisen, um sie festzuhalten. Er hatte allen Grund dazu. Denn noch vor der Abreise der Gesandtschaft nach Paris waren Graf Capo d'Istria als russischer, und der Ritter von Lebzelttern als österreichischer Bevollmächtigter in geheimer Sendung nach der Schweiz gekommen. Sie sollten die Schweiz zum Anschluß an die Verbündeten oder wenigstens zur Gewährung militärischen Durchpasses bewegen. Als sie aber am 21. November in Zürich eintrafen, hatte die Tagsatzung bereits die Neutralität der Schweiz als Grundsatz ausgesprochen. Das hinderte sie nicht, für den Anschluß an die Verbündeten zu wirken. Dem französischen Gesandten erklärten sie bei aller Freundlichkeit ins Gesicht, daß die Neutralität einzig und allein zugunsten Frankreichs ausfalle. Solange sich der Kaiser Mediator nannte und solange die Regimenter nicht aus Frankreich zurückgerufen wurden, besaß die Schweiz in ihren Augen weder Unabhängigkeit noch Neutralität. Ihre Auffassung, daß Vermittler und Schiedsrichter ungefähr dasselbe bedeuteten, war nicht zu bestreiten.

Um so wertvoller war es, wenn Napoleon offiziell die Neutralität anerkannte. Dies zu erwirken, war Aufgabe der Gesandten Rüttimann und Wieland. Gleichzeitig sollten sie den Kaiser um Einschluß der Eidgenossenschaft in den künftigen Frieden bitten. Eine vertrauliche Note enthielt zudem Entschuldigungen, weil der Franzosenfeind Reding zum Gesandten ins Hauptquartier gewählt worden war. Auch die willkürliche Aufhebung des Kontinentalsystems durch die Landesregierung, eine energische Tat der außerordentlichen Tagsatzung, wurde darin gerechtfertigt.

Am 30. November machten sich Rüttimann und Wieland auf den Weg. Am 6. Dezember erreichten sie Paris.



Die Bedeutung ihrer Mission trat infolge der rasch sich entwickelnden kriegerischen Ereignisse gegenüber der Sendung Redings und Eschers so sehr zurück, daß die Geschichtsschreibung sich mit der knappen Mitteilung ihres Resultates begnügt. Mit Unrecht. Der Empfang der schweizerischen Gesandtschaft stand so sehr im Gegensatz zu der Aufnahme, die in den vorausgegangenen Jahren schweizerische Abordnungen sich hatten müssen gefallen lassen, daß der Vorgang festgehalten werden muß, soweit dies auf Grund der Akten möglich ist.

Die beiden Gesandten waren in Paris nicht unbekannt. Talleyrand hatte sie in seinen Depeschen nicht nur angekündigt, sondern auch kurz charakterisiert. In seinen Mitteilungen an den Minister des Äußern erinnerte er daran, daß der Luzerner Vinzenz Rüttimann an der Consulta teilgenommen und sich im Jahre 1808 als Landammann gut gehalten habe. Er schätzte seine Kenntnisse und die Fähigkeit der Rede. Aber als Charakter gilt er schwach. Er ist leicht und liebt die Arbeit nicht. Die Parteien schonen er. Aber sie schenken ihm nicht volles Vertrauen. Von den fünf Knaben nehme er die zwei älteren, im Alter von 16—17 Jahren, mit nach Paris. Der Kaiser soll sich anerbieten, die beiden Söhne auf Staatskosten im kaiserlichen Lyceum zu St. Germain unterzubringen, um sie später zu Offizieren in französischen Regimentern zu ernennen. Mit dem 1. Januar 1814 werde Rüttimann wieder Landammann in der Schweiz.

Pensionen und Orden — durch die Jahrhunderte hindurch das verführerische Lockmittel der Großmacht, die Selbständigkeit und Unabhängigkeit von Staatsmännern zu erschüttern! Auch diese Käuflichkeit, die so harmlos schien, mußte überwunden werden, wenn die Schweiz für die echte Neutralität reif werden sollte. Solange der Fremden dienst gepflegt wurde, war man auf persönliche Gunstbezeugungen angewiesen. — Talleyrand vergißt auch nicht der Charakter Schilderung Wielands beizufügen, daß der Sohn Generaladjutant sei und zum Bataillonschef avancieren sollte.

Johann Heinrich Wieland war vielleicht der tüchtigste Basler Politiker seiner Zeit. Er war intelligent und klug genug, um sowohl während der Helvetik als auch der Mediation sich vor Extremen zu hüten. An den politischen Vorgängen nahm er seit 1798 tätigen Anteil. Er war helvetischer Senator. Seit 1812 war er Bürgermeister in Basel. Talleyrand hebt seine Fähigkeiten, Ruhe des Charakters und Bestimmtheit in seinem Wesen hervor: „Il a du talent, beaucoup de calme, de douceur, et en même temps de fermeté!“ Er halte — „de coeur et par principe“ — zu Frankreich, das er als den sichersten Alliierten der Schweiz betrachte. Er rühmt seine Liebe zum Vaterland. Die Worte Talleyrands über den Basler verdienen festgehalten zu werden: „C'est un homme extrêmement dévoué à sa patrie.“

Daß Wieland (geb. 1758) ein scharfsichtiger, geschickter, intelligenter Politiker war, geht schon daraus hervor, daß er sich unter den verschiedensten Systemen an



der Oberfläche halten konnte. Er wußte seinen Talenten auch Geltung zu verschaffen. Er war Schultheiß unter der alten Regierung und Stadtschreiber zu Liestal; er trat in der revolutionären Zeit für Reformen ein, ohne sich von der Bewegung blind hinreißen zu lassen; in der Helvetik war er Mitglied der Basler Nationalversammlung, war Regierungsstatthalter und wurde Finanzminister, und als die Gegenrevolution ausbrach, verließ er rechtzeitig das sinkende Schiff. Die Mediationszeit brauchte ihn als Staatsschreiber, und er rückte vor ins Bürgermeisteramt, das er von da an 20 Jahre lang besetzt hielt. Es wäre wohl für den Kanton und die Eidgenossenschaft von Vorteil gewesen, wenn ihm das höchste Amt, das die Republik zu vergeben hatte, die Würde eines Landammanns, wenigstens im Jahre 1812, zugefallen wäre. Hier hätte er dann auch beweisen können, wie weit er fähig sei, das Wohl des Landes gegen die übertriebenen Zumutungen des Kaisers zu verteidigen. Die Aufgabe wäre keine geringe gewesen, da mit Anpassungsfähigkeit und Schmiegsamkeit und mit der rein verstandesmäßigen Berechnung des Möglichen, das Vaterland nicht gerettet werden konnte. Die verantwortungsvolle Stellung eines Landammanns stand ihm fürs Jahr 1818 in Aussicht, wie Talleyrand der französischen Regierung vorstellte, um ihr ja klar zu machen, daß sie in Wieland nicht nur den schweizerischen Abgeordneten, sondern den künftigen Landammann der Eidgenossenschaft sehe, den man sich rechtzeitig sichern müsse.

Den Vorbereitungen durch Talleyrand entsprach auch die Aufnahme der Abgeordneten in Paris. Sie waren kaum angekommen, so erhielten sie schon Gelegenheit, gemeinsam mit dem schweizerischen Gesandten Maillardoz, sich dem Minister des Außern, dem Herzog von Vicenza, zu präsentieren. Sie sprachen von den Einwürfen der Verbündeten, welche die Neutralität der Schweiz nicht als voll anerkennen wollten, weil die Beziehungen der Schweiz zu Frankreich ihr widersprächen. Sie setzten auch auseinander, daß die in der harten Kapitulation von 1812 enthaltene Bestimmung, wonach die Eidgenossenschaft jährlich ein bestimmtes Mannschafskontingent von Staats wegen ausheben und abliefern müsse, als unvereinbar mit wirklicher Neutralität angesehen werde und daß augenblicklich diese Bestimmung schwer auf der Schweiz lastete, da sie für den Grenzschutz selber Kontingente aufstellen müsse. Der Kaiser möge darauf Rücksicht nehmen und die Neutralität der Schweiz anerkennen.

Während in früheren Jahren, in den Jahren kaiserlichen Glanzes, sich die Stirnen der Diener in Falten legten, wenn Erleichterungen und Einschränkungen gewünscht wurden, und während in jenen zurückliegenden Tagen des Glückes der Minister die Gesandten an den Kaiser und der Kaiser sie an die Minister wies, konnte diesmal der Herzog von Vicenza nicht genug beteuern, daß allen Mitteln, die Neutralität der Schweiz zu unterstützen, beigestimmt werde. Der Kaiser wolle die Bande der Freundschaft festigen, und die Neutralität liege ebenso sehr im Interesse Frankreichs wie in demjenigen der Schweiz. Auch der Mächtige schämte sich nicht über das



Lächeln der Freundschaft, das ihm jetzt die Not und die Schwäche abzwang. Die schamlose Politik erinnerte sich nicht mehr daran, wie im Jahre 1811 der damalige Gesandte Reinhard hatte an den Türen stehen und dann ohne den gnädigen Blick des Kaisers hatte heim schleichen müssen.

Diesmal öffneten sich die Türen zur kaiserlichen Audienz schon in den ersten Tagen, obschon das Reich mehr als je die ganze Tatkraft des Kaisers und jede Minute seines Lebens forderte. Aber die Schweiz gehörte nun zu den wichtigsten Kombinationen. Ihre Treue oder ihr Abfall von der französischen Sache war nicht gleichgültig.

Schon am 12. Dezember, an einem Sonntag, wurden Rüttimann und Wieland in feierlicher Audienz mittags um 12 Uhr im Schlosse der Tuilerien empfangen. Der Oberzeremonienmeister Comte de Ségur führte sie ins kaiserliche Kabinett und der Erzkanzler Fürst Cambacérès stellte sie dem Kaiser vor. Dieser empfing sie mit ausgesuchtester Liebenswürdigkeit: „avec toute la grace imaginable“ rühmten die Gesandten in ihrem Bericht an den Landammann. Das Wort führte Rüttimann. Er überreichte den Brief der Tagsatzung. Napoleon antwortete zunächst in allgemeinen Redewendungen, versicherte sie seines Wohlwollens, erklärte sich mit den Maßnahmen der Tagsatzung sehr zufrieden; dann erkundigte er sich nach den augenblicklichen Verhältnissen in der Schweiz und wurde lehrhaft: Zerstören sei leicht, das gehe rasch; aber eine Verfassung zu festigen, dazu seien Jahre nötig. Dann entließ er die Gesandtschaft „très poliment“. Von der Anerkennung der Neutralität war in bestimmten Ausdrücken offenbar nicht die Rede. Wenn sich der Kaiser dazu herabließ, alle Klagen und Drohungen, die er gegen die Schweiz auf dem Herzen hatte, aus Opportunitätsgründen zu unterdrücken und diesmal nicht den Herrn und Gebieter, sondern den wohlmeinenden Freund herauszukehren, so widerstrebte es ihm doch, in überstürzter Hast die Neutralität zuzugestehen, über die er bei andern Gelegenheiten die Lauge seines Spottes ausgegossen hatte. Dafür ließ er es diesmal an Verbindlichkeiten nicht fehlen. Sie waren deutliche Antwort.

Wohin sich die Gesandten wendeten, überall wurden sie mit derselben Aufmerksamkeit behandelt. Man merkte: das Stichwort war vom Kaiser ausgegeben. Sie machten der Kaiserin ihre Aufwartung und wurden zum Diner ins Schloß geladen. Es sei unmöglich, so berichteten die Gesandten, mit Worten einen Begriff zu geben von den Beweisen der Wertschätzung und Freundlichkeit, die ihnen als den Vertretern der Schweiz erwiesen werden. Es war als ob sie auf einmal in den Mittelpunkt der französischen Politik gerückt wären. Der Erzkanzler Cambacérès, der Fürst von Neuchâtel, der Herzog von Vicenza, der Fürst von der Moskwa (Marschall Ney), kurz die hervorragendsten Staatsmänner und Marschälle des Reiches bezeugten ihr außerordentliches Interesse an der Schweiz. Wenn sie die Unverletzlichkeit ihres Staats-



gebietes aufrecht erhalten könne, woran nicht zu zweifeln sei, werde sie die allgemeine Achtung erwerben.

Auf Einzelheiten war der Kaiser nicht eingetreten, dafür erklärte der Minister des Außern, daß ihre Neutralität ohne jegliche Schwierigkeit durch Frankreich anerkannt werde. Durch den Großkämmerer Frankreichs erhielten die Abgeordneten die Mitteilung, daß ihnen die Grandes entrées offen ständen, so daß sie am Lever des Kaisers erscheinen durften. Dies Lever, der Morgenempfang, fand gewöhnlich um 9 Uhr statt. Dabei sprach der Kaiser fast mit jedem, und es mißfiel ihm, wenn einer fehlte, den er zu sehen gewohnt war. Seine Worte galten der Verwaltung und der Politik. Da stand er meist am Ramin, fixierte den Sprecher aufmerksam und verwirrte ihn nicht selten durch überlegene Sachkenntnis und durch die Bestimmtheit und Knappheit seiner Sprache. Daß die Abgeordneten zu diesem Empfang ausdrücklich eingeladen waren, wurde ihnen als besondere kaiserliche Auszeichnung, die ihrem Lande gelte, unterstrichen. Sie durften nicht ausbleiben. Am 16. Dezember fanden sie sich denn auch ein. Der Kaiser schritt von einem zum andern. Zu Rüttimann sagte er, das Jahr, das er als Landammann antreten werde, sei höchst bedeutungsvoll; aber die Geschäfte der Schweiz befänden sich in guten Händen. Das war ein Lob, das über die Fähigkeiten und über die wahren Verhältnisse hinausging; denn Rüttimann war keineswegs der Mann verantwortungsschwerer Zukunft. Es war ein Appell: der Kaiser nahm ihn in Pflicht.

Vom Lever begaben sich Rüttimann und Wieland ins Ministerium des Außern. Auch hier kam man ihnen mit freundschaftlichen Zusicherungen entgegen. Die Antwort auf die Note der Tagsatzung sei bereit, der Kaiser werde sie ungesäumt unterzeichnen. Darin sei die Neutralität aufs positivste anerkannt, und den Generälen werde strikte Weisung erteilt, das schweizerische Territorium zu respektieren. Sie waren Zeugen, wie Napoleon am 19. Dezember — einem für die Eidgenossenschaft und für die Mediationsverfassung bedeutungsvollen Tag — die Sitzung des gesetzgebenden Körpers eröffnete und die Erklärung abgab, er habe die Neutralität der 19 Kantone anerkannt. „J'ai reconnu la neutralité des 19 Cantons“, lautet die Stelle in seiner Rede, die am folgenden Tag im Regierungsblatt, dem „Moniteur“, abgedruckt war.

Am 19. Dezember! Von den entscheidenden Vorgängen, die sich um dieselbe Zeit in Lörrach und Basel abspielten, hatte weder der Kaiser noch die schweizerische Abordnung auch nur die geringste Kenntnis. Wohl waren die Depeschen Talleyrands aus der Schweiz immer bedenklicher geworden, aber um so zuversichtlicher waren die Mitteilungen im „Moniteur“. Eine Korrespondenz aus Aarau, deren Verfasser sich als Schweizer ausgab, obschon er wahrscheinlich zu den besoldeten Agenten Frankreichs gehörte, die ins Land geschickt worden waren, meldete in der französischen Staats-



zeitung, daß die Schweiz 45 000 Mann aufgeboten habe und daß sie diese Armee nach Bedarf vermehren werde. Der öffentliche Geist, der unbedingt die Neutralität behaupten wolle, verdiene alles Lob; wenn nötig, werden alle Opfer gebracht, um dem System treu zu sein. — Unterm gleichen Datum schrieb Talleyrand an seine Regierung aufregende Berichte von der Auflösung der engen Bande, welche bis dahin die beiden Staaten verknüpften; diejenigen Persönlichkeiten, die am meisten französisch gesinnt waren, seien leider am meisten ruiniert. Sie hatten mit ihrem Wohlstand auch die Freundschaft für Frankreich eingebüßt. Damit faßte er die ganze Verschuldung der brutalen und egoistischen napoleonischen Politik zusammen. Sie hatte durch die Kontinentalsperre Existenzen vernichtet, durch die Besetzung des Tessin die Neutralität verächtlich und durch die Zwangswerbung die Allianz hassenswert gemacht. Der Mißbrauch der Macht rächte sich.

Während die schweizerischen Gesandten in Paris von einer festlichen Tafel zur andern gezogen wurden, weil die hohen Würdenträger den Willen ihres Kaisers und die Bedeutung der Parteinahme der Eidgenossenschaft kannten, gingen die Fäden zwischen der französischen Gesandtschaft in der Schweiz und dem Ministerium in Paris hin und her. Talleyrand war unermüdlich. Bald tauchte er in Basel auf, um sich selber vom Grenzschutz zu überzeugen und zuverlässige Nachrichten zu gewinnen, bald eilte er nach Zürich, um auf die Sendlinge Lebzeltern und Capo d'Istria ein Auge zu haben. Er überließ den Berner Posten und die Beobachtung der „Altgesinnten“ dem Geschäftsträger Rouyer, und er selbst machte jeden Tag dem Landammann Reinhard seinen Besuch, um ihn auszuholen, um seine Bedenken zu zerstreuen und ihn der Sache Frankreichs zu erhalten. Er schilderte ihm die Vorteile der Mediationsverfassung einerseits, anderseits die Folgen des Bürgerkrieges und das Elend, dem die Schweiz ausgeliefert sei, wenn sie zum Kriegstheater werden sollte. Er verlangte Treue gegen Treue.

Aber nach Paris schrieb er in großer und wachsender Sorge. Die Anerkennung der Neutralität durch die verbündeten Monarchen sei für Frankreich nicht weniger wichtig als für die Schweiz. Er hätte es so gerne gesehen, wenn Napoleon die Räumung des Tessin, die im letzten Augenblick und in aller Stille vollzogen war, auch in offizieller Note dem Landammann als Beweis des Wohlwollens angezeigt hätte. Der Kaiser aber wollte nichts davon wissen. Er gab keine Antwort. Denn er empfand die Schlappe, die er erlitten hatte, zu sehr. — Bereits sah sich Talleyrand genötigt, den Titel „Médiateur“ gegen die Bedenken des Landammanns zu verteidigen: der Kaiser habe es immer vermieden, sich in die innern Angelegenheiten der Schweiz einzumischen; sein Vermittlertitel sei nie der Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz schädlich gewesen. Auch die Rückberufung der schweizerischen Regimenter aus Frankreich wurde vom Landammann angetönt. Talleyrand



trat ihm mit aller seiner Beredsamkeit entgegen. Unter der Hand aber wiederholte er dringend die Forderung, durch militärischen Aufmarsch an der Schweizergrenze den Abfall zu verhindern und die Verbündeten vor einem Handstreich auf die Basler Brücke abzuschrecken. Er machte seiner Regierung den Vorschlag, ein französisches Truppenkorps nach dem Jura zu dirigieren und durch beständige Verschiebungen den Eindruck einer umfangreichen Streitmacht zu erwecken. Den Bernern droht der französische Geschäftsträger Rouyer, daß die Franzosen die ersten sein werden, die Quartiere, die in der Stadt für die Alliierten bereit gemacht werden, in Beschlag zu nehmen. Talleyrand ist von der Reise der unzufriedenen Oligarchen nach Waldshut, von der Sendung Zeerleders ins alliierte Hauptquartier, von ihrer Korrespondenz mit Lebzeltern unterrichtet, aber er kann nichts hindern. Es fehlen ihm die Mittel. Wie gerne würde er Leute in seinen Dienst nehmen! Wie gerne die Korrespondenz abfangen! Aber zu spät bewilligt ihm der Minister unbefristete Summen für den Propaganda- und Spionagedienst. Man mußte die Berner überwachen. Darum ersuchte er Wattenwyl, sein Quartier nach Aarau zu verlegen. Das versprach ihm der General. Ob er es nur aus Rücksicht auf Frankreich tat? Oder war diesmal Talleyrand der Getäuschte? Talleyrand ist machtlos den aufreizenden Proklamationen und Zeitungen gegenüber, die eingeschwärzt werden, machtlos gegen die Gerüchte von französischen Niederlagen und vom Anmarsch der verbündeten Armeen. Die Leute im Elsaß flüchten alles, was wertvoll ist, in die Stadt. Bubna und Schwarzenberg stehen in der Nähe Basels. Man erwartet den Angriff.

Tatsächlich hatte ihn Schwarzenberg auf den 13. Dezember angesetzt. Waren die Berner Oligarchen benachrichtigt? Die Depeschen des Gesandten aus jenen Tagen zeugen von außerordentlicher Spannung, die alles in Atem hält. Man ängstet sich. Man frohlockt. Sogar der Gesandte glaubt nicht mehr an Widerstand. Dann folgt vorübergehende Entspannung. Sie fällt zusammen mit dem Wechsel der Dinge im Hauptquartier der Verbündeten, mit dem Widerstand des Zaren Alexander gegen einen Neutralitätsbruch und mit der Sistierung des von Schwarzenberg beabsichtigten Angriffs auf Basel. Von diesen Vorgängen weiß man natürlich in der Schweiz nichts. Wattenwyl hat erklärt, daß er Gewalt mit Gewalt erwidern, daß er den Boden verteidigen werde. Die schweizerische Mannschaft ist zuversichtlich und von gutem Willen. Rouyer rühmt die kräftigen Leute und ihre Entschlossenheit. Talleyrand läßt sich täuschen durch die Erklärungen österreichischer Generäle, daß die Neutralität respektiert werde, durch das Lob der Agenten Lebzeltern und Capo d'Istria, welche die Mediationsverfassung als ein Kunstwerk bezeichnen.

Nicht nur auf der französischen Gesandtschaft, sondern auch im Auswärtigen Amt zu Paris herrscht Unruhe, Unsicherheit. Man empfiehlt dem Gesandten Zurückhaltung; er soll Noten nur ad referendum entgegennehmen. Es sei klar, schreibt der Minister des Äußern, daß man die Schweiz von Frankreich isolieren wolle. „Man



gibt sich Mühe, unsere Beziehungen und Verbindungen mit der Schweiz, Stück für Stück, loszulösen. Und wenn wir nachgeben, dann wird eine Konzession die andere herbeiführen, und schließlich würde die Schweiz ihre vorteilhaftesten Beziehungen und die wirkliche Garantie ihrer Unabhängigkeit eingebüßt haben.“ Man muß beobachten, muß Zeit gewinnen. Frankreich wird die Regimente zurückschicken, wenn es nötig ist; aber heute ist nicht die Schweiz, sondern Frankreich ist angegriffen.

Doch alle Redensarten halfen schließlich nichts. Der Augenblick kam doch einmal, da die Landesregierung auch noch die letzten Rücksichten gegenüber Frankreich preisgeben mußte, wodurch dann allerdings ein Bruch vollzogen wurde, der äußerlich wenig sichtbar war, aber nach innen um so tiefer ging. Wenn einmal die Brücken abgebrochen waren, wurden sie nicht wieder aufgebaut. Wenn Reinhard so lange zauderte, dann geschah es nur aus dem felsenfesten Glauben an die Unererschütterlichkeit der napoleonischen Macht. Diesem Glauben opferte er vieles. Wenn er aber in dieser Überzeugung an die Überlegenheit und den Sieg Frankreichs getäuscht wurde, dann mußte sich seine Freundschaft in Haß verwandeln. Denn dann hatte er umsonst seiner Würde und seinem Schweizertum so viel vergeben.

Der gute Name des Landammanns war in äußerster Gefahr. Die Machenschaften auf der außerordentlichen Tagsatzung, für die er in erster Linie verantwortlich war, konnten nicht verborgen bleiben. Mit leeren Händen stand er den Forderungen des schweizerischen Generals gegenüber, der den Einbruch einer fast um zwanzigfache überlegenen, kriegsgewohnten Armee verhindern sollte.

Ob die Schweiz überhaupt fähig war, die Krisis zu überstehen, — wer möchte diese Frage bejahen? Daß aber Reinhard in der Unterwerfung unter den Willen des Gesandten und nicht im Zusammenschluß mit den Führern des Volkes sein Heil versuchte, das war sein Verhängnis. Jetzt, da die Verbündeten von einer französisch orientierten Neutralität nichts wissen wollten, erkannte der Mann die ganze Täuschung, der er sich hingegeben hatte. Man gewinnt den Eindruck, als habe er sich jetzt noch aufraffen wollen, — allerdings zu spät. Am 14. Dezember meldete er dem französischen Gesandten, daß er den Kantonen die auf Grund der Kapitulation berechnete Rückberufung der Regimente aus Frankreich vorgeschlagen habe. Damit wolle er dem Vorwurf der Alliierten die Spitze brechen.

Das war ein Schritt, den ihm der siegreiche Kaiser, falls eine für ihn glückliche Wendung noch eingetreten wäre, nie verziehen hätte. Denn wenn auch die Kapitulation ausdrücklich den Fall voraussetzte, daß die Schweiz diese Regimente zu ihrem eigenen Schutz in kürzester Frist zurückrufen dürfe, war Napoleon doch zu sehr gewöhnt, jede Handlung nur von seinem eigenen egoistischen Interesse aus zu beurteilen. Er brauchte Soldaten. Wie konnte sich die Schweiz unterstehen, seine Verteidigungskraft zu schwächen, da der Feind sich anschickte, die französischen Grenzen zu überschreiten.



Der Landammann stand unter dem Eindruck der Berichte, die ihm durch die schweizerische Gesandtschaft, die ins Hauptquartier der Verbündeten gereist war, zukamen. Reding und Escher meldeten von dem lebhaften Interesse der Monarchen für die schweizerische Neutralität, aber auch von den Bedenken, diese Neutralität unter dem bestehenden Abhängigkeitsverhältnis der Schweiz anzuerkennen. Unterm 8. Dezember schrieb Reding über die Audienzen bei Metternich und beim russischen Kaiser. Daraus erfuhr der Landammann unter anderm, daß Metternich noch keine bestimmten Zusicherungen gebe; ferner, daß Kaiser Alexander kurzerhand forderte, die Schweiz solle ihre Regimenter aus Frankreich zurückziehen oder den Verbündeten durch Stellung von ein paar tausend Mann oder durch Überlassung der Basler Brücke Gegenrecht halten.

Zweifellos gaben diese Depeschen den Ausschlag. Der Landammann wollte jetzt selber die Rückberufung der Regimenter aus Frankreich. Den Kantonsregierungen aber verheimlichte er die gespannte Lage. Wer wollte, konnte freilich aus dem Kreisschreiben herauslesen, daß der Landammann seiner Sache nicht mehr sicher war. Die Gesandten, so schrieb er nämlich, hätten die Stellungnahme der Schweiz erläutert und ihre Bemerkungen seien wohlwollend angehört worden und hätten „scheinbar Eindruck“ gemacht.

Dann aber kam die Hauptsache. Der Landammann, der noch vier Tage vorher zur Rekrutenstellung für Frankreich seine Stimme erhoben hatte, mußte nun den Einspruch der verbündeten Monarchen gegen diese Regimenter in Frankreich mitteilen. Nach der Auffassung der Alliierten stehen diese Regimenter, „deren Unterhalt auf einem pflichtmäßigen alljährlichen Kontingent beruhet,“ und ihre offensive Verwendung im Widerspruch zu wahrer Neutralität. „Liegt wirklich in der Militärkapitulation ein Hindernis der Anerkennung der schweizerischen Neutralität,“ sagt das Kreisschreiben, „so kann die französische Regierung nicht von uns fordern, daß wir unsere Ruhe und Existenz aufopfern, um diesen Vertrag aufrecht zu erhalten.“ Er sei erzwungen worden und müsse revidiert werden. Das sei nun nicht von heute auf morgen möglich, da man die diplomatischen Formen respektieren müsse. Hingegen sei ein anderes Auskunftsmittel zulässig: die Schweiz könne unter Berufung auf Artikel 31 der Militärkapitulation die Regimenter zurückrufen und dem eidgenössischen General zur Verfügung stellen.

Man irrt sich nun aber, wenn man annimmt, diese Rückrufung sei beschleunigt worden. Der Landammann wartete auf die Antworten der Kantonsregierungen. Basel lehnte ab. Die Folgen seien zu bedenklich, schrieb die Regierung, als daß sie ihre Zustimmung geben könne. Sie machte rechtliche Bedenken geltend: Artikel 31 der Kapitulation setze voraus, daß die Rückberufung durch die Tagsatzung geschehe; auf der Tagsatzung aber stimmen die Abgeordneten nach Instruktionen, d. h.



nach Weisungen, die ihnen vom Großen Rat erteilt werden. Die Regierung von Basel, so sprach sich das Antwortschreiben aus, getraue sich darum nicht, in einer so wichtigen Sache den Großen Rat zu übergehen, und ohne ihn im Namen des Standes Basel einen Entscheid für Rückberufung zu erteilen.

Das waren Formalitäten und als solche nicht besser als diejenigen, die im Jahre 1798 den rechtzeitigen Aufmarsch der eidgenössischen Orte verhindert hatten, als der Feind an den Grenzen stand. Es war aber auch schlimm, daß jetzt, als die Not wuchs, der Landammann sich in Widersprüche verwickelte. Er hatte auf der Tagsatzung die Aussprache über die französisch-schweizerischen Regimenter verhindert. Jetzt war er andern Sinnes geworden. Nur ein offenes Bekenntnis seines Irrtums konnte das Versäumte wieder gut machen. Statt dessen vertuschte er seine Schwenkung. Sein Kreisschreiben war kein Alarmruf, kein Notschrei, sondern eine langatmige und kraftlose Zusammenfassung von Erwägungen. Und darum weckte sie auch keine Bereitschaft, sondern auch nur papierene Erwägungen. Er hatte den Eifer, Opfer zu bringen, gedämpft. Er hatte die geistige Bereitschaft zerstört. Der Widerspruch war zu auffällig: in der gleichen Woche rief er zur französischen Werbung und zur Heimberufung der Regimenter auf. Und nicht einmal mit dem Ton der Überzeugung. So verlor er durch seine eigene überkluge Taktik erst recht die Führung, ähnlich wie Napoleon, der einen starken Grenzschutz durch sein Machtwort verhinderte und, als er ihn jetzt brauchte, ihn nicht mehr fordern konnte, weil er sich selber den Weg versperrt hatte. Die Antwort des baslerischen Staatsrates ist ein Beweis dafür, wie das Kreisschreiben des Landammanns unterschätzt wurde: Man könne die Zustimmung nicht geben, hieß es da; „aber etwas anderes wäre es, wenn die Alliierten unter der Bedingung, daß die Regimenter zurückgerufen würden, die Anerkennung der Neutralität versprochen hätten. Dann hätte man mit der Forderung vor Napoleon treten können.“ So aber sei die Sache höchst unsicher.

Um dieselbe Zeit mühten sich Reding und Escher in Frankfurt ab, diese Militärkonvention mit Frankreich, die als das bedenklichste Hindernis der Neutralität erschien, mundgerecht zu machen. Wie wäre ihnen ihre Sendung leicht geworden, wenn sie den drei Monarchen, die alle, einer wie der andere, mit dem Finger auf diese militärische Unterstützung Frankreichs wiesen, hätten antworten können: diese Regimenter sind zurückberufen. Aber da klappte eine Lücke in ihren Instruktionen, und als der Landammann diese Lücke ausfüllen wollte, kam er zu spät. Die Entscheidung war gefallen und kaltlächelnd ging Metternich über diese Mitteilung hinweg.

Mit der nachträglichen Aufforderung an die Kantone konnte Reinhard das Versäumte also nicht mehr einholen. Auch in einem andern Punkte täuschte er sich. Die Hoffnung, die vielleicht unwillkürlich seine ganze Politik geleitet hatte, erfüllte sich nicht, daß er noch sein Amt in die Hand des Nachfolgers legen könne, bevor die großen Entscheidungen



fielen. In einer Unterredung mit Talleyrand, in der er von unausbleiblichen Unruhen im Innern, von den Absichten der Berner und den Versprechungen der Alliierten redete, offenbarte er, was in seiner Seele vorging. „Mit Kriegsehren,“ so sagte er, „verlasse ich mein Amt, und noch so gern („avec plaisir“) lege ich die Geschäfte in die Hand meines Nachfolgers. Ich fürchte, daß er sich sehr schweren Verhältnissen gegenüber sieht, denn die Geister sind zu sehr erregt, als daß man nicht eine Bewegung in der Schweiz fürchten müßte.“ Er entwickelte die Möglichkeiten in einer Weise, daß Talleyrand daraus den Schluß zog, Reinhard habe als Landammann nichts anderes als die Neutralität der Schweiz gesucht; wenn mit dem 1. Januar 1814 aber das Direktorium an den Luzerner Rüttimann übergehe, zu dem keine einzige Partei wirklich Vertrauen habe, dann werde er sich den Bernern anschließen. Bereits rede er davon, daß zu Anfang des Jahres eine neue Tagsatzung müsse einberufen werden. Vielleicht sah Talleyrand zu schwarz.

Noch die Katastrophe brach herein vor Ablauf des Direktorialjahres, und die ganze Verantwortlichkeit fiel auf den Landammann zurück, der durch eine Politik der Schwäche den Verteidigungswillen gebrochen und der Schweiz ihre einzige Ehre genommen hatte, für ihre Selbständigkeit Leib und Leben einzusetzen. So hart aber auch das Urteil der Geschichte ausfallen muß, kann man doch nicht ohne Bewegung die Worte lesen, die Talleyrand in seiner Depesche vom 16. Dezember über den Landammann niederschreibt: „J'ai cru remarquer sur sa figure qui est très expressive, qu'il était rongé de chagrins.“ Kummer und Sorge hatten sich auf seinem Antlitz eingegraben.

In den häufigen Besprechungen, die Talleyrand mit dem Bundeshaupten suchte, sprach der Landammann wiederholt davon, daß nach den letzten Berichten aus Frankfurt die Rückberufung der Regimenter nicht mehr zu umgehen sei. Vergeblich wehrte der französische Gesandte ab, so etwas sei bis dahin noch nicht vorgekommen. Zwei Tage nach dem Kreißschreiben an die Kantonsregierungen teilte ihm der Landammann in knapper und klarer Form seinen Schritt mit. In einer Form, die auf die Kantonsregierungen einen viel tiefern Eindruck gemacht hätte, als das gewundene und teilweise dunkle Kreißschreiben.

Auch die in Paris befindlichen Gesandten Rüttimann und Wieland benachrichtigte er. Es war eine schwere Wolke, die noch vor ihrer Abreise den Himmel verdunkelte. Aber sie beschlossen trotzdem, ihren Aufenthalt nicht auszudehnen. Und auch der Herzog von Vicenza hütete sich wohl, den Abschied zu verbittern. Er war ja längst auf diese Forderung gefaßt. Nun verfuhr er einfach nach dem Rezept, Zeit zu gewinnen. Er werde darüber einen Bericht an den Kaiser abfassen, sagte er zu den Gesandten. Aber nach seiner persönlichen Auffassung sei der durch die Militärkapitulation vorgesehene Fall nicht ganz klar, und jedenfalls sollte man nicht an die Rückberufung der Regimenter denken in einem Augenblick, da Frankreich in seinem eigenen Gebiet



bedroht sei. Die Gesandten ihrerseits verwiesen auf den 31. Artikel der Kapitulation, redeten von neutralem und gutem Einvernehmen mit allen kriegsführenden Mächten; eine bewaffnete Neutralität garantiere einen großen Teil der französischen Grenze; sogar wenn die Schweiz noch nicht von fremden Truppen überflutet sei, müsse sie alle Mittel ergreifen, um mit einer beträchtlichen Armee die Unverletzlichkeit ihres Bodens zu wahren; sie müsse den Verbündeten gewisse Garantien leisten und gleichzeitig ihren Verpflichtungen Frankreich gegenüber gerecht werden. Der Herzog versprach, das alles dem Kaiser auseinanderzusetzen. Dem französischen Gesandten in der Schweiz hatte er noch kurz vorher als strikte Weisung mitgeteilt, die Schweiz müsse unbedingt neutral bleiben. Aber von einer Herabsetzung der französischen Armee wollte er selbstverständlich nichts wissen.

Um so mehr überschüttete er die Gesandten mit Aufmerksamkeiten. Damit erreichte er seine Absicht, so daß sich Friedrich Cäsar Laharpe über die Oberflächlichkeit Rüttimanns empörte. Zweimal wurde Laharpe während dieses Pariser Aufenthaltes von Rüttimann besucht, und er mußte an sich halten, um nicht unhöflich zu werden. Dem Freunde Stapfer aber schüttete er seinen ganzen Unmut aus. Dieser aufgeblasene, leichtsinnige, eitle Mensch sei ihm einfach lächerlich. Mit seiner gelockten Perrücke erscheine er wie der eleganteste Tanzmeister, hüpfte und lachte und drehe sich, und sei dabei der Vertreter eines bescheidenen Landes, das seine Stellung in Europa wieder sichern möchte. „Das sind die Washington und die Jefferson, denen unsere Geschicke anvertraut sind!“ Laharpe war entrüstet über die geschmacklose Alfanzeri dieses Mannes, der sich lächerlich mache in einem Lande, das ein besonders starkes Empfinden habe für das, was sich schicke. Und wovon wisse Rüttimann zu reden? Von der guten Aufnahme, von Banketten und hübschen Redensarten. Es scheine, daß diese Herren die Gunst des Augenblickes benützen, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen. Welche Vorteile? Laharpes Brief ist unvollständig. Aber er findet seine Ergänzung in den Papieren des Ministeriums. Unterm 14. Dezember dekretiert der Kaiser die Beförderung des Adjutanten Wieland zum Bataillonskommandanten; am gleichen Tage die Aufnahme der beiden Söhne Rüttimanns in die Militärschule von St. Germain. Die Deputierten erhielten auch den üblichen Botenlohn: prächtige Tabaksdosen aus Gold, mit Brillanten besetzt und mit dem Bild des Kaisers. „Sie werden mit Ehren überhäuft,“ schrieb der Minister des Außern an Talleyrand; er habe allen Grund anzunehmen, daß sie von ihrer Reise nach Paris nur günstige Eindrücke nach Hause nehmen werden; und da Rüttimann im Jahre 1814 Landammann der Schweiz sein werde, könne das nur von glücklichem Einfluß auf seine Beziehungen zu Talleyrand sein.

Am 21. Dezember, — an dem Tage, da in der Heimat die Entscheidung fiel, — erhielten die Gesandten ihr Akkreditiv. Das Schreiben Caulaincourts, des Herzogs



von Vicenza, troff von Schmeichelei: die Mission hätte nicht bessern Händen anvertraut werden, und sie hätte nicht glücklicher erfüllt werden können. Die Liebe des Kaisers zur Schweiz, seine Bemühungen um den Frieden und um ihr Glück, die alten Freundschaftsbeziehungen waren gebührend hervorgehoben. Die Antwort des Kaisers war bei allem Entgegenkommen geschickt, sachlich. Napoleon erklärte sich darin befriedigt über die geschlossene Stimmung unter den Kantonen und den Volksklassen. Die Neutralitätserklärung entspreche den Verträgen und dem wahren Interesse der Schweiz. „Ich anerkenne diese Neutralität und ich habe die nötigen Befehle erlassen, damit sie respektiert wird.“ Die XIX Kantone können auf ihn zählen. Er sei auch geneigt, Beweise seines Beistandes und seiner Freundschaft zu geben. „Preuves de ma protection“ — noch einmal sprach der Mediator und erinnerte an das Protektorat!

Aus dem Entgegenkommen schlossen die Gesandten, daß nicht nur der gegenwärtige politische Zweck erfüllt sei, sondern daß „auch andere politische Verhältnisse der Schweiz mit Frankreich auf befriedigende Grundlagen zurückgeführt werden könnten.“ Sie verkannten dabei allerdings den wahren Charakter des Kaisers. Napoleon fügte sich jeweils nur der Notwendigkeit. Sobald er aber wieder im Besitz seiner Macht war, fielen alle Rücksichten dahin, und er pflegte sich nur der Zugeständnisse zu erinnern, die ihm in den Tagen der Not waren abgerungen worden. Als Rüttimann und Wieland am Tage der Abreise, am 25. Dezember, von der Verletzung der schweizerischen Neutralität durch die Alliierten erfuhren, da erhielten sie die „traurige Gewißheit, daß alle ihre Hoffnungen eitel und ihre Bemühungen vergeblich gewesen.“

Noch kurz vorher hatte der „Moniteur“ beruhigende Mitteilungen veröffentlicht, wonach der Fürst von Schwarzenberg die Verletzung der schweizerischen Neutralität unter die schwersten Strafen gestellt und auch der Prinz von Lichtenstein die gewissenhafteste Schonung der Schweizer anempfohlen habe. Aber am Abend des 23. Dezember erhielt Wieland durch einen Eilboten des Rats zu Basel Kunde vom Einmarsch der verbündeten Heere. Als er dem Herzog von Vicenza die Nachricht brachte, antwortete dieser mit Gleichmut und aller Freundlichkeit: „Es war vorauszu sehen.“ Die Gesandten aber schämten sich, sich in der Öffentlichkeit zu zeigen. Dann aber trafen die Depeschen Talleyrands ein. Sie meldeten den Gewaltstreich, für den Schwarzenberg und Brede verantwortlich gemacht wurden, während Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. die Neutralität der Schweiz befürwortet hätten. Von Metternich kein Wort. Die Wühlarbeit der Berner, die geheimen Sendungen der Altgesinnten ins Hauptquartier waren entlarvt. Nie habe das schweizerische Volk die Wohltat der Mediationsakte mehr empfunden als in diesem Augenblick. Eine französische Armee würde der Unterstützung durch einen großen Teil des Volkes sicher sein.

Zum Glück für unser Land war Napoleon so sehr in Atem gehalten, daß er keine Truppen nach der Schweiz dirigieren konnte. Genug, daß die Verbündeten



über das Land fluteten und zu gleicher Zeit der Kampf unter den Parteien aufs neue entzündet wurde.

Am 27. Dezember 1813 hielt in Paris der Senat unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Sitzung ab. Die Depeschen aus Bern erregten die Gemüther. Am Neutralitätswillen des Landammanns wurde nicht gezweifelt. Der Geschäftsträger Rouyer schilderte in seinen Berichten die Aufregung im Volk, das über die Berner empört sei, weil sie den Krieg ins Land zogen. Der französische Minister des Aeußern, der Herzog von Vicensa, ließ einen für den Kaiser bestimmten Bericht verlesen, in dem den Senatoren manche Wahrheit, aber nicht die ganze Wahrheit gesagt wurde. Sie erfuhren nicht, daß Napoleon gegen das Projekt der Volksbewaffnung und dann wieder gegen das gesamte Aufgebot der schweizerischen Milizen Einspruch erhoben hatte. Die Schweizer, so stellte der Rapport die Dinge dar, verließen sich auf die Versprechungen der Alliierten und beschränkten sich auf eine schwache Grenzbefezung. Der Kaiser unterhielt in jener Gegend keine Truppenmacht, um auch den bloßen Gedanken, als wolle er die Neutralität verletzen, nicht aufkommen zu lassen. Die Verbündeten dagegen haben jede Glaubwürdigkeit und Treue eingebüßt, indem sie das Territorium eines friedlichen Volkes und seine Neutralität verletzten, auf die während drei Jahrhunderten Europa Rücksicht genommen habe.

Der Bericht an den Kaiser war eine Rechtfertigung seiner Politik. Er war im „Moniteur“ zu lesen samt den Depeschen aus der Schweiz, samt der Neutralitätserklärung; auch der Brief an den Landammann war abgedruckt. Das Regierungsblatt brachte am letzten Tage des Jahres auch die Adresse des Senates, in der diese Körperschaft dem Kaiser für seine Friedensbereitschaft dankte, ihm im Namen des französischen Volkes und der ganzen Menschheit aber nicht nur den Sieg wünschte, sondern daß er das Schwert sinken lasse, wenn er die Ruhe der Welt durch seine Unterschrift unter das Dokument des Friedens gewährleistet habe.

Doch auch dafür war es jetzt zu spät. Als Vermittler hatte er einst in die schweizerische Revolution eingegriffen; durch sein Machtwort hatte er den Frieden dieses kleinen Landes hergestellt. Aber in den zehn Jahren der Mediation zerstörte er sein eigenes Werk. Die schönen Worte, die Rüttimann und Wieland aus Paris in die Heimat brachten, konnten das Schicksal nicht aufhalten. Als sie am 2. Januar 1814 der Tagsatzung Bericht erstatteten, hatte das französische Protektorat aufgehört. Die Unabhängigkeit war aber damit keineswegs gewonnen.

\* \* \*

Vor der Bedeutung der Mission nach Paris tritt die Sendung des schweizerischen Geschäftsträgers Marcacci ins italienische Quartier so sehr zurück, daß sie überhaupt noch keine Beachtung gefunden hat. Und doch ist es nicht uninteressant, auch bei dieser Gelegenheit zu verfolgen, wie der italienische Vizekönig Eugen Beauharnais,



Stieffohn des Kaisers Napoleon und sein königlicher Statthalter, sein ganzes Verhalten demjenigen seines Herrn anzupassen wußte. Unter den Verwandten des Kaisers war er der einzige, auf den sich dieser blind verlassen konnte. Er fügte sich dem kaiserlichen Willen im Gegensatz zu Ludwig, den Napoleon als König über Holland gesetzt hatte und der eines schönen Tages Krone und Szepter niederlegte, weil er als König das Wohl seines Landes und nicht die Gewaltpolitik des Kaisers verfolgen wollte. Noch größere Schwierigkeiten entstanden dem Kaiser durch den Schwager Joachim Murat, der mit Karoline Bonaparte verheiratet war und das früher bourbonische Neapel erhalten hatte. Murat war ebensowenig wie Ludwig gewillt, sein Volk dem Kaiser aufzuopfern. Nur verzichtete er nicht auf sein königliches Amt, sondern er machte Schwierigkeiten, und eher ließ er den Kaiser als sein Königtum im Stich.

Seines Schwagers Murat war Napoleon nicht mehr sicher. Marcacci hatte mit dem Geschäftsträger des Königs von Neapel eine Unterredung, deren Inhalt sehr bedenklich war. Dieser beteuerte nämlich, daß der König von Neapel zuverlässig sei und treu zum Kaiser halte, — wenn dieser in seinen Ansprüchen nicht zu weit gehe und wenn er unter vernünftigen Bedingungen den so lange gewünschten Frieden annehme. Wirklich: der König von Neapel, der schöne „Haudegen“, wollte den Frieden. Der tapfere Gascogner war als Sohn eines Gastwirts zur Welt gekommen; aber ein Königtum war ihm zugefallen, und dies Königtum beider Sizilien wollte er nicht stündlich aufs Spiel setzen. Man weiß, wie Napoleon das Kommando über die einst „Große Armee“ nach dem russischen Feldzug in die Hände Murats legte. Man weiß, daß Murat schon im Dezember 1812 den Kommandostab an den Vizekönig Eugen weitergab, obschon Napoleon ihm schrieb, unter allen Umständen müsse er bei der Armee bleiben. Von Napoleon erbat er dringend die Erlaubnis zur Abreise mit der Beifügung, daß nichts ihn halten werde. So viel wie unbekannt sind die energischen Worte, in denen er gleichzeitig vom Kaiser den Frieden verlangte. Auch im Jahre 1813 verließ er die Armee.

Plötzlich, am 27. Oktober, tauchte er in Basel auf. Am Tag vorher war hier die große Niederlage Napoleons bei Leipzig bekannt geworden. Sie ging von Mund zu Mund. Das Zeitungsblatt allerdings wagte nicht, sie abzudrucken. Trotz Wind und Regenwetter stieg Freudenfeuerwerk aus einem Garten, nicht weit der Festung Hüningen, in die dunkle Nacht. So berichtet kopfschüttelnd Peter Dchs. Sein Sohn wartete am Abend des 27. Oktober auf den König von Neapel. Es war Nacht, als er eintraf. Im Gasthaus zu den „Drei Königen“ stieg er ab. „Er ist ein schöner, großer Mann mit einem enormen Schnurrbart,“ schildert Eduard Dchs den Haudegen, den tüchtigsten Reiterführer Napoleons, der bei Borodino den größten Reiterkampf geführt hatte. Der Gascogner war nicht nur von verwegener Tapferkeit, sondern auch von weibischer Puschucht. Er pflegte seine Schönheit und liebte phantastische



Kleidung. In demselben Gasthaus, in dem 1797 Bonaparte nach dem italienischen Feldzug, auf der Reise nach Rastatt, Halt gemacht hatte, speiste jetzt Murat [mit dem abgedankten König von Holland, der sich nach der Schweiz zurückgezogen hatte. Murat sprach von dem Kommando über eine Armee von 80,000 Mann zum Schutze Italiens, das er übernehmen werde. Die Armee freilich mußte erst noch auf die Beine gestellt werden. Sein kurzes Gespräch mit dem Dreikönigswirt machte Aufsehen, — ein paar Tage später fand es bereits seinen Niederschlag in einer Depesche des italienischen Staatsministers Melzi an den Vizekönig, der durch die Kunde von Murats Abreise sehr beunruhigt war.

Eduard Ochs berichtet, der König von Neapel habe seinen Gastgeber Iselin gefragt: „Est-ce que vous le ferez comme les Bavares?“ (Die Bayern waren vor der Schlacht von Leipzig von Napoleon abgefallen!) Iselin antwortete mit Nein. „Wir sind entschlossen,“ so sagte er, „unsere Neutralität gegen jeden zu verteidigen.“ Hierauf klopfte ihm der König ganz vertraulich auf die Schulter, erwidern, daß sei recht und das vernehme er mit Vergnügen; denn er begeben sich nach Italien, um an der Schweizergrenze eine Armee zu kommandieren. „Ich werde immer die Neutralität der Schweiz respektieren!“ Iselin fuhr fort: so lange italienische Truppen sich im Tessin befinden, könne man sich nicht für neutral halten. Der König von Holland unterstützte ihn: die Schweiz werde dadurch kompromittiert. Murat gestand, daß er davon nichts gewußt habe. Mit dem ihm eigenen Temperament versprach er heftig, an den Kaiser zu schreiben, um ihn zu bestimmen, den Tessin zu räumen.

Das war keine bloße Redensart. Auch darin bewies Murat, daß er seinen eigenen Kopf habe. Am 31. Oktober gegen Mittag traf er über den Simplon in Mailand ein. Schon im Laufe des Nachmittags reiste er weiter. Aber in der kurzen Zeit seines Aufenthaltes sprach er mit seinem eigenen Geschäftsträger und mit führenden Persönlichkeiten des Königreichs Italien. Es war, wie der schweizerische Geschäftsträger Marcacci berichtet, (dem die Äußerungen Murats zu Basel unbekannt waren,) die Rede von der Okkupation des Tessin. Murat mißbilligte ihre Fortdauer. Er redete so eindrucklich mit dem Staatssekretär des Königreiches, daß dieser sofort ins Hauptquartier des Vizekönigs reiste, um sich mit ihm zu besprechen. Ob Murat geradezu einen Druck ausübte, wissen wir nicht. Aber es läge ganz im Wesen und in der Absicht dieses Mannes, der die fortgesetzte Kriegspolitik des Kaisers, die keine Sicherheit aufkommen ließ, mißbilligte, und der nach der Niederlage von Leipzig in erster Linie an die Verteidigung seines Königreiches dachte. Über die mangelhaften Streitkräfte des Kaisers täuschte er sich so wenig, wie über den Zusammenbruch der Großen Armee im Dezember 1813, da er mit schonungsloser und harter, den Kaiser beleidigender Offenherzigkeit ausgesprochen hatte, daß von der Garde nicht mehr die Rede sein könne und die Armee überhaupt nicht mehr existiere. Auch über die



Widerstandskraft Frankreichs im Herbst 1813 war sein Urteil gemacht. Wollte Napoleon die Schweizer dem Feind in die Arme jagen? Das war Unverstand. Darum protestierte Murat gegen die Besetzung des Tessin. Sein Wille deckte sich mit den Mahnungen und Warnungen Talleyrands. Am 5. November zeigte der italienische Kommandant der Tessiner Regierung seinen Abmarsch an. Murats Eintreten für die schweizerische Neutralität hatte Erfolg. Der Militär wog vielleicht mehr als der Diplomat. Was Talleyrand seit Wochen angestrebt hatte, wurde nun so plötzlich erreicht, daß Murats Verdienst um die schweizerische Neutralität unverkennbar ist.

Der König beider Sizilien verriet wenige Wochen später seinen kaiserlichen Herrn. Mitte Dezember verbreitete sich im Königreich Italien die Nachricht, daß Murat auf eigene Faust Politik treibe und daß er seine Truppen nur zum Schutz des Königreichs verwende. Am 11. Januar 1814 schloß er einen Vertrag mit Österreich, das ihm dafür seine Herrschaft verbürgte.

So etwas war von Eugen nicht zu erwarten. Denn er war nur Vizekönig. Die Krone der Lombarden hatte sich Napoleon auf das eigene Haupt gesetzt. Die Anerkennung der Neutralität durch den Kaiser hätte also genügt. Da aber das italienische Tirol unruhig wurde und die Österreicher gegen das Königreich marschierten, dann auch aus guter Nachbarschaft, hielt der Landammann darauf, den schweizerischen Geschäftsträger in Mailand mit der Neutralitätserklärung ins Hauptquartier des Vizekönigs zu senden. Die Mission war leichter geworden dadurch, daß die italienischen Truppen den Kanton Tessin verlassen hatten und damit das schwerste Neutralitätshindernis beseitigt war.

Am 10. Dezember traf Marcacci im Hauptquartier des Vizekönigs zu Verona ein. Noch am gleichen Tag fand der Empfang statt. Er übergab die Erklärung der Tagsatzung, und der Vizekönig, auf den Napoleon bis auf die Redewendungen abgefärbt hatte, begrüßte „le parti sage“, die kluge Haltung der Eidgenossenschaft. Er zog den Gesandten an seine Tafel, an der 14 Personen teilnahmen. Dann unterhielt er sich mit ihm in seinem Kabinett. In ausgesuchter Freundlichkeit gab er die Zusicherung, daß er sobald wie möglich durch den Minister antworten werde. Er spielte mit ihm Schach, und schließlich ließ er ihm eine goldene Tabakdose mit seinem von Diamanten umgebenen Bild überreichen. Schon am 12. Dezember verließ Marcacci Verona. Als er Tags darauf in Mailand zurück war, erfuhr er, daß bereits das „Journal officiel“ eine Mitteilung über seine Mission enthielt! Diejenigen Alliierten, die sich noch nicht von Frankreich losgesagt hatten, waren selten geworden; es lohnte sich also der Mühe, der Öffentlichkeit zum Bewußtsein zu bringen, daß die Schweiz ihre Politik noch nicht geändert habe. Sie war im Wert gestiegen. Der italienische Minister, der seinen Sitz in Paris hatte, erwiderte Marcaccis Mission, indem er das



Antwortschreiben durch den italienischen Diplomaten in Bern, Baron Tassoni, dem Landammann in Zürich persönlich übergeben ließ.

Als der allgemeine Abfall vom Diktator Europas vor sich ging, blieb nur die Schweiz dem Allianzvertrag treu. Sie erklärte die Neutralität in einem Augenblick, da sie für Frankreich von militärischem Nutzen war. Napoleon mußte sie anerkennen, um seinem eigenen Volke ein Zeichen der Friedensbereitschaft zu geben. Denn in denselben Tagen, da Wieland und Rüttimann in Paris weilten, wagte der Gesetzgebende Körper sein Verlangen nach Frieden auszusprechen. Bereits hatte der Kaiser der wachsenden Unzufriedenheit ein Opfer bringen müssen: dem Herzog von Bassano war das Portefeuille des Außern genommen und Caulaincourt, dem Herzog von Vicenza, der als Repräsentant des Friedens galt, übertragen worden. Die Anerkennung der schweizerischen Neutralität war in den Augen Caulaincourts ein Gebot der Rettung und eine Forderung des Friedens.

#### 4. Die schweizerische Gesandtschaft im Hauptquartier der Verbündeten.

Die beiden Gesandten Aloys von Reding und Hans Konrad von Escher, samt ihrem Legationsrat Hans Jakob Hirzel hatten keinen leichten Auftrag. Sie sollten von den verbündeten Monarchen die Anerkennung der schweizerischen Neutralität erlangen, und das war schwer, weil sie sich einer siegreichen Armee in den Weg stellten. Zudem war es nicht nur ein Krieg der Fürsten sondern der Völker, der geführt wurde. Sie wollten aus dem Elend von Konfiskation und Hungersnot zu einem bessern Dasein kommen. Nationaler Idealismus erfaßte weite Kreise, so daß der Zar wohl mit Stolz sagen konnte, die Freiheitsbewegung sei wie eine Lawine gewesen, die immer größer wurde. Die Eidgenossenschaft aber, auf deren Anschluß man sich Hoffnungen machte, blieb abseits. Ihre Neutralität war den Verbündeten hinderlich. Wir müssen auf die militärischen Vorgänge zurückgreifen.

Der Feldzug Napoleons nach Rußland mißlang. Nach dem Brande von Moskau blieb der Armee nur der Leidensweg nach dem Niemen übrig. In den letzten Novembertagen 1812 erkämpfte sich noch der Kaiser den Übergang über die Beresina. Dann übergab er das Kommando seinem Schwager, dem König Murat, und am 5. Dezember reiste er mit wenigen Begleitern und unter falschem Namen durch Deutschland. Am



18. Dezember war er unerwartet in Paris. Unterdessen befahl Alexander von Rußland eine neue große Aushebung, um die Franzosen völlig zu vernichten. Am 20. Dezember erklärte Schweden dem französischen Kaiser den Krieg. Zehn Tage später, vor Jahresende, schloß General York, Befehlshaber des preussischen Hilfskorps unter Macdonald, mit dem russischen General Diebitsch einen Neutralitätsvertrag. Damit bereitete er den Anschluß Preußens an Rußland vor. Denn wenn auch vorläufig weder die aktive Beteiligung dieses Korps, noch die Entschließung des Preußenkönigs in irgend einer Weise bedingt war, wirkte doch das kühne und eigenmächtige Vorgehen des Truppenführers mächtig auf die preussische Volksstimmung. Von der Bewegung wurde denn auch der König Friedrich Wilhelm III. selber mitgerissen; am 28. Februar 1813 schloß er zu Kalisch ein förmliches Bündnis mit Rußland. Damit beginnt in Deutschland der Abfall vom Kaiser. Die Herzöge von Mecklenburg sagen sich als die ersten vom Rheinbunde los.

Aber der Frühjahrsfeldzug ist der neuen Allianz nicht günstig. Anfängliche Mißerfolge der Franzosen werden in den entscheidenden Schlachten durch Napoleon wieder ausgeglichen. Er hat ein neues Heer gebildet (120 000 Mann) und noch einmal die Truppen des Rheinbundes an sich gezogen. Er siegt bei Lützen und Großgörschen und treibt die verbündeten Russen und Preußen zum Rückzug. Den König von Sachsen, der im Begriff ist, sich von ihm loszusagen, nötigt er zum Anschluß. Durch die Schlachten von Bautzen (20.—21. Mai 1813) erzwingt er den Übergang über die Spree. Alles hängt jetzt von der Stellung ab, zu der sich das Wiener Kabinett entscheidet. Dort arbeitet der Minister Fürst Metternich mit allen Mitteln an einem völligen Systemwechsel. Österreich soll seine Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen. Zuerst übernimmt es die Rolle des Schiedsrichters. Die beiden kriegführenden Parteien schließen den Waffenstillstand von Pleischwitz (4. Juni) und bewerben sich um die aktive Teilnahme Österreichs. England unterstützt Preußen und Rußland durch Hilfgelder. Da Napoleon auf die Friedensvorschläge Metternichs, die zu Prag verhandelt werden, nicht eingeht, wird der Waffenstillstand nicht mehr erneuert, und Kaiser Franz I. von Österreich erklärt Napoleon den Krieg. (12. August).

So haben sich Rußland, Preußen, England, Österreich und Schweden zu einer großen Allianz verbündet, um das unerträgliche Übergewicht Frankreichs zu brechen. Kleinere Staaten treten, freiwillig oder gezwungen, dieser Allianz bei. Am 8. Oktober stellt sich Bayern auf die Seite der Verbündeten, wodurch ein Nachbarstaat der Eidgenossenschaft in den Krieg hineingezogen wird, während bis dahin die Grenzen der Schweiz direkt von den Ereignissen nicht berührt wurden. Auf den Höhen von Wachau und Liebertwolkwitz, bei Möckern, und am 18. Oktober bei Probstheyda und Schönfeld wird in der Leipziger Völkerschlacht um den Sieg gerungen. Die Sachsen und Württemberger lassen ihren Protektor im Stich, dem sie nur gezwungen Gefolgschaft geleistet haben, und am



19. Oktober, da Leipzig von den Verbündeten erstürmt wird, fällt der König von Sachsen, der bis zuletzt den trügerischen Versprechen Napoleons geglaubt hat, in die Hände der Alliierten. Er wird ihr Gefangener, weil er nicht rechtzeitig dem Franzosen abgesagt hat. Napoleon flieht nach dem Rhein. Die Bayern versuchen ihm den Weg zu verlegen; aber der Kaiser macht Raum und schlägt sie (31. Oktober); am 2. November ist der Rhein von den Franzosen überschritten. In Frankfurt aber, wo die verbündeten Monarchen Hof halten, ungewiß, was zu tun sei, finden sich die Fürsten Deutschlands ein, um hier mit den Siegern von Leipzig Bund und Frieden einzugehen. Denn wenn auch noch zahlreiche französische Besatzungen in deutschen Festungen liegen, ist doch für einmal der große Schlag gelungen: Napoleon ist über den Rhein geworfen. Man redet vom Frieden. Unterhandlungen werden mit dem geschlagenen Kaiser angeknüpft, und wer wollte nicht noch rechtzeitig dafür sorgen, im bevorstehenden Friedensvertrag seine Existenz zu retten, sie wiederherzustellen oder gar Gewinn davon zu tragen!

Hier, wo Könige und Generäle, Fürsten und Diplomaten zusammenströmten, und wo Pläne für das weitere Vorgehen besprochen, verworfen und wiederaufgenommen wurden, erschienen die schweizerischen Gesandten Reding und Escher, die zum Unterschied von den zahlreichen Boten und Abordnungen, die kamen und gingen, nicht den Anschluß an die Verbündeten begehrten, obschon gerade die Teilnahme der Schweiz aus politischen und militärischen Gründen bedeutungsvoll war, sondern die vielmehr Achtung der Neutralität verlangten, einer Neutralität, die den Verbündeten unbequem und unzuverlässig vorkam.

Ursprünglich zwar drängten die Verbündeten nicht. Als der österreichische Gesandte in der Schweiz, Herr von Schraut, dem Landammann die Bündnisse zwischen Österreich, Rußland und Preußen mitteilte, rühmte er in dem beigegeführten Schreiben den idealen Gedanken der Völkerbefreiung, der in dieser Allianz liege und nicht nur den Teilnehmern am Krieg, sondern auch den Unbeteiligten, nicht nur den starken, sondern auch den schwachen Staaten zugute komme. Er sprach von der ewigen Gerechtigkeit dieses Bundes, die darin bestehe, „daß der Genuß seiner Segnungen in gleichem Maße auch auf jene strömt, die keinen Kampf für sie gefochten, mit keinem Opfer sie gelöst haben.“ Mit einer Deutlichkeit, die seit einem Jahrzehnt nie gehört worden war, kennzeichnete er die schmachvolle Abhängigkeit der Schweiz von Frankreich, ohne ihr einen Vorwurf daraus abzuleiten. Denn er mußte sich der ebenso ruhmlosen Stellung Österreichs gegenüber Frankreich erinnern. Aber es war gewiß dem Landammann schmerzlich, eine Wahrheit zu hören, die er selber nicht eingestehen wollte und die sich im Ratssaale noch nicht durfte sehen lassen. Dieser Krieg, so sagte die österreichische Note (vom 8. Dezember) nehme von der Schweiz das beständige Schrecknis weg, das in der Gestalt einer freundschaftlichen Vermittlung, die



allerdings niemand täuschen konnte, wie ein zweischneidiges Schwert über dem Haupt der Eidgenossenschaft schwebte und bei jeder Verweigerung irgend welcher unbegründeten Forderung den tödlichen Fall drohte. Diese friedliche Gesellschaft freier Staaten — die Schweiz — sei so sehr in unaufhörlichem Zwange gehalten worden, daß ihre öffentlichen Redner in den alljährlichen großen „Geschäftsversammlungen“ sich sogar Lob und Dank über diesen unseligen Stand der Dinge ausdrücken ließen, obgleich dies ihrem eigenen Gefühl, ihrem innern Sinn und dem lauten Wunsch des Volkes widersprochen habe. „Dieses schmachlichsten Dankes nun entledigt der edelste Bund das Schweizer Volk; es hat nicht länger für seine Unabhängigkeit zu zagen oder einer gänzlichen Verlassenheit sich zu beklagen.“ Es stehe unter dem Schutzgeist des „größten und reinsten Vereins.“ Dieser wache künftig über seine „unverletzliche Selbständigkeit.“

So umständlich der alte Herr sich in diesem Schriftstück auch ausdrückte: es enthielt manches, was für die Lenker des Staates höchst wertvoll sein konnte. So vor allem das Bekenntnis zur Wahrheit in politischen Dingen; das Zeichen wurde gegeben, daß man nun nicht mehr länger Komödie spielen müsse. Mit Wohlwollen und doch unerbittlich wurde das Benehmen der regierenden Männer gerichtet. Sie hatten sich in den Lobeserhebungen Napoleons überboten. Das Schlimmste dabei war, daß die Landesväter anders redeten, als das Herz ihnen gebot. Sie glaubten selber nicht an das, was sie vor dem eigenen Volk und vor den Vertretern fremder Nationen aussprachen. Und diese Gefahr, zu lächeln, wenn der Starke seine Macht dem Kleineren gegenüber mißbraucht, ist an keine Zeit gebunden. Aber das Volk empfindet das Unrecht, das von einer fremden Macht begangen wird, auch dann, wenn die Landesväter sich Mühe geben, dies Unrecht in ein freundlicheres Licht zu rücken. — Die Regenten befanden sich 1813 in der seltsamen Lage, daß sie Jahre hindurch sich ihrer Freiheit gerühmt hatten und nun auf einmal dem Volke gegenüber die nackte Wahrheit von der französischen Knechtschaft bekennen sollten. Oder sie mußten den Wahn aufrecht erhalten und sich in Widersprüche begeben, die für die schweizerische Abordnung in Frankfurt verhängnisvoll waren.

Am 29. November hatten die schweizerischen außerordentlichen Gesandten sich auf den Weg gemacht, die Monarchen, womöglich in Frankfurt, aufzusuchen. Überall trafen sie auf Truppen. In Heidelberg berichteten die schweizerischen Studenten, daß ihnen der Neutralität wegen hart zugesetzt werde. Das Militär sage ganz unverholen, es marschiere nach der Schweiz. Der Großherzog von Baden habe vergeblich Neutralität erlangen wollen. Jetzt werden sich die Badenser damit trösten, daß es auch den Schweizern nicht besser ergehe.

Am 3. Dezember trafen sie in Frankfurt ein, und schon am folgenden Tage mußten sie aus dem Munde des frühern bayrischen Gesandten in der Schweiz, Baron



Duverger, vernehmen, „er müsse beinahe besorgen, daß auch die Gesandtschaft zu spät angekommen sein dürfte, indem bereits alles in voller Tätigkeit sei.“

Und Duverger traf das Richtige. Sowohl den Militärs als den Politikern und Diplomaten mußte diese Mission höchst unerwünscht sein. Noch wenige Wochen früher hätten die eidgenössischen Boten auf Erfolg rechnen können. Nur die Weitsichtigen und Tatkräftigern der österreichischen und preussischen Generale dachten, als Anfang November in Frankfurt das Hauptquartier aufgeschlagen wurde, an eine Fortsetzung des Kampfes. Damals drängten die preussischen Feldherren Blücher und sein Generalstabschef Gneisenau auf sofortige Fortführung des Kampfes. In einer Denkschrift warnte Gneisenau den König, zuzuwarten. Der Feind gewinne dadurch Zeit zu neuen Rüstungen. Die Erfahrungen des letzten Feldzuges hätten des öftern gelehrt, daß man hinterher mit Blut habe büßen müssen, was man durch Unterlassen einer Anstrengung versäumt habe. Ein Feldzug von noch zwei Monaten, gewiß hart für die braven Soldaten, werde zwei Kriegsjahre, Ströme von Blut und zweifelhafte Schlachten ersparen. Sein Plan war, die Schlesische Armee bei Köln den Rhein überschreiten und in Belgien einrücken zu lassen. Auf diese Weise würde Holland von Frankreich abgeschnitten und befreit, und gleichzeitig würden die Festungen des nördlichen Frankreich bedroht. Währenddessen müsse die Hauptarmee zwischen Mainz, Straßburg und Metz in Frankreich eindringen, ein schwaches Seitenkorps aber durch die Schweiz zur Besetzung der Franche-Comté vorgehen. Endziel aller Bewegungen war ihm Paris.

Die schweizerische Neutralität, mit der Gneisenau damals noch nicht glaubte rechnen zu müssen, erscheint alsbald als Hindernis dieses beabsichtigten Marsches. Den Feldzugsplan brauchen wir auf seine Bedeutung nicht zu prüfen; richtig aber ist, daß der Preusse den Marsch durch die Schweiz als einen, wenn auch untergeordneten, Bestandteil seiner militärischen Operationen ins Auge gefaßt hat. Die Benützung schweizerischen Territoriums ist also nicht erst ein Gedanke der österreichischen Heerführer, sondern schon der geniale Stabschef Gneisenau hat unser Land in seine Rechnung einbezogen, aber allerdings nicht in dem Maße, wie es von österreichischer Seite alsbald geschah. Er wollte, wie dies schon Oberst Robert Weber in seiner Schrift über die strategische Bedeutung der Schweiz ausführt, eine Nebenarmee — durch Neuformationen und die nach und nach verfügbar werdenden Belagerungskorps gebildet — durch die Schweiz gegen den Osten Frankreichs vorgehen lassen; „denn“, führte Gneisenau aus, „dieses Land ist leicht zu verteidigen, sobald man sich desselben einmal bemächtigt hat. Von dort aus bedroht man die innern Landschaften Frankreichs, und man nimmt (umgeht) alle Stellungen der Vogesen im Süden.“ In einem Kriegsrat vom 7. November entwickelte Gneisenau die Gründe im Einzelnen. Aber die österreichischen Generäle, wie Radetzky, verschoben die Verhältnisse; sie



wollten die am Mittelrhein vordringende Armee kleiner und das durch die Schweiz vorgehende Korps stärker machen. Zur Begründung führten sie an, daß der Feldzug von 1792 die Gefahren eines Vordringens über Maas und Mosel an den Tag gelegt habe; daß Frankreich nach der Schweiz zu nur durch wenige und unbedeutende Festungen geschützt werde, und daß Napoleon, wenn man sich nicht der Schweiz versichere, zweifellos selbst zu ihrer Besetzung schreiten würde, um von hier aus die Verbindungslinien der gegen Metz vordringenden Armee zu durchbrechen.

In zwei wichtigen Punkten stimmte Radezky mit Gneisenau überein: im sofortigen Beginn der Bewegungen und in der Eroberung der Niederlande durch die Schlesische (Blücher'sche) Armee. Dagegen wich er von ihm darin ab, daß er die Hauptarmee der Verbündeten, die sogenannte Böhmisches Armee, durch die Schweiz nach Südfrankreich führen wollte. Dadurch wurde eine Vereinigung der Gesamtstreitkräfte in Frankreich und damit eine rasche Entscheidung, wie sie Gneisenau wünschte, in weite Ferne gerückt.

Dieser militärische Plan, der von dem österreichischen Feldherrn, vom Höchstkommandierenden der Hauptarmee, dem Fürsten Schwarzenberg, von Radezky und Generalquartiermeister von Langenau vertreten wurde, und der eine Zersplitterung der Streitkräfte bedeutete, ging nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Erwägungen hervor. Man wollte den Durchmarsch durch die Schweiz benützen, um die bestehende Mediationsverfassung zu beseitigen und die den Österreichern ergebenden Aristokraten wieder in ihre alten Rechte einsetzen. Man hoffte ferner, von der Schweiz aus eine Diverfion nach Italien ausführen zu können, und die Eroberung dieses Landes, die bereits begonnen war (der Vizekönig Eugen Beauharnais hatte, hart bedrängt, bereits zurückweichen müssen), zu erleichtern. Der Plan, über Genf nach Südfrankreich zu marschieren und den Engländern die Hand zu reichen, verfolgte vielleicht lediglich die Absicht, den für außerordentliche Unternehmungen leicht zu begeisternden Alexander von Rußland für das österreichische Projekt zu gewinnen.

Die Widerstände, die innerhalb der Koalition zu überwinden waren, ließen nur schwer zu einem Ziel kommen. In der zweiten Sitzung des Kriegsrates erstand Gneisenau ein neuer, heftiger Gegner. Der preußische General von dem Kneesebeck schwächte nämlich den Feldzugsplan Gneisenaus noch stärker ab, als dies durch die Österreicher geschehen war. Vollkommen billigte von dem Kneesebeck den Marsch der Hauptarmee durch die Schweiz und von hier aus die gemeinsame Operation mit der italienischen und der spanisch-englischen Armee. Die schlesische Armee aber sollte das Unternehmen gegen Holland gänzlich fallen lassen, — der Kronprinz von Schweden mochte damit betraut werden, — und dafür die Deckung der in die Schweiz marschierenden Hauptarmee übernehmen. Vorläufig könne Blücher ja Mainz belagern.



Unnötig, die Entrüstung des Marschalls „Vorwärts“ wiederzugeben; weder er noch Gneisenau wollten vor Mainz „an die Kette gelegt werden.“ Um so größern Beifall fand von dem Kneesebeck bei den Österreichern, deren Lieblingsgedanke — Marsch durch die Schweiz — gefördert wurde. Gneisenau wurde überstimmt und Alexander I., bestochen durch das Großartige, das in dem Zusammenwirken mit der italienischen und der englischen Armee lag, stimmte dem Vorschlag Kneesebecks zu, ja er brachte am 10. November persönlich einen Entwurf für die Zusammensetzung der verschiedenen Armeen zu Papier.

Wenn nun aber Schwarzenberg sich einbildete, der Marsch durch unser Land sei beschlossene Sache, dann täuschte er sich sehr. Zunächst waren die Monarchen, mit Ausnahme Alexanders, für einen Winterfeldzug nicht geneigt. König Friedrich Wilhelm von Preußen konnte sich überhaupt mit einem Rheinübergang nicht befreunden. Ihm schien die Aufgabe der Koalition bereits gelöst. Er erwartete den Frieden. Kaiser Franz von Österreich gehörte noch der alten Schule an: nach seiner Meinung sollten die Truppen Winterquartiere beziehen, um dann im Frühling mit der systematischen Belagerung der Grenzfestungen zu beginnen. Bernadotte, Kronprinz von Schweden, schilderte die Gefahren, die mit dem Marsch nach Frankreich verbunden seien. Das ganze Volk werde sich wie ein Mann erheben und die Eindringlinge schmähsch über den Rhein zurücktreiben.

Aber hemmender als die Unschlüssigkeit der Monarchen wirkte die schweizerische Politik. Die verbündeten Generäle hatten in ihren Diskussionen, Alexander in seiner Zustimmung zum Plane Kneesebecks, den Anschluß der Schweiz an die Koalition vorausgesetzt. Zu ihrem großen Ärger sahen sie sich getäuscht. Die Eidgenossenschaft erklärte sich neutral und sprach die Absicht aus, mit den Waffen in der Hand diese Neutralität zu verteidigen.

Die Verzögerung, die in den Operationen der verbündeten Armeen eintrat, wurde nun, und zwar zum Teil ohne Berechtigung, der Eidgenossenschaft zur Last gelegt. Günstiges hoffte jetzt wohl nur Gneisenau. Wenn man das schweizerische Gebiet respektierte, konnte der Marsch nach Belgien-Paris, wie er ihn in Vorschlag gebracht, wieder in Gnaden angenommen werden. Dem war aber nicht so. Alexander, der nun einmal mit der Linkschwenkung der Armee einverstanden war, erwartete doch noch eine glücklichere Lösung, und die österreichische Generalität gab die Hoffnung auf den Durchmarsch durch die Schweiz nicht auf. Daß sie es nicht tat, das läßt sich schwerlich nur mit einer Steckköpfigkeit erklären, die auf einen altüberlieferten Operationsplan nicht verzichten wollte, sondern die politischen Nebenabsichten waren so stark ausgebildet, daß die Invasion in die Schweiz und die damit verbundene Restauration einfach nicht aus dem Programme durfte gestrichen werden. Diese Verbindung der militärischen mit den politischen Interessen verkörpert sich nun auch in dem Zusammen-



arbeiten von Schwarzenberg, Langenau und Radetzky einerseits, und Metternich samt seinem politischen Anhang anderseits. Sie brachten es dahin, daß der Einmarsch in die Schweiz bereits auf den 13. Dezember vorbereitet wurde.

Bergegenwärtigen wir uns die politische und diplomatische Energie Metternichs, dann begreifen wir, daß trotz der schweizerischen Neutralitätserklärung und trotz der entschiedenen Weigerung Alexanders, unsere Neutralität zu verletzen, die österreichische Heeresleitung den Operationsplan durch die Schweiz nicht preisgab. Um die Schweizer zu täuschen, wurden strenge Befehle erlassen, ihre Neutralität zu beobachten, wie z. B. der Regierung von Basel gegenüber der Wunsch ausgesprochen wurde, sie möchte, um jede Übertretung zu verhindern, eine größere Zahl von Pfählen mit der auch in russischer Sprache gehaltenen Aufschrift „Schweizergrenze“ aufstellen. Gleichzeitig wurden die Verbündeten am Oberrhein konzentriert und zwar auf so engem Gebiete, daß unzweideutig die Kriegslage daraus hervorgehen mußte. Am 12. Dezember, in der Nacht, sollte Obstlt. Bubna, der die Avantgarde kommandierte, in größter Stille sein Korps bei Basel konzentrieren, so daß er sich am 13. vor Anbruch des Tages der Stadt und des Rheinübergangs bemächtigen könne. Am 18. Dezember sollte Bubna bereits in Bern stehen.

Aber der Zar Alexander, wie ein Helfer und Retter aus dunklem Gewölk erscheinend, schützte die Schweiz. „Ich habe eine ganz besondere Anhänglichkeit für sie“, sagte er; „es handelt sich um ein ganz persönliches Gefühl. Denn wir, ich wie meine ganze Familie, sind von Schweizern erzogen worden, und ich bewahre die Hochachtung für meinen Erzieher.“ Diese Dankbarkeit seinen schweizerischen Erziehern gegenüber war gewiß nicht alltäglich; sie wurde wachgehalten durch die Briefe des Waadtländers Laharpe, der fürchtete, sein Heimatanton werde wieder als Untertanenland den altgesinnten Bernern anheimfallen. Mit ihm wehrte sich auch der 1813 in Alexanders Dienste getretene kriegstüchtige Waadtländer Generalleutnant und Aide-deCamp Jomini. Dazu kam ein starkes, persönliches Selbstbewußtsein des Zaren: Weil Alexander wußte, daß er durch seinen Entschluß für den Fortgang des Krieges über die russischen Grenzen hinaus das große Befreiungswerk entscheidend gefördert hatte, schätzte er seine Gewalt sehr hoch ein. Die Charakteristik, die uns auf Grund der öffentlichen Stimmen aus der Wiener Kongreßzeit gegeben wird, ist sehr überzeugend: Alexanders „eingebildete Allmacht äußerte sich in mannigfacher Art. Namentlich fand sie in allerlei feierlichen Versprechungen und Zusagen nach verschiedenen Seiten hin Ausdruck, und er war höchst verstimmt, wenn er sie nicht einhalten konnte.“ „Eine eigentümliche, große, aber doch beschränkte Seele“ nennt ihn sein langjähriger Freund Czartoryski. Man wird also zugeben müssen, daß der seelenlose Metternich nicht ganz fehlging, wenn er die Verwendung des Zaren für die Schweiz eine „Sentimentalität“ nannte. Nach allen Seiten hin proklamierte dieser die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität, die dann rücksichtslos mißachtet wurde.



Der Zar Alexander bestand darauf, daß unsere Neutralität respektiert werde. Aber am Marschziel, dem Plateau von Langres, rüttelte er nicht. Als ihm Schwarzenberg einen Vorschlag vorlegte, in dem am Plateau von Langres festgehalten, die Schweiz aber mit keinem Wort erwähnt wurde, da glaubte er, seine Rücksicht auf unser Land leicht mit dem österreichischen Entwurf verbinden zu können. Er besprach sich mit seinem Waadtländerfreund Somini, der seinerseits am 6. Dezember dem Fürsten Metternich diese Gedanken entwickelte. Er bewies ihm, daß es ein Leichtes sei, nach Genf zu marschieren, ohne schweizerisches Gebiet zu betreten. Man brauche nur den Rhein unterhalb Basel zu überschreiten und über Biel und Neuenburg zu marschieren, also über ein Gebiet, das damals nicht zur Eidgenossenschaft gehörte. Mit noch größerem Vorteil geschehe der Marsch durch das Thal des Doubs, weil dann das Korps in engerer Verbindung mit der Hauptarmee stehe. — Der Minister, dem es ja gar nicht so sehr auf die militärischen, sondern viel mehr auf die politische Aktion ankam, und der den österreichischen Einfluß in der Schweiz herstellen wollte, machte Einwände. Er betonte, daß man nicht nur für den Vormarsch, sondern auch für den Fall eines Rückzuges einer soliden Brücke bedürfe. Der Rhein treibe aber solche Massen von Eisschollen, daß es unmöglich sei, eine Schiffbrücke zu schlagen. — Somini antwortete darauf dem Staatsmann, es sei im Notfall immer noch Zeit, sich der Basler Brücke zu bemächtigen, wenn die Schweiz sie nicht freiwillig überlasse.

Diese Konferenz, über die Alexander I. genau unterrichtet wurde, hatte ihre Wirkung auf den Zaren, als er am 7. Dezember zu den schweizerischen Abgeordneten sprach. Die Eidgenossenschaft, so führte er aus, müsse den Verbündeten Hilfsstruppen stellen als Ausgleich gegenüber den Schweizerregimentern in französischen Diensten. Und als Rading und Escher dies Unsinnen zurückwiesen, sagte der Zar: „Es kommt uns auf ein paar Tausend Mann nicht an, wir haben sie nicht nötig; aber wir brauchen ein Äquivalent. Man (!) hat von der Basler Brücke gesprochen als einem Gegenwert für die Schweizertruppen in französischen Diensten. Man würde gewissenhaft das übrige Territorium der Schweiz achten, und wir würden überhaupt von der Brücke nur bei Eisgang Gebrauch machen. Sind unsere Truppen siegreich, dann gehen sie vorwärts und wir können auf die Brücke verzichten; aber für den Fall eines Mißgeschicks müßten wir diese Rückzugsmöglichkeit haben.“

Vom Eisgange des Rheins zu sprechen, war natürlich Metternich'sche Übertreibung. Tatsächlich hat dann trotz der Kapitulation Basels ein Brückenschlag bei Märkt stattgefunden, und wenn den Alliierten am 21. Dezember, also am entscheidenden Tage, der Brückenschlag bei Grenzach mißglückte, — Radeky und der preussische General Saxe wären dabei fast ums Leben gekommen, — so war nicht etwa Metternich'scher Eisgang des Rheines schuld.



Es war also von einer partiellen Neutralität die Rede; aber, wie aus dem Tagebuch der Schweizer Gesandtschaft hervorgeht: man fühlte doch das Unmögliche einer solchen Teil-Neutralität, und daß Frankreich sich schwerlich damit werde einverstanden erklären können. Die Vorstellung freilich, die man in jener Zeit mit dem Begriff der Neutralität verknüpfte, war allerdings keine so strenge wie heute. Wie hätte sonst die Eidgenossenschaft überhaupt es wagen dürfen, von einer unparteiischen Neutralität zu sprechen. Leute von der Art eines Somini hofften durch diesen Mittelweg ihr Vaterland zu retten, während Leute vom Schlage eines Metternich wohl wußten, daß, wenn die Schweiz einmal den kleinen Finger gebe, man ihr die ganze Hand nehme. Die Ereignisse von 1815 liefern uns dafür den gültigen Beweis.

Als Somini von einer eventuellen Besitzergreifung der Basler Brücke sprach, da stand er unter dem Eindruck der Metternich'schen Behauptung, die Schweiz könne den Alliierten den Durchpaß nicht verweigern, da sie noch im Jahre 1813 einer französischen Division den Durchzug durch Basel gestattete, die sich auf dem Marsche von Italien nach Sachsen befunden habe. In Wirklichkeit hatte der Landammann nicht, wie Metternich wieder übertrieb, einer ganzen französischen Division Durchpaß gewährt; sondern 100 Mann neapolitanischer Truppen, dazu ohne Waffen, waren unter eidgenössischer Eskorte durch unser Land gezogen. Immer noch schlimm genug, besonders weil man bereits im September stand. Einige Tage später erteilte er dann die Weisung, mit der Gestattung zurückhaltender zu sein. Das war nicht unnötig. Denn Anfang November richtete die französische Regierung ein neues Begehren an das Bundeshaupt. Sie wünschte den Durchpaß für neapolitanische Artillerie und Kriegsvorräte nebst einer kleinen Bedeckung. Der Landammann besaß immerhin so viel Mut, das Begehren abzuschlagen.

Aber das frühere Entgegenkommen des Landammanns genügte jetzt Metternich, um von einer Gebietsverletzung durch eine ganze französische Division zu reden und von der Schweiz „une entière réciprocité“ zu verlangen. Dieser Auffassung schien sich Somini nicht ganz verschließen zu können, und er äußerte sich sogar dahin: man könne mit der Schweiz in dem Sinne verhandeln, daß die Grenzbefetzung erst zwei Meilen hinter Basel durchgeführt werde, angesichts des Umstandes, daß die Brücke wenige Monate vorher entneutralisiert (déneutralisé) worden sei. Durch diese Bedingung werde die Schweiz gerettet. Daß diese Auffassung nicht nur vorübergehende Bedeutung gewann, sondern ernsthaft diskutiert wurde, ersehen wir aus dem Bericht der schweizerischen Gesandtschaft. Sonntags den 19. Dezember — es war der kritische Tag, an dem der Einbruch in die Schweiz stattfinden sollte, — Metternich ließ die Gesandten nicht vor! — besuchte Reding den Fürsten Esterhazy. Freimütig bekannte dieser: Es sei nicht zu leugnen, daß die Neutralität und Unverletzbarkeit der Schweiz für den Success und die Sicherheit der Operationen der Alliierten äußerst bedenklich



und gefährlich sei, und daß zumal bei einem Unfall, der ihre Waffen in Frankreich betreffen könnte, ein Rückzug durch die Schweiz beinahe unvermeidlich wäre, weil man sich dabei nicht auf Schiffbrücken verlassen dürfe. Zwar habe der Kaiser von Rußland den andern Mächten wirklich proponiert, sich auf die Brücke von Basel zu beschränken und die ganze übrige Schweiz neutral zu lassen; allein einerseits könne man auf diese Weise die Operationen in Italien nicht gehörig unterstützen (man begehrte den Simplon!), und anderseits habe man die Überzeugung, Frankreich werde diese bedingte Neutralität nicht anerkennen und sich noch weniger daran binden, so daß auf diese Weise weder der Schweiz noch den Alliierten geholfen wäre. Damit widerlegte Esterhazy einleuchtend das Projekt Jominis, und der Bericht unserer Gesandten, der Zar habe den Gedanken an die Benützung der Basler Brücke fallen lassen, scheint darauf hinzudeuten, daß schon vor jener Audienz vom 7. Dezember Alexander diese partielle Neutralität besprochen, erwogen und nicht befriedigend gefunden habe.

Dreierlei geht aber für uns mit aller Bestimmtheit aus diesen Berichten hervor. Sie beweisen erstens, daß es Alexander mit der Respektierung unserer Neutralität ernst gewesen ist und daß er deshalb bestrebt war, einen Ausweg zu finden, mit dem sich sowohl die österreichische Generalität als die Schweiz befreunden konnte. Das gelang ihm nicht. So erklärte er sich denn für unumwundene Anerkennung unserer Neutralität. „Die Schweiz“, so sprach er zu unsern Gesandten, „hätte uns nützlich sein können; sie hat leiden müssen wie die andern Staaten unter dem Übergewicht Frankreichs, darum hätten wir ihren Anschluß erwarten dürfen. Dafür wären wir beim Friedensschluß zu Gunsten ihrer Interessen eingetreten, was wir sonst nicht tun können.“ Aber wir zwingen niemand: „Cependant nous ne forçons personne.“ Und dabei blieb er. Nach seinem Plan sollte der Rhein auf mehreren Punkten unterhalb von Altbreisach überschritten werden. Umsonst entwickelte Metternich in nächtlicher Konferenz alle die militärischen und politischen Gründe für die Besetzung der Schweiz. Alexander erwiderte, obgleich er das Gewicht dieser Gründe nicht verkenne, könne er doch nimmermehr die Verletzung der schweizerischen Neutralität zugeben; persönliche Motive hielten ihn davon ab, es auf die Gefahr oder auch nur auf die Möglichkeit eines Widerstandes der Kantone ankommen zu lassen. Schließlich erklärte er, daß er den Einmarsch in die Schweiz als eine Kriegserklärung gegen sich selber betrachten würde. Daraufhin gab ihm Metternich, der mit offenem Widerstand nicht aufkommen konnte, das förmliche Versprechen, die Neutralität der Schweiz zu respektieren.

Aber alle diese Unterhandlungen bezeugen auch zweitens, daß mit Ausnahme des Zaren alle Welt unser Gebiet in Mitleidenschaft ziehen wollte. Von Gneisenau an, der seine linke Flanke auf die Schweiz stützte, bis Radezky und Schwarzenberg, der die Schweiz als Hauptoperationsbasis benützen wollte, die Strategen und die



Diplomaten waren entschlossen, über unsere Neutralität hinwegzuschreiten. In diesem Sinne arbeitete Radeky noch einen neuen Operationsplan aus, und in einer Denkschrift vom 13. Dezember erklärte er seinem Kaiser: Die gegenwärtige Bewegung der Armee nach der Schweiz „ist vollendet und läßt uns keine Wahl zwischen Handeln oder der Schande eines Rückzugs ohne Not und Ursache übrig.“ Die Stellung der Hauptarmee zwischen Lörrach und Ettenheim sei so offensiv und daher so konzentriert, daß sie darin nur wenige Tage stehen bleiben könne. Entweder müsse sie sich der Schweiz bemächtigen oder den Rheinübergang zwischen Hüningen und Offenburg forcieren oder auseinandergehen und Winterquartiere beziehen. „Wir Soldaten können die Schweiz nicht für neutral erklären. Die linke Flanke der Hauptarmee an eine solche Provinz anzulehnen, während man an der Front den Rheinstrom forciert . . . , das kann kein Soldat pflichtmäßig raten. Wir müssen daher entweder auf jede Operation gegen Frankreich verzichten und defensive Stellung an der Donau aufsuchen oder uns in Besitz der Schweiz setzen.“ Er faßt zusammen: „Wir können nicht über den Rhein und die Schweiz links liegen lassen. Wir sind in wenig Tagen im Besitz der Schweiz und der Franche-Comté, wenn man uns tätig sein läßt. Wir verlieren beides, wenn wir statt zu handeln, neue Zeit verlieren.“ — Diese Denkschrift stammt vom 13. Dezember; am 15. gab Franz I. seine Zustimmung zum Einmarsch.

Ob diese Operation eine glückliche war? Die Militärschriftsteller verneinen es. „Die Kritik und die Erfahrung,“ so äußert sich Oberst Hans Wieland, „haben schlagend nachgewiesen, daß diese Angriffsrichtung eine falsche und ihre Erfolge ungenügend gewesen sind. Das Plateau von Langres war ein Hirngespinnst.“ Und Oberst Weber tadelt die Umgehungsoperation mit den Worten: „Der Fehler lag darin, daß der Plan auf eine Kriegslage zugeschnitten war, die in zehn Fällen neunmal zutreffen konnte, aber gerade damals nicht zutraf.“ Rudolf Friederich endlich, der bedeutende Kritiker der Befreiungskriege, schreibt unter anderm: „Die militärische Bewertung des Plateaus von Langres kennzeichnet die ganze Torheit der vornapoleonischen militärischen Theorien, sie beweist aber auch zugleich, wie wenig alle diese Männer, in deren Hände jetzt die Geschicke Europas gelegt waren, aus den Ereignissen des letzten Jahrzehnts gelernt hatten.“

Für uns kommt die militärische Bedeutung nicht in Betracht. Die Ereignisse lehren uns ganz einfach zwingend, daß jederzeit strategische Gründe können geltend gemacht werden, um unser Gebiet zu verletzen; daß diese Gefahr nicht nur an uns herantritt, wenn ein besonderes militärisches Interesse eine der kriegführenden Parteien zwingt, über unsere Neutralität hinwegzusehen, sondern daß wir unter allen Verhältnissen mit einem fremden Eingriff in unsere Selbständigkeit rechnen müssen. Unsere Offiziere, wie Oberst Wieland und Oberst Weber, haben in ihren Schriften die Konsequenzen gezogen.



Endlich — und das ist das dritte Resultat, das wir aus diesen kriegerischen Diskussionen gewinnen, — endlich erscheint uns der Einfluß Jominis auf Alexander greifbar. Jomini ist später beschuldigt worden, daß er den Einmarsch in die Schweiz geradezu befürwortet habe. Diese Anklage ist unberechtigt. Er selber hat sich gegen den Vorwurf verwahrt. Aber die Zahl seiner Gegner vermochte sich das Übergewicht zu verschaffen. Daß sich Jomini mit allen Mitteln für unsere Neutralität einsetzte, geht aus den gehässigen Aufzeichnungen Metternichs hervor: „Laharpe, Jomini und andere schweizerische Revolutionäre hatten beim Kaiser Alexander nachdrücklich auf das, was sie Achtung der helvetischen Neutralität nannten, gedrungen.“ Metternich, der Feind der Demokratie, spottet, es sei ihre Absicht gewesen, die Wiederkehr der alten Ordnung der Dinge zu verhindern, weil sie für das Waadtland und dessen politische Existenz fürchteten. Daraus sieht man deutlich, daß der vorgeschlagene Minister Metternich den Aide-de Camp Jomini aus doppeltem Grunde haßte: weil er als Militär nicht mit der Grenzverletzung einverstanden war und weil er als Waadtländer von der durch Metternich eingeleiteten Reaktion nichts wissen wollte. — Nicht Laharpe allein, sondern ebensosehr hat Jomini seinen ganzen Einfluß auf Kaiser Alexander benützt, um ihn von der Verletzung der Neutralität abzuhalten. Vergleicht man Jominis Aufzeichnungen („Précis politique et militaire“) mit dem Tagebuch der schweizerischen Abordnung nach Frankfurt, dann erkennt man erst, wie viele Äußerungen, die damals zugunsten unserer Neutralität gefallen sind, auf Jomini zurückgehen. Er hat nicht nur den Einmarsch mißbilligt, sondern tapfer und entschieden sich für die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit eingesetzt. Aber die lügnerischen Behauptungen Metternichs und dessen rücksichtslose und ränkevolle Politik waren ihm überlegen.

„Das Wiener Kabinett,“ so schreibt er, „wollte vom Simplon Besitz ergreifen und den französischen Einfluß in der Schweiz durch den österreichischen ersetzen. Es besaß das Geschick, sich — von den Berner „Unbedingten“ — bitten zu lassen, um die Neutralität, die hinderlich war, zu verletzen in einer Weise, daß Rußland keinen Grund zur Entrüstung hatte über eine Gebietsverletzung, die bereits vollzogen war und als Wunsch des Landes ausgegeben wurde.“

Diese politischen Umtriebe, die bereits angedeutet worden sind, können an dieser Stelle nicht übergangen werden. Wir wissen, daß sich die Altgesinnten in Bern mit dem Verzicht auf ihre frühern Herrschaftsrechte nicht abzufinden verstanden. Namentlich den Verlust der ehemaligen Untertanengebiete Aargau und Waadt verschmerzten diese „Unbedingten“ nicht. Sie schreckten nicht davor zurück, mit einer fremden Macht sich ins Einvernehmen zu setzen, um ihr egoistisches Ziel auf Kosten ihres guten Namens zu erreichen.

Am 11. November 1813 waren, wie wir uns erinnern, Graf Capo d'Istria als russischer und Ritter von Lebzelttern als österreichischer Bevollmächtigter in geheimer



Mission nach der Schweiz abgegangen, um diese zum Anschluß an die Verbündeten oder doch um Gewährung des Durchpasses anzugehen. Die beiden Sendlinge trafen erst am 21. November in Zürich ein, zu einer Zeit also, da bereits die Neutralitätserklärung ausgesprochen war. An diese Agenten wendeten sich nun die zwei Berner Oberst Gatschet und Hauptmann Steiger von Riggisberg und setzten ihnen auseinander, daß die Alliierten sich der Schweiz ohne Schwertstreich bemächtigen könnten. Im Innern stehe eine zahlreiche Partei bereit, sich für sie zu erheben. Grundbedingung aber sei die Herstellung der alten Ordnung in der Schweiz; die Patrizier müßten ihre alten Rechte, Bern sein früheres Übergewicht wieder zurückerhalten. — Die Berner wurden von andern Altgesinnten unterstützt. Mit Metternich standen diese „Unbedingten“ in enger Verbindung durch den Grafen Johann von Salis-Soglio. Von Waldshut aus begaben sich diese Reaktionäre, „das Waldshuter Komitee“ genannt, nach Freiburg i. B., wo sie vom österreichischen Generalquartiermeister von Langenau beherbergt wurden.

Trotzdem war hier nicht zu übersehen, daß nur Privatpersonen fremde Truppen ins Land riefen. Viel bedenklicher war das Verhalten der offiziellen Berner Regierung. Ihr Widerstand gegen den von der Tagsatzung beschlossenen „Aufruf“ an das schweizerische Volk hatte eine verhängnisvolle Wirkung. In dieser Proklamation sprach sich die Tagsatzung, wie bereits erwähnt worden ist, für die Beibehaltung und Fortdauer der bestehenden Verfassung aus. Die Berner Regierung aber hielt im Geheimen den Zeitpunkt für gekommen, da sie sich der früheren Untertanenlande wieder bemächtigen könne. Deshalb mißbilligte sie durch Abstimmung das Verhalten ihrer Tagsatzungsabgeordneten, weil sie gegen jenen Passus nicht protestiert hätten. Sie verbot sogar die Bekanntmachung dieses Schriftstückes im Kanton, „um nicht der ‚Veraubung‘ Berns, d. h. der Selbständigkeit von Waadt und Aargau, das Siegel der Gesetzmäßigkeit aufzudrücken.“ Sogar Lebzelter empfand diesen Beschluß als schweren Schlag gegen die proklamierte Einmütigkeit der Eidgenossenschaft. Waadt und Aargau wußten jetzt aber mit aller Bestimmtheit, wessen sie sich zu versehen hatten. Die Sendung eines besondern offiziellen Agenten ins Lager der Verbündeten durch die Berner Regierung kennzeichnet noch vollständig den Mangel an Aufrichtigkeit, jeden fremden Eingriff zurückzuweisen. Dadurch wurde der schweizerischen Neutralität ein starker Stoß versetzt, und sofort mußten die schweizerischen Abgeordneten Reding und Escher die heillose Wirkung spüren. In einiger Verdrehung des Geschehenen erfuhren sie aus dem Munde Metternichs: Die Regierung von Bern habe die Neutralitätserklärung der Tagsatzung nicht nur nicht ratifiziert, sondern sogar dagegen protestiert. Damit war unsere Gesandtschaft und Neutralitätspolitik gerichtet. „Die einzige Waffe,“ so schreiben Reding und Escher an den Landammann, „die wir bei den vielen und harten Anfechtungen gegen unsere Neutralität mit



einigem Erfolg gebrauchen konnten, war die Einmütigkeit der Nation in Erklärung der Neutralität, ihr fester Wille, sie zu behaupten und die bekannte Treue der Schweizer Nation, das einmal gegebene Wort unverbrüchlich zu halten . . . Durch das geringste Schwanken einer einzigen Regierung über diese wichtigen Punkte wird offenbar das ganze, von uns mit so viel Mühe und Anstrengung geltend gemachte System von Nationalgarantie, übern Haufen geworfen."

Für Metternichs weiteres Vorgehen wurde der Abfall Berns geradezu zum Angelpunkt. Für ihn fragte es sich nur noch, ob er mit bewaffnetem Widerstand rechnen müsse. Aber auch da versagte die Schweiz. Lebzeltern machte sich an den Landammann Reinhard von Zürich und an den kommandierenden General von Wattenwyl: die Schweiz werde beim geringsten Widerstand als Feindesland behandelt werden — auch da versagte alteidgenössische Denkart. Lebzeltern konnte am 14. Dezember Metternich mitteilen: „Sie verlangen nur noch über die zu beobachtenden Formen zu kapitulieren, um ihre Verantwortlichkeit zu decken und Unannehmlichkeiten von beiden Seiten zu vermeiden.“ Der General „hatte moralisch bereits kapituliert,“ ehe der Feind auch nur den Entschluß zum Angriff gefaßt hatte.

Die ängstliche Haltung des schweizerischen Landammanns, das zweifelhafte Benehmen Berns und die Umtriebe des „Waldshuter Komitees“ überzeugten Metternich, daß der politische Umschwung, wie er ihn tatsächlich wünschte, nicht ein Ding der Unmöglichkeit sei. In der Herstellung des österreichischen Einflusses in der Schweiz wußte er sich mit seinem kaiserlichen Herrn einig; nicht so allerdings in der Absicht, auch eine innere Restauration herbeizuführen. Da mußte er schon seine eigenen krummen Wege allein gehen.

Aber auch in der weitem Umgebung fanden Rading und Escher kein Verständnis für die Politik der Schweiz. Und wer will dies den Führern des Freiheitskrieges verargen, die, wie der Freiherr von Stein, unzählige Schwierigkeiten überwunden, den Widerstand ihrer Herren besiegt hatten, die erfüllt waren von dem hohen Beruf, das Tyrannenjoch zu brechen; — wer wollte es ihnen verargen, daß sie mit Verächtlichkeit auf unser Volk herabsahen, das mit Anstand Ketten trug und sie jetzt den Blicken geschäftig zu verbergen suchte. „Auf eine ironische Weise“ unterhielt sich der Freiherr von Stein mit den schweizerischen Abgeordneten. Er legte sein Glaubensbekenntnis über die gegenwärtige Krisis dahin ab: „Ohne im mindesten nachzudenken, ob er darüber zu Grund gehe, müsse jeder seine Kräfte aufs äußerste anstrengen, den gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen. Und über die Neutralität äußerte er sich: er kenne diese schlaue Politik schon lange! und wisse nicht, warum wir uns so viel Mühe geben, ihn zu edifizieren. Wenn es von ihm abhinge, so würde er ganz anders vorgehen, als es jetzt der Fall sein werde.“ So sprach der Mann, fest und offen, der Mann der Tat, den nicht, wie den verlogenen Diplomaten Metternich,



Nebengedanken leiteten, sondern der sein Leben für die Befreiung seines Vaterlandes eingesetzt und der immer noch eine treibende Kraft war, trotz aller Diplomatenränke.

Nirgends kommt uns die ganze Erbärmlichkeit unserer damaligen Neutralitätspolitik schmerzlicher zum Bewußtsein, als wenn wir eine Sprache vernehmen und eine Gesinnung verspüren, wie sie der Eidgenossen würdig gewesen wäre. Welch peinliche Rolle hatten Reding und Escher in Frankfurt durchzuführen. Die nackte Wahrheit, die so klar am Tage lag, mußten sie verschleiern, die Wahrheit nämlich, daß die Schweiz bis zur Stunde ein Vasallenstaat Frankreichs sei, daß sie vom französischen Gesandten bevormundet werde, daß ihre Grenzbefetzung in schreiender Parteilichkeit nur gegen die Alliierten gerichtet sei, daß schweizerische Regimenter noch unter französischen Fahnen dienten, daß bis in den Dezember hinein der Landammann die Kantone aufforderte, Rekruten nach Frankreich zu liefern, daß noch im November der Kanton Tessin von italienischen, also napoleonischen Truppen besetzt gewesen, daß der Allianztraktat mit Frankreich, die vom Mediator garantierte Verfassung, der neue Kapitulationsvertrag, daß alle bisherigen Eingriffe Napoleons unserm Land den Stempel der Unfreiheit aufdrückten! Das alles durften die biedern Schweizer im Hauptquartier nicht zugeben, sie sollten vielmehr als gewandte Diplomaten ein Spiel gewinnen, das von Anfang an durcheinander geworfen war. Das offene Wort eines Stein schmerzte. Hier war keine Diskussion möglich. „Er kenne diese schlaue Politik schon lange!“ — Das war seinerseits ein Verzicht auf Explikationen, mit denen man sich und andere betrog.

Wer glaubte überhaupt an diese Neutralität? Niemand. Kein Monarch, kein Staatsmann, kein Soldat. Sogar der wohlmeinende Friedrich Wilhelm äußerte sich der Gesandtschaft gegenüber: „Neutralität ist ein Wort, das ganz in Mißkredit gekommen ist; ich selbst habe die Erfahrung gemacht, wie schwer solche zu handhaben ist, und ich für meine Person könnte mich nie von der Nützlichkeit derselben überzeugen; vielmehr glaube ich, daß es der wahre Vorteil der Schweiz wäre, gemeinschaftliche Sache mit uns zu machen.“ — „Ein Wort, das ganz in Mißkredit gekommen ist“ — dabei dachte Friedrich Wilhelm an seine persönlichen Erlebnisse von 1805. Vor unserm Blick aber steht der Kaiser Napoleon, der zu Regensburg in der vulgären Überhebung des Siegers dem schweizerischen Abgesandten, Hans von Reinhard, die Worte entgegenschleudert: „Vis-à-vis de moi cette neutralité est un mot, vide de sens qui ne vous sert qu'autant que je le veux.“ Und dieser selbe Reinhard hatte jetzt, 1813, als Landammann gewichtigen Einfluß auf die Entscheidung der Tagsatzung. In seinen Augen war das Neutralitätssystem der Schweiz die einzig mögliche Politik. Mit ihrer entschiedenen Verfolgung und mit der durch eine richtige Grenzbefetzung unterstützten Verteidigung hätte er auf die Verbündeten Eindruck machen müssen. Aber mit bloßen Beteuerungen konnte er das nicht. Die Begünstigung Frankreichs war zu offenkundig.



Diesen französischen Einfluß und das französische Protektorat über die Schweiz wollten die Verbündeten beseitigen. Darin waren sie einig. Österreich ging noch weiter: der französische Einfluß sollte durch den österreichischen ersetzt werden. Und Metternich ging noch weiter als sein Kaiser: er wollte auch die innerpolitische Umgestaltung, die Wiederherstellung aristokratischer Regierungsformen.

Im Hauptquartier erkannten Reding und Escher, daß in der Hauptfrage die verbündeten Monarchen einig seien, und daß sie über ausgedehnte Hilfsmittel verfügten. Sie gewannen auch den Eindruck, daß dieser Krieg mit den frühern seinem Wesen nach nicht zu vergleichen war. Eine Umgestaltung der europäischen Staatenverhältnisse war angestrebt; die napoleonische Vorherrschaft sollte gebrochen, die Unabhängigkeit der Nationen wiederhergestellt werden. Die erste Unterredung der schweizerischen Gesandtschaft mit Metternich bewegte sich in unbestimmten Linien; der Fürst trat nicht auf Einzelheiten ein; er äußerte sich wohlwollend für die Schweiz, aber bestimmten Zusicherungen über die Neutralität wich er aus. Die (im Tagebuch nicht mitgeteilte) Depesche der außerordentlichen Gesandtschaft an den Landammann vom 5. Dezember enthält Gedanken, auf die das Bundeshaupt nicht gefaßt war. Metternich sprach nämlich, wie aus dem Bericht hervorgeht, von den wohlthätigen Grundsätzen der Verbündeten, die eine „Rückkehr zu den so glücklich gelösten Verhältnissen unmöglich machen, und jede Nation, ganz auf ihre Weise, in den Fall setzen, zu dem großen Zweck mitzuwirken.“ Als die Gesandten von der Zweckmäßigkeit der Neutralität redeten, versicherte Metternich, „daß man der Unabhängigkeit der Schweiz keineswegs zu nahe treten werde, indem man nichts weniger als einen neuen Umschwung der Dinge, sondern bloß die Wiederherstellung gerechter Verhältnisse beabsichtige.“ Reding verstand wohl, was gemeint war: daß die Schweiz jetzt am Befreiungswerk teilnehmen, und daß sie nach dem Krieg als neutrales Staatswesen sich organisieren könne. Als Abwehr gegen dies Ansinnen wagten die Gesandten die Behauptung, Frankreich habe sich nie in die inneren Verhältnisse gemischt. Metternich entgegnete, Frankreich habe sich auch wenig in die inneren Angelegenheiten von Deutschland gemischt, aber es habe die größern Staaten gezwungen, ihm Geld und Truppen zu geben, und die kleinern habe es nach und nach inkorporiert. Mit der Schweiz sei es ähnlich verfahren. Er erinnerte an die Einverleibung des Wallis und daß die übrigen Kantone keinen Augenblick sicher gewesen seien. „Der Fürst endete mit der Äußerung, daß die Schweiz unabhängig und neutral bleiben werde, eine Äußerung, die ganz befriedigend gewesen wäre, wenn es nicht zweifelhaft bliebe, ob sie schon für den gegenwärtigen Augenblick, oder bloß für die Zukunft gelte, welches letztere durch den ganzen Gang der Unterredung wahrscheinlicher ist als das erstere. . . .“

Dieser Auffassung maßen die Gesandten um so größere Bedeutung bei, weil sie bald erkannten, daß die Direktion im österreichischen Kabinett liege. Kaiser



Franz bezog sich in der Unterredung mit den Gesandten denn auch sofort auf die Worte Metternichs, zeigte Vorsicht und Zurückhaltung und verwies sie an Metternich, der sich besser auszudrücken wisse. Als ihm das Interesse der Schweiz für den künftigen Frieden ans Herz gelegt wurde, entgegnete er, „daß dies vom Benehmen der Schweiz selbst abhängen werde.“ Sie müsse selbst für das Nötige sorgen.

Reding und Escher gewannen nicht nur den Eindruck, daß die Reihenfolge der Audienzen, die ihnen gewährt wurden, und die Redensarten mehr oder weniger abgemacht seien, sondern daß die augenblickliche Neutralität kaum zu erreichen sei. Denn man sehe den gegenwärtigen Zeitpunkt offenbar bloß als einen Übergang zu einem festen staatsrechtlichen Zustand an, zu dessen Erreichung man sich aller Mittel bedienen dürfe und müsse, auch wenn die bisherigen Rechte einzelner Staaten dadurch verletzt werden. Diese Verletzung sei nur eine augenblickliche und ohne Folgen für den gesetzlichen künftigen Zustand. Sie müsse also um so eher verschmerzt werden. Auf die Schweiz angewendet, herrschte also die Meinung, daß sie aus dem Zustand der Neutralität heraustreten müsse, weil sie doch nicht im Besitz wahrer Unabhängigkeit und wirklicher Neutralität sei, um durch Besiegung Napoleons die Freiheit zurückzugewinnen und dann für die Zukunft in den Besitz der Neutralität zu treten. Die Gesandten gewinnen den Eindruck, daß tatsächlich nicht der Augenblick, sondern die Zukunft der Staaten müsse erwogen werden. Sie möchten nicht, daß die Schweiz im bevorstehenden Frieden abseits und verlassen stehe. Sie überlassen es also dem Landammann, die Lage der Schweiz auch für die Zukunft „zu beherzigen und die Maßregeln des Augenblicks mit der künftigen Wohlfahrt unseres Vaterlands in bestmögliche Übereinstimmung zu bringen.“ Sie selber wollen nichts unterlassen, bestimmtere und zwar schriftliche Äußerungen über die Neutralität zu erhalten.

Auch aus der Audienz mit dem russischen Minister, dem Grafen von Nesselrode, war derselbe Ton herauszuhören. „Was die Schweiz für die Neutralität getan habe?“, fragte er schlangweg. Die Antwort war: Da sie solche feierlich vor der ganzen Welt erklärt habe, so werde sie wie von jeher ihrem gegebenen Worte getreu bleiben „und habe zu diesem Ende hin auch bereits kräftige Maßregeln genommen.“ Das klang sehr schön. Aber Nesselrode spielte auf die Abhängigkeit von Frankreich an. Man müßte sich auf die Schweiz verlassen können, schon aus Rücksicht auf die militärischen Operationen der Verbündeten. Die Gesandten beteuerten, daß die Neutralität durch Frankreich anerkannt sei unter der Voraussetzung, daß sie die Alliierten ebenfalls gewährleisteten. Sie fügten auch bei, „daß wenn die Behauptung der Neutralität noch stärkere Anstrengungen bedürfe, man sich solche gern würde gefallen lassen.“ Als Nesselrode den gewohnten Vorwurf erhob, die Neutralität sei nur zu gunsten Frankreichs, und sich dabei auf die Mediation berief, brachten die Gesandten ihre Gegenstände vor und waren herzlich froh, auf die Beschlüsse der Tagsatzung hinweisen zu



können, durch welche sich diese noch Ende November vom Kontinentalsystem losgemacht hatte, eine Entscheidung, die ihr allerdings Napoleon, wenn er wieder zur Macht gekommen wäre, nie verziehen hätte. Das Bedeutungsvolle war, daß auch Nesselrode die Gesandten vor die Frage stellte, „ob denn die Schweiz allein an der dermaligen glücklichen Veränderung der Dinge keinen Anteil nehmen wolle.“ Er erinnerte sie an die Gebietsverluste, die sie erlitten habe, und es war eine schwache Verteidigung, wenn die Gesandten bemerkten, die Schweiz habe sich vergeblich dagegen gestemmt, sie habe von keiner benachbarten Macht Unterstützung gefunden, und so habe man sich am Ende drein fügen müssen; aber sie hoffe auf die großmütigen Absichten der hohen Alliierten. Sie wolle nichts als Ruhe und Sicherheit und begehre nicht, bei ihrer Kleinheit sich in die großen Welthandel einzumischen.

Damit sprachen die Gesandten aus Abwehr einen Gedanken aus, der ganz im Wesen der schwächlichen Neutralitätspolitik lag. Man legte also seine Zukunft in die Hand des Stärkeren und verzichtete darauf, der Schmied seines eigenen Schicksals zu sein.

Es lag etwas Peinliches in dieser Berufung auf das Wohlwollen der Mächte. Man erhob damit einen Anspruch, auf den man ganz einfach kein Recht hatte; schon deshalb nicht, weil man nicht an der Gefahr, sondern nur am Erfolg teilhaben wollte. Als Beding dem Zaren Alexander erwiderte, daß sich die Schweiz am Friedenskongreß auch einstellen und dann auf die Mächte zählen werde, bekam er die verächtliche Antwort: „Gewiß, Ihr habt wohl den Mut zu erscheinen, aber Ihr müßt dann in diesem Falle auch für Eure Interessen selber besorgt sein.“ Und doch war gerade der russische Kaiser sehr wohlwollend. Die Audienz bei ihm vom 7. Dezember hätte nach der Mitteilung Bedings nicht huldreicher sein können. Aber auch der Zar wollte es nicht verstehen, daß die Schweiz nicht Partei ergriff. Es lag, ganz im Gegensatz zu den auf rein verstandesmäßigen Erwägungen beruhenden Überzeugungskünsten Metternichs, in seinen Reden etwas Schwungvolles; das Staunen über das mächtige Anschwellen der Freiheitsbewegung, die einen Staat nach dem andern, ein Volk nach dem andern ergriffen hatte. Ganz Deutschland habe sich freiwillig angeschlossen und die Schweiz hätte es ebenso gut gekonnt wie kleinere Staaten, wie z. B. der Markgraf von Baden. Denn es handle sich nicht um einen politischen Krieg, in dem man auf Eroberungen ausgehe, sondern man kämpfe um die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, und auch die Schweiz hätte Grund, die ihrige zurückzugewinnen. Er setze ihnen die Situation auseinander, wie sie sei; es sei Sache der Schweiz, sich über ihre Interessen Rechenschaft zu geben und demgemäß sich zu entscheiden. „Wir werden niemand zwingen,“ fügte er bei. Dann sprach er seine Zweifel aus über die Fähigkeit der Schweizer, ihre Neutralität gegen Frankreich wirksam verteidigen zu können, worauf Beding wieder beteuerte, daß sich die ganze Nation erheben werde, wenn Frankreich allen Versprechungen zum Trotz sie verlese.



Nicht gegen Frankreich, sondern gegen Napoleon richte sich der Krieg, sagte der Zar. Er sprach vom Fremden dienst, von der Basler Brücke. Immer wieder kam er auf aktive Teilnahme zurück. Dabei wies er auf das Siegel der Tagsatzung: „Nicht wahr, das ist Wilhelm Tell? Der hätte nicht geschwankt.“ Da erwiderte Reding, daß er persönlich allen Grund hätte, zu grollen (nämlich gegen Napoleon), daß er aber als Staatsmann durchdrungen sei von der unbedingten Notwendigkeit der schweizerischen Neutralität und daß er sie mit innerster Überzeugung verfechte. Alexander verlangte nicht eine sofortige Entschliebung. Man könnte sich auf verschiedene Weise verständigen: „Denn wenn Ihr nicht am Kriege teilnehmt, können wir auch beim Friedensschluß Eure Sache nicht vertreten und Ihr habt doch das Wallis verloren.“

Dabei blieb es. Es war immer wieder dieselbe Drohung. Metternich wiederholte sie, als er am gleichen Tag mit Reding eine vertrauliche Besprechung hatte. Die Interessen von Europa, so sagte er, seien gegenwärtig zwischen Frankreich und den Alliierten geteilt; man müsse sich auf die eine oder andere Seite schlagen; wer als Altkolyst nur müßiger Zuschauer bleiben wolle, werde beim Frieden am schlimmsten daran sein. Er sprach von den Friedensbedingungen. Die Grenzberichtigung biete in der Hauptsache keine Schwierigkeiten, die Alpen und diejenigen Teile ausgenommen, die von der Schweiz losgerissen wurden. Nur durch ihre Wiedererlangung könne die Schweiz wieder ein fester Staat werden, indem sie gegenwärtig nicht das nämliche Zutrauen einflöße. Sie sollte sich daher in den Fall setzen, diese Grenze bestimmt fordern zu können. Dies sei nur dann möglich, wenn sie tätigen Anteil am Kriege nehme. Er verdächtigte Napoleon, versprach sogar den Beweis dafür, daß dieser geäußert habe, die Schweiz diene seinen Absichten gegen Österreich auf ganz gleiche Weise wie die Brückenköpfe am Rhein. Eine Behauptung, die uns keineswegs überrascht! Sie stimmte mit den bössartigen Redensarten des französischen Kaisers überein, die er recht unvorsichtig gegen unsere Gesandten jeweils geführt hatte.

Auch die bestimmte Erklärung Metternichs überrascht uns nicht. Ohne Umstände sagte der Minister zu Reding: „Auf Ihre Neutralität können wir uns nicht verlassen.“ Er sprach der Schweiz überhaupt die Kräfte ab, die zur Verteidigung nötig seien, und in diesem Zusammenhang ließ er eine Bemerkung fallen, die nicht nur augenblickliche Bedeutung hat, sondern jede Neutralitätserklärung in ihrem Kern trifft. „Es ist kein Verlaß auf die Neutralität,“ sagte er, „weil Ihr guter Wille eingeschlummert ist.“ Reding verteidigte sein Volk. Aber „der Fürst blieb auf seinem Satz.“

Die Anklage gegen die Zuverlässigkeit des Grenzschutzes gab dem Minister die erwünschte Gelegenheit, die militärischen Absichten zu verschleiern. Die Verbündeten, so fügte er bei, sähen sich gezwungen, eine Observationsarmee von 70,000 Mann an



der nordöstlichen Grenze der Schweiz aufzustellen, und vielleicht noch eine zweite zu gleichem Zwecke in Italien. Der Vormarsch gegen die Schweiz, der den Gesandten nicht entging, konnte also als reine Verteidigungsoperation angesehen werden. Ob Reding und Escher sich wirklich täuschen ließen und nicht doch die wahre Absicht erkannten? Sie drängten auf rasche schriftliche Anerkennung der Neutralität und auf die Aushändigung des Rekreditivs. Aber absichtlich verzögerte der Minister die Ausfertigung der Papiere und hielt die Gesandten hin.

Die Verlegung des Hauptquartiers nach Freiburg stand bevor, und der Berner Ratsherr Zeerleder, der eintraf, meldete von den großen Truppenmassen, denen er von Basel an begegnet sei. Zeerleder war besonderer Agent der Berner Regierung. Er sollte bei den Monarchen Stimmung machen für eine Restauration der alten Eidgenossenschaft. Wenn er auch nicht geradezu der Gesandtschaft entgegenarbeitete, so genügte allein schon seine Anwesenheit, um den Riß aufzudecken, der innerhalb der Eidgenossenschaft bestand, und damit den Glauben an die Geschlossenheit der Nation zu widerlegen. Auch dem Berner gegenüber gab Kaiser Alexander die Erklärung ab, man werde das schweizerische Territorium nicht verletzen, aber es sei Sache der Eidgenossenschaft, sich zu überlegen, ob ihr dies System für den künftigen Frieden diene. Anders redete das Militär. Schwarzenberg schilderte seine Verlegenheit. Er sei nur seiner Sache sicher, wenn er über die Schweiz Herr sei, d. h. wenn er militärisch darüber verfügen könne. Er hätte nur Österreicher einmarschieren lassen und für strenge Ordnung gesorgt. Jetzt habe er gebundene Hände. Und in aller Herzlichkeit trat der preussische General von Knesebeck für den Anschluß der Schweiz ein. Die rechte Flanke sei durch das, was in Holland geschehen sei, gesichert, (dort waren die Verbündeten siegreich, und am 1. Dezember proklamierte sich Wilhelm I., Prinz von Nassau-Oranien, als souveräner Fürst der vereinigten Niederlande; am 2. Dezember hielt er seinen Einzug in Amsterdam), die linke Flanke könne nur durch die Schweiz gestützt werden.

Am 11. Dezember schlug Metternich dem Gesandten Reding gegenüber in einer Privataudienz einen andern Weg ein. Zuerst beruhigte er ihn über die offensichtlichen Truppenschiebungen gegen die Schweizergrenze. Wörtlich sagt der Gesandtschaftsbericht (wobei ich dem an den Landammann geschickten Original und nicht dem gedruckt vorliegenden Entwurf folge): „Der Minister äußerte sich, ich solle übrigens nur ruhig sein, er gebe mir sein Ehrenwort, es mögen noch so viele Truppen gegen die Schweiz marschieren, daß sie dennoch den Schweizerboden nicht berühren werden. Da der Schweiz in der Friedensbasis nicht anders als unter dem allgemeinen Ausdruck von Wiederherstellung der Unabhängigkeit aller Staaten erwähnt werde und sowohl die wichtige Grenzberichtigung in den Alpen, als auch diejenige längs dem Rhein in der Nachbarschaft der Schweiz, für die Schweiz von dem höchsten Interesse



sei, so sollte sie nunmehr als Alliierter vor den verbündeten Mächten auftreten und als solcher die von der Schweiz abgerissenen Teile in Besitz nehmen, um sich von fremdem Einfluß ganz unabhängig zu machen." Eine Besitzergreifung dieser von Frankreich inkorporierten Gebiete wäre natürlich einer Kriegserklärung an Napoleon gleichgekommen, und die Schweiz hätte alle Kraft aufbieten müssen, um den Sieg der Alliierten zu unterstützen. Sie hätte sich dann allerdings jene Grenzen sichern können, um die sie später auf dem Wienerkongreß vergeblich sich in Verhandlungen abmühte; vor allem hätte wohl Genf jene Abrundung und Sicherheit erlangt, die der tüchtige Generalstabsoffizier Finsler in einem Gutachten von 1814 als notwendig bezeichnete. Es gab dann keine Zonen und keinen Zonenkonflikt.

Neding antwortete seinem Auftrag gemäß. Er verlangte Anerkennung der Neutralität. Mehr nicht. Sonst gerate die Schweiz in eine bedenkliche Lage gegenüber Frankreich. Worauf der Minister beruhigte: kein fremder Soldat müßte die Schweiz betreten, und wenn diese 40,000 Mann aufstelle, hielten sich die Alliierten so gesichert, als wenn sie selbst im Besitz der Schweiz wären. „In einer solchen Allianz würden die hohen Alliierten schon jetzt der Schweiz die Wiedervereinigung aller ehemals integrierenden Teile (also auch des Veltlin), das Recht der Selbstkonstituierung und gänzliche Unabhängigkeit von fremdem Einfluß zusichern.“ Neding sollte diese Eröffnungen dem Landammann vertraulich mitteilen. Der Gesandte gewann die Überzeugung, daß man diese Äußerungen in nähere Beratung ziehen müsse. Schon aus diesem Grunde wünschte er seine Abreise zu beschleunigen.

Auch die Audienz beim Preußenkönig Friedrich Wilhelm — sie fand am 12. Dezember statt — nahm denselben Verlauf wie diejenigen mit den beiden andern Monarchen. Friedrich Wilhelm III. ließ es an Freundlichkeit nicht fehlen, aber er wiederholte die unbestreitbare Wahrheit von der französischen Abhängigkeit der Schweiz, von der Einseitigkeit der Neutralität zugunsten Napoleons und daß es der wahre Vorteil der Schweiz wäre, mit den Verbündeten gemeinsame Sache zu machen. Von der Schweiz als einer braven und kräftigen Nation habe er gehofft, daß sie sich so bald als möglich für die gute, ja man dürfe wohl sagen, für die heilige Sache der Menschheit erklären würde. Man habe nicht von ihr erwartet, daß sie mit 200,000 Mann am Kampfe teilnehme, aber doch nach Maßgabe ihrer Kräfte. Soviel von ihm abhängige, hätte sie es nicht zu bereuen gehabt. Auch der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg setzte den Gesandten zu, obschon er beifügte, man werde die Schweiz nicht zwingen. Aber wenn sie untätig bleibe, dann werde sie auch beim Friedenswerk, das vielleicht nicht so ferne sei, ganz isoliert bleiben. Es sollte ihr doch ebensosehr als andern Nationen daran gelegen sein, sich aus der Abhängigkeit, in der sie sich von Frankreich befunden habe, zu befreien. Sollte gegen alles Erwarten Frankreich die Oberhand behalten, so müßte sie sich auf das Schlimmste gefaßt machen und wäre



keinen Augenblick sicher, daß nicht wieder neue Eingriffe in ihre Unabhängigkeit geschehen.

Es war eine schwere und schmerzliche Aufgabe, die den Gesandten zufiel, sich gegen Wahrheiten auflehnen zu müssen, von denen sie selber überzeugt waren.

Alloys von Reding und Hans Konrad von Escher waren auf Einwände und Vorwürfe gefaßt; diejenigen, die immer wieder erhoben wurden und am schwersten zu entkräften waren, weil die militärische Begünstigung Frankreichs offenkundig war, richteten sich gegen die französische Werbung. Deutlich drückten sich die Monarchen aus. Einer wie der andere. Die Abgeordneten spürten, daß unter ihnen in diesem Punkte Einverständnis herrschte. Der österreichische Kaiser fragte: „Was für eine Neutralität? Doch eine rechte; denn das wäre eine sonderbare Neutralität, wenn wir Ihre Truppen in französischen Diensten auf unserm Weg antreffen würden.“ Reding und Escher ließen es an Beteuerungen nicht fehlen, daß „die Neutralität von unserer Seite ganz unparteiisch würde beobachtet werden und daß auch bereits die nötigen Maßregeln zu wirksamer Handhabe derselben ergriffen seien“ — eine Behauptung, die mit dem kläglichen Truppenaufgebot und mit den Instruktionen an die Pariser Abordnung nicht übereinstimmte. Der Hauptfrage wichen sie aber mit allgemeinen Zusicherungen nicht aus. Der Kaiser fuhr einfach fort: „Nun, wie steht es dann mit Ihren Truppen in Frankreich?“ Die Gesandten versuchten vergeblich, abzubiegen: sie seien bis auf wenigstens herabgeschmolzen. Franz blieb fest: ob man sie nicht ganz zurückrufen werde?

Kein Ja und kein Nein! Die schweizerischen Gesandten verschwendeten viele Worte, aber das entscheidende Wort, daß die Tagsatzung die Regimenter zur Verteidigung des Vaterlandes zurückrufen werde, sprachen sie nicht aus. Sie beriefen sich auf den Vertrag mit Frankreich und erklärten, daß man entschlossen sei, „auf dem nämlichen diplomatischen Weg den Gebrauch dieser Truppen auf die Verteidigung des Innern von Frankreich zu beschränken.“ Aber der Kaiser wiederholte, daß auch dieses mit der Neutralität nicht verträglich sei.

Escher und Reding stützten sich in ihrer Rechtfertigung auf den Söldnerdienst, der jahrhundertealte Übung und Gewohnheit der Schweizer sei. Sie erinnerten den Kaiser Franz an die in spanischen Diensten stehenden Regimenter. Dieser war nicht schlecht orientiert. Er habe geglaubt, sagte er, diese Regimenter befinden sich dort gegen den Willen der Regierung. Die Gesandten erteilten ihm hierüber „Aufschluß“ — so lesen wir in der an den Landammann gerichteten Berichterstattung. Davon sagten die Gesandten vorsichtigerweise nichts, daß Napoleon im Jahre 1811 gedroht hatte, seine Schweizerregimenter zu entlassen und auf die Kapitulation zu verzichten, wenn die Tagsatzung nicht die Schweizer in englischem Gold heimrufe. Sie sagten auch nichts davon, daß Napoleons Wunsch Befehl war und die Tagsatzung ihm gehorchte.



Die Beschränkung schweizerischen Solddienstes auf Frankreich war, wie wir bereits wissen, in der Militärkapitulation von 1812 ausdrücklich festgelegt. Der Inhalt dieses Vertrages war zum großen Ärger des damaligen Landammanns Peter Burckhardt in der „Allgemeinen Zeitung“ mitgeteilt worden; es war also nicht schwer, das Staatsgeheimnis zu kennen. Escher und Reding täuschten den Kaiser, indem sie nach diplomatischem Brauche nur das sagten, was ihrem Zwecke diene. Der Monarch dagegen sprach das in seiner ganzen Einfachheit beschämende Wort: „Aber so kann ja der Fall eintreten, daß Schweizer gegen Schweizer zu stehen kommen, und das sollte nicht sein.“ Das war menschlich gedacht.

Mit seinem aufrichtigen Urteil über den schweizerischen Fremddienst sprach er eine Empfindung aus, die ihm Ehre macht. Das Reislaufen in jeder Form, der Abschluß von Kapitulationen war für die Eidgenossenschaft ein nationales Verhängnis. Der Fremddienst mußte überwunden werden, wenn die Eidgenossenschaft freie Hand, Unabhängigkeit, echte Neutralität gewinnen wollte. Aber so zäh hielten die Freunde des Fremddienstes, vor allem die innern Orte, an der alten Überlieferung und an dieser individuellen Freiheit fest, daß erst im Jahre 1859 durch Bundesbeschluß Werbung und Handgeld und Bildung von schweizerischen Regimentern in fremdem Sold verboten worden sind.

Auch der russische Minister Graf von Nesselrode stellte die klare Frage an die Gesandten: „Sind Ihre Regimenter aus Frankreich zurückberufen?“ Diesmal gingen die Gesandten in ihrer Antwort um einen Schritt weiter. Sie umkleideten ihr Nein nicht nur mit dem „diplomatisch abgeschlossenen Vertrag“, sondern mit den Wünschen der Eidgenossenschaft, diesen Vertrag so zu modifizieren, daß jede kriegführende Macht über die Bestimmung dieser Truppen beruhigt sein könne. Ja, sie erklärten sich bereit, auf Wunsch der Alliierten in Verhandlungen mit Frankreich einzutreten. Als aber der Minister auf sofortige Rückberufung der Regimenter zurückkam, blieb den Gesandten nichts anderes übrig, als zu gestehen, das sei zwar nicht unmöglich aber sehr schwierig.

Der russische Kaiser selbst ging noch weiter. Über die vorausgegangenen Unterredungen war er genau unterrichtet. Ob die Schweizer bereit seien, unparteiische Neutralität zu beobachten? fragte der Zar. Und die Gesandten erklärten feierlich, daß die Nation aufstehen werde, wenn Napoleon trotz seiner Versprechungen die Neutralität verbrecherisch verletzen wolle. Aber dann erhob sich wieder die nackte Frage, ob die Regimenter aus Frankreich zurückberufen worden seien. Die frühere Einwendung machte der Zar unschädlich, indem er ihr zuvorkam: es nütze nichts, wenn die Schweizertruppen nur zur Verteidigung des französischen Bodens verpflichtet würden. „Nous allons entrer maintenant en France et il se trouve de vos troupes à Mayence.“ Nicht so empfindsam wie



Kaiser Franz verlangte er als Ausgleich, daß die Schweiz auch zu den Verbündeten Truppen stoßen lasse. Die Gesandten bemerkten, dann sei es das einfachste, die spanischen Schweizerregimenter heranzuziehen — deren Bestand übrigens sehr fragwürdig war. Aber das versagte nicht. Der Zar erklärte unumwunden: Entweder müßt ihr die Truppen aus Frankreich zurückrufen oder auch uns Truppen stellen. Er fragte nach der Zahl, welche die Schweiz liefern könne. Die Gesandten beharrten nicht auf der Unmöglichkeit; denn die ungleiche Behandlung war zu auffällig. Aber sie erwiderten, daß es sich um recht wenige handeln könne, da durch die eigene Grenzbesetzung die schweizerischen Männer unter die Waffen gerufen werden. Die französischen Regimenter seien bis auf wenige tausend Mann zusammengeschmolzen. Dem Kaiser war es weniger um die Truppenstärke zu tun als um das moralische Gleichgewicht. Er verlangte ganz einfach ein Äquivalent, und wenn er — nach unserer Auffassung höchst widerspruchsvoll — versprach, daß im übrigen die Neutralität der Schweiz streng beobachtet werde, dann lehnte er sich ganz einfach an die Handlungsweise Napoleons an, der von der Schweiz neue Kontingente verlangte und im gleichen Atemzug die Neutralität gewährleistete. Die Ähnlichkeit war zu auffällig, als daß die Gesandten auch nur den Versuch gemacht hätten, den Zaren eines Bessern zu belehren. Sie waren im Nachteil, denn sie verfochten eine wurmfstichige Sache und mußten im Stillen dem Kaiser recht geben. Aber als Beauftragte ihres Landes versuchten sie das Menschenmögliche, um mit Worten und Verträgen zu retten, was man aus Nachgiebigkeit gegen Napoleon und aus militärischer Schwäche nicht verteidigen konnte.

An der Auffassung der Monarchen über den französischen Dienst war nichts zu ändern. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm war über die Kapitulation noch viel besser unterrichtet als seine Bundesgenossen. Viel zu gut für die Gesandten! Kaiser Franz und Zar Alexander hatten zugegeben, daß sie vom schweizerischen Solddienst in spanischen Regimentern nichts gewußt hätten. Den Ausflüchten waren sie darum nicht gewachsen. Friedrich Wilhelm dagegen brachte ohne weiteres die nötigen Korrekturen an: mit Bedauern habe er es mit angesehen, wie die schweizerischen Truppen so gut wie seine eigenen im vorigen Jahr gegen Rußland marschieren mußten; er wisse auch, daß sie vertragsmäßig bis auf 12 000 Mann steigen sollten. Die Schweizer in spanischen Diensten seien von den Regierungen zurückberufen worden, „da hingegen die in französischen Diensten befindlichen jetzt direkt gegen die Alliierten streiten.“ Auf die Bemerkungen, daß dem durch Negotiationen abgeholfen werden könne, legte er gar kein Gewicht. Er hatte zudem mit seiner eigenen Neutralitätspolitik so schlimme Erfahrungen gemacht, daß vor dieser Tatsache und vor seiner Offenheit die Beteuerungen der Gesandten verblaßten. Sogar der Volksaufstand, den sie im Munde führten, war ohne Wirkung. Die erzwungene Heerfolge, die die



Eidgenossenschaft ihrem Mediator leistete, stand nun einmal in offenkundigem Widerspruch zu der schönen Neutralitätserklärung der Tagsatzung. Die Schweiz hatte bis dahin keinen Schritt getan, um sich die Hände frei zu machen.

Das Mißtrauen der verbündeten Monarchen ließ sich nicht zerstreuen. Denn sogar dann, wenn Napoleon die Respektierung der schweizerischen Neutralität mit ausdrücklichen Worten versprach, war ihm nicht zu glauben. Er ließ sie gelten, wenn sie ihm Nutzen brachte. Er verletzte sie, wenn es in seinem militärischen Vorteil lag.

Am 13. Dezember verließ die Gesandtschaft Frankfurt, um dem Hauptquartier, vor allem Metternich nachzureisen, der sie auf Karlsruhe oder auf Freiburg vertröstete. Dort werde er ihnen das Antwortschreiben an den Landammann einhändigen. Die Straßen waren von Militär und Fuhrwerk aller Art belebt. Zweimal trafen sie auf einen Train Pontons. In der Nacht leuchteten die Feuer der Feldwachen. Bevor sie Freiburg erreichten, führte Metternich in der Stille den entscheidenden Schlag.

Am 15. Dezember, während Alexander I. abwesend war, hielt Metternich seinem Herrn, dem Kaiser von Österreich, den entscheidenden Vortrag. Die leitenden Gedanken waren folgende: „Die Schweiz erwartet eine Operation von unserer Seite; diese Operation wird die große Mehrzahl als Teilnehmer finden . . . Die Schweiz ist nicht neutral, weil sie nicht independent ist . . . Sie wird ihre Neutralität nie wieder behaupten können, bevor sie nicht wieder frei von direktem fremdem Einfluß dasteht. Hiezu gehört alles, was sie verloren hat; ihre alten Grenzen und ihre politische Unabhängigkeit von der französischen konstitutionellen Unterwürfigkeit. Wir müssen den französischen Einfluß vertilgen . . . Wir müssen dies französische Gebäude stürzen, nicht um ein österreichisches an seiner Stelle aufzuführen. — Wir wollen die Freiheit der Schweiz neuerdings begründen. Die Schweizer selbst müssen uns jedoch hierzu die Mittel bieten.“ Bern habe die Neutralitätsakte verworfen; dadurch sei die ganze Idee der schweizerischen Neutralität illusorisch. „Der Kanton Bern ist zum Aufstand bereit. Er will uns zu Hilfe rufen, — wir müssen ihm diese Hilfe bieten. Dem Kanton Bern folgen sicher die kleinen Kantone und Graubünden. Zürich scheint ebenso bereit, einer ergriffenen Partei zu folgen; wir erreichen den ersten Zweck des Augenblicks, die Besetzung der Schweiz.“ Als Grundfrage wiederholt Metternich: „Soll dem Kanton Bern zu Hilfe gekommen werden oder nicht? Wollen die Mächte diesen Kanton verlassen oder, welches eines und dasselbe ist, ihn zwingen, sich der Neutralitätsakte anzuschließen?“

Was alles zusammenwirkte, um den Widerstand des Kaisers Franz zu brechen, kann hier nicht wiederholt werden. Aber dem Ansturm war er nicht gewachsen, wenn er auch zweifellos, wie aus der Antwort herauszulesen ist, dem eigenen Minister mißtraute. Schließlich war doch glaubhaft, was dieser behauptete, daß Bern und alle unabhängig gesinnten Schweizer den Einmarsch als eine Befreiung von der franzö-



fischen Herrschaft begehrten. Und zudem befand sich die Armee in einer solchen vorgeschobenen Position, daß sie entweder vorwärts oder zurück mußte. So schrieb denn Franz I. seine Willensäußerung nieder: „Erklärt sich die Schweiz für uns oder ruft uns der Kanton Bern zu Hilfe, so müssen wir in jedem Fall Hilfe leisten.“ Er fügte bei, daß man der Schweiz ihre wahre Freiheit und Unabhängigkeit verschaffen müsse, ohne sich aber „in die Beurteilung desjenigen einzumischen, was ihre innere Glückseligkeit ausmachtet, in Ansehung ihrer Regierungsverfassung.“

Damit hatte Metternich hinter dem Rücken des Zaren und mit seiner Überredungskunst das erreicht, was er wollte. Der Weg nach der Schweiz war frei. Nur durfte jetzt keine Minute unbenützt verstreichen. Er mußte verhindern, daß der Zar noch Einspruch erheben konnte. Er rechnete kaltblütig mit dem Erfolg. Hämiſch meinte er, daß der russische Kaiser, wenn nur das Unternehmen gelinge, ihn rühmen werde, er sei der erste Staatsmann. Um aber die Bedingungen, die Kaiser Franz gestellt hatte, einigermaßen zu erfüllen, schickte er den Grafen von Senfft-Pilsach nach Bern, um die Regierung zur Beseitigung der Mediationsverfassung zu bestimmen und womöglich eine Einladung zum Einmarsch der Verbündeten zu erhalten. Darüber hielt er sich freilich nicht auf. Er begnügte sich später, mit dem Hinweis auf die Anwesenheit von Berner „Unbedingten“ im Hauptquartier sich zu rechtfertigen.

Die Resolution des Kaisers vom 15. Dezember gründet sich auf das Gutachten Metternichs. Und dieses ist von politischer Natur. Der Entschluß des Kaisers ist oft mißverstanden worden, weil man seine Absichten mit denjenigen Metternichs verwechselte und weil man glauben konnte, daß der Minister nur den Willen seines Herrn ausführe, während er in Wirklichkeit seinen Herrn hinterging. Die Auffassung des Kaisers kommt in der Resolution ganz deutlich zum Ausdruck. Er geht von der Voraussetzung aus, daß die Schweiz oder Bern um Hilfe rufe, und daß Bern die Neutralitätspolitik nicht billige. Mit seinem Minister ist er darin einig, daß der französische Einfluß beseitigt werde. Das Vertrauen der unabhängigen Schweizer auf Österreich muß gerechtfertigt werden. Aber er will sich nicht in den Verfassungstreit mischen. Noch weniger will er eine Partei unterstützen. Ausdrücklich sagt der Kaiser: Durch das Privatinteresse „einiger Klassen, wie der Patrizier“ darf „unser großer Zweck nicht vereitelt und durch Parteien die innere Ruhe in der Schweiz . . . nicht gestört“ werden. Der Umsturz in Bern, d. h. das Zusammenarbeiten der unzufriedenen Patrizier und der österreichischen Diplomatie war nur Metternichs Werk. Der Kaiser aber öffnete die Schranke, die diesen noch zurückgehalten hatte, durch die Resolution vom 15. Dezember.

Dabei ließ er sich von seinem Minister täuschen. Er gewann den Eindruck, daß in der Schweiz die Mehrheit den Anschluß wünsche, daß ihr aber zum ersten Schritt müsse geholfen werden. Metternich wußte ihm die Sache so darzu-



stellen, als ob Bern um Hilfe rufe. Nicht etwa nur durch Sendlinge ins Hauptquartier, sondern durch die Behörde selbst. Diese Täuschung gelang ihm, weil ihm die Berner Regierung ein erwünschtes Mittel in die Hand lieferte. Das war der Berner Beschluß, wonach die Proklamation der Tagsatzung an das Schweizervolk mißbilligt und im eigenen Kanton unterdrückt wurde. Metternich gab diesem Vorgang die Wendung, die ihm beliebte: er sprach davon, daß Bern überhaupt nichts von der Neutralität wissen wolle.

Die Handhabe bot also nicht das „Waldbshuterkomitee“, das in gewissem Sinn die Verbindung zwischen dem Minister und den altgesinnten Bernern herstellte, sondern die Regierung selbst. Durch die Verwerfung der Neutralitätsproklamation arbeitete sie dem Minister in die Hände.

Das „Waldbshuterkomitee“ trieb und drängte ihn zum Handeln. Die Sendlinge im Hauptquartier zerstörten, was Reding und Escher aufbauten. Aber das allein hätte schwerlich genügt. Die Abneigung Alexanders I. gegen die Neutralitätsverletzung war so stark, daß Metternich den Schein vermeiden mußte, als werde Gewalt angewendet. Die „Unzufriedenen“, die Sendung Zeerleders und die innerpolitischen Vorgänge in Bern machten es ihm möglich, die Behauptung aufzustellen, daß die Verbündeten von den Schweizern selbst ins Land gerufen werden. Indem sich die offizielle Berner Regierung gegen die Neutralitätsproklamation der Tagsatzung auflehnte, hatte er es leicht, dem Kaiser Franz und den Generälen klar zu machen, daß die Neutralität überhaupt nicht ernst gemeint sei. Der Unterschied zwischen den beiden Aktenstücken, um den es sich in Wirklichkeit handelte, nämlich der Unterschied zwischen der Neutralitätserklärung der Tagsatzung und dem nachträglich von der Tagsatzung beschlossenen und verfaßten „Aufruf“ an das Schweizervolk wurde natürlich von Metternich absichtlich verwischt, und wer im Hauptquartier hätte Zeit und Lust gehabt, diese Rundgebungen der Schweiz so zu studieren, daß er den Unterschied genau erkannt hätte! Metternich galt als der Fachmann. Man überließ es ihm, die Vorgänge in der Schweiz zu kontrollieren und darüber zu berichten. Und da es ihm nun einmal in den Plan paßte, so stellte er die Dinge so dar, als ob die Berner Regierung sich gegen die Erklärung der Neutralität durch die Tagsatzung ausgesprochen hätte. Das war aber gar nicht der Fall. Sondern was die Berner Regierung nicht genehmigte, das war der ans Schweizervolk gerichtete Aufruf, weil darin die Garantie der Verfassung durch die schweizerischen Regierungen ausgesprochen war, und diese Mediationsverfassung wollte Bern beseitigen.

Der Unterschied zwischen der für die Mächte berechneten Neutralitätserklärung der Tagsatzung und der fürs eigene Volk bestimmten Proklamation wird so leicht übersehen, daß man noch in neuen Darstellungen den Satz lesen kann, Bern habe die beschlossene Neutralität nicht anerkannt. Das trifft nicht zu. Sie wurde von Bern



anerkannt; aber dadurch, daß Bern nun ebensosehr an die kantonalen Interessen, an die Wiedererwerbung der verlorenen Gebiete dachte, statt an die geschlossene Verteidigung des gesamten Vaterlandes, lieferte es dem Fürsten Metternich den Vorwand, nach dem er so sehr suchte, um unsere Neutralität zu brechen.

Bern übernahm mit seiner Sonderpolitik eine schwere Verantwortung gegenüber der Eidgenossenschaft. Die Regierung wagte eine politische Aktion, die man vorläufig noch überblicken, bald aber nicht mehr leiten konnte. Man zog sich anfänglich noch Grenzen; nachdem man aber doch einmal aus der strengen Neutralität herausgetreten war und neben der gesamteidgenössischen noch eine besondere bernische Politik trieb, verwickelten sich sehr rasch die Fäden, so daß sie niemand mehr sauber in der Hand halten konnte.

So schwierig auch die Lage für Reding und Escher von Anfang an war, so war sie doch keineswegs verzweifelt. Es gab viele Gründe, welche die Alliierten bestimmen konnten — nicht mußten! — die Neutralität zu verletzen; aber es gab auch Gründe, mit der Schweiz sorgfältig umzugehen und sie nicht zur Verzweiflung und in die Arme des Gegners zu treiben. Es war viel, daß Alexander I. der Gesandtschaft das Versprechen gab: „Nous ne forçons personne!“ und daß auch der preußische Staatskanzler einstimmt, man werde die Schweiz nicht zwingen. Von einem Zwang wollte auch Kaiser Franz nichts wissen. Sogar unter den Generälen hätte man sich in eine andere Operation geschickt, wenn nicht z. B. Schwarzenberg genau so sehr in die Intrigue Metternichs mit hineingezogen gewesen wäre wie die Agenten, die Metternich in die Schweiz schickte.

Der Höchstkommandierende war so gut eine Figur in der Hand des Fürsten Metternich, wie es die alliierten Fürsten waren, die er strupellos hinterging. Er machte sich nichts daraus, die politischen Vorgänge in der Schweiz so zu fälschen, daß Kaiser Franz sein bedingtes Jawort zum Überschreiten des Rheines gab. Wie er sich auch nichts daraus machte, dem Kaiser Alexander das Ehrenwort zu geben, daß er nichts gegen die Neutralität unternehmen werde, und dieses Ehrenwort dann doch zu brechen. Auch die schweizerische Gesandtschaft hielt er so lange mit Redensarten zurück, damit er Zeit gewinne und der Schlag geführt sei, wenn Reding und Escher sich wieder auf den Heimweg machten. Was hätte der „gute Kaiser“ Franz dazu gesagt, wenn er gewußt hätte, daß Metternich sogar noch die Anspielung gegenüber Reding wagte: „In einem andern Staat würde man Sie bitten, bei uns zurückzubleiben!“ Worauf Reding erwiderte, er würde an ihm „einen schwachen Geißel haben.“

Den Kaiser gewann der Fürst dadurch, daß er ihm einredete, die große Mehrzahl der Kantone werde an der Operation der Verbündeten teilnehmen.

Er gab sich alle Mühe, ihm klar zu machen, daß General und Landammann nur auf den Vorstoß der Übermacht warteten, um den Platz zu räumen oder



sich anzuschließen. Der Kaiser ging darauf ein, aber immer mit dem Vorbehalt, daß man sich nicht in die innern Angelegenheiten einmische. Seine Resolution enthält den Schlußsatz, man solle nicht durch Parteiintriguen die tätige Mitwirkung der Schweizer gegen Frankreich, an die er also fest glaubte, beeinträchtigen. Daß auch in den Reihen der Generäle diese Auffassung von der Teilnahme der Schweizer am Krieg herrschte, das können wir aus einem Operationsentwurf Radezky's herauslesen, der zwei bis drei Tage vor dem kaiserlichen Entschluß abgefaßt wurde. Radezky wies nämlich darin dem eidgenössischen Obersten Ziegler von Zürich, der mit seinen Truppen Graubünden und Tessin besetzt hielt, eine tätige Rolle zu. Ziegler sollte von Disentis nach dem Gotthard marschieren, das Oberwallis besetzen und sich des Simplons bemächtigen.

Metternich hat später in seinen „Denkwürdigkeiten“ die Ereignisse ebenso unwahr dargestellt, wie er sie dem Kaiser Franz schilderte. Hatte er doch die Stirn, nach dem Einmarsch an Franz I. zu berichten, die Österreicher seien in der Schweiz gut aufgenommen worden, und die Bundestruppen der Eidgenossenschaft hätten sich ihnen angeschlossen.

Die Zustimmung seines Kaisers zum Handeln erwarb sich Metternich, als Alexander I. nach Karlsruhe gereist und auch die schweizerische Gesandtschaft unterwegs war. Sie erfuhr am 14. Dezember in Karlsruhe, daß der österreichische Minister nur durchgereist sei. Am 16. traf sie in Freiburg ein, ahnungslos, während Metternich so viel von Kaiser Franz erreicht hatte als er brauchte, um sofort die Aktion gegen die Schweiz einzuleiten. Als er am 17. Dezember die Gesandten empfing, waren von den Heerführern bereits die Befehle ausgegeben worden, und auch der beredteste Unterhändler hätte die militärische Operation nicht mehr rückgängig machen können. Aus Berechnung und unter nichtigen Vorwänden hatte Metternich die Gesandtschaft hingezogen. Als sie sich jetzt auf das Versprechen der drei Minister berief, wonach ihr vom österreichischen im Namen der drei Höfe das Retreditiv, das Abberufungsschreiben, sollte eingehändigt werden, da erklärte der Fürst, die „Lage der Sachen in der Schweiz habe sich wesentlich geändert, indem die Regierung von Bern die Neutralitätserklärung der Tagsatzung nicht nur nicht ratifiziert, sondern sogar dagegen protestiert habe.“

Von dem unglückseligen Beschluß der Berner Regierung gegen die Proklamation wußten die Gesandten nichts. Reding und Escher waren aufs äußerste bestürzt. Ihre Unkenntnis nützte der Minister aus. Als sie nämlich erwiderten, es sei nicht möglich, daß die Berner Regierung das Verhalten Wattenwyls auf der Tagsatzung mißbilligt habe; denn er habe ja das Kommando über die Grenzarmee erhalten, und in dieser Armee stünden überdies auch Berner: da behauptete Metternich, es sei auch die Rede davon gewesen, diese Berner Truppen zurückzurufen. Worauf es ihm auch jetzt ankam, wurde deutlich, als Reding drängte, er möge ihnen die nötigen Schreiben



ausfertigen, damit sie so rasch wie möglich heimkehren und zur Klärung der Sachlage beitragen könnten. Da schützte Metternich die verworrene Situation vor; da es in der Schweiz an Einigkeit in der Neutralitätsfrage fehle, biete sie auch keine Gewähr mehr für die Neutralität. Er müsse erst noch genauere Berichte aus der Schweiz abwarten; man müsse auch wissen, was die Gesandtschaft in Paris ausgerichtet habe. Vor der Ankunft der Kuriere könne er nicht antworten.

Das war am 17. Dezember. Metternich redete, als ob die Dinge noch in der Schwebe wären, während am gleichen Tage ein kaiserlicher Stabsoffizier den eidgenössischen Kommandanten in Basel zu einer Besprechung in Lörrach einlud. Es handelte sich um das Einrücken der Verbündeten in die Schweiz.

Die Ausfertigung der Antwort hing also keineswegs von solchen Nachrichten aus der Schweiz ab, wie sie Metternich den Gesandten gegenüber vorschützte, sondern vom Erfolg Schwarzenbergs. Der Minister war sehr vorsichtig. Kapitulierte Basel, überschritten die Verbündeten den Rhein, dann war es immer noch früh genug, die Gesandten abzufertigen. Wenn aber Herrenschwand sich verteidigte und wenn der General das Wenige, das er zur Verfügung hatte, einsetzte und die Sache schief ging, indem die Schweizer eben doch Widerstand leisteten: dann hatte Metternich immer noch freie Hand zum diplomatischen Rückzug.

Es ist nicht schwer, sich die Entrüstung Redings und Eschers über den Berner Beschluß vorzustellen. Eine kleine Nation wie die Schweiz kann sich den Luxus von Extratouren einzelner Klassen oder einzelner Landesteile nicht leisten. „Wir wollen Schweizer sein!“ das mußte man auch den übereifrigen Freunden der einen oder andern Macht im vergangenen Krieg immer wieder ins Gedächtnis zurückerufen. Die Einigkeit macht uns nicht nur stark, sondern sie allein macht uns widerstandsfähig. Durch das Vorgehen Berns im Jahre 1813 verlor die Neutralitätserklärung der Tagsatzung ihre Wirkung nach außen. Der österreichische Diplomat Ritter von Lebzeltern, der keineswegs darauf ausging, die Dinge zu verzeichnen, sondern der die Situation, sogar zum Ärger Metternichs, so schilderte, wie er sie wirklich sah, schrieb an den Minister: „Dieser Schritt verfest der Souveränität und Einmütigkeit der Tagsatzung einen schweren Schlag.“

Auf die schweizerischen Gesandten im Hauptquartier der Alliierten wirkte die Nachricht geradezu erschütternd. Sie hatten bisher mit fast übermenschlicher Geduld und Ausdauer die neutrale Haltung der Schweiz erklärt, hatten — sogar gegen ihre eigene innere Überzeugung — die Einwände bestritten, die so leicht aus den bisherigen Übergriffen Napoleons abzuleiten waren; und nun wankte der Boden unter ihren Füßen. Denn die wohlwollenden Zusicherungen hatten sie nicht der überzeugenden Kraft von Gründen zu verdanken, sondern einzig und allein dem Hinweis auf die



Geschlossenheit ihrer Nation, die wie ein Mann die Neutralität ausgesprochen habe und sie auch mit der Waffe verteidigen werde. Man spürt die ganze Erbitterung der Gesandten, wenn man in ihrem Bericht an den Landammann liest: „Die einzige Waffe, die wir bei den vielen und harten Anfechtungen gegen unsere Neutralität mit einigem Erfolg gebrauchen konnten, war die Einmütigkeit der Nation in Erklärung der Neutralität, ihr fester Wille sie zu behaupten, und die bekannte Treue der Schweizer Nation, das einmal gegebene Wort unverbrüchlich zu halten und selbst die größten Aufopferungen für National-Ehre und Unabhängigkeit nicht zu scheuen.“ — Der Mangel an gemeinschaftlichem Zusammenhalt hatte 1798 die alte Eidgenossenschaft zusammenbrechen lassen. Auch eine Nation kann auf die Dauer nicht von ihrer Überlieferung und dem Namen leben, den vergangene Geschlechter ihr erworben haben. Dem Wort muß die Bewährung durch die That folgen können. Als das alte Bern in den Märztagen 1798 der französischen Übermacht erlag, flammte doch altes Heldentum empor; und die Schwyzer und Urner gaben an der Schindellegi und am Morgarten im Mai desselben Jahres Beweise freier Willens, der das Leben einsetzt, um die Unabhängigkeit zu bewahren. Nur eine eindruckliche Rundgebung des nationalen Willens konnte 1813 die Alliierten davon abhalten, auf den Übergang über den Rhein bei Basel zu verzichten. Auch durch die geschickteste Rechtfertigung der Neutralitätspolitik konnten die Gesandten von den Alliierten nicht erreichen, was durch die Geschlossenheit einer noch so kleinen aber kriegsbereiten Nation erreicht wurde, die man nicht dem Kaiser Napoleon in die Arme treiben wollte.

Denn womit konnten die Gesandten auf die Delegierten Eindruck machen? Einzig und allein durch die Erklärung, daß das schweizerische Volk einmütig und geschlossen dastehe. Etwas anderes hatten sie überhaupt nicht in die Wagschale zu werfen. Man hatte sich seit Jahren an den Gedanken gewöhnt, daß eine Neutralitätserklärung genüge und daß es nicht zu einer Kraftprobe kommen werde. Versagte jetzt die Rundgebung der Tagsatzung: womit sollten dann die Gesandten drohen? Ihre Worte an den Landammann lassen in ihre Hilflosigkeit hineinblicken. Sie wissen, daß sie leer und abgebrannt den alliierten Ministern und Generälen gegenüber stehen, wenn der Glaube an den unerschütterlichen Neutralitätswillen der in sich einigen Nation versagt. Sie schreiben: „Durch das geringste Schwanken einer einzigen Regierung über diese wichtigen Punkte wird offenbar das ganze, von uns mit so viel Mühe und Anstrengung geltend gemachte System von Nationalgarantie über'n Haufen geworfen.“ Und wenn nun, vom Beispiel Berns verführt, auch andere Kantonsregierungen durch Gegenschritte die Unterhandlungen der Gesandten kreuzen: „Was haben wir, . . . das wir an dessen Stelle setzen, und womit wir die heiligsten Interessen der Nation von Friede, Ruhe, Neutralität und Unabhängigkeit gegen irgend eine fremde Macht verfechten können!“



Schon aus den frühern Depeschen hatte der Landammann auf die schwierige Lage der Gesandten schließen müssen. Jetzt bekannten sie offen und ohne Umschweife, daß sie mit ihren Vorstellungen Mühe hatten, und daß sie „manche nicht ungegründete Anspielung auf die in den letzten Jahren erduldeten Eingriffe und Verletzungen, sowie auf unsere dormalige Passivität im entscheidenden und günstigen Augenblick anhören mußten, die wir zwar immer fogut wie möglich erwiderten; aber wie sollen wir uns nunmehr mit Ehren und einiger Hoffnung zum Erfolg aus der Sache ziehen, wenn wir selbst einen Teil der Nation und namentlich eine angesehenere Regierung gegen uns haben.“ Sie unterstreichen, daß ihre Lage nie ganz günstig gewesen, daß sie jetzt aber äußerst schwierig und mißlich geworden sei. Sie versprachen nichtsdestoweniger den Mut nicht sinken zu lassen. „Aber enthalten konnten wir uns nicht, schon im voraus unsere Besorgnisse . . . Eurer Excellenz in den Schoß zu schütten.“ Mißlingt ihre Sendung, dann sollen die Schuldigen nicht verheimlicht werden.

Die Gesandten selber trafen noch auf die Spuren der Berner „Unbedingten“, die ins Hauptquartier abgegangen waren und dort der Neutralität entgegenarbeiteten, indem sie namentlich hervorhoben, es werde durch die Schweizer kein Widerstand geleistet. Sie suchten von England Subsidien zu erhalten. Reding und Escher erfuhren wiederholt von diesen Geldangelegenheiten. 10 000 Napoleond'or seien dem „Waldbshuterkomitee“ ausbezahlt worden. Sie beklagten sich über die Duldung dieser Intriganten im Hauptquartier. Man erwiderte, daß sie nur als Privatpersonen betrachtet würden. In Wirklichkeit sorgte die Heeresleitung sogar für ihre Unterkunft.

Am 19. Dezember verhandelte der eidgenössische Oberst von Herrenschwand mit Langenau und Bubna im Quartier zu Lörrach, und er erwirkte mit Mühe einen Aufschub von 24 Stunden. Erst in der Nacht des 20. Dezember wurde die Kapitulation definitiv abgeschlossen. Von diesen Ereignissen wußten Reding und Escher nichts, als sie am 20. Dezember in Freiburg endlich die Antwort erhielten. Noch am Tage vorher hatte der Minister den Gesandten Reding abgewiesen. Dieser gab nicht nach, drängte so sehr, daß Metternich Audienz erteilen mußte. Und nun sprach er das entscheidende Wort: die Neutralität der Schweiz könne von den hohen alliierten Mächten unter den gegenwärtigen Umständen nicht anerkannt werden. Durch einen Extrakurier habe er dem Landammann „diesen Morgen“ davon Kenntnis gegeben. General von Wattenwyl habe durch den Fürsten von Schwarzenberg dieselbe Erklärung erhalten. Reding war empört. Nicht nur über die Nichtanerkennung der Neutralität, die ihn nach den vorausgegangenen Eröffnungen kaum überraschen konnte; sondern über die niederträchtige Behandlung, die der Gesandtschaft zuteil geworden war. Er beklagte sich, daß die Änderung der Gesinnung nicht den Gesandten rechtzeitig zur Kenntnis gegeben worden sei. Denn es hätte ihnen am Herzen gelegen, ihren Auftraggebern genau über die Mission zu



berichten und „bei der, unser Vaterland so nahe und wichtig berührenden Beratung selbst gegenwärtig zu sein.“

Da in der Depesche an den Landammann, die den Gesandten in Kopie und sehr rasch vorgelesen wurde, nichts von den Bemühungen der Abordnung stand, verlangte Reding ausdrücklich, daß ihre Anstrengungen und ihre pflichtgemäße Haltung schriftlich bezeugt werde, damit sie sich zu Hause darüber ausweisen könnten. Das geschah. — Noch in der Nacht vom 20. auf den 21. Dezember verreisten sie. Es war schwierig, Pferde zu erhalten, weil am Nachmittag des 20. der Fürst von Schwarzenberg mit seiner ganzen Suite abgereist war. Vormittags 10 Uhr trafen die Gesandten bei der Kalten Herberge ein und erfuhren hier, daß die verbündeten Truppen über die Basler Brücke nach dem Elsaß marschiert seien. Sie trafen auch auf Train mit Pontons. Von Saltingen bogen die Postillone ab nach Weil, um nicht unter den Kanonen von Hüningen zu stehen. Um 2 Uhr nachmittags erreichte die Gesandtschaft Basel. Durchs Thor marschierte eine starke Truppenkolonne. Um nicht zu lange aufgehalten zu werden, mußten sich die Gesandten zwischen dieselben einschieben. Da der Zug immer stockte, verließen sie die Wagen. Während des kurzen Aufenthaltes in der Stadt erfuhr Reding von sicherer Hand „das ganz eigene Benehmen der Offiziere des Berner Bataillons May von Anfang ihres Aufenthaltes in Basel an und namentlich der Herren May, Fischer und Bonstetten, währenddem hingegen das später angekommene Bataillon Erlach ein günstigeres Zeugnis erhielt.“

Die Gesandten fanden in Basel alles mit Truppen angefüllt. Ein Bataillon marschierte gerade zur St. Albanvorstadt hinaus. In der Hard sahen sie Kosaken und Husaren, die bei Rheinfelden die Grenze überschritten hatten. Am 22. Dezember morgens 7 Uhr trafen die Gesandten in Zürich ein. Sie erstatteten dem Landammann Bericht über ihre Mission, die durch die militärischen Ereignisse nun allerdings überholt war.

Von dem, was im Innern Redings vorging, als er durch die Armee der Verbündeten sich durcharbeiten mußte, und als er Schweizerboden betrat, lesen wir nichts im Tagebuch der Gesandtschaft. Sedenfalls mußte er sich des Widerspruches, der zwischen seinen Erklärungen und den Ereignissen lag, schmerzlich bewußt werden. Er sah die Massen einer Armee von 200 000 Mann sich nach seinem Lande drängen, das mit seinen 12 500 Milizen den Angriffslustigen nicht aufhalten konnte. Waren das die Opfer, zu denen man bereit sei? Reding und Escher hatten immer den bestimmten Neutralitätswillen betont; sie hatten hingewiesen auf „die besondere Lage der Schweiz auch in militärischer Hinsicht und auf den biedern und entschlossenen Charakter der Nation, welcher gegen jede Kränkung empfindlich sei, und wenn ihr das höchste Gut, ihre Neutralität, geraubt werden wollte, leicht zu verzweifelten Entschlüssen gebracht werden könnte, sowie überhaupt der Besitz der Schweiz auch in



militärischer Hinsicht nur dann vorteilhaft sein könnte, wenn man die Nation für und nicht gegen sich haben würde, welches nur dann der Fall sein könne, wenn sie nicht beleidigt werde.“

Das alles traf nun nicht zu. Die Nation erhob sich nicht. Wer recht behielt, das waren gewiß nicht Reding und Escher. Nicht einmal der Landammann hatte seine Ängstlichkeit vor Napoleon überwunden. Im Gegenteil, er hatte in seiner Liebedienerei gegenüber dem französischen Kaiser verharret und hatte den Widerstand des Landes untergraben. Und der General von Wattenwyl seinerseits war vor den schweren militärischen und politischen Konsequenzen zurückgeschreckt. Er hatte einer persönlichen Weisung des Landammanns für den Rückzug seiner Truppen aus dem Grenzgebiete Folge geleistet und war einem gewaltsamen Zusammenstoß ausgewichen.

Und doch wäre eine auch schwache Defensive kaum nutzlos gewesen. Als am 19. Dezember Hauptmann Fischer im Quartier zu Lörrach auf die Eröffnung vom bevorstehenden Einmarsch „mit einer Wärme, unserer Väter und besserer Zeiten würdig“ — fügt Herrenschwand bei — erklärte, „es bleibe uns in diesem Falle nichts übrig, als nach dem Beispiel unserer Ahnen bei St. Jakob uns bis auf den letzten Mann zu verteidigen,“ da erhielt Herrenschwand immerhin einen Aufschub von 24 Stunden. Metternich durfte es überhaupt nicht auf Widerstand ankommen lassen, da weder Alexander noch Franz I. etwas davon wissen wollten. Ein Kanonenschuß vom linken Rheinufer hätte das ganze Metternich'sche Kartenhaus zerstören können. Als nach dem Einmarsch der eidgenössische Oberst von Hauser an den Fürsten von Schwarzenberg abgeordnet wurde, da sagte der österreichische Generalquartiermeister von Langenau zu ihm, — und es war nicht bloß nachträgliche Beschönigung, — sie seien irre geleitet worden durch falsche Nachrichten und Begriffe, man werde es sich nun angelegen sein lassen, die Sache wieder gut zu machen. Es sei nie davon die Rede gewesen, Gewalt anzuwenden, wie sehr es auch den Anschein gehabt habe. Lagen die Dinge so, dann mußte der klägliche Ausgang um so mehr schmerzen. Durch die politische Uneinigkeit und die militärische Schwäche war das Unheil verschuldet.

Was aber hatte auf der Seite der Verbündeten den Ausschlag gegeben?

„Wichtig ist,“ sagt Oberst Weber, „daß es die militärischen Gründe waren, die den Einbruch veranlaßten, und daß die politischen Ränke Metternichs und der Wichte vom „Waldshuter Komitee“ die Bedeutung nicht hatten, die man ihnen vielfach beimäß.“

Das ist nicht richtig. Die Entscheidung fiel am 15. Dezember, als Metternich die bedingte Zustimmung seines Kaisers erlöstete. Nicht militärische, sondern politische Gründe standen dabei im Vordergrund: die Vormachtstellung Frankreichs sollte gebrochen (und nach Metternichs Absicht durch diejenige Österreichs ersetzt) werden, indem die Schweiz ihre Unabhängigkeit erhielt. Metternich führte den Kampf gegen die Revolution zur Wiederherstellung der „legitimen,“ d. h. vorrevolutionären Regierungen.



Das Rad sollte zurückgedreht werden. Die „Unbedingten“ waren seine unschätzbaren Helfershelfer. Besonders aber wies er auf den reaktionären Regierungsbeschluß Berns, um den Kaiser zu überzeugen. Wichtig ist also, daß die politischen Gründe mindestens so sehr den Ausschlag gaben, daß — und darum bleibt alles übrige, was Weber beifügt, zu Recht bestehen, — daß also nicht nur militärische, sondern auch politische Interessen eine Neutralitätsverletzung bewirken können.

Die Auffassung, daß nur die militärischen Gründe entscheidend gewesen seien, brauchen wir nicht mehr im einzelnen zurückzuweisen. Wir erinnern uns, daß Alexander I. trotz der militärischen Interessen von der Neutralitätsverletzung nichts wissen wollte, und daß Franz I. sich diesem Willen seines Verbündeten angeschlossen. Auch die beiden Abgeordneten der Alliierten, Lebzeltern und Capo d'Istria, hatten ursprünglich die Weisung, die aktive Mitwirkung der Schweiz zu erreichen; wenn ihnen dies aber nicht gelang, dann sollten sie womöglich die Gewährung des Durchpasses erwirken. Das waren militärische Forderungen. Die Schweiz ging nicht darauf ein. Da wurden diese und ähnliche Forderungen von den Alliierten fallen gelassen und die Verbündeten wollten die Neutralität anerkennen, wenn sich die Eidgenossenschaft dazu verstehe, 1. sich unabhängig zu erklären, Titel und Einfluß des Vermittlers abzuerkennen; 2. die schweizerischen Regimenter aus Napoleons Diensten abuberufen; 3. die französische Militärkapitulation aufzuheben. — Das waren politische Forderungen. Allerdings hätten die Verbündeten durch ihre Annahme auch den militärischen Zweck erreicht. Denn ging die Schweiz darauf ein, dann sagte sie sich von Napoleon los und hatte nun allen Grund, ihre Kriegsbereitschaft zu steigern. Die Flanke der großen Armee schien dadurch gesichert. — Metternich arbeitete mit den Generälen zusammen. So erklärte sich zum Beispiel auch Radezky für den Einmarsch, obschon er geäußert hatte, einer Operation durch die Schweiz fehle die Haupteigenschaft jeder Offensive. Schließlich gab der Diplomat, nicht der Stratege den Ausschlag. Es wurde ihm möglich, weil niemand an eine echte und von einheitlichem Willen der gesamten schweizerischen Nation getragene Neutralität glaubte. Selbst dann, wenn Alexanders Veto uns Schirm und Schild gewesen und der Kriegengel an unsern Grenzen vorübergegangen wäre, hätten wir doch keinen Grund uns zu freuen. Denn unser Staatswesen verdiente kein besseres Geschick als dasjenige, das ihm zuteil wurde. Auch wenn wir Metternich austreiben könnten aus der Liste derjenigen, die einst über uns bestimmt haben: über das Verächtliche der „Spottneutralität“ von 1813 könnten wir doch nicht hinwegsehen. Auf Schritt und Tritt begegneten unsere Gesandten in Frankfurt jenem verständnisvollen Augurenlächeln, das mehr als Worte sprach. Und schließlich wurden sie hintergangen wie der Zar, der, aufs tiefste beleidigt, seine Verachtung dem Fürsten Metternich ins Gesicht schleuderte und doch noch seine schützende Hand über die Schweiz hielt.



Nicht nur unter den Milizen, die ohne jegliche Gegenwehr den Heimweg antreten mußten, flammte die Empörung auf über die Schmach, welche die Schweiz über sich ergehen ließ. Sondern auch heute noch ist dem Betrachter jener Ereignisse der Gedanke schmerzlich, daß die Eidgenossenschaft nicht bestimmte Partei ergriff und sich nicht für den einmal gefaßten Entschluß auch einsetzte. Sie hatte die Wahl zwischen dem Bündnis mit den Alliierten und der Neutralität. Nur mußte sie nach der einen oder andern Seite hin ernst machen. „Gewiß wäre es für die Schweiz ehrenvoller und auch ersprißlicher gewesen, wenn sie mit freiem Entschluß die französischen Bande abgestreift und bei der Wiedereroberung der ihr entrissenen Gebiete tätig mitgewirkt hätte.“ So schreibt der gründliche Kenner jener Vorgänge, Wilhelm Schöli. Aber er fügt auch bei, daß die Voraussetzung dazu gewesen wäre: „ein politisch und moralisch in sich einiges Volk“. Und Johannes Dierauer spricht von dem Mangel an mannhafte Willen; daran ließen es gerade die leitenden Staatsmänner fehlen. „In ihrer kraftlosen Haltung manifestierte sich noch einmal die ganze Schwäche und Unselbstständigkeit der Politik, zu der die Schweiz vom Anfang bis zum Ende der Mediationszeit durch eigene Schuld und fremde Gewalt verurteilt war.“ Die Geschichte richtet früher oder später, das wollen wir beifügen, über diejenigen, denen die Ehre, damit aber auch die Verantwortung zuteil geworden ist, an der Spitze des Volkes Ziel und Richtung auch in schwerer Zeit zu finden. Die Ehrenbezeugungen, die dem im Amte stehenden Staatsmann erwiesen werden, sind hinfällig. Künftige Geschlechter urteilen nach seinen Taten.

Ohne die geheimen Vorgänge zu kennen und bevor noch die Entscheidung gefallen war, vermutete Stapfer, es sei dem Landammann Reinhard nicht ernst mit der Neutralität. Denn zu ihrer Verteidigung genüge das geringe Truppenaufgebot nicht. Das Wort vom Verrat ging durch die Reihen, als die Milizen kapitulieren mußten. Jene Unsicherheit griff um sich, die ein ganzes Volk erfassen kann, wenn es spürt, daß keine Leitung und kein fester Wille mehr vorhanden sind.

Der Landammann wagte nicht zu handeln, ohne in einem Einverständnis mit dem französischen Gesandten zu stehen, das, wenn es einmal ans Licht kam, ihn den schwersten Vorwürfen aussetzen mußte. Er war befangen in seinem Urteil. Die Furcht vor Napoleon bestimmte die Entschlüsse. Man rechnete mit einem Umschwung im Kriegsglück. Der Glaube an das Wiedererstarken des französischen Kaisers beherrschte die schweizerischen Staatsmänner. Der „gute Wille war eingeschlummert,“ wie Metternich sich ausdrückte. Aber man muß diese Auffassung aus der Zeit heraus verstehen. War nicht der Kaiser mit einer halben Million Streiter nach Rußland gezogen, mit leeren Händen heimgekehrt, war bis an die Elbe zurückgedrängt worden, und hatte dann mit neuen Legionen den Sieg erstritten, nach der Schlacht von Bautzen die Preußen und Russen bereits an die russische Grenze zurückgedrängt! Noch von



Frankfurt aus bot ihm Metternich den Rhein als Grenze an, deutsche Städte also wie Mainz, Speier, Worms, als ob Napoleon bei Leipzig gesiegt hätte! Was bedeutete im Grunde die Allianz von Fürsten, die so oft in Zwist gerieten, daß der Bund zu zerbrechen drohte. Sie alle kannten etwas von der geheimen Furcht vor dem besiegten Gegner. Friedrich Wilhelm hatte kostbare Wochen in seiner Zaghaftheit verstreichen lassen, bis er der Tat Yorks seinen Segen gegeben; Österreich hatte monatelang gezaudert, bis es sich zum Beitritt entschlossen hatte. Dann die Kriegsführung. Ihr Kennzeichen war die Furcht vor Napoleon; man hielt sich in der Defensiv, bis Blücher durch seinen Rechtsabmarsch die Schlacht von Leipzig förmlich forcierte. In Frankfurt endlich folgte der physischen und moralischen Anspannung aller Kräfte eine plötzliche Ermattung. Das Ziel schien erreicht; man sehnte sich nach dem Frieden.

Das war die Stimmung noch im November 1813. Die Begeisterung schien erloschen, als die Alliierten den Anschluß der Schweiz beehrten. Erst die Ablehnung der Friedensbedingungen durch Napoleon entzündete das Feuer von neuem.

Zweifellos tat die Befreiung der Schweiz nicht minder not als den deutschen Staaten. Sie hatte das Recht, in diesen Befreiungskampf einzutreten. Denn Neutralität ist kein ehernes Gesetz. Jeder Kleinstaat, so lesen wir bereits bei Jomini, hat das Recht, wenn es um seine Existenz geht, sich dem Stärkeren anzuschließen. Zu einer solchen Parteinahme aber war die Eidgenossenschaft ebenso unfähig wie zur Verteidigung ihrer Neutralität.

Das Volk war opferwillig. Aber es hoffte doch vor allem auf den baldigen Frieden. Die Erinnerung an die Kriegszeit 1798 und 1799 war noch frisch. Trotzdem war die Aussicht verlockend, sich den Verbündeten anzuschließen und die Unabhängigkeit wieder zu erlangen. So lesen wir in den Aufzeichnungen des Basler Pfarrers Daniel Kraus folgenden lebhaften Eintrag:

„Leipzigs herrliche Schlacht hatte mich begeistert wie noch nichts, mein angeborener Franzosenhaß hatte einen Genuß erhalten, der alles reichlich ersetzte, was ich um der Franzosen willen seit langen Jahren in meinem Innern gelitten hatte. Und als dann nun ganz Europa aufstand, dem Völkerdränger den Garauß zu machen, kam mir die schweizerische Neutralitätserklärung ganz jämmerlich vor. Als die Franzosen von 1798 bis 1802 die Schweiz besetzt hielten, als sie im Oktober 1802 abermals einrückten, als sie 1809 zu Basel über die Rheinbrücke marschierten, als sie in den Jahren 1812 und 1813 Tessin besetzten, da ward kein Wörtlein von Neutralität gesprochen, aus Furcht, der Despot aus Korsika möchte es zürnen; aber als es nun galt, daß ganz Europa die Kette brach und seiner Gewaltherrschaft ein Ende machte, da auf einmal wollten unsere Tagherren neutral sein, abermals aus Furcht, er möchte es zürnen, wenn man's diesmal nicht wäre, weil diesmal die Neutralität nur ihm



nützte. Ich sah in dieser Neutralitätserklärung nichts anderes als eine Erklärung für den Despoten und gegen die heilige Sache der Völkerfreiheit und darum empörte sie mich. Und als dann nun vollends die Hunderttausende alle, die gegen den Rhein zogen, von 15 000 Schweizern, die von Schaffhausen bis Basel zerstreut waren, sollten aufgehalten werden, da wußte ich nicht, sollte ich mehr lachen oder mich mehr ärgern. Und dennoch hatten wir hier ein solch unvernünftiges Publikum, daß es einzig dem eidgenössischen Platzkommandanten in Basel, Oberst Herrenschwand und seinem Berner Bataillon alle Schuld beilegte, daß man die Alliierten eingelassen habe.“

Diese Eintragung im pfarrherrlichen Tagebuch enthält das Wesentliche der damaligen schweizerischen Neutralitätspolitik und spricht nur die Gedanken aus, die auch den Verbündeten aufsteigen mußten, als Reding und Escher im Hauptquartier sich die Garantie dieser Politik holen wollten.

Pfarrer Kraus spricht sich auch anders aus über den Platzkommandanten Herrenschwand, als seine Mitbasler. Nicht nur im Jahre 1813 sondern auch nachher, ja sogar bis auf unsere Tage, ist Herrenschwand für die Kapitulation von Basel verantwortlich gemacht worden. Kraus spricht überraschend ruhig und weit-sichtig über ihn. Sein Urteil ist gerechter als die Tradition. Überblickt man die ganze militärische Lage und die Schwierigkeiten, in die Herrenschwand hineingestellt wurde, dann denkt man anders von dem Manne, der den Rückzug aus Basel anordnen mußte und sich dadurch dem Haß aussetzte, obschon die Verantwortung nicht auf ihn allein fällt. Wir haben gerade als Basler die Pflicht, dem Obersten diejenige Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die er in seinem Leben vergeblich suchte.

Ein Blick auf die militärischen Maßregeln zur Verteidigung unserer Grenze und auf die Katastrophe wird das ruhige und wohlwollende Urteil des Pfarrers rechtfertigen.

## 5. Bedrohung Basels und Kapitulation.

Das siebentorige Basel mochte dem Fremden, der von dem nahegelegenen Hügel zu St. Margarethen auf Türme und Zinnen blickte, einen stattlichen Eindruck machen. Und wer gar von der Rheinbrücke aus, die auf hölzernen und steinernen Jochen die große mit der mindern Stadt verband, den Blick vom Rheintor zur Pfalz und zum herrlichen Münster schweifen ließ, der begriff das Selbstbewußtsein, das sich in diesem Gemeinwesen im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hatte, ein Selbstbewußtsein freilich, das im 18. Jahrhundert mehr von der Vergangenheit als von der Gegenwart lebte. Von den Miteidgenossen war Basel geschieden durch die Höhenzüge des Jura. Es war ein Vorposten der Eidgenossenschaft und stand seit den Revolutionskriegen in beständiger Gefahr und Bedrohung. Über die Basler Brücke rollten die



Wagen und Geschütze der Franzosen im Jahre 1798, und zuletzt noch im Jahre 1809 dröhnte das eichene Gebälk der mit Bohlen und Laden gedeckten Brücke unter den schweren Tritten der Soldaten Molitors. Die Welt lobte 1813 in den Flammen des Krieges, als noch der Gesandte Frankreichs wiederholt die Brücke für den Übergang französischer Truppen forderte.

Die kleine Stadt war überhöht von der großen Stadt, die auf dem linken Rheinufer, vom St. Albantal zum St. Johannotor, dem Lauf des Flusses sich anschmiegte, sich im Birsigthal und auf den nach beiden Seiten hin ansteigenden Anhöhen ausdehnte. Aber so stattlich auch aus der Ferne die Befestigung erscheinen mochte, besaß sie doch längst nicht mehr die Widerstandsfähigkeit, die einem feindlichen Angriff gewachsen gewesen wäre. Ums Jahr 1400 war die innere Fortifikationslinie hinausgeschoben worden durch die großzügigige, weitläufige Befestigung, die in ihren letzten Resten heute noch ihren Verlauf erkennen läßt. Die mit Zinnen und Wehrgang ausgestattete Mauer war durch Wehrtürme verstärkt, von denen aus der Verteidiger die Mauer bestreichen konnte. Hinter der Stadtmauer lief der Rondenweg für die Wachen, vor der Mauer der ausgemauerte Stadtgraben.

Nach 1400 wurden Bollwerke errichtet an Stelle bisheriger Wehrtürme. Der dreißigjährige Krieg verlangte erhöhte Sicherheit, so daß tatsächlich einige Schanzen das Verteidigungssystem verstärkten. Aber seit 1624 wurde an den Festungswerken nichts erhebliches mehr geändert. Man hielt mit der Entwicklung der Feuerwaffen nicht mehr Schritt. Dem Anschein nach beherrschte wohl die westliche Front vom Rhein beim St. Johannotor bis zur Peterschanze mit dem Hohen Wall den ganzen westlichen Zugang zur Stadt, und wie die Rheinschanze beim St. Johannotor den Auslauf des Stromes, so verteidigte die St. Albanschanze seinen Einfluß in die Stadt. Aber niemand konnte 1813 im Ernst daran glauben, daß ein Angriff, falls er von dem stark befestigten französischen Hüningen gegen die Stadt unternommen wurde, durch diese Verteidigungswerke konnte abgehalten werden. Namentlich das St. Albantal lockte zu einer Landung des Feindes, und der eidgenössische Offizier, der 1813 die Befestigung zu untersuchen hatte, entdeckte, daß sie dort ganz unzureichend sei. Andererseits war das St. Johannquartier ganz den Kanonen von Hüningen ausgeliefert. In den Kämpfen zwischen Österreichern und Franzosen um den Hüninger Brückenkopf (1796) lebten die Bewohner der Vorstadt stets in Angst und Schrecken, und Peter Och erzählt in Briefen an den Zürcher Alsteri, wie während der Belagerung von Hüningen durch die Alliierten im Frühling 1814 in einer Märznacht eine Bombe in das Haus Gysendörfers fiel und zwar mitten ins Schlafzimmer, so daß sein Bett, das glücklicherweise leer war, in Stücke zersplittert, zwei Innenmauern und ein Teil der Treppe zertrümmert wurden. Eine andere Bombe fiel nicht weit von Och's Haus am Hohen Wall (Peterschanze) in den Stadtgraben. Und am 12. April jenes Jahres 1814



berichtet er, daß eine Bombe von hundert Pfund in einen Garten der Vorstadt eingeschlagen habe, nur etwa zwanzig Schritte von seiner Scheune und seiner Weintrotte (die sich am Ende seines Gartens nach der Lottergasse hin befanden,) entfernt. Das waren verlorene Geschosse. Wie ganz anders sah die Sache aus, wenn der Kommandant von Hünningen mit Absicht die Stadt bombardieren wollte.

Die Befestigung war kein wirklicher Schutz. Seit dem Bau Hünningens stellte sich darum die baslerische Politik noch mehr als früher auf französische Freundschaft ein. Dabei durfte aber auch der Friede mit dem römischen Kaiser nicht vernachlässigt werden. Denn schon durch die ganze Lage des Stadt- und Landgebietes war die kleine Republik auf Frieden angewiesen, wenn sie leben und als Handelsstadt auch noch zu blühendem Wohlstand gedeihen wollte. Das Landgebiet der Stadt reichte im Birsigtal nicht über Bottmingen und im Birstal nicht über Mönchenstein hinaus. Und jenseits des Rheines beschränkte sich das baslerische Territorium auf die mindere Stadt und auf die drei Dörfer Hünningen, Riehen und Bettingen, die sich ihrerseits wie die Vorposten der Stadt ausnahmen. Seitdem Napoleon das Bistum mit Frankreich vereinigt, Österreich aus seinen frühern Vorlanden verdrängt und die süddeutschen Fürsten zur Rheinbundallianz gezwungen hatte, war die Stadt durch Frankreich von der Eidgenossenschaft militärisch abgeschnürt. Diese exponierte Lage bewirkte nun aber keineswegs eine gesteigerte Tätigkeit im Militärwesen. Sondern man ließ die Dinge gehen, indem man sich im Stillen auf die Vorsehung verließ. Das Mauerwerk wurde baufällig, das Gelände im Stadtgraben war parzellenweise an die Bürger vermietet, die dort ihre Gärten anlegten, ihr Gemüse bauten, oder sich im Sommer an Reseden und Zentifolien freuten. In der Stadt selber bestanden immer noch die ältesten Stadtgräben vom Seidenhof bis zum Harzgraben. Die Stadt war weit genug, um den Bürgern Raum zu lassen. In den Vorstädten dehnten sich schöne Gärten. Die Stadt zählte damals über 2000 Häuser mit einer Bevölkerung von über 16 400 Seelen.

Um diese Stadt auch nur vorübergehend zu halten, dazu brauchte es ganz andere Vorbereitungen, als sie in letzter Stunde getroffen werden konnten. Man staunt heute über die Gemächlichkeit, mit der von der Regierung Truppen bereitgestellt und ausgerüstet wurden, als doch die Bedrängnis von Tag zu Tag größer wurde. Zweifellos ließ man sich, — und noch so gern! — von der Untätigkeit des Landammanns beeinflussen. Die Regierung gab sich damit zufrieden, daß sie ihren Gesandten zur außerordentlichen Tagsatzung dahin instruierte, daß er für die Aushebung der Kontingente, für die Wahl des Berners Wattenwyl zum General eintrete und den Willen Basels bekunde, keine Opfer zu scheuen. Man verließ sich auf die Tagsatzungsbeschlüsse und auf den General, ohne zu bedenken, daß man damit der eigenen Verantwortlichkeit doch nicht enthoben sei.



Es war gewiß eine schwere Aufgabe, in der Bürgerschaft den Sinn für energischen Widerstand gegen einen überlegenen Gegner zu wecken. Herrenschwand gelang dies schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil er selber an keinen Erfolg glaubte. Die Zurückhaltung des Landammanns und die einander rasch ablösenden Instruktionen, politische Rücksichten, dann auch Rücksichten auf die Empfindlichkeit der Basler Regierung lähmten seine Entschlüsse. Darum wußte er auch kein Zutrauen zu erwecken. Er war nicht im klaren, was er im kritischen Fall unternehmen werde, darum versäumte er es, die Regierung rechtzeitig auf den einen oder andern Ausgang vorzubereiten. Er täuschte eine militärische Aktion vor, der in Wirklichkeit die Seele fehlte. Man wußte in Basel nicht, wie man gelegentliche Äußerungen der Offiziere mit Versicherungen des Obersten in Übereinstimmung bringen sollte. Deshalb mißtraute man ihm und schob ihm nachträglich Absichten zu, die er in Wirklichkeit nicht gehabt hatte. — In Zeiten der Verwirrung und allgemeiner Unsicherheit sind Männer not, die durch ihre ganze Erscheinung und ihre Bestimmtheit das Vertrauen gewinnen und die fähig sind, jene Zuversicht zu erwecken, die keineswegs das Unmögliche verlangt, die aber das Bewußtsein einflößt, die Leitung der Dinge liege in sicherer und zuverlässiger Hand. Diesen Eindruck machte Herrenschwand nicht. Und vielleicht ist darum das Urteil der Basler nachträglich so unversöhnlich hart über ihn ausgefallen.

Denn Unmögliches konnten auch sie nicht erwarten. Sie selber hätten mindestens zuerst das Mögliche tun sollen. Wie aber war eine Stadt zu halten, wenn man sozusagen in stillem Einverständnis seit Jahrzehnten auf ihre Sicherung verzichtet hatte! Kleinbasel konnte einem ernsthaften Angriff nicht widerstehen, wenn man nicht Schanzen anlegte. Die „mindere Stadt“ war zwar mit Mauer und Graben umgeben. Aber längs dem Klingental bestand der Graben nicht mehr, er war ausgefüllt worden. Ähnlich verhielt es sich in der großen Stadt. An vier Toren waren Steindämme angelegt, oder der Stadtgraben war wenigstens zugefüllt. Ausgenommen beim Steinentor vermißte der Verteidiger kreuzende Feuer. Durch Vernachlässigung des Wallganges waren zum großen Teil die Schießscharten unbrauchbar geworden. In seiner Verteidigungsschrift sagt Herrenschwand nicht mit Unrecht: „In allem durchleuchtet das System, Basel in einen unwehrbaren Stand zu setzen, und die Lage der Stadt mag dieses entschuldigen . . ., mit ungeheuren Kosten wäre sie nicht in eine gut zu verteidigende Stadt umzuschaffen. Diese Lage und Handelsverhältnisse bestimmen endlich, mit wenigen Ausnahmen, die politische Meinung und den Geist der Einwohner dieser reichen und industriösen Stadt.“ — Beides ist noch im einzelnen hier zu verfolgen.

Die Beobachtung, daß in Basel keine kriegerische Stimmung herrschte, machte auch der französische Gesandte. In seinen Situationsberichten, die allerdings augenblicklichen Stimmungen unterworfen sind, fühlte er sich des Standes Basel sicher. Auch der vom Ministerium des Äußern an Spionagereisen geschickte Denoir schrieb, von



allen alten Kantonen beweise Basel am meisten Neigung zu Frankreich. Er hielt dies für wirkliche Freundschaft. Burckhardt (der Landammann von 1812) und Wieland seien französisch gesinnt. Basel sei eine der verhältnismäßig reichsten Städte Europas. Jetzt liege allerdings der Handel darnieder. Die Basler hätten deshalb ihre Gelder angelegt in Leipzig, in Italien und vor allem in Frankreich. Viel Geld liege in Mülhausen.

Fast verächtlich berichtet Talleyrand nach Paris, in Basel sei kein kriegerischer Geist vorhanden; die Miliz sei schlecht und komme höchstens auf 2 bis 3000 Mann. Intriguen gegen Frankreich seien hier erfolglos. „Le commerce, le repos et la contrebande sont tout ce qu'on y désire.“ — Man wünschte zu leben. Das war alles. Der französische Druck der napoleonischen Gewaltherrschaft lastete so sehr auf der Schweiz, daß neben dem Willen zur Lebenseristenz eine politische Energie nur in kleinen Kreisen bestehen konnte. Namentlich die Bandfabrikation, aber auch der gesamte Handel, war durch die Kontinentalsperre hart mitgenommen worden. Man suchte sich mit dem Schicksal abzufinden. Gelang es jetzt neutral zu bleiben, dann gab sich reiche Gelegenheit zu Armeelieferungen, und neue Vermögen konnten sich bilden. Von einer wirklichen Freundschaft zu Frankreich konnte nur ein oberflächlicher Beobachter reden. Daß im Gegenteil starke Mißstimmung um sich griff, bezeugt ein Bericht Talleyrands aus den Novembertagen. Und derselbe Gesandte hatte Mühe, in Basel einen Handelsmann zu finden, der ihm Nachrichten übermittelte. Schließlich war ein Kolonialhändler zu Auskunftsdiensten bereit. Dafür wollte er von den hohen französischen Zöllen auf Zucker befreit sein; aber Napoleon lehnte diese Art der Entschädigung ab.

Man war in Basel im allgemeinen über die Vorgänge in der Welt besser unterrichtet als anderswo. Die französische Gesandtschaft und der Kommandant von Sämingen beklagten sich oft darüber, daß gehässige Nachrichten verbreitet und geglaubt wurden. Wiederholt hatte sich der Buchhändler Glid vor dem Rat zu verantworten. Von französischer Seite wurde ihm vorgeworfen, daß er die französischen Siegesnachrichten nicht abgedruckt habe, daß er aber die Unglücksbotschaften verbreite. Worauf er antwortete, daß er eben diejenigen Bulletins drucke, mit denen ein Geschäft zu machen sei. Durch kommerzielle Verbindungen und durch Basler im Ausland erfuhr man aus dem Ausland manches, was kein Zeitungsblatt mitteilen durfte. So meldete z. B. der russische Staatsrat Merian von Dresden aus seiner Mutter die Flucht Napoleons und dann wieder den Untergang der großen Armee, und zwar in solchem Baseldeutsch, daß keine Zensur den Inhalt hätte entziffern können: „dä ganz Suffe zämmeetätscht wiene Wentele“, in übermütigem Frohlocken über den Fall des Despoten, ohne des ganzen Elendes zu denken, das über die Armee und über den Einzelnen gekommen war.



Sobald die Säulen dieser Herrschaft wankten, wagte sich auch wieder ein freies Wort gegen Napoleon hervor. Unvorsichtig vielleicht. Denn man stand eben doch unter dem Feuer Hünings. Man war durch Interessen und durch Furcht und durch die ganze geographische Lage von Frankreich abhängig. Die Freundschaft bestand also darin, daß eine antifranzösische Partei nicht aufkommen konnte, wenn auch im Stillen Haß aufging gegen den Bedrucker. Offiziell erschöpfte sich die Regierung in Lobeserhebungen des Kaisers. Daß sein Sturz so nahe sei, ahnte 1813 niemand.

Man nahm auch die Lage keineswegs so ernst, wie wir meinen könnten. Seit dem Jahre 1792 war Basel durch die Koalitionskriege bedroht gewesen. Man hatte 1796 die Geschütze in nächster Nähe donnern hören, als die Österreicher in nächstlichem Sturm den Brückenkopf von Hünigen nehmen wollten. Man hatte Durchzüge und Kontributionen erlebt. Das Massénasche Zwangsanleihen war nicht verwunden. Aber man war immer wieder davongekommen, und wenn man sein Geschick mit demjenigen der Nachbarstaaten verglich, die ihre Jugend auf den Schlachtfeldern Napoleons opfern mußten und ihrer letzten Selbstständigkeit beraubt waren, dann konnte man von Glück im Unglück reden.

So lebte man auch 1813 von den Gerüchten, die einander widersprachen, bald in plötzlicher Erregung und Angst, bald in der Hoffnung, man werde auch diesmal verschont bleiben. Wie in der Zeit des ersten Koalitionskrieges, da auf der einen Seite des Rheines die Kaiserlichen, auf der andern die Franzosen ihre Feldlager aufgeschlagen hatten, so spazierte man auch jetzt hinaus nach Lörrach, als die Vortrupps erschienen. Als bereits die Entscheidung über dem eigenen Haupte schwebte und als schweizerische Bataillone in der Stadt lagen, gönnten sich Einzelne das Vergnügen, sich in Lörrach die Kosacken anzusehen und von ihnen unter Gesang und Geschrei an die Zimmerdecke geprellt zu werden. Man schien trotz des Verbotes keinen großen Anstoß zu nehmen, daß die Offiziere der Alliierten Besuche machten und, nach erfolgtem Gegenbesuch, wieder kamen und bei dieser Gelegenheit über die Rheinbrücke ritten und auf Tor und Verteidigungswehr einen Blick werfen konnten. Auch französische Offiziere aus Hünigen fanden den Weg, vor allem Agenten und Kommissäre, die kamen und gingen. Empfang doch der Buchhändler Flicke aus den Händen des Grafen von Artois selbst eine Proklamation! Herrenschwand klagte über dies Treiben, besonders über die Durchreise „mehr oder weniger bekannter Personen und Individuen“ aus dem Innern der Schweiz, die mit außerordentlicher und sehr verdächtiger Höflichkeit im Lager der Alliierten aufgenommen wurden. Auch der Nachrichtenverkehr mit Hünigen erfüllte ihn mit Sorge. Dort kenne man gewiß alle militärischen Verteidigungsmittel Basels und könne sie darum umgehen, während er selber Mühe habe, sichere Berichte zu erhalten über das, „was außer und um uns vorgeht.“ Das war umso bedenklicher, weil das schweizerische Aufgebot nicht genügte.



Nach der Schlacht von Leipzig entschloß sich der Landammann allerdings zu militärischen Maßnahmen. Am 4. November begann er mit der Verlegung der Truppen an die Grenze. Allgemein erwartete man, daß die Tagsatzung 45 000 Mann, ihr Äußerstes, aufbieten werde. Weshalb dies nicht geschah, wissen wir. Reinhard „begnügte“ sich mit 20 000. Statt nun aber mit ihrer Mobilisierung zu eilen, zögerte er aus Sparsamkeitsgründen. Bis zum 5. Dezember waren im ganzen nur 12 500 Mann eingerückt. An den Rhein kamen etwa 10 000; 2500 standen in Graubünden und im Tessin. Als General Wattenwyl die Größe der Gefahr erkannte, verlangte er am 5. Dezember vom Landammann die Einberufung des ganzen zweiten Kontingentes nebst weiteren Verstärkungen. — Jeder Kanton, so schrieb der General in seinem Bericht an den Landammann, müsse sofort erklären, ob er imstande sei, diese Mannschaft gehörig ausgerüstet und mit tüchtigen Offizieren versehen, nebst 300 Patronen auf jeden Mann, sofort abziehen zu lassen. Aber der Landammann, der sich auch jetzt noch nicht von der französischen Bevormundung frei machen konnte, gab ausweichende Antwort. Deshalb begab sich Wattenwyl von dem bedrohten Basel aus in eigener Person nach Zürich, um durch persönliche Vorstellungen seine Forderung zu unterstützen. Reinhard, der immer noch an die Anerkennung der Neutralität durch die Verbündeten und den Endsieg Napoleons glaubte, fertigte den General mit einigen Bataillonen ab. Daß auch hierin die Rücksicht auf Frankreich ausschlaggebend war, geht daraus hervor, daß er dem eigenen General die notwendige Truppenunterstützung versagte, und daß er genau in denselben Tagen, da sich dies abspielte, den Kantonsregierungen Vorstellungen machte, es seien im Monat November nicht mehr als 226 Rekruten in den französischen Werbedepots angekommen, und es fehlten noch über 1800; man müsse sich mit der Werbung anstrengen.

Voraussichtlich wäre übrigens die Aufbietung des zweiten und die Organisation des dritten Kontingentes an der militärischen Unfähigkeit der Kantone, mit Ausnahme von Bern und Waadt, gescheitert. So stand nun also eine schwache Division von 5000 Mann unter Oberst Herrenschwand von Basel bis Laufenburg, und eine ebenso schwache Division unter Oberst Gady von Laufenburg bis zum Bodensee. Demgegenüber wuchs die Armee der Verbündeten auf dem jenseitigen Ufer bis auf 195 000 Mann, in der Hauptsache Österreicher, dann Russen, Bayern, Preußen, Badenser, Württemberger. Als am 12. Dezember das Hauptquartier von Frankfurt nach Freiburg im Breisgau verlegt wurde, hatte die Avantgarde unter Feldmarschalleutnant Bubna bereits Lörrach erreicht. Am 13. Dezember sollte nach Schwarzenbergs Befehl der Einmarsch in die Schweiz stattfinden. Er wurde verschoben, weil Alexander I. gegen den Neutralitätsbruch Einsprache erhob. Damit wurde die Katastrophe nur hinausgezögert.

Greifen wir auf die Ereignisse in Basel zurück.



Als der schweizerische Landammann mit einem Kreis Schreiben den Kantonsregierungen am 20. August den Beitritt Österreichs zur Partei der Verbündeten mitteilte, konnte man erwarten, daß nun auch zu militärischen Maßnahmen aufgemuntert werde. Statt dessen erging sich das Schreiben in allgemeinen Redewendungen. Es war von „kluger Vorsicht, äußerster Wachsamkeit“ und Bereitschaft die Rede; die Zuverlässigkeit des schweizerischen Charakters und der Biedersinn der Nation wurden gerühmt. Besser wäre der Appell an den Verteidigungswillen gewesen!

In Basel wurde das Schreiben vom Kleinen Rat an den Kriegsrat geleitet; ferner beschloß der Kleine Rat, es auch an den Staatsrat zu richten, „um das den Umständen Angemessene zu verfügen.“ Am 26. August faßte der Kriegsrat eine „preparatorische Verfügung,“ durch welche er die Piketstellung anordnete. Das Militärkollegium erhielt Auftrag, über den „diesmaligen Vorrat“ an Munition und Armatur zu berichten; der Artillerieinspektor hatte zu melden, was zur Aufstellung des ersten Kontingents vorrätig und was noch anzuschaffen sei. Das Kriegskommissariat war verantwortlich, daß die Standeskompanie marschfertig sei. Zum Chef des ausziehenden Kontingents wurde Oberstleutnant Lichtenhahn bestimmt. Die Mobilmachung war seine Sache. Auch für Unterkunft der Miteidgenossen mußte schleunigst gesorgt werden. Das an den Schaffner Rosenburger verliehene Gebäude im Gnadental wurde von der Regierung zu Handen genommen und durch das Bauamt in Stand gestellt. Der Stadtrat bekam Auftrag, die Kaserne im Klingental, in der auch im Jahre 1800 Truppen untergebracht waren, für Einquartierung einzurichten.

Was heutzutage Friedensarbeit ist, das wurde nach umständlichen Berichtserstattungen durch Spezialkommissionen angeordnet. Schon die Ernennung der auf Piket zu stellenden Offiziere traf auf Schwierigkeiten. Namentlich deshalb, weil die Unverheirateten verlangten, daß auch die Verheirateten eingezogen würden. Der Stab, jede einzelne Kompanie mußte erst organisiert werden. Das war gar nicht einfach. Oberleutnant Schweizer mußte zum Beispiel ersetzt werden, da er „altershalber die Beschwerden eines Feldzuges nicht mehr ertragen“ konnte. Als ob sich das nicht hätte voraus ordnen lassen. Und neben einleuchtenden Gründen wurden nun auch ganz persönliche Interessen geltend gemacht, durch die der eine und andere sich womöglich dienstfrei machen wollte. Die Berufung darauf, daß man schon 1805 dem aktiven Piket angehört hatte, genügte jetzt zur Dispensation. Ein Schneider, der mit einer Jungfer Geymüller, des Schlüsseltwirts Tochter, verlobt war und heiraten wollte, wurde gegen 20 Franken freigegeben. Ein Seidenfärber, der Rücksicht auf sein Geschäft verlangte, wurde dem Stab zugeteilt. Dagegen wurden andere abgewiesen, z. B. ein Handelsmann, der seine neugegründete Handlung nicht verlassen wollte. Ein Glück, daß die Standeskompanie vorhanden war. Sie stellte die Mannschaft für die erste Kompanie und ergänzte auch die zweite.



Man hatte keine Veranlassung zu eilen. Nur eine Tagsatzung konnte die bewaffnete Neutralität beschließen. Und ausdrücklich erklärte der Landammann im Kreis schreiben vom 31. August, daß der Augenblick zur Einberufung einer Tagsatzung noch nicht gekommen sei. Allerdings meldete Reinhard auch, daß sofort 18 Kompagnien nach Graubünden geschickt würden; aber er bezeichnete dies als eine Polizeimaßregel. Daraus ergaben sich merkwürdige Verhältnisse. Ein Generalstab existierte infolge des französischen Einspruches nicht. Er übertrug nun das Kommando über diese Polizeitruppen dem eidgenössischen Obersten Ziegler. Oberstquartiermeister Finsler hatte die Anordnung des Marsches zu übernehmen, „ohne in Diensttätigkeit zu treten.“ Das Kriegskommissariat besorgte der Glarner Landammann Seer, der bei der letzten Grenzbesetzung Kriegskommissär gewesen war. Aber auch er übte diese Funktion nur als Privatmann aus.

Gleichzeitig forderte der Landammann die Kantone auf, das erste Drittel des Kontingents marschfertig und ein Viertel des Geldbeitrages bereit zu halten. Da das gesamte erste Kontingent etwas über 15 000 Mann stark war, vorläufig aber nur ein Drittel mobilisiert wurde, fielen auf Basel: eine Kompagnie von 100 Mann Infanterie, eine Scharfschützenkompagnie von 80 Mann, eine halbe Kompagnie Artillerie (40 Mann), ein Zug Dragoner (20 Mann).

Mit der Aufforderung zur Bereithaltung des ersten Drittels der Kontingentsmannschaft stimmte das Hinausschieben der Tagsatzung nicht überein. Das wußte Reinhard wohl. Mit wichtiger Geheimnistuerei schrieb er deshalb: „Der Landammann der Schweiz . . . wird nur durch solche Gründe, welche das Wesen der Sache selbst betreffen, zu einem Aufschub, vielleicht nur von wenigen Tagen bewogen. Es ist aber von der höchsten Wichtigkeit, daß alle Stände sich von nun an darauf gefaßt machen, einer Einladung zur Tagsatzung zu folgen.“ Er hätte ebensogut sagen können, daß er nur das Zeichen abwarte, das der französische Gesandte noch nicht gegeben habe. Wir wissen aus den geschilderten Verhandlungen, daß Talleyrand noch keine Instruktionen erhalten hatte, ob er die Einberufung einer Tagsatzung und die Aufstellung der Kontingente sabotieren solle.

Es war also unter diesen Umständen noch reichlich früh, wenn die Basler Regierung am 11. September dem Landammann mitteilen konnte, die baslerische Kontingentsmannschaft sei bereit, auf den ersten Befehl abzumarschieren, „nur in betreff des Fuhrwesens der Artillerie werden wir das bestimmte Aufgebot erwarten, um die erforderlichen Pferde anzuschaffen.“ Das Militärkollegium rapportierte dem Kriegsrat, daß 800 brauchbare Flinten mit Bajonett, 50 000 scharfe Flintenpatronen zc. vorhanden seien, und daß die fehlenden Feuersteine noch angeschafft werden. Auch die Munition für das erste Kontingent Artillerie genüge. Der Pulvervorrat betrage wenigstens 150 Zentner. In Bereitschaft seien ferner zwei Zwölfpfünder-Kanonen,



vier Munitionswagen, ein Feldwagen und eine Feldschmiede. Auf den Mann kam ein gutes Gewehr, ein Kaputrock, die nötige Ausrüstung zur Schußwaffe, wie Schraubenzieher, Rugelzieher, drei Feuersteine und — dreißig Patronen. Die Artilleriemunition sollte wenigstens für ein zweites Kontingent vermehrt werden.

Nicht geringere Schwierigkeiten als die Ausrüstung bereitete die Bestellung der Chirurgen und des Feldpredigers. Es war Sache des Antistes, sich unter den „unbediensteten Geistlichen nach einem Subjekt“ umzusehen. Keiner wollte die Stelle freiwillig übernehmen. Man mußte die Zuflucht zum Los nehmen. Und als der Kandidat Johannes Stähelin davon betroffen wurde und man auch diese Angelegenheit als geordnet betrachten durfte, da erhielt Stähelin die Wintersinger Pfarrei, so daß der Antistes wieder von vorn anfangen mußte. Freiwillig meldete sich nun der Kandidat Karl Wolleb, der Sohn des Frenkendorfer Pfarrers. Der Antistes hatte zwar Bedenken. Wolleb habe erst vor sechs Wochen sein Examen abgelegt, sei also ohne Erfahrung; aber das treffe auch für die andern Kandidaten zu. Noch größer waren die Schwierigkeiten, die notwendigen sechs Unterchirurgen aufzutreiben, für welche die Zunft zum Goldenen Stern zu sorgen hatte. Keiner wollte annehmen. Auch die Bezirksphysici lehnten ab und Physicus Bohny in Liestal schrieb, im ganzen Bezirk sei keiner zu finden, der „dieser Ehrenstelle ein Genügen leisten könne.“ Für die Ausrüstung der Feldapothek legte sich der Kantonsphysicus Stüchelberger ins Zeug, derselbe, der als tapferer und unermüdlicher Arzt nach dem Einmarsch der Alliierten am Flecktyphus starb.

Am 10. Oktober hielt Oberstleutnant Lichtenhahn auf dem Münsterplatz Musterung über die drei aufgegebenen Kompagnien. Die Mannschaft war in Röcke von verschiedener Farbe gekleidet; unter den verschiedenen Eschakos fanden sich auch noch dreieckige Hüte. Viel bedenklicher als diese Außerlichkeit war, daß die Artillerie seit langen Jahren nicht mehr im Zielschießen sich geübt hatte. Auch das Offizierskorps entbehrte der Instruktion. Ganz offenherzig berichtet Eduard Ochs einem Freunde, er habe das Brevet als Leutnant erhalten, werde aber dem zweiten Piquet zugeteilt, das „nur im größten Notfall“ zusammenberufen werde. „Ich will nun auch das Militärwesen theoretisch und praktisch studieren; denn es macht einen bösen Effekt, wenn ein Offizier nicht einmal recht exerzieren kann. Vor vier Jahren konnte ich es, aber seitdem habe ich es so ziemlich vergessen.“ Er war nicht der einzige Unkundige.

Seit der letzten Grenzbefegung vom Jahre 1809 war nichts zur Förderung des Militärwesens getan worden, und wir erfahren aus den Klagen der Kommandanten, daß Wochen nötig gewesen wären, um die Miliz auch nur einigermaßen zu schulen. Im Bericht über die Grenzbefegung von 1809 hatte Wattenwyl die schlechte und ungleichförmige Ausrüstung gerügt und verlangt, daß die Leute aus dem Zeughaus bewaffnet würden. Die Gewehre waren von verschiedenem Kaliber, die Monturen



so mannigfaltig, daß man nicht wußte, ob man Freund oder Feind vor sich habe, so daß ein Armeebefehl des Generals im Jahre 1809 den Offizieren, die sich in Phantasiemonturen ergingen, das Tragen der verschiedenen Feldzeichen zur Pflicht machte. Man wird nicht außer acht lassen, daß die Regierungen zur Vernachlässigung des Militärwesens durch Napoleon geradezu gezwungen wurden, obschon die Berner z. B. sich durch die Aufsicht des Kaisers erst recht nicht von militärischen Vorbereitungen abhalten ließen. Sogar in der vielberühmten, einst vorbildlichen preussischen Armee — und zwar vor ihrem Zusammenbruch bei Jena und Auerstädt — war die Ausbildung und Organisation in einer Weise vernachlässigt worden, wie es uns heutzutage geradezu unglaublich erscheint. Man muß in den Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Boyen nachlesen, um sich davon zu überzeugen. Als bei der Potsdamer Garnison, so erzählt er unter anderm, in Gegenwart des Königs mit neu einzuführenden Gewehren eine Probe sollte gemacht werden, da hatte man vergessen, kalibermäßige Patronen anzuschaffen. „Ich verlor den Mut,“ sagte der König später zu Boyen, als er ihm die Geschichte erzählte, „mit solchen Leuten Krieg zu führen.“ In der Eidgenossenschaft war die militärische Bereitschaft längst schon vernachlässigt worden. Welche Aufgabe aber nun für den General Wattenwyl und den Obersten von Herrenschwand, angesichts der mangelhaften Ausrüstung und ohne genügendes Truppenaufgebot!

Oberst Johann Anton von Herrenschwand wird als ein Mann von biederer Gesinnung und Vaterlandsliebe, von sehr gemäßigten politischen Anschauungen und von gefälligen, liebenswürdigen Formen geschildert. Er war aus Murten gebürtig (1764), hatte seine wissenschaftliche Bildung auf der Ritterakademie zu Stuttgart erhalten und war dann in holländische Dienste getreten. Er wurde Major in der wallonischen Garde und machte alle Feldzüge des Revolutionskrieges mit. Zeitweise war er Mitglied des Kleinen Rates zu Freiburg, zog sich dann aber vom politischen Leben auf sein Gut zurück. Hier traf ihn der Auftrag des Landammanns. Am 5. November erhielt Herrenschwand sein Aufgebot. Mit einem Bataillon Berner und einer Abteilung Artillerie hatte er die westliche und nordwestliche Grenze zu besetzen. Bevor er noch sein Kommando übernahm, entwickelte er in einer Denkschrift seine militärischen Ansichten. Damit hoffte er auf den Landammann und auf die Tagsatzung einzuwirken.

Diese schwungvolle Denkschrift ist vom Geiste des schweizerischen Geschichtsschreibers Johannes von Müller erfüllt. Wie Müller vor der Revolution eine Erneuerung der Bünde und brüderliche Vereinigung aller Eidgenossen wünschte, so dachte sich auch jetzt Herrenschwand einen Schwur, der von Tagsatzung und gesetzgebenden Räten geleistet werde, mit allen Mitteln das Vaterland zu verteidigen. Das eine scheiterte so kläglich wie das andere. Praktisch wichtiger war der Hinweis, daß



einige Kantone ihre Leute wohl in Mannschäftslisten eingetragen aber noch nicht gekleidet und noch weniger im Kriegsdienst unterrichtet hätten. Was ergab sich daraus? Daß jetzt, im Ernstfall, diese Leute an der Front nicht zu verwenden waren, sondern zuerst instruiert werden mußten. Diese Rekruten sollten nach seiner Auffassung mindestens sechs Wochen lang „dressiert“ werden. Also war nicht einmal das ganze Aufgebot zum Felddienst zu brauchen. Es war überdies zahlenmäßig ungenügend. Mit 15 000 Mann könne man die Ruhe im Innern aufrecht erhalten. Zur Verteidigung gegen das Ausland seien 40—60 000 Mann nötig. Sparen solle man im Luxus der Kleidung. Denn das feine Tuch neben dem groben Kittel erwecke Neid. „Neben einer fein zugeschnittenen Uniform und einem hohen Federbusche sah man einen zwischen Kittel oder gar ein indiennnen Westchen.“ So schrieb Herrenschwand in der Denkschrift. „Glitterwerk ziemt nicht für den Soldaten, es schwächt die Moralität; so wie Mangel am Notwendigen seinen Mut und seine Gesundheit untergräbt.“

Es sind gute Grundsätze, die der Oberst entwickelt. Er befaßt sich auch mit der Frage der Bewaffnung einer größern Truppenmacht. Sein Vorschlag mag uns heute überraschen. Aber man darf nicht übersehen, daß die Schweiz durch die Franzosen entwaffnet worden war, und daß sie darum an Ausrüstung Mangel litt. Der Oberst schlug vor, die Linieninfanterie drei Glieder hoch zu stellen; das erste und zweite Glied sollte mit dem Gewehr, das dritte mit einer zwölf Schuh langen Pike bewaffnet werden.

„Das uralte Sprichwort, *la bayonette est l'arme du brave*, spricht zugunsten der Pike.“ Die Wirkung des Feuers der Linieninfanterie schätzt er — im Gegensatz zum Feuer des Scharfschützen — gering ein. Mit der Pike will er aber namentlich diejenigen ausrüsten, die kurzichtig sind oder am wenigsten Intelligenz und Geschicklichkeit besitzen. Diese kann man als Wachen und im Lagerdienst sehr wohl brauchen. Besondere Aufgaben weist der Oberst den Scharfschützen zu. „Wegen der Kaltblütigkeit sind Schützen von 40 bis 50 Jahren jüngern Männern vorzuziehen. Der Scharfschütz muß wie der Jäger sich im Hinterhalt und auf die Lauer stellen und mehr von da aus wirken als durch offene Gewalt; heftige Bewegungen muß er vermeiden, damit sein Blut nicht in Wallung gerate und sein Schuß die Richtigkeit verliere.“ — Die leichte Infanterie muß für den Mangel an Kavallerie aufkommen. — Den Ängstlichen, die aus Sparsamkeitsrücksichten noch keine Armee aufstellen wollen, redet er ins Gewissen. „Systematisch wird die Ausleerungs-Kunst betrieben,“ sagt er vom Feind, der das Land besetzen und zu unerschwinglichen Lasten zwingen würde. Er erinnert an Spaniens, an Preußens und Sachsens Schicksal. Nur nicht zum Kriegsschauplatz werden! Das muß rechtzeitig verhindert werden. Zudem: das Geld für die Ausrüstung der eigenen Truppen bleibt im Lande.



Seine Denkschrift überschrieb er mit dem Motto: Man muß nichts halb tun, wenn man nicht früher oder später bitter büßen will.

Am Herrenschwand selber erwahrte sich das Wort. Die Verteidigung war nichts Ganzes. Dabei sollte man allerdings nicht übersehen, daß er seine Denkschrift verfaßte, noch bevor er in seine militärische Stellung berufen wurde. Sie war ein Appell an das Gewissen der Nation. Er konnte hoffen, daß dieser Appell gehört werde; denn als er ihn ergehen ließ, war die Tagsatzung noch nicht zusammengetreten. Er durfte erwarten, daß seine Forderung auf die Aushebung von wenigstens 40 000 Mann gehört und beherzigt werde. Als er zum Kommando der Division berufen wurde, wußte er nicht, daß man ihn auf den schwersten Posten stelle mit halbleeren Händen. Er hatte nachher allen Grund, sich zu beklagen.

Am 9. November erschien Herrenschwand in Basel. Mit ihm erschienen die ersten Kontingente. Das Berner Bataillon May wurde in Kleinbasel, die Bataillone Lichtenhahn von Basel und v. Erlach von Bern in Großbasel stationiert; dazu verfügte Herrenschwand über die halbe Divisionsartillerie Preiswerck und über „fünf Stück Dragoner.“ Nur langsam vermehrten sich die Truppen. Dafür stellten sich um so rascher Reibereien zwischen Zivil- und Militärbehörden und unter den Militärbehörden selbst ein, weil die Funktionen der einzelnen Kommissionen und Beauftragten nicht genügend abgegrenzt waren. Alles in allem waren es, nur in etwas anderer Form, dieselben Schwierigkeiten, mit denen 1798 der Berner General von Erlach zu kämpfen hatte, als er das Kommando gegen die Franzosen führte und ihm bald der eigene Kriegsrat, bald die Kriegsräte der Miteidgenossen in den Arm fielen.

Herrenschwand rekonoszierte das Terrain. Das Resultat, zu dem er gelangte, war recht unerfreulich. Er überzeugte sich von der Unmöglichkeit, sich in der Stellung von Basel zu halten. Er sagte sich, daß die Stadt von der französischen Seite her auf die bequemste Art umgangen und von der Eidgenossenschaft könne abgeschnitten werden. Sogar ein Rückzug auf Hauenstein oder Bözberg war unmöglich, wenn er nicht rechtzeitig unternommen wurde, weil das Birseck französisch war. Darum hatte auch Finsler ihn instruiert, die Kompagnie Scharfschützen auf Muttenz zu verlegen und von da aus die Münchensteiner Brücke mit einem Vorposten zu besetzen. Denn er hatte vernommen, daß die Festung Lauis (Landskron) von den Franzosen armiert sei. Dieselbe Instruktion übrigens ordnete an, daß der Oberst keine Vorposten und Patrouillen außerhalb der Stadttore einrichten solle. Wenn also schon drei Tage nach seiner Ankunft sich der Rat beschwerte, weil keine derartigen Vorposten aufgestellt wurden, dann traf der Vorwurf — als solcher war die Einmischung gedacht — keineswegs den Obersten, sondern seine Instruktion, und es war falsch, mangelnde Ortskenntnis anzunehmen.

Der Oberst kannte sich vielmehr sehr bald zurecht. Ebenso bedenklich wie eine französische Umgehung erschien ihm ein vom Feind erzwungener Übergang bei Säkingen



oder Rheinfeldern. Denn von dort aus konnten die Verbündeten den Hauenstein rascher erreichen als dies von Seite der schweizerischen Truppen in Basel möglich war. Kleinbasel, ohne Schanzen von einem Ufer zum andern, war nicht zu halten. Bei niedrigem Wasserstand war vom Klingental aus ein Überfall auf die Rheinbrücke zu gewärtigen.

Von der Festung Hüningen fürchtete nun der Oberst vorläufig noch nichts; sie schien ihm sehr schwach besetzt. Etwa vierzig Mann arbeiteten dort an der Mauerbekleidung der Wälle. Von dem ehemaligen Brückenkopf, dem alten Kriegstreitobjekt, existierte um jene Zeit nichts mehr. Dagegen war er in Verlegenheit, wie er mit der Handvoll Leute die Stadt genügend besetzen könne. 600 Mann reichten nicht aus. Die Stadt war zu ausgedehnt. Nur um die Runde zu machen, brauchte ein Offizier wenigstens zwei und eine Viertelstunde. Die Mauern selber boten keine Sicherheit. Selbst wenn die Stadt mit einer zahlreichen Garnison versehen werde, sei sie kein haltbarer Ort. Als Militär und nur in rein militärischen Erwägungen bezweifle er, daß unter diesen Umständen die Verstärkung der Garnison „zuträglich“ sei.

Oberstquartiermeister Finsler teilte diese militärische Auffassung. Wörtlich und vertraulich schrieb er an Herrenschwand: „Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Stadt Basel gar kein haltbarer Platz sei, daß es eine große Unbesonnenheit wäre, dieselbe gegen einen ernsthaften Angriff verteidigen zu wollen; allein ich glaube, es sei möglich, sie gegen eine Überraschung zu sichern, und den Vorwurf einer Vernachlässigung oder gar einer freiwilligen Bloßstellung dieses so wichtigen Durchpasses von uns abzuwälzen.“ Finsler hatte die ganz unrichtige Vorstellung, Kleinbasel sei durch eine doppelte Mauer und durch seine beiden Tore wirklich fest, so daß ohne eine Leitererbesteigung nicht hineinzukommen wäre. Man könne also im Notfalle immerhin den Gegner so lange aufhalten, bis die Brücke zum Teil vernichtet „und der Rückzug des größten Teils der Truppen in die größere Stadt effektuiert wäre.“ Die Brücke selbst könne man dann immer noch einige Zeit halten, da sie von der Rheinschanze und von einigen Terrassen aus mit Geschütz könne bestrichen und da das Tor könne verrammelt werden, „bis das Schicksal der ganzen Stadt auf diese oder jene Weise ins reine gebracht“ sei. Von der Großbasler Seite aus sollte also nach Finslers Auffassung „so vieles getan werden, als die Ehre der Eidgenossenschaft und die Aufrechterhaltung ihres Systems befiehlt.“

Durchaus richtig war die Vermutung Finslers, daß die Verbündeten einen Versuch zum Übergang bald aufgeben würden, wenn sie Gewißheit erhielten, daß Widerstand geleistet werde. Als Militär allerdings befahl er, sich auch für den Fall vorzusehen, daß ein Übergang sollte erzwungen werden.

Müssen wir, die wir sowohl die Vorgänge im Hauptquartier der Verbündeten als auch die Vermutung Finslers kennen, nicht bedauern, daß die Kapitulation ab-



geschlossen wurde, ohne daß der Versuch gemacht wurde, militärischen Widerstand zu leisten?

Die Besetzung von Riehen und Kleinhüningen hielt der Oberstquartiermeister für völlig nutzlos, es sei denn, daß die dort aufgestellten Vorposten als Feldwachen und nicht als Verteidiger des schweizerischen Territoriums betrachtet würden. Mehr Sorge als eine solche Gebietsverletzung machte ihm schon der bloße Gedanke, daß eine Unternehmung „von einer andern Seite her“ eingeleitet würde. Damit war Frankreich gemeint. Finsler erhielt die Meldung, daß Marschall Victor mit 15 000 Mann auf dem Marsch nach der Festung Hüningen begriffen sei. Ein französischer Angriff sei nicht zu erwarten, meint der Oberstquartiermeister, mit dem sehr vorsichtigen Beifügen: vorausgesetzt, daß die wiederholten Neutralitätsversicherungen aus dem Munde des französischen Gesandten wirklichen Wert haben.

Darin unterschied sich nun Finsler vom Landammann: während Reinhard diesen französischen Zusicherungen felsenfestes Vertrauen entgegenbrachte und um dieselbe Zeit die Tagsatzungsabgeordneten bearbeitete, damit sie sich mit dem Aufgebot von höchstens 20 000 Mann zufrieden gaben, hoffte zwar der Oberstquartiermeister auf die Wirksamkeit des Neutralitätsversprechens, aber er gab sich damit doch keinen Illusionen hin. Sondern offen und rückhaltlos rechnete er in der Instruktion an Herrenschwand mit dem Fall einer Neutralitätsverletzung durch Frankreich. Daß er diesen klüglichen Punkt nicht umging, macht ihm alle Ehre. Und zwar gerade darum, weil die Lage heillos war und es sehr verführerisch gewesen wäre, die Verantwortlichkeit dem Divisionskommandanten zu überlassen. Finsler schrieb ihm aber klar und unzweideutig: „Sollte indessen gegen alle Wahrscheinlichkeit von der Elsäßer Seite her etwas gegen Basel vorgenommen werden, so sehe ich durchaus kein Mittel, die weitläufige und schlecht befestigte große Stadt zu schützen, und also auch keinen Grund, die Einwohner oder die Garnison ganz vergeblich aufzuopfern. . .“

Als Finsler dies schrieb, dachte er keineswegs an eine Generalkapitulation, sondern an den Rückzug der Schweizer hinter die Birz. Die Preisgabe Basels sollte nicht gleichzeitig die Preisgabe der ganzen Schweiz sein.

Aus der Hilfslosigkeit gegenüber Hüningen zeigt sich noch einmal mit aller Deutlichkeit, daß die bewaffnete Neutralität in erster Linie gegen die Verbündeten gerichtet war. Auch aus den weiteren Anordnungen geht dies mit Bestimmtheit hervor: so wurden an der Münchensteinerbrücke nur noch der Demonstration wegen Wachen aufgestellt, damit nicht der Vorwurf einseitiger Besetzung erhoben werden. Man behalf sich überhaupt so gut als man konnte. Das war um so schwerer, weil der Überblick fehlte. Durch Befehle wird die Lage oft recht grell beleuchtet. So z. B. durch die Weisung des Oberstquartiermeisters: „So viel ich weiß (!), existiert nirgends kein Pionierkorps; man muß zu diesem Dienst nehmen, wer dazu taugt, und dann die Leute als Pioniere taufen.“



Unterdessen beschloß zwar die Tagsatzung die bewaffnete Neutralität und Wattenwyl wurde General. Aber die Denkschrift Herrenschwands hatte keinen Erfolg. Mit Bitternis äußerte sich später der Oberst über diese „Sorglosigkeit der Zentralbehörden“. Unverständlich blieb ihm, daß der Landammann von seinen Vollmachten nicht Gebrauch machte, so daß nur rund 12 000 Mann unter die Waffen gestellt wurden; unter seinem Kommando von Laufenburg bis Basel standen nur ungefähr 4000 Mann und 34 Artilleriestücke. Die Aussicht auf Erfolg in der Verteidigung wurde immer geringer. „Die meinem Kommando anvertraute Hand voll Leute“, so schrieb er später, „wäre entweder aufgeopfert oder abgeschnitten und gefangen worden, da die Alliierten durch einen . . . Rheinübergang oberhalb Basel . . . das Gebirg vor mir gewonnen hätten.“

Am 20. November wiederholte der Oberstquartiermeister, daß die Stadt gegen einen ernsthaften Angriff nicht verteidigt werden könne; sie dürfe darum keinem Bombardement preisgegeben werden. Aber er verlangte, daß sie gegen einen Handstreich gesichert werde. „Durch saure Gesichter dürfe man sich nicht abhalten lassen.“ Die Brückenjoche durften allerdings nicht beschädigt werden. Die Befestigungswerke sollten nach Möglichkeit ausgebessert werden — was dann wieder zu Erörterungen führte über die Frage, welche Kosten die Stadt und welche die Eidgenossenschaft zu tragen habe. — Der Ingenieur Hauptmann Karl von Bonstetten erhielt geheimen Auftrag, sich in Basel, ohne Aufsehen zu erregen, die Fortifikation anzusehen und festzustellen, ob sie genüge, um einen coup de main abzuhalten, oder wie sie in Stand gesetzt werden könne, damit der Platz wenigstens zwölf Stunden könne behauptet werden. Auch die Konstruktion der Brücke hatte er zu untersuchen. Bonstetten sollte sich nur mit Herrenschwand besprechen. Er veranlaßte, daß das Aeschen- und St. Johannotor verrammelt wurden. Die Verbarrikadierung des St. Johannotores wurde vom Oberkommando gebilligt, weil der Eindruck der Unparteilichkeit hervorgerufen werde. Damit sei getan, „was das politische und militärische Dekorum erheischt.“ Dagegen wurde der Gedanke, vor dem St. Albantor eine Redoute aufzuwerfen, fallen gelassen. „Hingegen,“ so lesen wir im Schreiben des Oberkommandos an Bonstetten, „ließe sich untersuchen, ob nicht aus dem St. Albansdal am Fuß der Anhöhe, auf welcher das Tor stehet, ein Durchbruch zum Behuf eines allfälligen Rückzuges gegen die Birsbücke anzubringen wäre.“ Alles was auf der Seite der großen Stadt den Eindruck der Verteidigung erwecke, sei wohlgetan. Deshalb wird auch gebilligt, „daß auch auf dieser Seite der Graben gereinigt werde; allein ich bin doch noch immer der Meinung, daß diese Enceinte viel zu weitläufig und die Position in der großen Stadt gegen einen Angriff von Seite des Bistums (also durch die Franzosen!) viel zu nachteilig sei, als daß man vernünftigerweise sich darin verteidigen könnte.“ Finsler gab also seine Überzeugung von der Unhaltbarkeit der Stadt nicht preis. Der Bericht Bonstettens, in dem geschildert wurde, wie namentlich in der kleinen Stadt die Gräben



zum Teil mit Schutt ausgefüllt oder zu Kleingärten verwandelt seien, bestärkte ihn in der Auffassung, daß die kleine Stadt sehr rasch müsse preisgegeben werden. Über die Abdeckung der Brücke sollte sich Bonstetten mit dem „ebenso einsichtsvollen als tätigen Rats Herrn Stähelin,“ dem Präsidenten der Baukommission, verständigen.

Bonstetten faßte die Möglichkeit des Abmarsches ins Auge, wie ihm Finsler aufgetragen hatte. Dieser schrieb ihm am 28. November: „Es ist ganz gut, daß Sie eine Stelle zum Durchbruch im St. Albantal ausfindig gemacht haben, aber ebenso gut und wohlgetan, daß Sie nichts dort arbeiten lassen. Dieses sind Sachen, die man nicht eher macht, als in dem Moment, wo man sie braucht, und Einreißen geht immer schneller als Aufbauen.“

Dementsprechend wurde das Hauptaugenmerk auf die Verteidigung der Brücke gewendet. Artillerie sollte deshalb in der kleinen Stadt nicht aufgeführt werden, höchstens soweit, als durch ein gut aufgestelltes Geschütz der Rückzug in die große Stadt gedeckt werden konnte. Wenigstens über Nacht sollte die Brücke unter Beihilfe des Inspektors Laroche ihrer Länge nach abgedeckt werden, so daß sie zwar noch benützt, aber rasch und vollständig könne abgeworfen werden. Die in Kleinbasel befindlichen Tollbäume und alles wertvolle Brückenmaterial mußte nach der großen Stadt hinübergebracht werden. Für den allfälligen Rückzug aus der Stadt wurde die Marschroute festgelegt. Er hatte so langsam als möglich auf die obersten Höhen des Jura zu erfolgen. Dort sollten die herbeieilenden Verstärkungen abgewartet werden.

In allem was unternommen und angeordnet wurde, machte sich der Mangel an wirklichen Verteidigungsmitteln spürbar. Der General konnte den Seufzer nicht unterdrücken: „Meine und Ihre Lage ist um desto unangenehmer, als durch eine fatale Zögerung wir noch nicht in der Verfassung sind, in der wir uns seit lange hätten befinden sollen. Eine unzeitige Ökonomie hat die dringendsten Anstalten verzögert, und jetzt, da man handeln sollte, muß man erst organisieren.“ Die Verhältnisse aber gestalteten sich immer schwieriger. Durch Agenten und durch Emissäre wurde das Vertrauen der Mannschaft so erschüttert, daß der General es für nötig hielt, dem Obersten dringend zu befehlen, den guten Geist der Truppen zu fördern und zu befestigen. Jedes Mißtrauen müsse im Keim erstickt werden. — Diese Mahnung galt nicht nur dem gemeinen Mann sondern auch den Offizieren. Gerade Herrenschwand verlor je länger um so mehr das Vertrauen in die militärische Unternehmung. In einem Schreiben an den Landammann bezeichnete er den Widerstand gegen die überlegene Kriegsmacht als etwas ganz Unmögliches. — Die Stimmung beleuchtet ein Brief des Geniehauptmanns Karl von Bonstetten an seinen Vater. „Unsre Stellung hier ist kritisch und böse. Herrenschwand, ein geschworener Franzosenfeind, gibt gerne ein günstiges Gehör den schmeichelnden und schönklingenden Einflüsterungen des alliierten Emissärs; auf



der andern Seite ruft ihn die Ehre zu seinem Eide, zu seiner Pflicht zurück, und so schwimmt er, wie wir alle mit ihm, in einem Meere von Zweifeln und schwankenden Entschlüssen.“ Oberst Gatschet, einer der Altgesinnten, der sich ins Hauptquartier der Verbündeten begeben hatte, tauchte in Basel auf. Er bestürmte Herrenschwand, sich mit seiner Division zurückzuziehen und den Alliierten den Durchpaß zu gestatten. Daraufhin schickte der Oberst einen Kurier zum General, um Verhaltungsbefehle einzuholen.

Vonstetten war überzeugt, daß mit Energie und Kraftaufwand die Schweiz hätte gerettet werden können. „So aber bei der gegenwärtigen Lage der Dinge werden wir durch die ausschweifende Leidenschaft vieler und durch den zügellosen Ehrgeiz Einzelner in einen schauerhaften Abgrund gestürzt.“ Da die Alliierten von Schweizern aus den ersten Geschlechtern, die ihre Worte für die Stimme der ganzen Nation ausgeben, zum Einmarsch aufgefordert werden, „wären sie ja Toren, wenn sie diesen Zuwachs von Kräften verachten und ausschlagen wollten. Der Rheinübergang soll an fünf Orten stattfinden: alles ist bereit dazu. Der Franzosen schwarze Stunde hat geschlagen. . . . Die Blüte der Nation ist gemordet.“

Von der Spannung, die in Basel zwischen der Bürgerschaft und dem Kommando bestand, geben diese Zeilen allerdings nur einen schwachen Begriff. Sie war da von Anfang an. Der Oberst war mit Recht empfindlich, als bei der Ankunft des Bataillons May die Truppen sofort in die Kaserne gelegt wurden, wo sie, wie er behauptet, sich die Kräfte holten, während es doch sonst üblich war, die Kontingente für einen oder zwei Tage in den Bürgershäusern und auf Sunststuben unterzubringen. Die Regierung hielt streng auf ihre Selbstherrlichkeit. Man empfand die Anordnungen Herrenschwands als Eingriffe in die eigenen, unverletzlichen Kompetenzen. Es wurde Herrenschwand übel vermerkt, daß er die ersten zwei Tage verstreichen ließ, ohne seine Anstandsvisite zu machen. Er entschuldigte sich schriftlich. Aber das machte die Sache nicht wieder gut. Weil die Vollmachten nicht genügend abgegrenzt waren, geriet der Oberst auch in Widerspruch mit dem bisherigen Platzkommandanten Lichtenhahn. Überall spürte er Widerstände und Hemmungen. Man ließ es auf beiden Seiten an Offenheit und Vertrauen fehlen. Als der Oberst seine Überraschung über den schlechten Zustand der Befestigungswerke aussprach, erklärte der Bürgermeister, daß man „aus Gründen“ ihre Vernachlässigung beschlossen habe. Auch die Bürger reklamierten. So der Tuchscherer Fliß, als durch die Gärten an der Ringmauer ein kleiner Durchgang für das Militär sollte geöffnet werden. Seine Redensart ist sehr charakteristisch. Er sagte nämlich, das Vaterland sei noch nicht in so großer Gefahr, daß man mit dieser Kleinigkeit nicht hätte warten können. Und als Herrenschwand mit der Wache drohte, entgegnete Fliß, in Basel sei man eine solche Despotie nicht gewohnt; das möge in Bern angehen.



Das war deutlich. Man mißtraute den Bernern. Allgemein sprach man von ihrem geheimen Einverständnis mit den Verbündeten. Nicht besser dachte man von Wattenwyl, und bald wurde auch der Landammann nicht geschont. Das Hin und Her ins Quartier der Alliierten blieb nicht verborgen. „Es ist schlimm, wenn Schweizer gegen Schweizer Mißtrauen hegen, und noch dazu in einem Moment, wo es so viel darauf ankommt, daß sie fest zusammenhalten in Eintracht.“ So schreibt die Verfasserin des Tagebuches aus dem „Blauen Hause“, die sich tapfer gegen die Gerüchte wehrt, nachher aber von dem Verrat überzeugt ist. Sie erzählt auch, wie der Oberst von Erlach zu ihrem Vater kam, um vom Dach des hochgelegenen Hauses aus nach Sünningen zu sehen. „Er sprach mit bedenklichen Worten und sagte, man könne sich nicht wehren, wenn die Alliierten durchpassieren wollten; vielmehr sollen die Basler den eidgenössischen Obrist bitten, sich nicht zu verteidigen, weil unsere Stadt sehr darunter leiden würde.“

Es ist deutlich: die militärische Leitung wollte gedeckt sein. Der Wunsch der Räumung, die doch beschlossene Sache war, sollte von der Zivilbehörde ausgehen. Diese wollte im Grunde von einer Verteidigung und Gefährdung der Stadt nichts wissen. Aber man hüllte sich gegenseitig in Schweigen oder begnügte sich mit Andeutungen. Die Verantwortung wollte kein Teil übernehmen.

Vielleicht hätte aber Herrenschwand doch Widerstand gewagt oder wenigstens den Rückzug nur auf die in der Instruktion angegebene Suralinie angetreten und dort Unterstützung abgewartet, wenn er gewußt hätte, daß die Verbündeten einen übertriebenen Begriff von der schweizerischen Verteidigung hatten. Schwarzenberg machte sich auf Widerstand tatsächlich gefaßt. Darum lag ihm viel daran, die Schweizer über seine Absichten zu täuschen. Den Truppen wurde aufs strengste und möglichst offenkundig befohlen, die Neutralität zu respektieren. Radezky ordnete an, daß man den Eindruck hervorrufen müsse, ein Neutralitätsbruch sei ausgeschlossen; jeder vom Armeekorpskommandanten abwärts folgende Offizier müsse die Auffassung bekommen, man denke nicht an eine Gewalttätigkeit. Dies Verhalten der Armeeleitung, die Zusicherungen des Zaren und das Gerede vom bevorstehenden Frieden beruhigten manche Gemüter in der Schweiz.

Einsichtige Männer freilich konnten sich dadurch nicht betören lassen. Denn das Wunderbare bestand ja gerade darin, daß sich der mächtige Heerstrom bis zum Oberrhein wälzte und sich hier so plötzlich staute. Die Kantonerungen waren so eng, daß sie auf die Dauer nicht zu halten waren. Am den 12. Dezember stand Bubnas Avantgarde zwischen Lörrach und Schliengen, das 2. Armeekorps (Alloys Lichtenstein) von Schliengen über Müllheim bis Heitersheim; Giulay mit dem 3. Armeekorps zwischen Krozingen und Freiburg. Die österreichisch-bayerische Armee unter Wrede rückte nach und war bereits über Emmendingen hinaus; das 1. Armeekorps unter Colloredo befand



sich im Schwarzwald, bei Todtmoos und Grafenhausen; und bis zum Bodensee hinauf, auf der Straße Billingen-Schaffhausen-Sigmaringen-Engen, reichten die Divisionen der Verbündeten. In einer an Kaiser Franz gerichteten Denkschrift (13. Dezember) führte Radezky aus, der Kaiser von Rußland habe sich selber für die Bewegung nach der Schweiz erklärt; in dieser Absicht sei der gegenwärtige Aufmarsch angeordnet worden. Jetzt gebe es nur die beiden Möglichkeiten: Offensive gegen die Schweiz, auf die man sich stützen müsse, oder schmälicher Rückzug. „Die Kommandanten aller Schweizertruppen erklären sich für uns, wenn wir einrücken und das Gouvernement für aufgelöst erklären.“

Zweifelloos benützte Metternich dieses Exposé, um am 15. Dezember die Zustimmung des Kaisers Franz zum Einmarsch in die Schweiz zu gewinnen. Schon am 16. und 17. Dezember erteilte Fürst Schwarzenberg die Befehle zum Vorrücken. Wenn immer möglich, wollte er Gewalt vermeiden. Auf beiden Seiten wurden Befehle erteilt, dem Gegner den ersten Schuß zu überlassen. Der eidgenössische General z. B. zog die Ordre zur Aufführung von Geschütz bei Säckingen und zu Vorbereitungen für die Zerstörung von Brücken zurück, weil dies herausfordernd wirken könnte. Bei den Verbündeten wie bei den Schweizern war ausdrücklich befohlen, zu vermeiden, „daß unsererseits der erste Schuß geschehe.“ — Die verbündeten Truppen, die ursprünglich am 13. Dezember einmarschieren sollten, waren angewiesen, sich des Bajonetts zu bedienen. Es war auf eine Überraschung abgesehen.

Das Unternehmen wurde auf die Nacht vom 19. auf den 20. Dezember verschoben. Für den Fall, daß Herrenschwand Widerstand leistete, sollte oberhalb Grenzach eine Schiffsbrücke geschlagen werden. Auf diese Weise hoffte man die Schweizer zu umgehen. Schwarzenberg gab aber auch jetzt Befehl, den eidgenössischen Kommandanten zu freiwilligem Rückzug zu bewegen. Im Notfall müsse man Gewalt anwenden. Aber es war nur von gelinden Maßregeln die Rede. „Mit Ernst und Nachdruck, aber mit möglichster Schonung“ müsse man vorgehen. „Es kommt hierbei wesentlich darauf an, daß von unserer Seite nicht früher als von den Schweizern geschossen werde.“

Wird der Durchpaß nicht gestattet, dann folgt in der Nacht vom 19. auf den 20. das 2. Armeekorps (Lichtenstein) der Avantgarde Bubnas nach Grenzach, während das 3. Armeekorps (Giulay) Kleinbasel blockiert und das weitere erwartet. Die Truppen stehen am Morgen des 20. präzis 5 Uhr auf ihren entscheidenden Punkten. Wird Durchpaß gewährt, dann besetzt Giulay Basel und bedroht Hünningen.

Infolge der Unterhandlungen mit Herrenschwand erlitt das Vorgehen eine Verzögerung um 24 Stunden. Auf die Dispositionen im weiteren kann hier nicht eingetreten werden. Sie finden sich in der altemäßigen Darstellung durch Wilhelm Ochsli in einem Zürcher Neujahrsblatt. Uns beschäftigt nur noch der Ausgang. Und auch



dieser in aller Kürze, da in einem frühern Basler Neujahtsblatt die Vorgänge im einzelnen durch Hans Bufer geschildert sind.

Am 17. Dezember stieg vor dem „Weißen Hause“ in Basel, wo Herrenschwand Quartier hatte, ein österreichischer Stabsoffizier ab, um den eidgenössischen Oberst im Auftrag des österreichischen Generalquartiermeisters von Langenau auf den 19. Dezember zu einer Besprechung bei den Vorposten von Lörrach einzuladen. Der Einmarsch stehe bevor. Herrenschwand war nicht überrascht. Er berichtete sofort an den eidgenössischen General, und Wattenwyl überschickte ihm Verhaltensbefehle, die auf die verschiedensten Möglichkeiten berechnet waren, aber ohne eine einzige befriedigende Lösung. Wenn es nur auf die Stadt Basel und die Rheinbrücke abgesehen sei, so werde der Oberst „nach eingeholter Willensmeinung und Vollmacht von der Regierung daselbst“ den Platz räumen. Der Oberst müsse dann „mit Klugheit und Festigkeit dem Drange einer überlegenen Macht weichen.“ Auch wenn es sich nicht nur um den Besitz Basels sondern um denjenigen der Schweiz handelte, hatte der Oberst „sich in eine nahe und sichere Stellung in aller Stille zurückzuziehen.“ Von Widerstand in der Juralinie war jetzt gar nicht mehr die Rede, sondern nur von Protesten und Kompetenzinreden. Der Schriftenwechsel zwischen Herrenschwand und Wattenwyl offenbart, daß der General auf selbständige Entschlüsse verzichtete und sich nur von den Begehren der Alliierten leiten ließ. Vorzüglich rechnete er „auf die Vorsehung, die uns auch jetzt nicht verlassen wird.“

Am 19. Dezember begab sich Herrenschwand mit zwei weiteren Offizieren nach Lörrach. Hier wurde ihm von Bubna und Langenau eröffnet, daß der Einmarsch noch in der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember stattfinden werde. Als sich der Oberst auf die Zusicherungen der Monarchen berief, die Neutralität zu achten, wurde ihm erwidert, man handle nach dem Wunsche der Schweizer und dem Bedürfnis des Landes; eine wohlthätigere Verfassung und die alten Regierungen sollten wieder hergestellt werden. Aargau und Waadt müßten wieder den Bernern gehören. — Die französische Politik, die das Bundeshaupt eingehalten hatte, wurde scharf kritisiert. Man habe der Schweiz alle möglichen Vorschläge gemacht. Aber die Antwort des Landammanns, seine letzten Depeschen seien diejenigen eines französischen Gesandten. Damit wurde über die Abhängigkeit Reinhardts vom französischen Ambassador allerdings vernichtend abgeurteilt. Herrenschwand überzeugte sich noch einmal, welchen Schaden die schweizerischen Emissäre ihrem Vaterland zufügten. „Bei einer andern diplomatischen Leitung und bei gänzlicher Vermeidung jeder Privatunterhandlung“ wäre das Vaterland nach seiner Meinung gerettet worden.

Alles was Herrenschwand in Lörrach erwirkte, war ein Aufschub von 24 Stunden. Der eidgenössische General ordnete jetzt unverweilt den Rückzug der Grenztruppen an. Am 20. Dezember erschien Bubna in höchst eigener Person zum Gegenbesuch in Basel,



und die Verabredungen Herrenschwands mit den Österreichern wurden durch eine Übereinkunft abgeschlossen. Als Hauptmann Fischer im Auftrag des Obersten nach Lörrach eilte, fand er bereits alles in Bewegung. Der Entwurf Herrenschwands wurde nicht mehr diskutiert, sondern eine kurze Kapitulation aufgesetzt und mit einer Proklamation Schwarzenbergs ergänzt. Es wurde bestimmt, daß den Alliierten um 2 Uhr früh die Tore Basels offen stünden.

Bis zuletzt hüllte sich der Oberst der Basler Regierung gegenüber in Schweigen. Er scheute sich wohl vor der gereizten Bürgerschaft und vor den Kanonen Hüningens. Das Erscheinen Bubnas allerdings gab Anlaß zu dem Gerücht einer bevorstehenden Kapitulation. Aber einer Deputation gegenüber äußerte der Oberst nur Besorgnisse, und als er am Abend die schriftliche Anzeige Bubnas vom bevorstehenden Einmarsch erhielt, verwahrte er sie, bis die Tore der Stadt geschlossen waren. Dann erst machte er der Regierung Mitteilung.

Die letzten Ereignisse vollzogen sich so plötzlich, daß die Bürgerschaft trotz allem überrascht wurde. „Denken Sie,“ so schrieb damals Eduard Dchs an seinen Freund, „den gleichen Abend, wo die alliierte Armee hier eingerückt ist, mußte ich noch mit meiner Kompagnie einen Eid ablegen, daß wir die Neutralität verteidigen wollten, da wir den Tag darauf nach Dießenhofen abreisen sollten; dies beweist Ihnen, wie wenig unsere Regierung von dem, was vorging, unterrichtet war. Die Berner haben sich des Nachts ohne Geräusch davon gemacht.“

Alles vollzog sich so rasch, daß der Oberst nicht einmal der Basler Regierung eine Abschrift der Kapitulationsbedingungen mitteilen konnte. Erst in der Nacht um 2 Uhr, als Fischer aus Lörrach zurückkehrte, erfuhr sie, daß die Schweizertruppen mit Kriegsehren, Waffen und Bagage freien Abzug erhielten. Noch während der Nacht wurde die Proklamation Schwarzenbergs in Basel gedruckt und unter die Bevölkerung verteilt.

Während die Berner abzogen, marschierten die Basler Truppen zum Schutz der Stadt ein. Am 24. Dezember wurde die kleine eidgenössische Armee aufgelöst, und am 30. legte Wattenwyl sein Kommando nieder. Vorher entließ er den Obersten Herrenschwand mit Worten der Anerkennung für seinen Eifer und seinen vaterländischen Sinn, der auch ihm, dem General nicht abzusprechen war, auch wenn er in unrühmlicher Weise einen Feldzug beendigte, in dem er sich nur zu sehr durch die Landesregierung hatte binden lassen.

Während nun Regiment um Regiment über Basel marschierte, verhielt sich die Feste Hüningen still. Die Furcht, die sich der Bevölkerung bemächtigt hatte, war verfrüht gewesen. Welche Gefahren ihr gedroht hätten, wenn Napoleon mit der ihm eigenen Rücksichtslosigkeit hätte eingreifen können, das erfahren wir aus einem Befehl,



den der Kaiser nach der Rückkehr aus Elba, als der Krieg aufs neue begann, an den Kriegsminister Marschall Davout richtete. Unterm 27. April 1815 befahl er ihm nämlich, vor Hünningen gegen Basel Schanzen aufzuwerfen, um die Stadt unter Feuer zu nehmen. Er solle weittragende Mörser dort aufführen lassen, um die Stadt zu verbrennen, falls die Schweiz nicht willens oder nicht fähig sei, ihre Neutralität aufrecht zu erhalten.

Mit dem Einmarsch der Verbündeten in die Schweiz nahm Napoleons Protektorat ein Ende. Die Mediationsverfassung wurde beseitigt und unter schweren innern Kämpfen mußte eine neue Verfassung gefunden werden. Aber es waren noch Jahre nötig, bis die Eidgenossenschaft ihre Unabhängigkeit vom Ausland und ihre innere Festigkeit gewann.

In Basel beruhigten sich die Gemüter nur langsam. Die Schuld an all dem Elend, das der Durchzug der Verbündeten mit sich brachte, schob man in erster Linie dem Obersten Herrenschwand zu. Der Berner Mülinen fand im Jahre 1814 die Stimmung in Basel gegen Bern äußerst gereizt, da man die Auffassung hatte, daß die Berner Truppenführer die Verletzung der Neutralität veranlaßt hätten. Mülinen gab sich alle Mühe, diese Meinung zu bekämpfen. Er hatte aber sogar „mit angesehenen und sonst sehr verständigen Männern unangenehme Auftritte, ohne bei der nun einmal herrschenden Leidenschaftlichkeit zu einiger Berichtigung der Begriffe gelangen zu können.“ So wie der bereits erwähnte Pfarrer Kraus urteilten nur wenige: „Und dennoch hatten wir hier ein solch unvernünftiges Publikum, daß es einzig dem eidgenössischen Platzkommandanten in Basel, Oberst Herrenschwand und seinem Berner Bataillon alle Schuld beilegte, daß man die Alliierten eingelassen habe . . . Alles wütete in toller Unvernunft. . . . Als die Truppen der Alliierten in dichten Kolonnen die Freie Straße hinaufzogen, sagte Lones Magd, eine ächte Liestalerin: ‚Das gibt ein Unglück, denn die Liestaler lassen sie gewiß nicht durch.‘ Als sie aber bis abends nicht wieder kamen, fand sie, „man habe sich scheint’s in Liestal doch auch nicht geweht.“

Ein abschließendes Urteil über den Platzkommandanten abzugeben, der sich nachträglich vergeblich bemühte, durch eine gedruckte Schrift seinen guten Namen zu verteidigen, kann nur Sache des Militärs sein, der mit Ruhe und unter Einschätzung der gesamten Neutralitätspolitik der Schweiz die Vorgänge und die Möglichkeiten prüft. Der klar und verständig urteilende Carl Wieland sagt in seiner Schilderung des Einmarsches (Basler Neujahrsblatt 1878): „Man tut der historischen Wahrheit gewaltigen Zwang an, wenn einzelne Personen verantwortlich gemacht werden und dies beklagenswerte Ereignis nicht als eine Folge der ganzen Lage der Schweiz in jenem Augenblicke betrachtet wird, wie sie fast mit Naturnotwendigkeit aus den Kämpfen der vergangenen Jahrzehnte sich gestaltet hatte.“



Die Darstellung der Abhängigkeit unseres Landes von Frankreich, wie sie sich aus dem Einblick in manche, bisher verborgene Vorgänge ergibt, mag uns zeigen, daß die Katastrophe nichts anderes als den Abschluß einer langen unglücklichen Entwicklung bedeutet.

Der Neutralitätsbruch von 1813 bestätigt nur, daß Neutralitätserklärungen und Anerkennungen nicht die Kraft haben, den Staat gegen feindlichen Eingriff sicher zu stellen. Auch heute dürfen wir uns niemals auf unser politisches System der Neutralität verlassen. Wir sind und bleiben immer nur auf uns selbst gestellt. Auch die ewige Neutralität ist kein Schutz. Wir besitzen sie nur, wenn wir fähig sind, sie tatkräftig zu verteidigen.





## Inhalt.

	Seite
Vorbemerkung . . . . .	3
1. Verlust der Unabhängigkeit und Bloßstellung der Neutralität durch Frankreich . . . . .	5
2. Landesverteidigung und Neutralitätserklärung . . . . .	26
3. Die Gesandtschaft nach Paris . . . . .	47
4. Die schweizerische Gesandtschaft im Hauptquartier der Verbündeten . . . . .	66
5. Bedrohung Basels und Kapitulation . . . . .	104

---



### 3. Erzählungen und Darstellungen in hunter Reihenfolge.

- \*XLVII. 1869. (Meißner, Fr.) Schweizerische Feste im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert.
- \*XLVIII. 1870. (Wieland, Carl.) Die kriegerischen Ereignisse in der Schweiz von 1798—1799.
- \*XLIX. 1871. (Wieland, Carl.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- \*L. 1872. (Vischer, W.) Eine Basler Bürger-Familie aus dem sechzehnten Jahrhundert.
- \*LI. 1873. (Vischer, W.) Das Karthäuser-Kloster und die Bürgerschaft von Basel.
- \*LII. 1874. (Heyne, M.) Über die mittelalterliche Sammlung zu Basel.
- \*LIII. 1875. (Stähelin, R.) Karl Rudolf Hagenbach.
- \*LIV. 1876. (Frey, Hans.) Die Staatsumwälzung des Kantons Basel im Jahre 1798.
- \*LV. 1877. (Frey, Hans.) Basel während der Helvetik 1798—1803.
- \*LVI. 1878. (Wieland, Carl.) Basel während der Vermittlungszeit 1803—1815.
- \*LVII. 1879. (Wieland, Carl.) Die vier Schweizerregimenter in Diensten Napoleons 1813—1814.
- \*LVIII. 1880. (Burchardt, Albert.) Basel zur Zeit des dreißigjährigen Krieges. Erster Teil.
- \*LIX. 1881. (Burchardt, Albert.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- \*LX. 1882. (Bernoulli, August.) Die Schlacht bei St. Jakob an der Aare.
- \*LXI. 1883. (Bernoulli, August.) Basel im Kriege mit Oesterreich. 1445—1449.
- LXII. 1884. (Probst, Emanuel.) Bonifacius Amerbach.
- \*LXIII. 1885. (Voos, Heinrich.) Wie Basel die Landschaft erwarb.
- LXIV. 1886. (Burchardt, Achilles.) Hans Holbein.
- LXV. 1887. (Burchardt-Biedermann, Th.) Helvetien unter den Römern.
- LXVI. 1888. (Birmann, M.) Die Einrichtungen deutscher Stämme auf dem Boden Helvetiens.
- LXVII. 1889. (Trog, Hans.) Die Schweiz vom Tode Karls des Großen bis zum Ende des burgundischen Reichs.
- LXVIII. 1890. (Burchardt, Albert.) Die Schweiz unter den falschen Kaisern.
- LXIX. 1891. (Bernoulli, August.) Die Entstehung des ewigen Bundes der Eidgenossen.
- LXX. 1892. (Thommen, Rudolf.) Geschichte der Eidgenossenschaft bis zum Eintritt Luzerns in den Bund. 1291—1332.
- LXXI. 1893. (Wackernagel, Rudolf.) Die Stadt Basel im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert.
- LXXII. 1894. (Fäh, Franz.) Johann Rudolf Wettstein. Ein Zeit- und Lebensbild. (Zur Säkularerinnerung.) Erster Teil.
- LXXIII. 1895. (Fäh, Franz.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- LXXIV. 1896. (Göck, Adolf.) Basler Mundart und Basler Dichter.
- LXXV. 1897. (Huber, August.) Die Refugianten in Basel.
- LXXVI. 1898. (Bernoulli, August.) Basels Anteil am Burgunderkriege. Erster Teil.
- LXXVII. 1899. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- LXXVIII. 1900. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Dritter Teil.
- \*LXXIX. 1901. (Burchardt, Paul.) Basels Eintritt in den Schweizerbund. 1501.
- LXXX. 1902. (Holzsch, Ferdinand.) Die Basler in den Hugenottenkriegen.
- LXXXI. 1903. (Bufer, Hans.) Basel während der ersten Jahre der Mediation. 1803—1806.
- LXXXII. 1904. (Bufer, Hans.) Basel in den Mediationsjahren. 1807—1813.
- LXXXIII. 1905. (Vischer, Wilhelm.) Basel in der Zeit der Restauration 1814—1830. I. Die Jahre 1814 und 1815.
- LXXXIV. 1906. (Vischer, Wilhelm.) Dasselbe II. Die Zeit von 1815—1830.
- \*LXXXV. 1907. (Bernoulli, August.) Basel in den Dreißigernwirren. Erster Teil.
- LXXXVI. 1908. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- LXXXVII. 1909. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Dritter Teil.
- LXXXVIII. 1910. (Bernoulli, August.) Dasselbe. Vierter Teil.
- LXXXIX. 1911. (Vischer, Wilhelm.) Die Basler Universität seit ihrer Gründung.
- LXXXX. 1912. (Burchardt, Paul.) Die Geschichte der Stadt Basel von der Trennung des Kantons bis zur neuen Bundesverfassung. 1833—1848.
- \*LXXXXI. 1913. (Burchardt, Paul.) Dasselbe. Zweiter Teil.
- \*LXXXXII. 1914. (Burchardt, Paul.) Dasselbe. Dritter Teil.
- \*LXXXXIII. 1915. (Barth, Paul.) Basler Bilder und Skizzen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts.
- LXXXXIV. 1916. (Schaub, Emil.) Aus dem Leben des Basler Kaufmanns im 18. Jahrhundert.
- LXXXXV. 1917. (Burchardt, August.) Basler in fremden Diensten.
- \*LXXXXVI. 1918. (Kölner, Paul.) Die Basler Rheinschiffahrt.
- LXXXXVII. 1919. (Burchardt, August.) Bürgerschaft und Regiment im alten Basel.
- LXXXXVIII. 1920. (Jenny, Ernst.) Theodor Meyer-Merian. Ein Basler Literatur- und Kulturbild aus dem 19. Jahrhundert.
- LXXXXIX. 1921. (Barth, Wilhelm.) Basler Wandbilder. Ein Beitrag zum Verständnis zeitgenössischer Kunst.
- C. 1922. (Heusler, Andreas f.) Basels Gerichtswesen im Mittelalter.
- CI. 1923. (Schwarz, Ferdinand.) Isaak Iselins Jugend- und Bildungsjahre.